



UNIVERSITÄT HOHENHEIM

INSTITUT FÜR LANDWIRTSCHAFTLICHE BETRIEBSLEHRE

Fachgebiet: Agrarinformatik und Unternehmensführung (410c)
Prof. Dr. Reiner Doluschitz

**Wandel der Agrarstruktur -
Wechselwirkungen ausgewählter über- und einzelbetrieblicher
Entwicklungsstrategien im Agrar- und Agribusinesssektor**

**Dissertation
zur Erlangung des Grades eines Doktors
der Agrarwissenschaften**

**vorgelegt
der Fakultät Agrarwissenschaften
der Universität Hohenheim**

von
Pamela Laven
aus Stuttgart

2015

Promotionsausschussvorsitzender:	Prof. Dr. Markus Rodehutsord
Leiterin des Kolloquiums:	Jun.-Prof. Dr. Andrea Knierim
Berichterstatter, 1. Prüfer (Betreuer):	Prof. Dr. Reiner Doluschitz
Mitberichterstatter, 2. Prüfer:	Prof. Dr. Ludwig Theuvsen
Weiterer Berichtler bzw. Prüfer:	Prof. Dr. Enno Bahrs
Tag der mündlichen Prüfung:	21. Oktober 2015

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	I
1 Einleitung.....	1
1.1 Strukturen und Rahmenbedingungen der deutschen Landwirtschaft und im Agribusiness	1
1.2 Wechselwirkungen ausgewählter über- und einzelbetrieblicher Entwicklungsstrategien.....	4
1.3 Aufbau und Struktur der vorgelegten Arbeit	8
2 Ausgewählte über- und einzelbetriebliche Entwicklungsstrategien.....	11
2.1 Überbetriebliche Entwicklungsstrategien	11
2.1.1 Analyse der Neugründungen von Genossenschaften – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung im Verbandsgebiet Baden- Württemberg	13
2.1.2 Analyse des Neugründungsverhaltens von Genossenschaften in Baden-Württemberg vor dem Hintergrund der Novelle des Genossenschaftsgesetzes von 2006.....	29
2.1.3 Möglichkeiten und Grenzen von Genossenschaften zur Erhaltung der Lebensqualität im ländlichen Raum	32
2.1.4 Options and limitations of cooperatives for preserving quality of life in rural areas.....	53
2.1.5 Nachhaltigkeit in der Landmaschinenproduktion – eine empirische Untersuchung unter Landwirten	55
2.1.6 Sonstige Veröffentlichungen mit Themenbezug	65
2.2 Einzelbetriebliche Entwicklungsstrategien.....	66
2.2.1 Voraussetzungen, Vorteile und Probleme in Kooperationen zwischen landwirtschaftlichen Unternehmen – theoretische Analyse und empirische Überprüfung	68
2.2.2 Stand, Entwicklung und Perspektiven der Nebenerwerbslandwirtschaft – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in Baden-Württemberg aus dem Jahr 2012.....	100

2.2.3	Motive für Nebenerwerbslandwirtschaft in Deutschland – Fallbeispiel Baden-Württemberg	138
2.2.4	Anforderungen an die Qualifikation von Fremdarbeitskräften in der deutschen Landwirtschaft	142
2.2.5	Diversifizierung in der Berglandwirtschaft – Chancen und Risiken von Einkommenskombinationen	150
2.2.6	Sonstige Veröffentlichungen mit Themenbezug	153
2.3	Fallbeispiel Milchviehhaltung	154
2.3.1	Anpassungsstrategien baden-württembergischer Milchviehbetriebe auf das Auslaufen der Milchquotenregelung	156
2.3.2	Future development strategies for small scaled dairy farms in Baden-Württemberg after phasing out of the milk quota system	164
2.3.3	Vergleichsanalyse der Jahre 2008 und 2014 hypothetischer und konkreter Anpassungsstrategien der Milcherzeuger in Baden- Württemberg vor dem Hintergrund des Auslaufens der Milchquotenregelung	166
3	Übergreifende Diskussion.....	182
4	Zusammenfassung / Summary	192
	Literaturverzeichnis.....	196
	Publikationsverzeichnis	216
	Lebenslauf.....	220
	Eidesstattliche Erklärung.....	221
	Danksagung.....	223
	Anhang	224

1 Einleitung

Im folgenden Kapitel der vorliegenden kumulativen Dissertation werden zunächst Strukturen und Rahmenbedingungen der deutschen Landwirtschaft und im Agribusiness vorgestellt. Darauf aufbauend werden ausgewählte über- und einzelbetriebliche Entwicklungsstrategien anhand der in der Dissertation untersuchten Forschungsfragen thematisiert. Des Weiteren werden der Aufbau und die Struktur der vorliegenden Arbeit und die Darstellungsweise der integrierten Veröffentlichungen beschrieben.

1.1 Strukturen und Rahmenbedingungen der deutschen Landwirtschaft und im Agribusiness

In der landwirtschaftlichen Primärproduktion hat sich der Strukturwandel innerhalb der deutschen Landwirtschaft in den letzten Jahren, wie bereits in der Vergangenheit, weiter fortgesetzt. Gründe hierfür waren unter anderem anhaltende Produktivitätssteigerungen, vor allem bedingt durch technischen Fortschritt, aber auch zunehmender Wettbewerbsdruck auf regionaler, nationaler, aber vor allem internationaler Ebene. Während im Jahr 2010 die Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland insgesamt noch bei 299 000 lag, liegt die Anzahl im Jahr 2014 bei 286 800 Betrieben, die eine in etwa gleichbleibende landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) von 16,704 Mio. ha im Jahr 2010 und 16,724 Mio. ha im Jahr 2014 bewirtschaften. Werden dabei allein die Betriebe mit über 5 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche berücksichtigt, zeigt sich ein Rückgang von 271 700 Betrieben in 2010 auf 260 500 Betriebe in 2014 (DESTATIS 2015). Gleichzeitig hat sich dementsprechend die durchschnittliche Betriebsgröße im Bundesdurchschnitt von 48,5 ha in 2007 (Betriebe ab 2 ha LF) auf 58,6 ha in 2013 (Betriebe ab 5 ha LF) vergrößert (DBV 2010 und DBV 2015). Vor dem Hintergrund weitreichender historischer und im weitesten Sinne regionaler Besonderheiten, sind die Strukturen der landwirtschaftlichen Primärproduktion in den verschiedenen Regionen Deutschlands sehr unterschiedlich. Wie auch bei GINDELE beschrieben, ist eine zunehmende Betriebsgröße innerhalb Deutschlands, von Süd nach Nord und von West nach Ost deutlich zu erkennen (GINDELE 2012:9). Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung in Baden-Württemberg gegeben. In Baden-Württemberg zeigt sich eine Entwicklung von 44 500 landwirtschaftlichen Betrieben in 2010 zu 42 300 Betrieben in 2014. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche in Baden-Württemberg veränderte sich im gleichen Zeitraum marginal, von 1,410 Mio. ha auf 1,422 Mio. ha (DESTATIS 2015). Entsprechend der oben beschriebenen Entwicklung, ist die durchschnittliche Betriebsgröße in Baden-Württemberg zwischen 2007 und 2013 von 29,7 ha (Betriebe

ab 2 ha LF) auf 33,5 ha (Betriebe ab 5 ha LF) angestiegen (DBV 2010 und DBV 2015). Die Kombination der sinkenden Anzahl an landwirtschaftlichen Betrieben einerseits, sowie der in etwa stabil verbleibenden landwirtschaftlich genutzten Fläche andererseits, zeigt den typischen Verlauf des Strukturwandels in der Landwirtschaft, mit Reduktion der Betriebszahlen und deutlicher Vergrößerung der individuellen Betriebsgrößen. Darüber hinaus wird bei der Betrachtung der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe anhand der Größenklassen deutlich, dass sich die Wachstumsschwelle weiterhin nach oben verschiebt. Die Abnahme der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe zeigt sich insbesondere bis einschließlich der Größenklasse 50 bis 100 ha LF, während die Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe ab der Größenklasse 100 bis 200 ha LF ansteigt (DESTATIS 2015).

Der Großteil der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland, rund 90 %, wird als Einzelunternehmen, meist in Form eines Familienbetriebes geführt. In 2013 werden dabei bereits knapp über die Hälfte dieser Einzelunternehmen landwirtschaftlicher Betriebe im Nebenerwerb geführt (DBV 2015a). Bei einem Erwerbseinkommen von mehr als 50 % aus der Landwirtschaft, wird von Hauptideberwsbetrieben gesprochen, während Nebenerwerbsbetriebe den Großteil ihres Einkommens außerhalb der Landwirtschaft generieren (MUBHOFF und HIRSCHAUER 2013:33). Die durchschnittliche Betriebsgröße von Nebenerwerbsbetrieben liegt bei etwa 21 ha, wogegen die im Hauptideberw geführten Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen rund 66 ha im Mittel bewirtschaften (DBV 2015a). Regional ergeben sich innerhalb Deutschlands erhebliche Unterschiede, beispielsweise liegt der Anteil der im Nebenerwerb geführten Betriebe in Hessen, Baden-Württemberg, Saarland und Sachsen bei rund zwei Dritteln der Einzelunternehmen, wogegen die Anteile in beispielsweise Schleswig-Holstein und Niedersachsen bei nur knapp über einem Drittel liegen (DBV 2015a). Die sich dynamisch ändernden Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe und die daraus resultierenden strukturellen Anpassungsprozesse betreffen auch die im Nebenerwerb geführten Betriebe (TRAUPE 2000:6). Auch hier ist über die Jahre hinweg eine Verringerung der Anzahl gepaart mit einem gleichzeitigen einzelbetrieblichen Größenwachstum festzustellen. Kooperationen zwischen landwirtschaftlichen Betrieben gelten als Möglichkeit, den veränderten strukturellen Wettbewerbs- und Rahmenbedingungen zu begegnen und innerhalb einer Form der Zusammenarbeit größere Wachstumsschritte zu generieren (KLISCHAT et al. 2001:180). Dadurch können kooperative Verbindungen auf verschiedenen horizontalen Ebenen zwischen landwirtschaftlichen Betrieben zu entscheidenden Erfolgsfaktoren werden, insbesondere in Regionen mit traditionell kleinbetrieblichen landwirtschaftlichen Strukturen und somit als Alternative dienen, um auf begrenzte einzelbetriebliche Entwicklungspotenziale zu reagieren (DOLUSCHITZ et al. 2011:109 f.).

Die Agrarstrukturerhebung im Jahr 2013 zeigt, dass etwa ein Drittel der landwirtschaftlichen Unternehmen Einkommensalternativen, wie Urlaubs- und Freizeitangebote, Direktvermarktung oder auch die Erzeugung erneuerbarer Energien in den Betrieben entwickelt hat, die über die landwirtschaftliche Primärproduktion hinausgehen und in unterschiedlichem Umfang zum Gesamteinkommen der Betriebe beitragen (DESTATIS 2015). Auch RUDMANN beschreibt Diversifizierungsstrategien, wie beispielsweise Tourismus oder andere außerlandwirtschaftliche Standbeine neben den landwirtschaftlichen Diversifizierungsmöglichkeiten als Alternativen, die in diversen Kombinationsmöglichkeiten eingesetzt werden können (RUDMANN 2008:14 f.).

Die genossenschaftliche Idee beinhaltet das Ziel der wirtschaftlichen und sozialen Kooperation (DOLUSCHITZ et al. 2011:147 f.). Durch die Novelle des deutschen Genossenschaftsgesetzes (GenG) im Jahr 2006, wird ermöglicht die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft (eG) weiteren Wirtschaftsbereichen zu öffnen. Daraus ergeben sich Potenziale, auch in den durch Abwanderung und demographischen Nachteilen geprägten Ländlichen Räumen, die daraus hinsichtlich der Erhaltung bzw. einer Steigerung der Lebensqualität profitieren können. Auch DOLUSCHITZ et al. beschreibt potenzielle Zukunftsfelder und Chancen durch genossenschaftliches Engagement in Ländlichen Räumen (DOLUSCHITZ et al. 2013a:110 ff.).

Der demographische Wandel manifestiert sich in Deutschland, je nach Region unterschiedlich stark. Beobachtbar sind einerseits wirtschaftlich starke Gebiete im Ländlichen Raum, aber andererseits auch Regionen, die durch Abwanderung, Überalterung der Bevölkerung und durch hohe Arbeitslosigkeit geprägt sind (BMELV o. J.). Auf politischer Ebene wird deshalb angestrebt, „attraktive, lebenswerte und vitale ländliche Regionen zu schaffen und zu erhalten“ (BMEL 2015). Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und der Abwanderung insbesondere junger Menschen, stehen auch landwirtschaftliche Betriebe zunehmend vor der Schwierigkeit geeignete Facharbeitskräfte zu finden (DBV 2015b). Der demographische Wandel bringt nach FUCHS insbesondere die Wirtschaft in den neuen Bundesländern in Schwierigkeiten. Um hoch qualifizierten beruflichen Nachwuchs für die Landwirtschaft zu gewinnen, ist es von großer Bedeutung neben einem angenehmen Arbeitsklima auch ausreichende Grundgehälter sowie ergebnisorientierte Zuschläge anzubieten (FUCHS 2012:55).

Neben der Globalisierung der Märkte, der Vergrößerung der EU, aber auch der Reformen und Veränderungen in der Agrarpolitik, nennen DE WOLF und SCHOORLEMMER auch die veränderten Konsumentenansprüche, wie auch die Veränderungen in der Wertschöpfungskette als wichtige

Entwicklungen und Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe (DE WOLF und SCHOORLEMMER 2008:31). Die in den letzten Jahren weiter fortschreitende Liberalisierung der Märkte und die weitgehende Abschaffung der staatlichen Regulierungen auf den Agrarmärkten, wie beispielsweise das Auslaufen der Milchquotenregelung zum 01. April 2015, führen zu einer höheren Bedeutung der Preisbildung an den Weltmärkten und gleichzeitig zu einer stärkeren Volatilität der Märkte (FRIEDRICH 2010:1). Wie bei HUETTEL und JONGENEEL beschrieben, verbleiben durch das Milchquotensystem ökonomisch ineffiziente Milchviehherden länger in der Milchproduktion, wodurch sich eine strukturwandelverlangsamende Wirkung ergibt (HUETTEL und JONGENEEL 2011:499). Gemäß den Ergebnissen einschlägiger Prognosen und verschiedener Quellen, wird durch die Abschaffung der Milchquote der Strukturwandel in der Milchviehhaltung aller Voraussicht nach beschleunigt, wodurch sich differenzierte regionale Veränderungen auf einzelbetrieblicher Ebene ergeben werden (vgl. GAY et al. 2004:4 f.; GÖBBEL 2013:24 ff.; WOHLFARTH 2013:13 ff.).

Um auf dynamische Marktbedingungen einerseits und auf sich verändernde gesellschaftliche Entwicklungen andererseits reagieren zu können, stehen landwirtschaftliche Betriebe vor der Frage, welche über- und einzelbetrieblichen Entwicklungsstrategien als Alternativen zur Verfügung stehen, um die nachhaltige Existenz des Betriebes zu sichern. Dabei ergeben sich in Abhängigkeit der standortdifferenziert gänzlich unterschiedlichen Ausgangsstrukturen, eine ganze Reihe unterschiedlicher Strategien, welche in ausgewählter Weise in den dieser Arbeit zugrunde liegenden wissenschaftlichen Publikationen aufgegriffen und näher analysiert werden.

1.2 Wechselwirkungen ausgewählter über- und einzelbetrieblicher Entwicklungsstrategien

Vor dem Hintergrund der beschriebenen strukturellen sowie über- und einzelbetrieblichen Rahmenbedingungen werden in vorliegender Dissertation folgende übergreifende Forschungsfragestellungen fokussiert:

1. Wie entwickelt sich das Neugründungsverhalten von Genossenschaft und welche Potenziale gehen von Genossenschaften zur Erhaltung der Lebensqualität im Ländlichen Raum aus?

Dabei wird insbesondere die Wahrnehmung der Rechtsform Genossenschaft von Unternehmensgründern vor der Entscheidung für eine bestimmte Rechtsform betrachtet, sowie die politischen, ökonomischen und sozialen Faktoren, welche die Gründungstätigkeit von Genossenschaften maß-

geblich beeinflussen. Ziel ist dabei, die kritischen Erfolgsfaktoren bei Neugründungen von Genossenschaften bzw. Faktoren bei Entscheidungen für andere Rechtsformen und insbesondere die Erfahrungen der Gründer seit der Gründung zu ermitteln. Dazu werden hemmenden und fördernden Faktoren identifiziert, die einen bedeutenden Einfluss auf den „Neugründungsboom“ seit der Novellierung des GenG im Jahr 2006 hatten bzw. haben. Darauf aufbauend wird analysiert wie sich das Spektrum der Betätigungsfelder von Genossenschaften im Zuge der Novelle des GenG verändert und erweitert hat. Dies stellt die Ausgangsbasis für eine weitere bedeutsame Zielsetzung der kumulativen Dissertation dar, in der ermittelt wird, welche Möglichkeiten und Grenzen von Genossenschaften zur Erhaltung der Lebensqualität im Ländlichen Raum ausgehen. Um dies zu beantworten stellt sich die Frage, welche Bedürfnisse, insbesondere soziale, wie auch alltägliche Versorgungsbedürfnisse im Ländlichen Raum bestehen und inwiefern diesen durch die Arbeit von Genossenschaften begegnet werden kann, bzw. an welchen Stellen sich Grenzen der Rechtsform Genossenschaft zeigen. Betrachtet wird dabei insbesondere auch der zeitlich perspektivische Aspekt. Beantwortet werden soll, inwieweit Genossenschaften als Dauerlösung gelten oder tragen sie nur dazu bei, kurzfristig der mit dem Strukturwandel einhergehenden Abwanderung und Überalterung der Ländlichen Räume entgegenzuwirken?

2. Welche Nachhaltigkeitspotenziale können im Agribusiness, beispielhaft analysiert für die Landmaschinenherstellung, realisiert werden und wie verhält sich das Interesse landwirtschaftlicher Unternehmen am Nachhaltigkeitsaspekt?

Die Nachhaltigkeitsthematik hat in den letzten Jahren zunehmend Eintrag in Unternehmen des Agribusiness erhalten. Ziel ist es zu ermitteln, welche Potenziale sich für die im Agribusiness tätigen Unternehmen ergeben. Fokussiert wird hier das Beispiel der Landmaschinenherstellung vor dem Hintergrund eines hohen Ressourcenverbrauchs in einerseits der Herstellung, aber andererseits einer möglichst ressourcenerhaltenden Anwendbarkeit, während der Einsatz- bzw. Lebensdauer der Maschine auf den landwirtschaftlichen Betrieben. Dabei stellt sich die Frage, wie hinsichtlich eines schonenden Umganges mit erneuerbaren und nichterneuerbaren Ressourcen, Produktionsprozesse und fertige Aggregate gestaltet werden können, um Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Die Landwirte als Kunden und langjährige Nutzer der Landmaschinen sind entscheidende Stakeholder der Landmaschinenhersteller und müssen deshalb bei der obigen Fragestellung mit einbezogen werden. Vor diesem Hintergrund werden die Einstellungen der Landwirte hinsichtlich der Nachhaltigkeit in der Landtechnikherstellung und des Nachhaltigkeitsengagements der Landtechnikhersteller untersucht. Hinterfragt wird dabei, welche Wertschätzung Landwirte für

Landtechnikhersteller haben, die auf einen umweltschonenden und sozialverträglichen Herstellungsprozess achten. Darüber hinaus werden Charakteristika entwickelt, die aus Sicht der Landwirte ein nachhaltiges Unternehmen der Landtechnikbranche einerseits, sowie eine nachhaltige Landmaschine andererseits typisieren.

3. Welche einzelbetrieblichen Entwicklungsstrategien sind für landwirtschaftliche Unternehmen relevant?

Um dem stetigen Strukturwandel, inkludierend des demographischen Wandels und den verschärften Wettbewerbsintensitäten auf den Weltmärkten für Agrarprodukte zu begegnen, bieten sich für landwirtschaftliche Unternehmen verschiedenen Alternativen einzelbetrieblicher Entwicklungsstrategien. Ziel einer Reihe von Einzelbeiträgen dieser kumulativen Dissertation ist es, ausgewählte einzelbetriebliche Entwicklungsstrategien aufzuzeigen und diese anhand diverser empirischer Untersuchungen bei landwirtschaftlichen Unternehmen hinsichtlich ihrer jeweiligen Vorzüglichkeit vergleichend zu analysieren.

Um die Fragestellung zu klären, ob Kooperationen eine geeignete einzelbetriebliche Entwicklungsstrategie für landwirtschaftliche Unternehmen darstellen können, wird zunächst betrachtet, welche horizontalen Kooperationsformen bzw. Bindungsgrade im landwirtschaftlichen Primärproduktionsbereich relevant sind. Darüber hinaus wird ermittelt, welche Chancen Kooperationen auf einzelbetrieblicher Ebene bieten können. Von besonderer Bedeutung ist dabei zu ermitteln, welche Voraussetzungen für eine erfolgreiche und nachhaltige Zusammenarbeit zwischen landwirtschaftlichen Unternehmen notwendig sind und welche potenziellen Problemfelder sich aus bzw. in landwirtschaftlichen Kooperationen ergeben können. Daraus werden Handlungsempfehlungen für kooperierende und kooperationswillige Landwirte abgeleitet, die bei der Vermeidung bzw. Lösung von Konflikten unterstützen können.

Als eine weitere wichtige einzelbetriebliche Entwicklungsstrategie ist die Nebenerwerbslandwirtschaft zu nennen. Insbesondere im Untersuchungsraum des Bundeslandes Baden-Württemberg, welches traditionell einen hohen Anteil an Nebenerwerbslandwirtschaft aufweist, gilt es, die Situation, Entwicklung und Perspektiven der Nebenerwerbslandwirtschaft zu ermitteln. Ziel ist es dabei, Wirtschaftlichkeit, Persistenz sowie Zufriedenheit der Betriebsleiter zu erfassen und darauf aufbauend Aussagen über die Perspektiven der Nebenerwerbslandwirtschaft als einzelbetriebliche Entwicklungsstrategie der jeweiligen landwirtschaftlichen Unternehmen zu diskutieren. Es wird auch untersucht, ob ein dauerhaftes Nebeneinander verschiedener Erwerbsformen möglich und vorteilhaft ist.

Ein weiterer zunehmend an Bedeutung gewinnender Aspekt auf einzelbetrieblicher Ebene ist die Beschäftigung und insbesondere die Qualifikation von Fremdarbeitskräften. Der fortschreitende Strukturwandel bewirkt deutliches betriebliches Wachstum. Zwar ist vor dem Hintergrund des biologischen, mechanischen und organisatorisch-technischen Fortschritts die Substitution von Arbeit durch Kapital weit voran geschritten, allerdings verändern sich aufgrund der wachsenden Betriebsgrößen die Anforderungen an die fachlichen Qualifikationen der Fremdarbeitskräfte. Der fortschreitende demographische Wandel in Struktur und Wanderungsbewegungen der Bevölkerung, wie auch u.a. die guten außerlandwirtschaftlichen Einkommensmöglichkeiten, verstärken die Problematik geeignete Arbeitskräfte zu finden. Ziel ist es hierbei zu ermitteln, welche die entscheidenden Qualifikationen für Fremdarbeitskräfte sind und welche betriebsindividuellen und regional typischen Besonderheiten hierbei auftreten.

Diversifizierung kann für landwirtschaftliche Unternehmen, je nach Betriebsausrichtung und Lage eine besondere Bedeutung als einzelbetriebliche Entwicklungsstrategie darstellen. Insbesondere in touristisch geprägten Gebieten bieten sich für landwirtschaftliche Unternehmen verschiedene Alternativen an. Am Beispiel der Region Landkreis Oberallgäu wird untersucht, welche Arten von Diversifizierung in der Berglandwirtschaft von Interesse sein können und welchen Beitrag diverse Diversifizierungsstrategien zur Existenzsicherung der landwirtschaftlichen Unternehmen beitragen können.

Damit werden wesentliche, im Zuge des Strukturwandels sich anbietende Entwicklungsstrategien jeweils separat, aber auch vergleichend untersucht.

4. Welche Alternativen werden von milchviehhaltenden Betrieben in Baden-Württemberg auf einzelbetrieblicher Ebene in der Praxis in Erwägung gezogen, um sich weiter zu entwickeln?

Das Auslaufen der Garantiemengenregelung für Milch nach über dreißig Jahren, zum April 2015, sowie sich zunehmend verändernde Weltmarkt- und Rahmenbedingungen auf dem internationalen, dem europäischen wie auch nationalen Milchmarkt, verursachen bei den milcherzeugenden Betrieben starke Anpassungs- und Entwicklungsstrategien auf einzelbetrieblicher Ebene. Der durch den Wegfall der Milchquote sich verschärfende Strukturwandel und die hohe Dynamik dahinter, lassen vermuten, dass im Bereich der milchviehhaltenden Unternehmen geeignete einzelbetrieblichen Entwicklungsstrategien von größter Bedeutung sind, insbesondere in einem traditionell kleinstrukturierten Bundesland wie Baden-Württemberg.

Auf Grund dessen wird in einer Untersuchung der baden-württembergischen Milchvieherzeuger der Fragestellung nachgegangen, welche möglichen Anpassungs- und Entwicklungsstrategien in rohmilcherzeugenden Betrieben relevant sind. Ziel ist es dabei zu ermitteln, welche Anpassungsstrategien auf einzelbetrieblicher Ebene angewendet werden sowie welche regionalen Besonderheiten sich innerhalb Baden-Württembergs dabei auf einzelbetrieblicher Ebene als Hemm- oder Erfolgsfaktoren erweisen. Diskutiert werden dabei insbesondere die verschiedenen einzelbetrieblichen Entwicklungsstrategien, die den milchviehhaltenden Betrieben perspektivisch zur Verfügung stehen. Darauf aufbauend werden tieferegehende statistische Analysen durchgeführt, mit dem Ziel die Einflussfaktoren auf die gewählten Entwicklungsstrategien regionalspezifisch und einzelbetrieblich auszuwerten und zu analysieren. Hierbei kommen als erklärende Variable sozioökonomische Parameter, wie bspw. Alter, Ausbildungsstand, Betriebsgröße, Anzahl der Milchkühe in Frage. Um im zeitlichen Ablauf Veränderungen bzgl. der Anpassungs- und Entwicklungsstrategien der milchviehhaltenden Betriebe darstellen und analysieren zu können, wird eine Vergleichsanalyse der übereinstimmenden Stichproben und Kernuntersuchungselemente der Untersuchungen aus den Jahren 2008 und 2014 vorgenommen. Ziel ist es dabei, die Veränderungen der Anpassungsstrategien, des im Jahr 2008 noch hypothetischen Ausstiegs aus der Milchquotenregelung, den konkreten Anpassungsstrategien 2014 gegenüberzustellen. Fokussiert wird dabei die Veränderung der Rahmenbedingungen zwischen 2008 und 2014 sowie Unterschiede der einzelbetrieblichen Entwicklungsstrategien im gleichen Zeitraum.

Übergreifende Klammer über die Rubriken bzw. Einzelbeiträge ist im Wesentlichen der agrarstrukturelle Wandel, von internen und externen Faktoren ausgelöst und mit deutlichen Rückwirkungen auf Einzelbetriebe und deren Zusammenschlüsse.

1.3 Aufbau und Struktur der vorgelegten Arbeit

Im folgenden Abschnitt werden der Aufbau der vorliegenden kumulativen Dissertation sowie die Struktur der Darstellungsweise erläutert, die sich am allgemeinen Aufbau kumulativer Dissertationen orientiert.

Nachdem einleitend die thematische Grundproblematik und die wissenschaftliche Zielsetzung erläutert werden, werden in Kapitel 2 die veröffentlichten und eingereichten Publikationen in referierten wissenschaftlichen Fachzeitschriften und Tagungsbänden wiedergegeben.

Um der Komplexität des weitgefassten Themenfeldes gerecht zu werden, wird Kapitel 2 *Ausgewählte über- und einzelbetriebliche Entwicklungsstrategien* entlang folgender drei inhaltlicher Kernelemente gegliedert:

In Abschnitt 2.1 wird auf Genossenschaften und die Nachhaltigkeitsthematik im Agribusiness eingegangen. Zunächst wird als *überbetriebliche Entwicklungsstrategie* das Neugründungsverhalten von Genossenschaften aufgegriffen und darauf aufbauend auf die Potenziale von Genossenschaften im und für den ländlichen Raum eingegangen. Die letzte Veröffentlichung in diesem Unterkapitel stellt einen Exkurs dar. Hier wird anhand der Thematik der Nachhaltigkeit in der Landmaschinenproduktion eine weitere bedeutsame überbetriebliche Entwicklungsstrategie aus dem Agribusiness hervorgehoben.

Die Reihenfolge der dargestellten referierten Veröffentlichungen richtet sich dabei in erster Linie nach der inhaltlichen Zugehörigkeit bzw. dem fachlichen Zusammenhang und erst als zweites Kriterium wird der Zeitpunkt der Veröffentlichung bzw. der Einreichung einer Veröffentlichung berücksichtigt. Im Anschluss daran werden die fachlich zugehörigen, aber nicht referierten Beiträge und Veröffentlichungen aufgeführt.

Als *einzelbetriebliche Entwicklungsstrategien* werden im darauf folgenden Abschnitt 2.2 der kumulativen Dissertation die Themenbereiche: Kooperationen zwischen landwirtschaftlichen Unternehmen, die Nebenerwerbslandwirtschaft, die Anforderungen an die Qualifikation von Fremdarbeitskräften sowie Diversifizierung fokussiert. Dabei werden ausgehend von einer empirischen Untersuchung der landwirtschaftlichen Ausbildungsbetriebe in Baden-Württemberg, die Voraussetzungen, Vorteile und Probleme in Kooperationen zwischen landwirtschaftlichen Unternehmen analysiert. Eine weitere schriftliche Befragung wird bei der Zielgruppe der aktiven Nebenerwerbslandwirte zum Thema „Stand, Entwicklung und Perspektive der Nebenerwerbslandwirtschaft“ im Untersuchungsgebiet Baden-Württemberg durchgeführt, in dem die Nebenerwerbslandwirtschaft seit Jahren einen konstant hohen Anteil von über 60 % an der Gesamtbetriebszahl ausmacht. Besonderen Einfluss auf einzelbetriebliche Entwicklungsstrategien landwirtschaftlicher Unternehmen hat auch die Qualifikation von Fremdarbeitskräften in der Landwirtschaft, wie die deutschlandweite schriftliche Online Befragung unter landwirtschaftlichen Ausbildungsbetrieben zeigt. Abschließend werden verschiedene Diversifizierungsstrategien in der Berglandwirtschaft aufgezeigt, das Untersuchungsgebiet bezieht sich hier insbesondere auf den Landkreis Oberallgäu.

Wie oben bereits beschrieben, bezieht sich die Reihenfolge der dargestellten referierten Veröffentlichungen auf die inhaltlichen Zugehörigkeit bzw. dem fachlichen Zusammenhang. Fachlich zugehörige, aber nicht referierte Beiträge und Veröffentlichungen werden im Anschluss aufgeführt.

Im Abschnitt 2.3 werden anhand des *Fallbeispiels Milchviehhaltung* einzelbetriebliche Entwicklungsstrategien vor dem Hintergrund des Auslaufens der Milchquotenregelung im April 2015 dargestellt. Die Selektion dieses Fallbeispiels erfolgt durch zum einen die Aktualität der Thematik, zum anderen aber auch durch die hier vorherrschende hohe Dynamik des fortschreitenden Strukturwandels und dem somit zunehmenden Druck auf milchviehhaltende Betriebe, sich den veränderten Rahmen- und Marktbedingungen anzupassen. Die durchgeführten Untersuchungen beziehen sich dabei auf Baden-Württemberg, welches aufgrund seiner historisch und naturräumlich kleinstrukturierten Landwirtschaft, der aktuellen Thematik des Wegfalls der Milchquotenregelung besonders exponiert ist. Zunächst werden die Ergebnisse einer schriftlichen Befragung baden-württembergischer Milchviehalter aus dem Jahr 2014 vorgestellt und mittels statistischer Auswertungen analysiert. Darauf aufbauend werden im Rahmen einer Vergleichsanalyse Ergebnisse der Untersuchungen aus den Jahren 2008 und 2014 hinsichtlich hypothetischer und konkreter Anpassungsstrategien der Milcherzeuger in Baden-Württemberg dargestellt. Beide Untersuchungen sind methodisch analog zueinander aufgebaut und in den entsprechend selektierten Landkreisen durchgeführt, um einen Vergleich zu ermöglichen.

Auch hier werden die referierten Veröffentlichungen entsprechend ihrer inhaltlichen Zugehörigkeit bzw. dem fachlichen Zusammenhang geordnet.

Daran anschließend werden in Kapitel 3 ausgewählte Ergebnisse der über- und einzelbetrieblichen Entwicklungsstrategien in einer Diskussion zusammengeführt. Die vier zentralen Fragestellungen dieser Arbeit werden in diesem Zusammenhang erneut aufgegriffen, komprimiert beantwortet und diskutiert.

Die vorliegende kumulative Dissertation schließt mit einer deutschen, sowie einer englischen Zusammenfassung.

2 Ausgewählte über- und einzelbetriebliche Entwicklungsstrategien

Im folgenden Kapitel werden ausgewählte über- und einzelbetriebliche Entwicklungsstrategien im Agrar- und Agribusinesssektor dargestellt.

2.1 Überbetriebliche Entwicklungsstrategien

Unter 2.1 wird dabei zunächst auf Genossenschaften eingegangen, dabei werden insbesondere das Neugründungsverhalten sowie die Potenziale von Genossenschaften zur Erhaltung der Lebensqualität im Ländlichen Raum fokussiert. Im Rahmen eines Exkurses, wird auf das zunehmend an gesellschaftlicher Bedeutung gewinnende Thema der Nachhaltigkeit, hier am Beispiel der Landmaschinenproduktion eingegangen.

In folgender Übersicht werden, die im Rahmen des Unterkapitels 2.1 dargestellten referierten Veröffentlichungen aufgeführt.

Referierte Zeitschriften und Tagungsbeiträge

Im Rahmen dieses Unterkapitels werden die dieser kumulativen Dissertation zugrunde liegenden veröffentlichten oder eingereichten Artikel in referierten Fachzeitschriften präsentiert. Diese sind:

2.1.1 Analyse der Neugründungen von Genossenschaften – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung im Verbandsgebiete Baden-Württemberg

Status: Veröffentlicht

Journal: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 62, Heft 1, 2012, S. 19-34.

Autoren: Doluschitz, R.; Laven, P.; Haug, H. und Reifschneider A.

2.1.2 Analyse des Neugründungsverhaltens von Genossenschaften in Baden-Württemberg vor dem Hintergrund der Novelle des Genossenschaftsgesetzes von 2006

Status: Veröffentlicht

Journal: Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e. V., Bd. 48, 2013, S. 477-479.

Autoren: Doluschitz, R.; Haug, H.; Laven, P. und Reifschneider A.

2.1.3 Möglichkeiten und Grenzen von Genossenschaften zur Erhaltung der Lebensqualität im ländlichen Raum

Status: Veröffentlicht

Journal: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 65, Heft 1, 2015, S. 41-58.

Autoren: Willersinn, C.; Laven, P. und Doluschitz, R.

2.1.4 Options and limitations of cooperatives for preserving quality of life in rural areas

Status: Angenommen

Journal: Tagung. Österreichische Gesellschaft für Agrarökonomie 2015.

Autoren: Willersinn, C.; Laven, P. und Doluschitz, R.

2.1.5 Nachhaltigkeit in der Landmaschinenproduktion – eine empirische Untersuchung unter Landwirten

Status: Veröffentlicht

Journal: Landtechnik 69(2), 2014, S. 84-89.

Autoren: Bezruk, Y.; Laven, P.; Hoffmann, C. und Doluschitz R.

2.1.1 Analyse der Neugründungen von Genossenschaften – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung im Verbandsgebiet Baden-Württemberg

Status: Veröffentlicht, Band 62, Heft 1/2012, S. 19-34.
Journal: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen.
Autoren: Doluschitz, R.; Laven, P.; Haug, P. und Reifschneider A.

Dieser Beitrag ist so oder in so ähnlicher Form veröffentlicht in der Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 62, Heft 1/2012, S. 19-34.

Analyse der Neugründungen von Genossenschaften – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung im Verbandsgebiet Baden-Württemberg

Reiner Doluschitz
Pamela Lavèn
Harald Haug;
Annika Reifschneider*

Zusammenfassung

Ziel einer 2010/11 im Verbandsgebiet Baden-Württemberg durchgeführten empirischen Erhebung war es, Neugründungen von Genossenschaften nach der Novelle des GenG 2006 zu analysieren, um mit den gewonnenen Erkenntnissen den Aufwärtstrend weiter unterstützen zu können.¹ Es wird klar ersichtlich, dass Genossenschaften als durchaus attraktive Rechtsform mit klaren Alleinstellungsmerkmalen eingeordnet werden. Damit lautet die Empfehlung insbesondere für die Verbände, die begonnene, breit angelegte Informationskampagne zu intensivieren und ihr Leistungsangebot deutlicher zu profilieren.

Summary

The purpose of a recently conducted survey was the evaluation of startup cooperatives in Baden-Württemberg after the amendment of the German cooperative law in 2006 in order to extract the main determinants of success and assist future startups. It is evident, that cooperatives may be considered an attractive legal form of a company with unique features. Regarding the activities of the regional auditing federations, we recommend a broadening of information campaigns and a more precise specification of their services.

Résumé

L'objectif d'une enquête empirique effectuée en 2010–2011 dans le Land du Baden-Württemberg était d'analyser les nouvelles créations de coopératives à la suite de l'amendement au texte de la loi sur les coopératives (GenG) en 2006, pour pouvoir, à l'appui des connaissances acquises, continuer à soutenir cette tendance de croissance. Selon cette enquête les coopératives sont considérées comme des entreprises à forme juridique très attractives dotées de caractéristiques leur conférant une position unique. Nous recommandons particulièrement aux associations d'intensifier la grande campagne d'information déjà entreprise et de préciser plus finement leur offre de services.

1 Einführung

Die Zahl der Neugründungen von Genossenschaften (eG) hatte sich in den letzten Jahren (bis 2005) auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau eingependelt. Im Zuständigkeitsbereich des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes (BWGV) lag die Zahl der Neu-

*Universität Hohenheim Stuttgart, Institut für Landwirtschaftliche Betriebslehre, Fachgebiet für Agrarinformatik und Unternehmensführung sowie Forschungsstelle für Genossenschaftswesen.

¹ Die Autoren danken ganz herzlich dem Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband sowie dem Baden-Württembergischen Wirtschaftsministerium für die finanzielle Unterstützung dieser Studie.

gründungen für Württemberg im Zeitraum von 2000 bis 2005 bei 19, im jährlichen Durchschnitt also bei 3,17. Ursachen für dieses verhaltene Gründungsgeschehen können vielfältig sein und u.a. Aspekte wie den geringen Bekanntheitsgrad der Rechtsform, das Image von Genossenschaften, Beratungsschwerpunkte mit Fokus auf andere Rechtsformen, Defizite in der Ausbildung bzgl. Genossenschaftsgrundlagen beinhalten. Mit der Novelle des Genossenschaftsgesetzes im Jahr 2006 wurde neben anderen auch das Ziel verfolgt, die Attraktivität von Genossenschaften im 21. Jahrhundert zu erhöhen, u.a. indem ausdrücklich eine Erweiterung des Geschäftszwecks hin zur Förderung auch sozialer und kultureller Belange der Mitglieder ermöglicht wird. Darüber hinaus erfolgte eine Vereinfachung des Zugangs zur genossenschaftlichen Rechtsform, insbesondere für Existenzgründer und kleine Kooperationen im mittelständischen Bereich durch Beseitigung evidenter Gründungshemmnisse. Auch die Kapitalbeschaffung und -erhaltung wurde für Genossenschaften erleichtert und es werden Verbesserungen des Bekanntheitsgrades und Images der Genossenschaften angestrebt sowie die Erhöhung der Akzeptanz der Genossenschaft als zukunftsfähige und bürgernahe Unternehmensform. Schließlich wird auf Grundlage der Gesetzesnovelle versucht, die vielfältigen Anwendungseignungen der eG durch Vorstoß der genossenschaftlichen Betätigung in erfolgsträchtige neue Wirtschaftsbereiche und Betätigungsfelder einem breiten Publikum bewusst zu machen.

Die Zahlen der Neugründungen im Einzugsgebiet des BWGV (Baden-Württemberg) aus den Jahren 2006 bis 2009 lassen erkennen, dass die Neugründungen im Sinne des Genossenschaftsgesetzes gegenüber der Zeit vor der Novelle zugenommen haben. Die Zahl der Neugründungen für die Jahre 2006 bis 2009 lag im Zuständigkeitsbereich des BWGV bei 74, in Württemberg wie auch in Baden wurden je 37 Neugründungen seit 2006 registriert, im jährlichen Durchschnitt also 18,5 Neugründungen im genannten Zeitraum.

Im Verbandsgebiet Baden-Württemberg wurde 2010/11 eine empirischen Erhebung durchgeführt, deren Ziel es war, Neugründungen nach der Novelle des GenG 2006 zu analysieren, um mit den gewonnenen Erkenntnissen den Aufwärtstrend weiter unterstützen zu können. Hierzu wurden fünf Forschungsfragen formuliert, entlang derer auch die Diskussion in Gliederungspunkt 3 geführt wird.

Es erfolgte eine schriftliche Befragung bei Gründern und Nicht-Gründern (Stichprobe: 100; Rücklauf ca. 40 %), die um acht Tiefeninterviews zur Erfassung von Hinter- und Beweggründen ergänzt wurde. Im Rahmen dieser Fallanalysen wurden ein Import-/Exportunternehmen, ein Dorfladen, zwei Bürgerenergiegenossenschaften, ein Dorfgasthaus, ein Entwicklungslabor der IT-Branche, ein privates Gymnasium sowie eine Gärtnerei untersucht. Die Auswertung der Ergebnisse erfolgte mittels deskriptiver Statistik. Ziel deren Anwendung war es, Merkmalszusammenhänge erkennbar zu machen.²

² Vgl. Bortz, J./Döring, N.: Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler, 4. Aufl., Heidelberg 2009, S. 371.

2 Ergebnisse der Untersuchung

2.1 Auswertung der Befragungsergebnisse

Bezüglich der *Eigenwahrnehmung von Genossenschaften* ist festzuhalten, dass die Gründer vor der genossenschaftlichen Gründung die genossenschaftlichen Grundprinzipien mit der Rechtsform eG verknüpfen, wie es aus Abbildung 1³ hervorgeht. Genossenschaften werden von ihnen des Weiteren mit positiven Eigenschaften assoziiert (als seriös wirtschaftende Unternehmen und als Netzwerkverbund Gleichgesinnter, sowie als krisenstabil und insolvenzresistent). Die Aussagen mit negativer Konnotation „Unternehmen mit langwierigen Entscheidungsprozessen“ und „schwerfällig und nicht wettbewerbsfähig“ sind hingegen in der Kategorie „eher unzutreffend“ zu finden. Jedoch wird keine Aussage mit negativer Konnotation vollständig abgelehnt und auf einer Skala von -2 bis +2 mit einer Durchschnittsnote kleiner -1 bewertet. Ablehnung erfährt ausschließlich die Verbindung zum Sozialismus. Daraus geht hervor, dass das Image von Genossenschaften bei den Gründern vor der genossenschaftlichen Gründung ambivalent besetzt ist.

Bei einer Gegenüberstellung der Genossenschaftswahrnehmung vor und nach der Gründung (Abbildung 2⁴ der Seite 23 gegenüber Abbildung 1) zeigen sich hinsichtlich folgender Aspekte die deutlichsten Veränderungen in der Wahrnehmung der Befragten: Vor allem der Eindruck, dass Genossenschaften hauptsächlich in der Landwirtschaft verbreitet sind, wird nach der Gründung als deutlich unzutreffender bewertet. Die Aspekte „Demokratische Unternehmen“, „Unternehmen zur Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung“ sowie „Netzwerkverbund Gleichgesinnter“ werden hingegen nach der Gründung als deutlich zutreffender eingeschätzt. Die Vorstellung, dass Genossenschaften „unmodern“ oder „Unternehmen mit langwierigen Entscheidungsprozessen“ sind, bewerten die Befragten nach der Gründung als unzutreffender.

Die genossenschaftliche Neugründung wird von mehreren Faktoren maßgeblich beeinflusst. Der *Einfluss rechtlicher Rahmenbedingungen* kann als gegeben gelten. Das GenG wirkt dabei sowohl fördernd als auch hemmend auf die Neugründer, wobei das GenG von Genossenschaften mit Gründung nach 2006 häufiger als förderlich wahrgenommen wird als von Genossenschaften mit Gründung vor 2006. Dies spricht für einen entsprechend positiven Effekt der Gesetzesnovelle. Neben dem GenG wirken auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und die Gesetzesverordnungen anderer Rechtsformen positiv auf die Gründungsaktivität.

Den Einfluss *sozio-ökonomischer Einflussfaktoren* bestätigt der Großteil der Befragten. Dabei ist die Spannweite der sozio-ökonomischen Zielsetzung sehr weit, sie reicht von der Förderung des Umwelt- und Klimaschutzes bis zu der Organisation kultureller Einrichtungen und Aktivitäten.

³ Eigene Darstellung auf Grundlage eigener Berechnung.

⁴ Eigene Darstellung auf Grundlage eigener Berechnung.

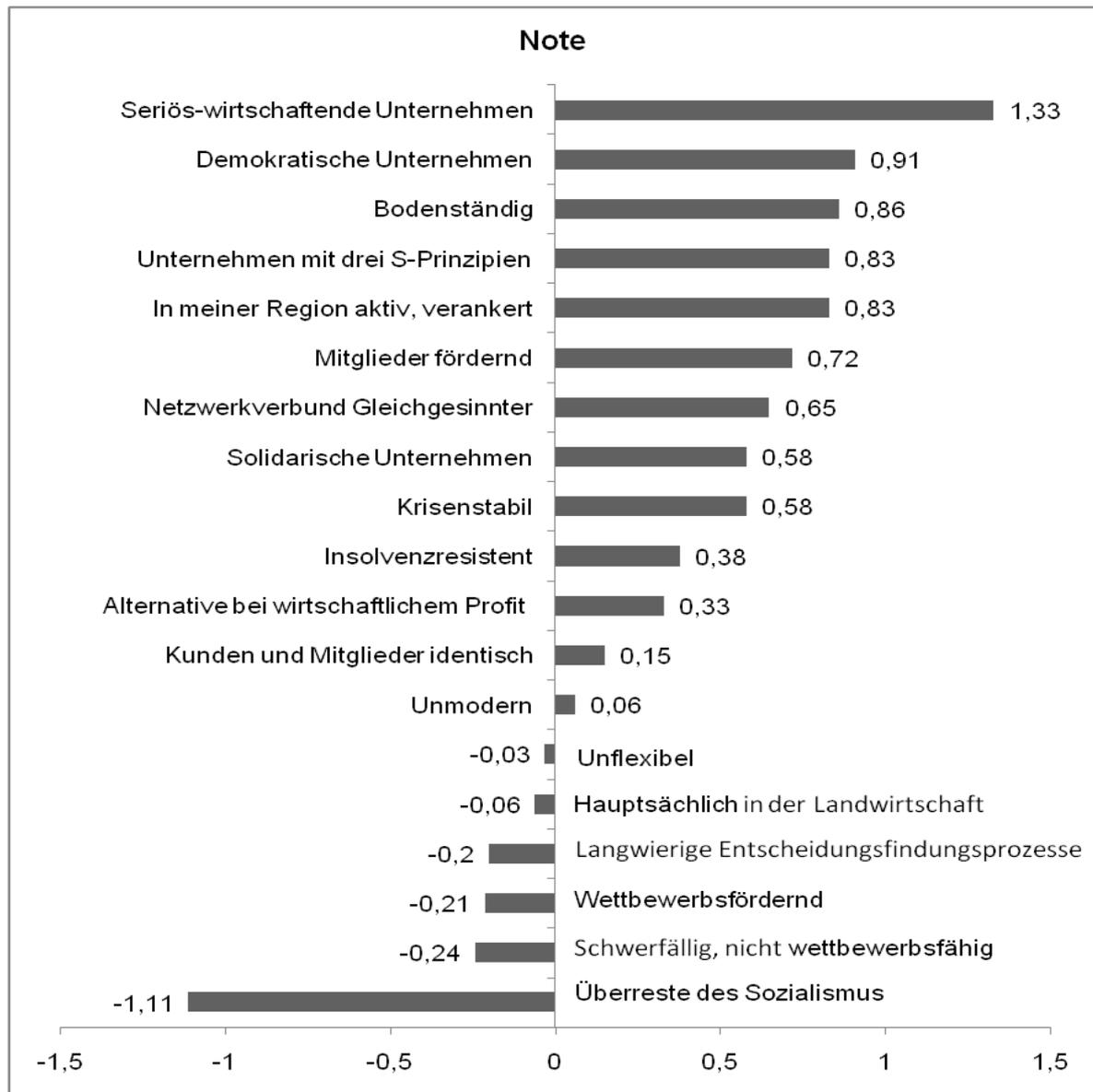


Abb. 1: Bewertung einzelner Aussagen zur Genossenschaftswahrnehmung von Gründern vor der Gründung (2 = trifft voll und ganz zu, -2 = trifft überhaupt nicht zu; n = 654; unter Berücksichtigung von Mehrfachnennungen)

Die Gründer griffen in über 80 % der Fälle auf *externe Beratung* zurück. Die am häufigsten genannten Beratungsanbieter waren der BWGV, Steuerberater, Rechtsanwälte und Unternehmensberater. Entgegen der ursprünglichen Annahme haben die drei letztgenannten einen positiven Einfluss auf die Genossenschaftsgründung, wobei dies vor dem Hintergrund des „gefärbten“ Samples (ausschließlich gegründete Genossenschaften) zu interpretieren, eventuell zu relativieren ist.

Im Hinblick auf die *Rechtsformwahl* sind verschiedene Faktoren von Bedeutung. Die Genossenschaftsgründer stufen hauptsächlich die genossenschaftlichen Grundprinzipien als wichtige Aspekte bei der Rechtsformwahl ein. Dies wird bei den Nennungen der Vorteile von Genossenschaften gegenüber anderen Rechtsformen bestätigt. Die genossenschaftlichen Grundprinzipien sind Alleinstellungsmerkmale und wichtige Faktoren bei der Rechtsformwahl. Die

Ergebnisse zeigen ebenfalls, dass neben dem Förderzweck auch der wirtschaftliche Erfolg von Bedeutung ist.

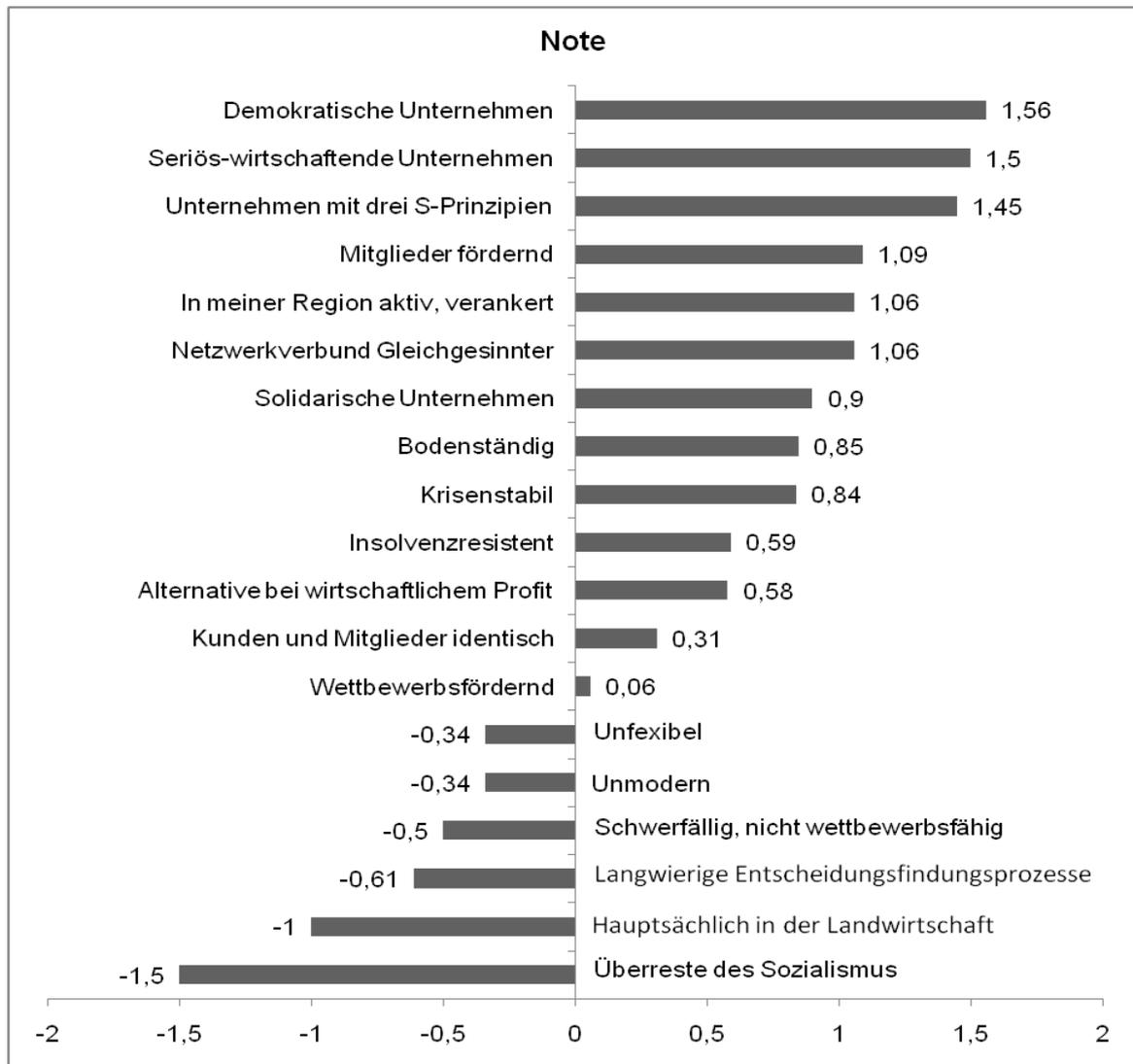


Abb. 2: Genossenschaftswahrnehmung der Gründer aus heutiger Sicht (2 = trifft voll und ganz zu, -2 = trifft überhaupt nicht zu; n = 617; unter Berücksichtigung von Mehrfachnennungen)

Die am engsten in Betracht gezogenen alternativen Rechtsformen sind vor allem die GmbH (16%) und die GbR (16%), aber auch der eingetragene Verein (e.V.; 13%). Die Genossenschaft hat der GmbH gegenüber den Vorteil des einfachen Mitgliederein- und -austritts und gegenüber der GbR den Vorteil der beschränkten Haftung. Gegenüber dem e.V. bietet die eG den Vorteil, dass wirtschaftliche Interessen verfolgt werden können. Auffallend ist der relativ hohe Anteil der Genossenschaften, die keine andere Rechtsform in Betracht gezogen hatten. Diese Genossenschaften wurden zumeist von Promotoren aktiv bei der Gründung gefördert und von diesen von der genossenschaftlichen Idee überzeugt.

Gefragt nach den *positiven Erfahrungen* mit der Rechtsform eG wurden, vor allem die Solidarität unter den Mitgliedern, die Freiwilligkeit und die unkomplizierte Möglichkeit für Mitgliederbewegungen, die Unterstützung seitens des Verbandes sowie die Möglichkeit zur Bildung regionaler Cluster genannt.

Negative Erfahrungen beziehen sich auf das hohe Maß an Bürokratie, insbesondere im Zusammenhang mit der zeit- und kostenaufwändigen Verbandsprüfung, mit der Bearbeitung seitens des Amtsgerichts, und darüber hinaus mit allgemein langwierigen Prozessen.

Wünsche an die *Politik* wurden dergestalt geäußert, dass auf eine weitere Vereinfachung des Genossenschaftsgesetzes hingewirkt, intensiver für die Rechtsform der eG geworben und eine weitere Lockerung der Prüfungspflicht angestrebt werden soll. Seitens des *Verbandes* wünschen sich die Befragten mehr praktische Hilfestellung im Rahmen der Begleitung des Gründungsprozesses sowie eine klare Unterstützung der bereits an die Politik gerichteten Wünsche.

Unabhängig von diesen Wünschen kann jedoch festgestellt werden, dass mit der Gesetzesnovelle die Weichen in die richtige Richtung gestellt wurden und diese als Erfolg zu werten ist.

2.2 Auswertung der Interviews

In der Tabelle⁵ sind die individuellen Merkmale der acht vertiefenden Fallbeispiele zusammengefasst.

Besonderes Augenmerk liegt auf der Erfassung der individuellen Vorteile, welche die einzelnen Unternehmen durch die eG verwirklicht sehen. Bei der Analyse der Ergebnisse kristallisieren sich folgende genossenschaftsspezifische Kriterien als entscheidend heraus. Zum einen die beschränkte Haftung, die Finanzierungsmodalitäten sowie der einfach zu gestaltende Ein- und Austritt der Mitglieder. Zum anderen werden die genossenschaftlichen Prinzipien sehr geschätzt, wobei die drei S-Prinzipien im Gegensatz zum Demokratieprinzip und vor allem zum Förderauftrag einen geringeren Stellenwert haben. Außerdem wird großer Wert auf die Pflichtprüfungen gelegt. In diesem Zusammenhang wird zwar auch Kritik geübt (hoher Kosten- und Zeitaufwand), aber die Sicherung der Solvenz und die entstehende Vertrauensbasis werden sehr geschätzt.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass das Image von Genossenschaften positiver ist, als angenommen. Es hat den Anschein als hätten sowohl die Gründer vor der Gründung als auch deren wirtschaftliches Umfeld kein klares, eindeutiges Bild von Genossenschaften. Es kann davon ausgegangen werden, dass Genossenschaften nicht das Problem eines schlechten Images haben. Vielmehr dürfte das Problem in der weit verbreiteten Unkenntnis über die Rechtsform eG liegen.

⁵ Eigene Darstellung auf Grundlage eigener Befragungsergebnisse.

Tab.: Synoptische Zusammenfassung der Ergebnisse der acht vertiefenden Fallanalysen

	Geschäftszweck	Gründung	Mitglieder	Individuelle Vorteile durch die Rechtsform eG
Unser Dorfladen eG	Verbesserung der Güterversorgung, Kommunikationszentrum	2005	349	Beschränkte Haftung, Finanzierungsmodalitäten, Förderauftrag, S-Prinzipien, Pflichtprüfung
Bürgerenergiegenossenschaft Altdorf eG	Stromversorgung, Umweltschutz	2009	148	Beschränkte Haftung, Finanzierungsmodalitäten, Förderung kultureller Belange (gemeinsames Handeln für den Umweltschutz)
Bolando eG	Erhaltung der historischen Ortsmitte, sozialer Treffpunkt mit kulturellem Veranstaltungsangebot	2008	245	Beschränkte Haftung, Finanzierungsmodalitäten, Pflichtprüfung, Beratung durch den Verband, Solidaritätsgedanke
Osadl eG	Generierung wirtschaftlicher Vorteile, Open-Innovation-Projekt	2005	30 (40 Geschäftsanteile)	Einfache Gestaltung des Ein- und Austritts der Mitglieder, großer Bekanntheitsgrad
Peter-Härtling-Privatgymnasium Nürtingen eG	Privates Gymnasium mit speziellem Profil und kleinen Klassen	2007	ca. 100	Kapitalbeschaffung, Förderauftrag, demokratisches Prinzip, einfache Mitgliederfluktuation
eGsalent eG	Verbesserung der Wirtschaftsfähigkeit und des internationalen Handels	2008	5	Haftungsausschluss, kein Mindestkapital, Mitgliederförderung, Demokratieprinzip, Ehrenamt
Bürgerenergie St. Peter eG	Realisierung von 90 % CO ₂ -neutralen Heizungen	2008	170	Beschränkte Haftung, Finanzierungsmodalitäten, Mitgliederförderung, Ehrenamt, Demokratieprinzip, S-Prinzipien, Pflichtprüfung, Sicherung der Wirtschaftsfähigkeit
Gärtnerei Claus	Expansion zur kontinuierlichen Belieferung des LEH	in Vorbereitung	3 potenzielle Initiatoren	Beschränkte Haftung, offene Mitgliedschaft, Demokratieprinzip, gute Reputation, i. d. Landwirtschaft weit verbreitet

3 Diskussion und Folgerungen

Bei der herangezogenen Literatur handelt es sich vornehmlich um Monographien und Beiträge in Sammelbänden. Gleichwohl finden sich Aussagen ähnlichen Tenors von Autoren aus Praxis und Wissenschaft in großer Zahl in anderen Publikationsorganen wie beispielsweise Zeitschriften der Genossenschaftsverbände.

Die Tatsache, dass sich Baden-Württemberg strukturell nicht grundlegend von den anderen Bundesländern unterscheidet, macht es möglich, die folgende Diskussion der Ergebnisse, die in strukturierter Weise entlang der Forschungsfragen erfolgt, losgelöst von regionalen Grenzen zu führen.

- *Forschungsfrage 1: Wie werden Genossenschaften von Unternehmensgründern vor der Entscheidung für eine bestimmte Rechtsform wahrgenommen?*

Genossenschaften werden seitens der Befragten insbesondere wegen ihrer festen und in langer Tradition bewährten Grundprinzipien (wie Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung) sowie als seriös wirtschaftende Unternehmen sehr geschätzt. Es zeigt sich allerdings auch, dass teilweise ein unscharfes Bild von der Rechtsform gegeben ist. Negativ wird verbreitet angemerkt, dass Genossenschaften nicht als modern (eher traditionsbewusst und unauffällig) und durch langwierige Entscheidungsprozesse gekennzeichnet sind.

Dieser Sachverhalt wird auch in der einschlägigen Literatur bestätigt. *Göler von Ravensburg et al.* konnten in einer bundesweit angelegten empirischen Studie aus dem Jahr 2003 belegen, dass Genossenschaften als eher unmodern eingestuft werden.⁶ Einen unzureichenden Bekanntheitsgrad bestätigen auch *Alscher/Piller*.⁷

Dabei muss „unmodern“ nicht grundsätzlich als negatives Attribut verstanden werden, sondern kann auch im Sinne von traditionsbewusst und unauffällig interpretiert werden. Innovative Ideen aus dem Bereich der Neugründungen bestätigen zudem, dass die Rechtsform der Genossenschaft als durchaus zeitgemäß eingestuft werden kann.

Hieraus lässt sich u.a. folgern, dass die Hervorhebung positiver Merkmale und Erläuterungen bzw. die Bereitstellung von Lösungsansätzen zu negativ besetzten Attributen den Kern einer gezielten Informations- und Öffentlichkeitskampagne bilden sollte.

- *Forschungsfrage 2: Welche politischen, ökonomischen und sozialen Faktoren beeinflussen die Gründungstätigkeit von Genossenschaften maßgeblich und welche Auswirkungen sind dabei erkennbar?*

Die Bedeutung der umwelt- und klimapolitischen Ziele der Bundesregierung auf die genossenschaftliche Neugründungsaktivität wird in der Literatur als hoch eingeschätzt. Die befragten Genossenschaften stufen das EEG als eine förderlich wirkende Rechtsvorschrift ein und sehen sich dadurch in ihrer Gründung bestärkt. Auch VOLZ sieht einen entsprechenden Zusammenhang.⁸ Auch die ökonomischen Rahmenbedingungen können Genossenschaften begünstigen, was besonders am Beispiel der Finanz- und Wirtschaftskrise des Jahres 2008 erkennbar ist und auch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Branche kann nach Ansicht der Befragten gegebenenfalls förderlich sein. „In Zeiten konjunktureller Krisen steigt die Zahl der Genossenschaftsgründungen mit einer Verzögerung von wenigen Jahren an“⁹. *Pollich* relati-

⁶ Vgl. Göler von Ravensburg, N./Pinkwart, A./Schmidt, R: Kriterien für die Gründung mittelständischer Kooperationen in genossenschaftlicher Rechtsform. Göttingen, 2003.

⁷ Alscher, M./Priller, E.: Zu Neugründungen von Genossenschaften in Deutschland 2000-2006—eine Analyse zu den Ressourcen und Potentialen. Berlin, 2007, S. 14 f., URL:http://b-b-e.com/uploads/media/nl1707_neu_genoss_00-06.pdf.

⁸ Vgl. Volz, R.: Stand und Entwicklungsmöglichkeiten von Bürgerenergiegenossenschaften in Deutschland., in: Doluschitz, R. (Hrsg.): Hohenheimer Genossenschaftsforschung 2010. Stuttgart. S. 19-42.

⁹ Voß, M.: Funktionsstörungen des Wirtschaftsprozesses als Ursache für Genossenschaftsneugründungen. Eine empirische Untersuchung, Forschungsstelle für Genossenschaftswesen an der Universität Hohenheim, Stuttgart-Hohenheim 2002, S.45.

viert andererseits, dass wirtschaftliche Krisen lediglich die Kooperationsbereitschaft von bereits kooperationswilligen Personen bzw. Unternehmen erhöhen¹⁰. Festzuhalten bleibt, dass in den vergangenen Jahren die Anzahl an Genossenschaftsgründungen gestiegen ist. Ob hierfür die Ursachen auch in den konjunkturellen Schwankungen zu finden sind, lässt sich mittels der Ergebnisse der vorliegenden Studie nicht abschließend klären. Als sicher gilt hingegen, dass Wettbewerbsversagen nicht zwingend zu Genossenschaftsgründungen führt¹¹.

In diesem Kontext sind auch spezielle Förderprogramme der Art zu empfehlen, wie sie z.B. das Land Baden-Württemberg in den 90er Jahren sehr erfolgreich zur Unterstützung der Gründung von Seniorengenossenschaften aufgelegt hatte. Seit 2010 fördert das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem BWGV darüber hinaus genossenschaftliche Neugründungen allgemein.

Die Bedeutung sozialer Rahmenbedingungen wird in der Literatur ebenfalls hervorgehoben, insbesondere werden das Prinzip der Selbsthilfe und der sozialen Teilhabe in diesem Zusammenhang angeführt. *Ott* spricht von stabilisierenden Eigenschaften von Genossenschaften in marktlicher und sozialer Unsicherheit.¹² Nach *Gros*¹³ erweisen sich Genossenschaften „in Zeiten sich beschleunigender sozialer und wirtschaftlicher Veränderung (...) [als] Stabilitätsanker“¹⁴.

Die Rechtsform der Genossenschaft fügt sich bezüglich Autonomie, Freiheit und Nutzenstreben, Eigentum und Haftung, Markt und Wettbewerb sowie Demokratie und staatlicher Einflussnahme somit außerordentlich gut in den seitens sozialer Marktwirtschaften gegebenen Rahmen und ist bei konjunkturellen Schwankungen als vergleichsweise stabil einzustufen.

- *Forschungsfrage 3: Welches sind die kritischen Erfolgsfaktoren bei Neugründungen von Genossenschaften bzw. Faktoren bei Entscheidungen für andere Rechtsformen?*

Im Rahmen dieser Fragestellung werden juristische und sozio-ökonomische Einflussfaktoren sowie Einflüsse von Beratungsdienstleistern und solche durch die Wahrnehmung von Genossenschaften überprüft.

Der Einfluss von *juristischen Faktoren* wird als weniger stark empfunden, das GenG hingegen als sowohl fördernd wie auch hemmend wahrgenommen. Dies findet seine Bestätigung auch in der einschlägigen Literatur.¹⁵ Die Grund- und Wesensprinzipien von Genossenschaften, die Haftungsbeschränkung, die einfache Kapitalbeschaffung und der Aufbau eines Netzwerkverbundes werden insbesondere positiv hervorgehoben.

¹⁰ Vgl. Pollich, F.: Die Auswirkungen der Genossenschaftsrechtsreform von 2006 auf die Neugründung von Genossenschaften, Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen-Nürnberg Arbeitspapiere Bd. 36, Nürnberg 2009. S. 86 f.

¹¹ Vgl. Pollich, F. (Fn. 10) S. 87 f.

¹² Vgl. Ott, E.: Kooperationen in Genossenschaften - Stabilität und Perspektiven für Wirtschaft und Gesellschaft, in: ZfgG Bd. 60 (2010), S. 114 f.

¹³ Gros, J.: Die Genossenschaft der Zukunft aus Sicht des Verbandes, in: ZfgG Bd. 59 (2009), S. 95-105.

¹⁴ Gros, J. (Fn. 13) S. 99.

¹⁵ Vgl. Voß M. (Fn. 9) S. 157-161. und Grosskopf, W./ Münkner, H.-H./Ringle, G.: Unsere Genossenschaft – Idee, Auftrag, Leistungen, Wiesbaden, 2009. S.189.

Der Einfluss von *sozio-ökonomischen Faktoren*, insbesondere die Prinzipien Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung sind nach Meinung der Genossenschaftsgründern ebenso wichtig wie das Demokratieprinzip. Nach Auffassungen in der Literatur erweitern Genossenschaften die Rechtsform e.V. um die Kaufmannseigenschaft.¹⁶ Sie sind Unternehmen des kooperativen Wirtschaftens mit dem zentralen Anliegen der Mitgliederförderung. GESCHWANDTNER sieht aber u.a. in diesem Spannungsfeld die Problematik von Genossenschaften. So bezeichnet *Geschwandtner* die Genossenschaft als eine „Rechtsform in der Nische“¹⁷, welche sich in einer „gesellschaftliche Außenseiterrolle“¹⁸ befindet. Gründungen von Senioren-, Arbeitslosen- oder auch Bildungsgenossenschaften können hier als Beispiele einer gestiegenen Bereitschaft zur Solidarität in Grenzbereichen zeugen¹⁹. Allerdings wird dies auf der Grundlage der Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung für überzogen erachtet. Eine fehlende Bereitschaft zur genossenschaftlichen Solidarität²⁰ kann zwar nicht vollständig widerlegt, aber deutlich abgeschwächt werden. Es liegt also folglich ein Einfluss sozio-ökonomischer Faktoren auf das Neugründungsverhalten vor.

In der Literatur wird auch der *Einfluss von Beratungsdienstleistern* auf die Genossenschaftsgründungen regelmäßig betont.²¹ Die in der vorliegenden Arbeit gewonnenen Ergebnisse bestätigen die diesbezüglich hohe Relevanz der Berater, insbesondere von Steuerberatern und Rechtsanwälten. Diese haben laut Auffassung der Befragten den größten Einfluss, andererseits geringe Kenntnis der Rechtsform Genossenschaft. Mehrheitlich sind Vertreter dieser Branche andererseits Mitglied in der DATEV eG. Es liegt somit die Schlussfolgerung nahe, diese Genossenschaft als „Instrumentarium“ zur Erreichung der Berufsgruppe der Steuerberater zu nutzen. Die hohe Nachfrage nach den Beratungsangeboten der Genossenschaftsverbände weist bereits die bundesweite Studie von *Göler von Ravensburg et al.* Nach.²² Andererseits werden Rechtsanwälte und Steuerberater eher als „neutrale Berater“ eingestuft, während der BWGV dagegen eher als „befangen“ gilt, was aufgrund seiner spezifischen Aufgabenstrukturen nicht anders sein kann. Dass allerdings ein Ersatz der Verbandsarbeit in dieser Beratungsfunktion eine Abschaffung der Pflichtprüfung voraussetzen würde, wird in der Literatur seit einigen Jahren kontrovers diskutiert.²³ Da jedoch eine Abschaffung der Prüfungs-

¹⁶ Vgl. Harbrecht, W.: Die Genossenschaft als Rechtsform für junge Unternehmen, in: Vorträge und Aufsätze des Forschungsvereins für Genossenschaftswesen, Heft 25, Wien, 2001, URL: http://genos.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/genossenschaftswesen/Genos/bd25.pdf, S. 17. und Münkner, H.H.: Rechtliche Rahmenbedingungen für Genossenschaften, in: Marburg Consult für Selbsthilfeförderung eG (Hrsg.): Genossenschaftliche Selbsthilfe und struktureller Wandel, Marburg 1992. S. 108.

¹⁷ Geschwandtner, M.: Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft: warum früher, warum heute?, in: ZfgG Bd. 59 (2009), S. 161.

¹⁸ Geschwandtner, M. (Fn. 17) S. 161.

¹⁹ Köstler, U.: Seniorengenossenschaften – Selbsthilfegruppen mit Entwicklungspotential., in: ZfgG Bd. 57 (2007), S. 257. und Alscher, M.: Genossenschaften im Aufwind? *Maecenata Actuell* 58, 2006, URL: <http://www.joconsult.de/assets/668-genossenschaften-im-aufwind/original.pdf>, S. 17 f.

²⁰ Vgl. Geschwandtner, M. (Fn. 17).

²¹ Vgl. u.a. Göler von Ravensburg, N. et al. (Fn. 6), S.36-38 oder Harbrecht, W. (Fn. 16), S. 14 f.

²² Vgl. Göler von Ravensburg, N. et al. (Fn. 6), S. 34 f.

²³ Vgl. Bösche, B.: Die Zukunft der genossenschaftlichen Pflichtprüfung, in: ZfgG Bd. 58 (2008), S. 98-109; Schulte, G.: Die Zukunft der gewerblichen Genossenschaften und der genossenschaftlichen Verbände, in: ZfgG

pflicht als äußerst unwahrscheinlich einzustufen ist, ergibt sich im Umkehrschluss, dass seitens der Verbände proaktiv eine gezielte Unterstützung bei Gründung und Prüfung geleistet (Gründungsfibel, Broschüren, Kommunikation von „Best practice“-Beispielen, Genossenschaftstage etc.) oder auch Gründungsleitfäden vorgehalten werden sollten, um die Neugründungsrate zu erhöhen.²⁴

Abschließend kann der Einfluss von Beratungsdienstleistern als hoch eingestuft werden. Der Abbau des Informationsdefizits über die Rechtsform eG und damit die Verkürzung der Gründungsphase ist u.a. Aufgabe der Berater und vor allem auch des BWGV bzw. der genossenschaftlichen Spitzenverbände. Ein kooperatives Handeln aller Beteiligten wäre sicherlich ein zielführender Weg.

Ein weiterer, in der Literatur häufig genannter entscheidender Faktor des Einflusses auf die Gründungstätigkeit ist die *Wahrnehmung von Genossenschaften*.²⁵ Wie bereits ausgeführt, werden Genossenschaften partiell als unmoderne Rechtsform wahrgenommen.²⁶ Ringle führt hierzu aus, dass sich bei einem Teil der Bevölkerung negative Aspekte, die mit Genossenschaften in Verbindung gebracht werden, wie „schwerfällig“ oder „nicht mehr wettbewerbsfähig“, erstaunlich lange erhalten.²⁷

In den letzten Jahren nahm die Gründungsaktivität im Genossenschaftssektor jedoch wieder zu. Die neuen Genossenschaften entstehen größtenteils nicht mehr in den traditionellen Branchen (z. B. Landwirtschaft, Banken), sondern in völlig neuen, innovativen Geschäftsfeldern. Das liegt entweder daran, dass in den klassischen Bereichen Genossenschaften bereits flächendeckend bestehen oder der Strukturwandel ist dafür verantwortlich zu machen. Die meisten Neugründungen der letzten Jahre fanden im gewerblichen Wirtschaftssektor statt, vor allem im Bereich des Gesundheitswesens und im Energiesektor. Allerdings war die Neugründungsrate auch im Jahr 2008 noch nicht ausreichend, um den - fast ausschließlich auf Fusionen zurückzuführenden - Rückgang der Gesamtzahl an Primär-genossenschaften zumindest konstant zu halten. Die Genossenschaftsverbände versuchen diese Entwicklung voranzutreiben, denn sie schätzen die Neugründungen als innovative Anstöße zur Wiederbelebung der Genossenschaftsidee, zur Verbesserung des Images und als Konsequenz daraus zur nachhaltigen Erhöhung der Anziehungskraft des genossenschaftlichen Kooperationsmodells ein.

Bd. 59 (2009), S. 169; Münkner, H.H.: Gründungsimpulse aus der Novelle zum Genossenschaftsgesetz 2006 und weiterer Reformbedarf – Zwischenbilanz und Perspektive, in: Münkner, H.H./Ringle, G. (Hrsg.): Neue Genossenschaften und innovative Aktionsfelder. Grundlagen und Fallstudien. Baden-Baden, 2010. S. 46 f.; Spanier, G.: Anforderungen an die genossenschaftlichen Prüfungsverbände, in: ZfgG Bd. 58 (2008), S. 279-289.

²⁴ Vgl. Bolsinger, H. J.: Plädoyer für einen normativen Forschungsansatz zur Erhöhung der Neugründungsquote von Genossenschaften, in: ZfgG Bd. 55 (2005), S. 264-266.

²⁵ Vgl. u.a. Ringle, G.: Neugründungen stärken das Image der eG-Unternehmensform, in: Münkner, H.H./Ringle, G. (Hrsg.): Neue Genossenschaften und innovative Aktionsfelder. Grundlagen und Fallstudien, Baden-Baden 2010. S. 11-22; Blome-Drees, J.: Ansatzpunkte zu einer Erhöhung der Neugründungsquote von Genossenschaften, in: Münkner, H.H./Ringle, G. (Hrsg.): Neue Genossenschaften und innovative Aktionsfelder. Grundlagen und Fallstudien, Baden-Baden 2010. S. 23-36; Harbrecht, W. (Fn. 16), S. 13 f.

²⁶ Vgl. Göler von Ravensburg, N. et al. (Fn. 6), S. 38 f.

²⁷ Vgl. Ringle, G. (Fn. 25), S. 11.

„Best practice“-Beispiele sollten also vermehrt kommuniziert werden, um das Image von Genossenschaften zu verbessern und bei potentiellen Gründern die nötige Vertrautheit mit der Rechtsform herzustellen.²⁸ Harbrecht sieht aber neben den Genossenschaftsverbänden auch die Universitäten in der Pflicht, um die Wahrnehmung von Genossenschaften positiv zu beeinflussen.²⁹ Auch in diesem Zusammenhang wäre an den Aufbau einer umfassenden Internetpräsenz, die Ausarbeitung von Gründungsfibeln und Broschüren, die breite Kommunikation von „Best practice“-Beispielen, sowie die Organisation von Genossenschaftstagen zu denken. Eine solche Internetpräsenz wird bereits vom Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV) bereit gestellt.³⁰

- *Forschungsfrage 4: Welche Erfahrungen wurden von den Gründern seit der Gründung gemacht? Haben sich die mit der Wahl der Rechtsform eG verbundenen Erwartungen bestätigt?*

Positive und negative Erfahrungen werden mit der Rechtsform Genossenschaft gemacht. Die positiven Erfahrungen beziehen sich u.a. auf Wesensprinzipien und -merkmale von Genossenschaften (Demokratieprinzip, Netzwerkgedanke). Die negativen Erfahrungen betreffen zum Großteil die Problemfelder, die von Politik und Verband beeinflussbar sind. Außerdem wünschen sich die Genossenschaftsgründer zu einem erheblichen Teil eine leichtere „Handhabbarkeit“ von Kleinstgenossenschaften. Die durch die Gesetzesnovelle aus dem Jahr 2006 an dieser Stelle geschaffenen Erleichterungen werden als nicht ausreichend eingestuft.³¹ Die Verbände könnten somit die seitens der Novelle offen gelassenen Defizite in positiver Form in eine spezifisch profilierte Beratungsarbeit umsetzen.

Schulte sieht in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer erneuten Gesetzesreform.³² Er schlägt vor, die gesetzlich geforderte Pflichtmitgliedschaft in einem Prüfungsverband abzuschaffen. Er erhofft sich dadurch ein „wettbewerbsorientiertes Prüfungsumfeld“³³. Ähnlich sieht es Bösche, der die gesetzliche Regelung der Pflichtprüfung und -mitgliedschaft als negativ einstuft, welche nach seiner Auffassung vor allem bei Kleinstgenossenschaften zu großen wirtschaftlichen Belastungen führt.³⁴ Diese Forderungen gehen aus Sicht der Verfasser dieses Beitrages deutlich zu weit, zumal positive Effekte der Pflichtprüfung seitens der im Rahmen der vorliegenden Untersuchung Befragten durchaus bestätigt werden. Auch Münkner geht nicht von einer erneuten Überarbeitung des GenG in absehbarer Zeit aus. Er ist aber auch der Meinung, dass die momentanen Regelungen flexibler ausgelegt werden müssen. Münkner fordert die Belastung durch Pflichtmitgliedschaft und -prüfung für neue und kleine Genossen-

²⁸ Vgl. Göler von Ravensburg, N. et al. (Fn. 8), S. 86 f.

²⁹ Harbrecht, W. (Fn. 16), S. 18.

³⁰ Vgl. www.neuegenossenschaften.de.

³¹ Vgl. Kramer, J.W.: Attraktivität der eingetragenen Genossenschaft für Existenzgründer. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, in: ZfgG Bd. 59 (2009), S. 106-118.

³² Vgl. Schulte, G. (Fn. 23), S. 168.

³³ Schulte, G. (Fn. 23), S. 171.

³⁴ Vgl. Bösche, B. (Fn. 23), S. 98 f.

schaften „auf (einem) akzeptablen Niveau zu halten (und) dies notfalls durch Kreuzsubventionierung über höhere Prüfungsgebühren für große und etablierte Genossenschaften“³⁵ zu ermöglichen. Wie erwähnt lässt sich durch die Ergebnisse der vorliegenden Studie nicht belegen, dass die Pflichtmitgliedschaft per se als Hemmnis empfunden wird, sondern das Interesse an Beratungs- und Prüfungsleistungen, auch als Garant für wirtschaftliche Sicherheit, durchaus gegeben und hoch ist. Dies könnte seitens der Verbände in umfassenderen praktischen Hilfestellungen in der Beratungsarbeit umgesetzt werden. Dadurch könnte sich eine Kompensation von Unzulänglichkeiten der Gesetzesvorgaben durch eine zielgerichtet profilierte Verbandsarbeit ergeben.

- *Forschungsfrage 5: Hat sich das Spektrum der Betätigungsfelder von Genossenschaften im Zuge der Novelle des Genossenschaftsgesetzes aus dem Jahr 2006 erweitert?*

Das Branchenspektrum von Genossenschaften war bereits vor der Gesetzesnovellierung relativ breit. So entstanden in den Jahren 2000 bis 2005 u.a. Dienstleistungs-, Gesundheits- und Handelsgenossenschaften. Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zeigen, dass sich im Zuge und in Folge der Gesetzesnovelle das Spektrum der Betätigungsfelder erweitert hat und in sehr innovativen Feldern Genossenschaftsgründungen zu verzeichnen sind. So haben sich seit der Novellierung beispielsweise verstärkt Genossenschaften im Energiesektor gegründet, aber auch im Bereich sozialer und kultureller Belange. Die hohe Neugründungsdynamik im Energiesektor wird auch in anderen Studien belegt.³⁶ Volz begründet diese Dynamik mit der starken Assoziation der neu gegründeten Energiegenossenschaften zu den erneuerbaren Energien und damit u.a. mit den energie- und klimapolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung. Außerdem lässt sich das genossenschaftliche Regionalitätsprinzip mit der Eignung von erneuerbaren Energien für die dezentrale Energieversorgung und mit der Erhöhung der regionalen Wertschöpfung verbinden.³⁷ Ähnlich sehen es George/Bonow.³⁸ Kramer geht davon aus, dass durch die Erweiterung des Genossenschaftszweckes die Rechtsform eG an Attraktivität gewonnen hat und er erwartet eine Zunahme an Genossenschaftsgründungen. Der Rechtsmantel eG bietet seit der Novelle eine „interessante Alternative“³⁹ für bestehende Vereine, welche beispielsweise formal von einem Vorstand geführt werden, während die operativen Aufgaben aber im Tätigkeitsbereich eines Geschäftsführers liegen. Die Verbände können gezielt Vereine ansprechen und über die Möglichkeit informieren, dass der soziale Zweck eines Vereins ebenfalls unter dem Rechtsmantel eG erreicht und darüber hinaus wirtschaftliche Ziele verfolgt werden können.

³⁵ Münkner, H.H.: Gründungsimpulse aus der Novelle zum Genossenschaftsgesetz 2006 und weiterer Reformbedarf – Zwischenbilanz und Perspektiven, in Münkner, H.-H./Ringle, G. (Hrsg.): Neue Genossenschaften und innovative Aktionsfelder. Grundlagen und Fallstudien, Baden-Baden 2010, S. 49.

³⁶ Vgl. Pollich, F. (Fn. 10), S. 57 f.; Stappel, M.: Neugründungen von Genossenschaften in den Jahren 2000 bis 2008, in: Münkner, H.H./Ringle, G. (Hrsg.): Neue Genossenschaften und innovative Aktionsfelder. Grundlagen und Fallstudien, Baden-Baden 2010, S. 75.

³⁷ Vgl. Volz, R. (Fn. 8), S. 8 f.

³⁸ Vgl. George, W./Bonow, M.: Regionalentwicklung durch genossenschaftliche Lösungen am Beispiel der Energieversorgung., in: ZfgG Bd. 59 (2009), S. 119-133.

³⁹ Kramer, J.W. (Fn. 31), S. 113.

4 Empfehlungen

Aus der vorausgegangenen Diskussion der Untersuchungsergebnisse lässt sich ableiten: Positive Merkmale von Genossenschaften sollten deutlicher hervorgehoben werden und Erläuterungen bzw. Bereitstellung von Lösungsansätzen zu negativ besetzten Attributen den Kern einer gezielten Informations- und Öffentlichkeitskampagne im Sinne einer „Imagepflege“ der Rechtsform eingetragene Genossenschaft (eG) bilden. Vor diesem Hintergrund lassen sich die folgenden konkreten Empfehlungen formulieren:

- Regelmäßige (Rück-) Besinnung auf die Grundprinzipien von Genossenschaften als einer der entscheidenden Faktoren für die Rechtsformwahl
- Hervorhebung positiv besetzter Attribute wie „S-Prinzipien“ (Selbsthilfe, Selbstverantwortung, Selbstverwaltung), „Förderauftrag“, „Demokratische Strukturen“, „Regionalität“; Nachbesserungen im Bereich negativ besetzter Attribute wie „Unflexibilität“, „Schwerfälligkeit“, „langwierige Entscheidungswege und -strukturen“
- Hervorhebung der bewährten Verbindung wirtschaftlicher Ziele mit sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Belangen als Alleinstellungsmerkmal der eG, insbesondere gegenüber GbR, e.V., Partnergesellschaften und Kapitalgesellschaften (GmbH und AG).

Im Rahmen der Diskussion ergibt sich als weitere Erkenntnis, dass der Einfluss von Beratungsdienstleistern auf das Neugründungsverhalten als hoch einzustufen ist. Dies richtet sich neben als objektiv/neutral betrachtete Steuer- und Unternehmensberater sowie Rechtsanwälte auch an die Verbände. Vor diesem Hintergrund sind die folgenden Empfehlungen bezüglich der Profilierung und Fokussierung der Verbandsarbeit einzuordnen: Fortführung und gegebenenfalls Weiterentwicklung des grundsätzlich als sehr positiv bewerteten Beratungs- und Serviceangebotes, weiterer Ausbau eines sog. „Lobby-Images“ in Ergänzung zu dem hinreichend bekannten und bewährten „Prüfungsimagen“ des Verbandes, an Zeiteffizienz und Bürokratieabbau orientierte Prozess- und Ablaufoptimierung, zielgruppenspezifische Individualisierung des Beratungs- und Serviceangebotes, Verstärkung proaktiver Elemente der Beratungs- und Serviceleistungen, einschließlich der Förderung eines offensiven Networkings unter den Verbandsmitgliedern, zielgruppenspezifische Mitgliederunterstützung bei deren Öffentlichkeitsarbeit und schließlich die Ausdehnung der Begleitung und Betreuung auf den Zeitraum nach der Gründung.

Weitere Erkenntnisse konnten im Rahmen der Diskussion auch dahingehend gewonnen werden, dass das Informationsdefizit bezüglich der Rechtsform Genossenschaft gelöst und damit die Verkürzung der Gründungsphase erreicht werden muss. Hierzu sollte ein kooperatives Handeln der beteiligten Berater und der Verbände angestrebt werden. Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung haben auch gezeigt, dass die Wahrnehmung der Rechtsform eG nach der Gründung und nach Vorliegen erster Erfahrungen wesentlich deutlicher und vor allem positiver ist als vor der Gründung. Auch dies deutet auf Informationsdefizite hin. Vor diesem Hintergrund sind die folgenden Elemente einer Informations- und Öffentlichkeitsoffensive zu sehen: Zielgruppenspezifische Profilierung und Kondensierung des als sehr positiv bewerte-

ten Informationsangebotes seitens des Verbandes zur Vorbereitung und Begleitung des Gründungsprozesses, Fortführung und weiterer Ausbau der erfolgreichen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere auch unter gezielter Einbindung von Multiplikatoren.

Schließlich ist eine Empfehlung bzgl. der intensiveren Einbindung genossenschaftlicher Inhalte in die Aus- und Weiterbildung als mittel- bis längerfristig angelegte Maßnahme auszusprechen. Insbesondere geht es dabei um die Integration genossenschaftlicher Inhalte in die (Grund-) Ausbildung (insbesondere in Berufsschulen und Wirtschaftsgymnasien sowie in der akademischen Ausbildung) sowie um die Fortführung bzw. Erweiterung sowie zielgruppenorientierte Weiterentwicklung eines Programms zur Weiterbildung.

2.1.2 Analyse des Neugründungsverhaltens von Genossenschaften in Baden-Württemberg vor dem Hintergrund der Novelle des Genossenschaftsgesetzes von 2006

Status: Veröffentlicht, Band 48, 2013, S. 477-479.

Journal: Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e. V.

Autoren: Doluschitz, R.; Haug, H.; Laven, P. und Reifschneider A.

Dieser Beitrag ist so oder in so ähnlicher Form in der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus e.V. im Band 48, 2013 auf S. 477-479 veröffentlicht.

ANALYSE DES NEUGRÜNDUNGSVERHALTENS VON GENOSSENSCHAFTEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG VOR DEM HINTERGRUND DER NOVELLE DES GENOSSENSCHAFTSGESETZES VON 2006

Reiner Doluschitz, Harald Haug, Pamela Lavèn, Annika Reifschneider⁴⁰

Problemstellung

Die Neugründungen von eingetragenen Genossenschaften (eG) hatten sich in den letzten Jahren (bis 2005) auf einem niedrigen Niveau eingependelt. Im Zuständigkeitsbereich des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes (BWGV) lag die Zahl der Neugründungen im Zeitraum von 2000 bis 2005 im jährlichen Durchschnitt bei 3,17 (DOLUSCHITZ et al., 2012: 20). Diese Problematik erkannte die Politik und verabschiedete am 18. 08. 2006 das Gesetz zur Einführung der Europäischen Genossenschaft und zur Änderung des Genossenschaftsgesetzes (EGSCE), welches die rechtliche Grundlage von Genossenschaften in Deutschland, das Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft (Genossenschaftsgesetz – GenG), weitreichend novellierte. Wichtige Änderungen, das Neugründungsgeschehen betreffend, sind die Erweiterung des nutzerbezogenen Förderzwecks, die Herabsetzung der Mindestzahl an Gründungsmitgliedern, die Einführung der „Kleingenossenschaft“, die Erleichterung der Bildung von Geschäftsguthaben und die Reduktion des Prüfungsumfangs bei kleineren Genossenschaften. Während der Wirtschaftskrise haben sich die Genossenschaften als „Stabilitätsfaktor sowohl in der Agrarwirtschaft als auch im Bankensektor“ (WINDBERG, 2010: 4) und in vielen anderen Bereichen bewährt, was die auch heute noch geltende Attraktivität der Rechtsform aufzeigt.

Methodik

Ziel der Analyse ist es, die hemmenden und fördernden Faktoren, die einen bedeutenden Einfluss auf den „Neugründungsboom“ seit der Novellierung des GenG hatten bzw. haben, herauszuarbeiten und zu prüfen, an welchen Stellen weiterhin Handlungsbedarf besteht, um die Rechtsform eG zu stärken. Im Zeitraum von Sep. bis Nov. 2010 wurden zwei empirische Erhebungen im Verbandsgebiet des BWGV durchgeführt. Hierbei kamen eine quantitative (schriftliche Befragung) und eine qualitative (Leitfaden-gestützte Tiefeninterviews) Erhebungsmethode bei Gründern und Nicht-Gründern zum Einsatz. Die Grundlage für die Datenerhebung war der vom BWGV zur Verfügung gestellte Adresspool, welcher 87 Adressen von Gründern sowie 19 Adressen von potentiellen Interessenten der Jahre 2000 bis 2010 umfasste. Der Rücklauf der schriftlichen Befragung lag bei ca. 40 %. Die Auswertung der Ergebnisse erfolgte mit Hilfe deskriptiver Statistik, zur Darstellung wurden Häufigkeitstabellen, Histogramme sowie arithmetische Mittel verwendet. Die acht Leitfadengespräche wurden mittels einer Inhaltsanalyse ausgewertet.

Ergebnisdarstellung und Interpretation

Die Wahrnehmung von Genossenschaften vor der Entscheidung für eine bestimmte Rechtsform kann als unscharf bezeichnet werden. Sie werden weder als modern, noch wettbewerbsfähig oder flexibel eingeschätzt. Die Bewertung nach einer erfolgten Gründung als eG fällt deutlich vorteilhafter aus als vorher. Positive Merkmale werden stärker wahrgenommen, während Aussagen mit negativen Konnotationen stärker abgelehnt werden. Die Genossenschaftsverbände begegnen dieser Problematik auf Bundes- und auf Landesebene mit verschiedenen Informationskampagnen. Die Gründungsberater waren von hoher Bedeutung bei der Entscheidungsfindung für eine bestimmte Rechtsform. Die Gruppe der Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte ist aber oftmals nicht daran interessiert, die Rechtsform der eG zu empfehlen. Möglicherweise entziehen

⁴⁰ Institut für Landwirtschaftliche Betriebslehre, Fachgebiet Agrarinformatik und Unternehmensführung 410c, Universität Hohenheim, 70593 Stuttgart, a.reifschneider@uni-hohenheim.de

sie sich, ihrem persönlichen Empfinden nach, aufgrund der bei Genossenschaften vorgeschriebenen Unternehmensprüfung durch den jeweiligen Prüfungsverband, selbst ihre Einkommensgrundlage.

Als wichtigste Erfolgsfaktoren haben sich die Bestimmungen bezüglich der beschränkten Haftung, die Finanzierungsmodalitäten sowie der Förderzweck und der vorhandene Netzwerkcharakter herauskristallisiert. Von den Befragten wurde bezüglich der Finanzierung v. a. die einfache Kapitalbeschaffung (Zeichnung von Geschäftsanteilen, jährliche Beiträge) geschätzt. Es besteht in Genossenschaften kein Zwang ein Grund- bzw. Stammkapital aufzubringen. Der Förderauftrag ist nicht bei allen fallbeispielhaft untersuchten Unternehmen in der klassischen Ausprägung anzutreffen. Allerdings werden die genossenschaftlichen Prinzipien (besonders das Identitäts-, das Demokratie-, sowie das Selbsthilfeprinzip) von allen Befragten sehr geschätzt und der Förderzweck wird als ein optimales Instrument zur Bündelung individueller Kräfte durch die Ausrichtung auf gemeinsame Ziele und Interessen angesehen. Die Pflichtprüfungen sind ein kontrovers diskutiertes Thema. Fast alle Beteiligten bewerten sie als zu teuer und zu zeitaufwendig. Geschätzt werden sie andererseits aufgrund der damit einhergehenden Sicherung der Solvenz und der Schaffung von mehr Transparenz. Insgesamt zeigten sich die Befragten mit der Rechtsformwahl für ihr Unternehmen durchaus zufrieden, über 90 % würden eine erneute Gründung in Erwägung ziehen.

Eine der wichtigsten Erkenntnisse der Untersuchung ist der seit dem Jahr 2006 im Zuständigkeitsbereich des BWGV feststellbare Anstieg an Neugründungen. Dieser ist nicht allein auf die Novellierung des GenG zurückzuführen. Positiv auf diese Entwicklung wirkten sich u. a. zwei weitere Aspekte aus. Zum einen hatte die Wirtschaftskrise eine indirekt fördernde Wirkung auf die Neugründungsrates. Bereits kooperationswillige Personen bzw. Unternehmen fühlten sich in ihrem Wunsch des gemeinsamen Wirtschaftens gestärkt. Auch den sozialen Bedingungen kann ein indirekter Einfluss zugesprochen werden. In Situationen der sozialen Unsicherheit können genossenschaftlich organisierte Kooperationen materielle, aber v. a. auch immaterielle Anreize bieten. Zum anderen übte das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) einen direkten Einfluss auf die Gründung von Energiegenossenschaften aus. Im Zeitraum von 2000 bis 2010 fielen 16 der 30 Neugründungen in die Energiebranche. Diese Entwicklung wurde durch die Erweiterung des Förderzwecks möglich. Um eine genaue Bestimmung der Auswirkungen der Gesetzesnovelle empirisch einwandfrei feststellen zu können, wären weitere Untersuchungen von Nöten, welche die ökonomischen Rahmenbedingungen und das EEG als externe Einflussfaktoren mit einbeziehen. Dennoch lassen die hier vorliegenden Ergebnisse bereits die Aussage zu, dass die Novelle des GenG einen positiven Einfluss auf den Anstieg der Neugründungen hatte. Hierfür spricht v. a., neben der erwähnten Erweiterung des Förderzwecks, dass sich seither viele Gründungen mit nur drei Mitgliedern vollzogen haben. Außerdem wurden von den Befragten die Zulassung investierender Mitglieder und die Erleichterungen bezüglich der Pflichtprüfungen als entscheidende Vorteile genannt.

Fazit und Schlussfolgerung

Die Gesetzesnovelle und die Bemühungen des BWGV sowie des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg haben die Attraktivität der Rechtsform gesteigert. Wichtig ist nun, diese Fortschritte als Kern einer gezielten Informationskampagne im Sinne einer „Imagepflege“ in die Öffentlichkeit zu tragen.

Literatur

- DOLUSCHITZ, R., LAVÈN, P., HAUG, H., REIFSCHEIDER, R. (2012): Analyse der Neugründung von Genossenschaften – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung im Verbandsgebiet Baden-Württemberg. In: ZfG Band 62, Heft 1/2012, Stuttgart: Lucius&Lucius.
- WINDBERG, M. (2010): Presseinformation des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V. „Genossenschaften: Im Krisenjahr 2009 gut behauptet“ vom 17.03.2010 <http://www.scribd.com/doc/28497033/Genossenschaften-Im-Krisenjahr-2009-gut-behauptet-Nussel-sieht-Chancen-fur-stabile-Markte>

2.1.3 Möglichkeiten und Grenzen von Genossenschaften zur Erhaltung der Lebensqualität im ländlichen Raum

Status: Veröffentlicht, Band 65, Heft 1, 2015, S. 41-58.
Journal: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen.
Autoren: Willersinn, C.; Laven, P. und Doluschitz, R.

Dieser Beitrag ist so in so ähnlicher Form veröffentlicht in der Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Band 65, 2015, S. 41-58.

Möglichkeiten und Grenzen von Genossenschaften zur Erhaltung der Lebensqualität im ländlichen Raum

Christian Willersinn^a

Pamela Lavèn^b

Reiner Doluschitz^b

Zusammenfassung

Hohe Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Überalterung gehören zu den alarmierenden Merkmalen, die in zunehmendem Maße ländliche Räume prägen. Im Rahmen einer empirischen qualitativen Untersuchung mittels Expertengesprächen wurden Möglichkeiten eruiert und analysiert, inwieweit Genossenschaften zur Erhaltung der Lebensqualität im ländlichen Raum beitragen können. Insbesondere im Bereich der Energieversorgung wie auch bei der zentral-dörflichen Versorgung, bieten Genossenschaften einen interessanten Lösungsansatz. Wirtschaftlichkeit und das Vorhandensein von „Zugpferden“ sind dabei stets unabdingbare Voraussetzungen.

1. Einleitung

1.1. Problemstellung

Der ländliche Raum in Deutschland stellt sich stark differenziert dar. Es gibt wirtschaftlich starke Regionen genauso wie Gebiete, die durch hohe Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Überalterung der Bevölkerung gekennzeichnet sind¹. Zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region und der Bevölkerungsentwicklung besteht ein Zusammenhang. Zum einen stellt die Bevölkerung eines Raumes ein wichtiges Nachfragepotenzial für öffentliche und private Güter sowie Dienstleistungen dar, zum anderen aber auch einen wichtigen Teil des Angebotes an Arbeitskräften. Somit bildet sie die Basis für regionale Standortqualität und beeinflusst so die wirtschaftliche Attraktivität und Dynamik eines Raumes². Insbesondere im ländlichen Raum machen sich

^a Christian Willersinn, M.Sc., Agroscope – Institut für Nachhaltigkeitswissenschaften INH, Doktorand in der Forschungsgruppe Sozioökonomie, Tänikon.

^b Dipl.-Ing. sc. agr. Pamela Lavèn und Prof. Dr. Reiner Doluschitz, Universität Hohenheim Stuttgart, Institut für Landwirtschaftliche Betriebslehre, Fachgebiet Agrarinformatik und Unternehmensführung sowie Forschungsstelle für Genossenschaftswesen.

¹ Vgl. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) (o.J.): Ländliche Räume. URL: http://www.bmelv.de/DE/Landwirtschaft/Laendliche-Raeume/laendliche-raeume_node.html, abgerufen am 17.11.2012.

² Vgl. Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung Universität Stuttgart (IREUS): Der Beitrag der ländlichen Räume Baden-Württembergs zu wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Kohäsion – Positionsbestimmung und Zukunftsszenarien. Forschungsvorhaben im Auftrag des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg. Stuttgart 2011, S. 61.

negative Wachstumsraten der Bevölkerung bemerkbar³. Des Weiteren ist festzustellen, dass vom demographischen Wandel allen voran kleinere Gemeinden ohne leistungsfähige Infrastruktur betroffen sind⁴.

Es gilt auf diesen Strukturwandel zu reagieren, um auch weiterhin diese gesellschaftlich wertvollen ländlichen Räume in gewohnter und bewährter Form zu erhalten. Insbesondere stellt die oben skizzierte Bevölkerungsentwicklung u. a. Handwerksbetriebe, Arztpraxen, Banken, den öffentlichen Personennahverkehr und andere Bereiche der ländlichen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge bezüglich deren Auslastung und Rentabilität vor immer größer werdende Schwierigkeiten⁵. Einige Praxisbeispiele zeigen, dass sich Bürger ländlicher Räume selbst helfen und in Form von Genossenschaften gemeinsam das erreichen, was dem Einzelnen nicht möglich wäre⁶.

Warum sich hierfür besonders die Rechtsform der eG eignet und was Menschen dazu antreibt, eine Genossenschaft zu gründen bzw. welche Erfahrungen mit Genossenschaften speziell im ländlichen Raum bisher gemacht wurden, wurde empirisch untersucht.

1.2. Zielsetzung und Vorgehensweise

Zielsetzung der im Jahr 2013 durchgeführten Untersuchung war es, Möglichkeiten und Grenzen von Genossenschaften zur Erhaltung der Lebensqualität im ländlichen Raum zu ermitteln. Fokussiert wurden dabei folgende Fragestellungen:

- Welche sind die treibenden Kräfte des genossenschaftlichen Gründungsbooms der letzten Jahre?
- Welche Bedürfnisse, insbesondere soziale, wie auch alltägliche Versorgungsbedürfnisse, bestehen in ländlichen Räumen und inwiefern können diese Bedürfnisse durch die Arbeit von Genossenschaften befriedigt werden? Wo stoßen Genossenschaften an ihre Grenzen?
- Wie wird die Zukunft von Genossenschaften im ländlichen Raum eingeschätzt? Bilden sie eine Dauerlösung oder können sie nur kurzfristig der

³ Vgl. Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR) (o.J.a.): Der Ländliche Raum in Baden Württemberg. URL: http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/Laendlicher_Raum/68691.html, abgerufen am 17.11.2012.

⁴ Vgl. IREUS, (Fn. 2), S. 64 f.

⁵ Vgl. MLR, (Fn. 3).

⁶ Vgl. Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband (BWGV): Jahrbuch 2012. Genossenschaften in Baden-Württemberg. Karlsruhe/Stuttgart 2012, S. 6.

mit dem Strukturwandel einhergehenden Abwanderung und Überalterung der ländlichen Räume entgegenwirken?

2 Grundlagen

2.1 Der ländliche Raum als Lebens- und Wirtschaftsraum

Der ländliche Raum an sich stellt kein homogenes Gebilde dar. Zahlreiche Einflussfaktoren, wie bspw. die geographische Lage, die Verkehrsanbindung, Bevölkerungs-, Erwerbs-, Wirtschafts- und Unternehmensstruktur sowie die naturräumliche und infrastrukturelle Ausstattung, als auch die regionale Identität sind ausschlaggebend für den individuellen Teilraum⁷.

In Baden-Württemberg leben etwa 35 % der Bevölkerung im ländlichen Raum, welcher 70 % der Landesfläche repräsentiert⁸. In den sieben Verdichtungsräumen des Landes (Stuttgart, Rhein-Neckar, Karlsruhe, Freiburg, Ulm, Lörach/Weil und Bodenseeraum) leben hingegen auf rund 17 % der Landesfläche etwa 50 % der Landesbevölkerung und 59 % aller Arbeitsplätze von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten befinden sich hier⁹. Nichtsdestotrotz stellt der ländliche Raum für eine Vielzahl von Menschen einen hoch geschätzten Wohn- und Lebensort dar¹⁰. Diese subjektiv wahrgenommene Lebensqualität im ländlichen Raum wird in hohem Maße durch die Erreichbarkeit verschiedener Einrichtungen, welche die Bevölkerung des Raumes mit zentralörtlichen Dienstleistungen sicherstellt, beeinflusst^{11,12}. Lebensqualität definiert sich hierbei als Qualität und Ausmaß der Bedarfsbefriedigung, der Lebensbedingungen¹³. Fest steht, dass Gemeinden, die durch gute Erreichbarkeitsverhältnisse geprägt sind, einen Wettbewerbsvorteil erfahren gegenüber Gemeinden mit infrastrukturellen Defiziten. Unternehmen siedeln sich bevorzugt dort an, wo der Zugang zu Verkehrsknotenpunkten wie Autobahnen oder Bahntrassen günstig ist¹⁴. Der ländliche Raum Baden-Württembergs steht im bundesweiten bzw. europaweiten Vergleich gut da. Gegenüber den drei benachbarten Bundesländern schneidet der ländliche Raum Baden-

⁷ MLR (o.J.): Ländlicher Raum, URL: <http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/mlr/allgemein/Laendl%20Raum.pdf>, abgerufen am 23.05.2013.

⁸ Vgl. MLR, (Fn. 3).

⁹ Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume (LEL) (o.J.): Der ländliche Raum. Raumkategorien des Landes, URL: http://www.landwirtschaft-mlr.baden-wuerttemberg.de/servlet/PB/menu/1158374_11/index.html, abgerufen am 19.11.2012.

¹⁰ Vgl. IREUS, (Fn. 2), S. 61.

¹¹ Axhausen, K./Fröhlich, P./Tschopp, M-: Entwicklung der Erreichbarkeit der Schweizer Gemeinden: 1950 bis 2000. In: RuR, Heft 06/2005, S. 385-399.

¹² Vgl. IREUS, (Fn. 2), S. 77.

¹³ Zapf, W. : Lebensqualität in der Bundesrepublik: Methoden der Messung und erste Ergebnisse. Soziale Welt. 28. Jahrg., H. 4 (1977), pp. 413-423.

¹⁴ Vgl. IREUS (Fn. 2), S. 77-82.

Württembergs bezüglich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit am besten ab¹⁵.

Während die Bevölkerung zwischen 1996 und 2009 im Landesdurchschnitt um 3,6 % anstieg, lag die Zuwachsrate im ländlichen Raum bei lediglich 2,1 %¹⁶. Eine differenziertere Betrachtung des ländlichen Raumes zeigt, dass Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern zum Teil deutlich unter diesem Durchschnittswert des ländlichen Raumes liegen, während Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern im Durchschnitt eine höhere Zuwachsrate verbuchen. Die beschriebenen Umstände bringen viele Gemeinden in ein Dilemma. Auf der einen Seite sollen sie hochwertige Einrichtungen zur Daseinsvorsorge bereitstellen, um der Bevölkerung und den Unternehmen ein attraktives Lebens- und Arbeitsumfeld zu bieten. Auf der anderen Seite können sie jedoch u. a. Kindergärten, Schwimmbäder oder Abwasseraufbereitungsanlagen nicht auslasten und verfügen auch nicht über die Mittel, diese Einrichtungen auf einem hohen Leistungsniveau zu halten¹⁷.

2.2 Genossenschaftliche Entwicklung

In Deutschland sank die Zahl der Genossenschaften von 11.681 im Jahre 1980 auf 7619 im Jahre 2010¹⁸. Dies lag jedoch keineswegs an der Insolvenzanfälligkeit dieser Rechtsform. Die eG weist im Vergleich mit allen anderen Gesellschaftsformen in den Jahren 2006 und 2007 mit einem Wert von 0,1 % die niedrigste Insolvenzquote auf^{19,20}. Der Hauptgrund für die rückläufige Anzahl liegt viel mehr an der gestiegenen Anzahl an Fusionen²¹. In Baden-Württemberg wurden von 2009 bis 2011 133 neue Genossenschaften gegründet, wobei allein 2011 von 57 Neugründungen knapp 40 im Energiebereich stattfanden²². Aber auch immer mehr Freiberufler und Selbstständige erkennen die Potenziale von Genossenschaften. Dies ist bspw. auch im Gesundheitswesen

¹⁵ Vgl. MLR, (Fn. 3).

¹⁶ Vgl. IREUS, (Fn. 2), S. 65.

¹⁷ Vgl. Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS): Chance! – Demographischer Wandel vor Ort. Bonn 2012, S. 3.

¹⁸ Vgl. Stappel, M.: Die deutschen Genossenschaften 2011. Entwicklungen – Meinungen – Zahlen. Wiesbaden 2011, S. 40.

¹⁹ Vgl. Pollich, F.: Die Auswirkung der Genossenschaftsreform von 2006 auf die Neugründung von Genossenschaften. Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen-Nürnberg. Nürnberg 2009, S. 1.

²⁰ Vgl. IFM BONN (Hrsg.): Insolvenzen von Unternehmen nach Rechtsform, Bonn 2008, URL: http://www.ifm-bonn.org/assets/documents/Ins_RF_2000-2007.pdf, abgerufen am 14.01.2013.

²¹ Vgl. Pollich, F. (Fn. 18), S. 1.

²² Vgl. BWGV (Fn. 6), S. 18.

oder bei kommunalen Dienstleistungen erkennbar, wo sich Ärzte oder Apotheker zusammenschließen oder auch Schwimmbäder durch eine genossenschaftliche Trägerschaft weitergeführt werden²³.

3 Methodik

Aufbauend auf einer breit angelegten Analyse der vorliegenden Literatur wurden teilstrukturierte leitfadengestützte Experteninterviews durchgeführt.

Allgemein gelten Leitfadengespräche als sinnvolles Forschungsinstrument, wenn bestimmte Gruppen von Menschen befragt werden sollen, die selbst in großen Stichproben nur in kleiner Zahl anzutreffen wären²⁴. Von großer Bedeutung war es in der vorliegenden Untersuchung, verschiedene Wissensbereiche und Kompetenz in den Expertengesprächen abzudecken. Sowohl Fragen zum ländlichen Raum sowie Fragen zu den Genossenschaften erfordern jeweils getrennte Expertisen. Vor dem Hintergrund der stark variierenden Wissensbreite der Experten wurden im Rahmen der vorliegenden Untersuchung teilstrukturierte leitfadengestützte Experteninterviews durchgeführt, die durch offene Fragestellungen repräsentiert wurden. Je nach Resort des Befragten wurde der Befragungsschwerpunkt individuell angepasst. Die Befragungen wurden in direkten persönlichen Gesprächen vor Ort durchgeführt, nur einer der Befragten bevorzugte ein telefonisches Gespräch.

Aufbauend auf den zu Anfang der Untersuchung gestellten Forschungsfragen wurden Leitfragen formuliert. Bei der Expertenauswahl wurde darauf geachtet, dass Sachkenner aus den Bereichen Wissenschaft, Politik, Genossenschaften, Verbänden sowie Verantwortungsträger bestimmter Förderprogramme zur Regionalentwicklung (LEADER, PLENUM) befragt werden. Nach diesen Kriterien wurden potenzielle Befragungsteilnehmern, geordnet nach deren jeweiligem Kompetenzbereich, ausgewählt. Den teilnehmenden Experten wurde der Gesprächsleitfaden vorab zur Verfügung gestellt. Die Datenerhebung fand im Zeitraum zwischen dem 19.03.2013 und dem 08.05.2013 statt. Insgesamt wurden zur Erhebung der Daten 19 Interviews durchgeführt, wobei in drei Fällen jeweils zwei Experten an der Befragung teilnahmen, die jedoch im Folgenden als eine Befragungseinheit angesehen werden. Im Durchschnitt dauerte ein Gespräch etwa 60 Minuten, wobei die Gesprächslängen zwischen 35 Minuten und 120 Minuten variierten. Je nach

²³ Vgl. Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V (DGRV): Zahlen und Fakten. DG Verlag, Wiesbaden 2012, S. 7.

²⁴ Vgl. Friedrichs, J.: Teilnehmende Beobachtung abweichenden Verhaltens. Stuttgart 1973, S. 226.

Resort waren die Experten sehr nah den Genossenschaften und eher fern der Probleme im ländlichen Raum oder aber sehr nah den Geschehnissen im ländlichen Raum, dafür aber den Genossenschaften eher fern. Ein wesentliches Erkenntnispotential der derart durchgeführten Befragung liegt in der auswertenden Synthese dieser jeweiligen Expertiseschwerpunkte. Insgesamt wurden zwei Experten aus dem Bereich Wissenschaft, fünf aus der Politik, ein Verbandsmitglied, drei Entscheidungsträger von Fördergebieten sowie acht Genossenschaftsorganmitglieder befragt. Bei den Genossenschaftsorganmitgliedern handelte es sich je zur Hälfte um Führungspersönlichkeiten von größeren Genossenschaften mit gewachsenen Strukturen, wie auch Entscheidungsträgern von eher neuen, kleineren Bürgergenossenschaften. Im Resort Politik wurden sowohl Bürgermeister von ländlichen Gemeinden, wie auch leitende Persönlichkeiten aus den Regierungspräsidien befragt. Die durchgeführten Interviews wurden protokolliert und darauf aufbauend systematisch ausgewertet in Anlehnung an die qualitative Analysetechnik Strukturierung²⁵. Dabei werden zunächst die einzelnen Texte in verschiedene Textbestandteile inhaltlich unterteilt. Anschließend werden diese Textpassagen den verschiedenen Forschungsfragen zugeordnet, die somit beantwortet werden können.

4 Ergebnisdarstellung und -interpretation

4.1 Neugründungen von Genossenschaften

In den letzten Jahren gründeten sich überdurchschnittlich viele neue Genossenschaften, speziell im ländlichen Raum in Baden-Württemberg, eine Vielzahl davon im Bereich der Energiegewinnung und -versorgung. Dies deckt sich überwiegend auch mit den Einschätzungen der Experten. 15 der 19 Befragten geben als treibende Kraft für die steigende Anzahl an Genossenschaften das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) an. Dieses hat die Investition in regenerative Energien für die Bürger interessant gemacht. Drei der Sachkenner merken jedoch hierzu an, dass die Genossenschaft hierfür nicht die geeignete Rechtsform sei. Sie werde im Energiebereich als „Kapitalsammelinstrument“ missbraucht. Viele Grundmerkmale des Genossenschaftsgedankens fehlen bei den meisten Energiegenossenschaften. So steht häufig nicht die Mitgliederförderung im Vordergrund, sondern die Gewinnabsicht der Investoren. Diese Experten vermuten, dass es in diesem Bereich in den nächsten

²⁵ Mayring, P.: Einführung in die qualitative Sozialforschung, Weinheim/Basel 2002, S. 120.

Jahren zu einem Reinigungsprozess kommen wird und sich viele kleine Energiegenossenschaften zusammenschließen werden, um dauerhaft bestehen zu können.

Der zweite als wichtig erachtete Punkt bei den meisten Experten ist kongruent zur ersten These. Von den 19 befragten Experten sehen 14 die steigende Anzahl an Genossenschaften als Gegenbewegung zur immer stärker voranschreitenden Globalisierung an. Der einzelne Bürger fühlt sich immer machtloser. Märkte konzentrieren sich immer mehr, sodass einige wenige Unternehmen das Marktgeschehen prägen. Viele Bürger wollen das jedoch so nicht hinnehmen und möchten bspw. nicht abhängig sein von einem großen Energiekonzern und regeln deshalb ihre Energieversorgung mittels einer Genossenschaft selbst. In diesem Fall würde auch der Förderzweck der Mitglieder dieser Energiegenossenschaft im Vordergrund stehen.

Als weiteren Grund für den Bedeutungszuwachs von Genossenschaften nannten 14 Experten die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008. Dort haben die Menschen erkannt, welche Nachteile eine globale Wirtschaft haben kann. Regionalität spielt zunehmend eine stärkere Rolle. In regionale Unternehmen setzt der Bürger seither mehr Vertrauen als in global agierende Großkonzerne. Überraschenderweise wurde der Einfluss der Novelle des Genossenschaftsgesetzes auf die steigende Zahl an Genossenschaftsgründungen von den meisten Experten als gering eingeschätzt. Lediglich acht Experten gaben an, dass dies wohl ein Grund für die deutliche Zunahme der Neugründungen sei. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass sich viele der Experten nicht explizit mit der Gesetzesnovelle auseinandergesetzt haben, speziell diejenigen die dem Genossenschaftswesen eher fern stehen. Die vorwiegende Einschätzung war, dass diese Novelle die Gründung einer Genossenschaft zwar erleichtert hat, jedoch nicht den ursächlichen Ausschlag zur Gründung gibt. Ein Experte, der dem Genossenschaftswesen sehr nahe steht, gab an, dass durch die Gesetzesnovelle die Anzahl der Berichte über Genossenschaften zugenommen hat und in den Verbänden Aufmerksamkeit auf neue Felder genossenschaftlichen Wirkens gelegt wurde.

Alle Experten gaben an, dass Genossenschaften meistens dort entstehen, wo sich Bedarfslücken auftun. In den letzten Jahren sind viele neue Bedarfslücken entstanden, da sich die öffentliche Hand immer mehr aus Versorgungsaufgaben zurückzieht. „Um Zahlungsbereitschaft zu generieren, muss ja erst einmal Leiden da sein“, behauptet ein Experte. Die Menschen überlegen nicht schon vorher, was einem der Dorfladen, das Dorfgasthaus oder auch das

Schwimmbad wert ist. Sobald diese Einrichtungen jedoch mangels ausreichender Umsätze bzw. Wirtschaftlichkeit geschlossen werden, merken die Menschen, was ihnen fehlt und es entsteht das kollektive Interesse, diese Bedarfslücke wieder zu schließen. Abb. 1²⁶ fasst die wichtigsten Gründe der vielen Genossenschaftsneugründungen der letzten Jahre zusammen.

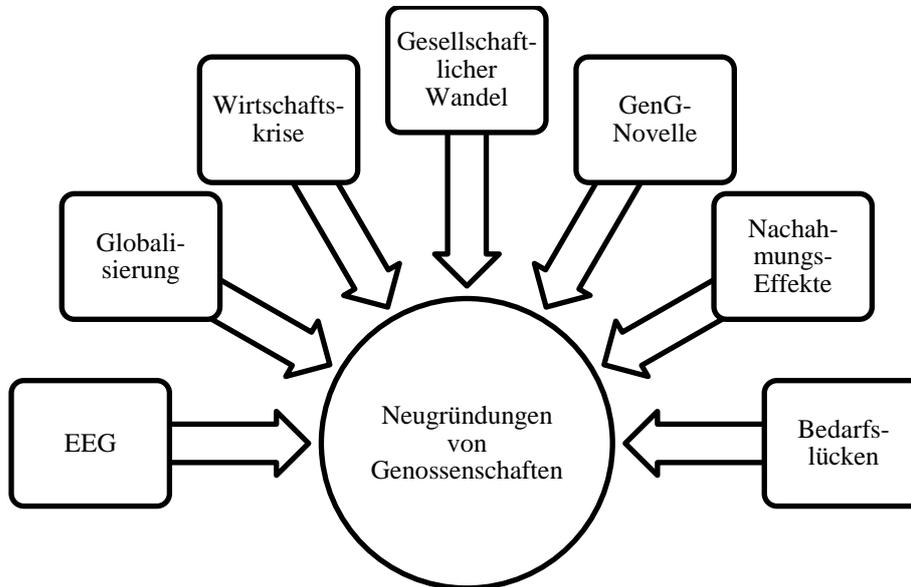


Abb. 1: Hauptgründe für die steigende Zahl an Genossenschaftsneugründungen

4.2 Genossenschaften und ländliche Räume

4.2.1 Stärken ländlicher Räume

Die überwiegende Mehrzahl der Experten ist sich bezgl. der Stärken ländlicher Räume einig. Abb. 2²⁷ fasst die getroffenen Aussagen der Befragten schlagwortartig zusammen.

²⁶ Quelle: eigene Darstellung.

²⁷ Quelle: eigene Darstellung.

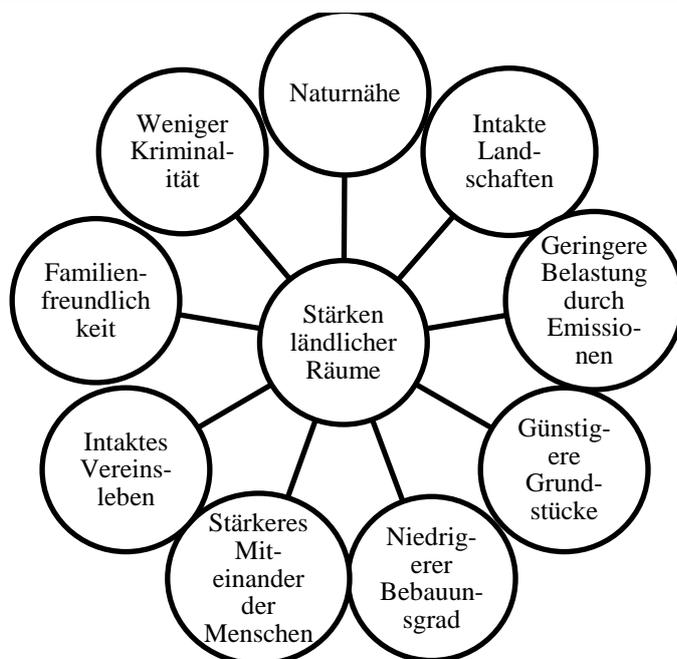


Abb. 2: Stärken ländlicher Räume

Alle befragten Experten sehen die Nähe zur Natur und die intakte Landschaft als große Stärke ländlicher Räume. Hier muss man jedoch nach den subjektiven Präferenzen der Menschen unterscheiden. Besonders wichtig für den Erhalt und die Qualität dieser Attribute schätzen die Befragten die Landwirtschaft ein. Diese ist verantwortlich für die Pflege von Landschaften und trägt somit zur Attraktivität eines Raumes bei. Außerdem gibt es im ländlichen Raum mehr Freiflächen. Des Weiteren schätzen 17 Experten die geringere Belastung mit Emissionen aller Art am ländlichen Raum. Auch die Lärmbelastung ist in der Regel geringer als im Verdichtungsraum.

Wie bereits im vorherigen Unterabschnitt erwähnt, geben fast alle Befragten (16 von 19) an, dass man im ländlichen Raum weniger anonym ist und sich die Menschen untereinander kennen und unterstützen. Auch hier muss man jedoch nach den subjektiven Präferenzen unterscheiden. Das in der Regel noch intakte Vereinsleben auf dem Land wird ebenfalls als positiv gewertet. Vor allem im Kultur- und Freizeitbereich werden viele Bedürfnisse durch die Vereine gedeckt. Ein weiterer Aspekt, der für den ländlichen Raum spricht, ist die i. d. R. geringere Kriminalität, was aber wohl mit der geringeren Anonymität der Menschen untereinander zusammenhängt.

Darüber hinaus tragen auch ökonomische Gründe zur Familienfreundlichkeit bei. Alle 19 Experten geben an, dass der Wohnraum im ländlichen Raum in der Regel preisgünstiger ist. Die Verdienstmöglichkeiten im ländlichen Raum werden sehr unterschiedlich eingeschätzt. Hier gilt es wieder zu differenzieren zwischen unterschiedlichen ländlichen Räumen. Es gibt wirtschaftlich starke ländliche Regionen, in denen gute Verdienste möglich sind, genauso wie Regionen mit weniger gutem Arbeitsplatzangebot. Jedoch stellt sich auch hier die Frage, ob man persönlich ein Haus im Grünen einer Wohnung in der Stadt bzw. im Ballungsraum vorzieht.

4.2.2 Schwächen ländlicher Räume

Den im vorherigen Abschnitt beschriebenen Stärken ländlicher Räume sehen die befragten Experten einige Schwächen gegenüber. Abb. 3²⁸ stellt die am häufigsten genannten Schwächen zusammenfassend dar.

Die eingeschränkte Mobilität wird von allen Experten als zentraler Nachteil ländlicher Räume identifiziert. An dieser Stelle wird auch dem ÖPNV eine Schlüsselrolle zugeteilt, doch dieser wird im ländlichen Raum immer mehr eingeschränkt. Vor allem für ältere Menschen, die in ihrer Mobilität häufig eingeschränkt sind, stellt diese Situation ein großes Problem dar.

Im Verdichtungsraum hingegen besteht auch für jüngere Menschen keine unbedingte Notwendigkeit, ein Auto zu halten. Es gilt abzuwägen, ob man sich günstigen Wohnraum im ländlichen Raum sucht und dafür ein oder mehrere Fahrzeuge hält oder ob man sich teureren Wohnraum im Verdichtungsraum bzw. an dessen Randzone sucht und dafür an Fahrzeugen sparen kann.

²⁸ Quelle: eigene Darstellung.

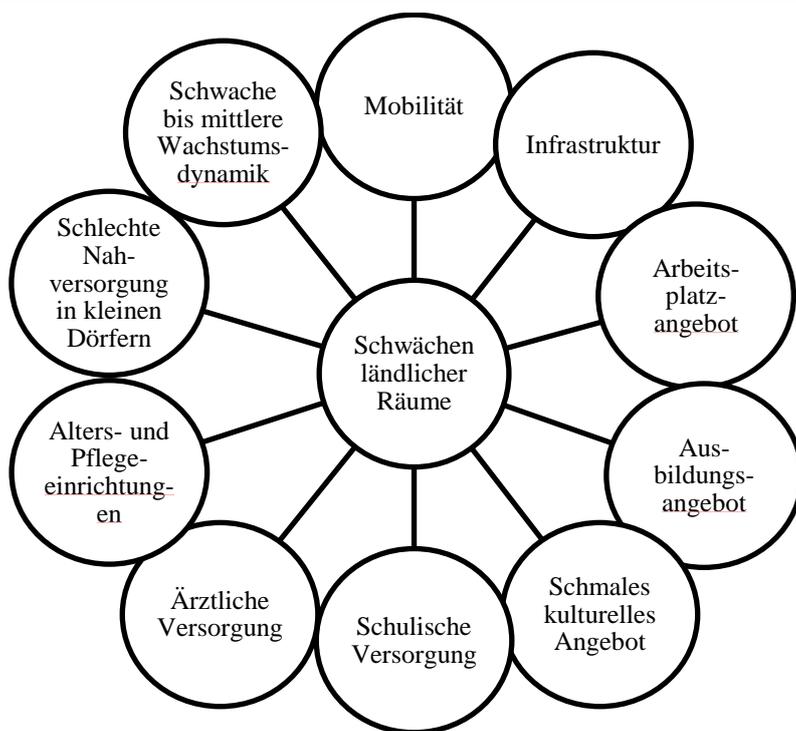


Abb. 3: Schwächen ländlicher Räume

Die Infrastruktur des jeweiligen ländlichen Raumes ist vor allem für Unternehmen von großer Bedeutung. Hier wird als wichtigster Punkt das Verkehrsnetz angesehen. Nahezu alle Unternehmen sind abhängig von Zulieferungen und auch die produzierten Güter müssen gemäß der Nachfragestruktur abtransportiert werden. Dazu bedarf es einer guten Verkehrsanbindung. Fünf Sachkenner behaupten, dass man entlang dieser Hauptverkehrswege auch keine rückläufige Bevölkerungsanzahl habe, weil man mit der Ansiedlung bzw. dem Erhalt von Unternehmen auch ein Arbeitsplatzangebot schaffe bzw. erhalte. Ähnlich wichtig ist heutzutage auch die Breitbandversorgung. Die Kapazitäten hierfür müssen entsprechend angepasst werden, damit der Standort für Unternehmen attraktiv bleibt bzw. wird.

13 Sachkenner werten das Arbeitsplatzangebot im ländlichen Raum deutlich schlechter als im Verdichtungsraum. Die übrigen sechs Sachkundigen behaupten wiederum, dass es sehr viele Arbeitsplätze im ländlichen Raum gibt. Das Problem besteht eher darin, diese Arbeitsplätze adäquat zu besetzen, da vor allem in ländlichen Räumen ein Fachkräftemangel herrscht. Das Ausbildungsplatzangebot verhält sich ähnlich wie das Arbeitsplatzangebot. Gibt es viele Arbeitsplätze in einer Region, so ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass es auch viele Ausbildungsplätze in dieser Region gibt. Nahezu alle Experten (18 von 19) sind sich einig, dass das kulturelle Angebot im ländlichen Raum

deutlich schlechter ist als im Verdichtungsraum. Die Menschen wollen heutzutage aber meist nach der Arbeit noch unterhalten werden. Bars, Kinos, Theater, Restaurants etc. sind hierbei wichtige Einrichtungen. Diese Einrichtungen gibt es jedoch nur selten im ländlichen Raum und wenn, dann nur in sehr begrenzter Zahl. Die kulturelle Versorgung in ländlichen Räumen kann teilweise sehr gut sein, wenn diese Regionen sehr stark touristisch geprägt sind. Somit kann man auch hier nicht pauschal über alle ländlichen Räume Baden-Württembergs urteilen.

4.2.3 Funktionspotenziale von Genossenschaften

Die Möglichkeiten von Genossenschaften zur Erhaltung der Lebensqualität in ländlichen Räumen werden von den Befragten teilweise sehr unterschiedlich eingeschätzt. Eine Genossenschaft allein kann zwar nicht den ganzen ländlichen Raum retten, jedoch kann sie ein wichtiger Mosaikstein sein, um einen Raum attraktiv für die Menschen zu machen und somit die oben beschriebene Abwärts-Spirale im ländlichen Raum zu durchbrechen.

Der große Vorteil von Genossenschaften gegenüber anderen Rechtsformen ist, dass nicht die Gewinnerzielungsabsicht, sondern die Mitgliederförderung im Vordergrund steht. Häufig gibt es im ländlichen Raum keine Potenziale, Gewinne zu generieren. Deshalb schließen die Geschäfte der örtlichen Nahversorgung. Wenn es dann bspw. darum geht, einen Dorfladen zu erhalten bzw. neu zu eröffnen, muss allen Beteiligten klar sein, dass kaum Gewinne erzielt werden können. Vielmehr kann ein solcher Laden allenfalls aus dem Selbsthilfegedanken heraus entstehen. Durch die weggefallene Nahversorgung entsteht eine Bedarfslücke. Viele Menschen im Ort haben nun möglicherweise dasselbe Interesse: Man will wieder eine Versorgungsmöglichkeit vor Ort. Auch hier zeigt sich laut einem Experten das Urprinzip der Genossenschaften: Sie entstehen aus einem Mangel heraus. Würde ein privatwirtschaftlicher Investor diese Versorgungsaufgabe in dem Dorf übernehmen, wäre er auf Gewinne angewiesen, um von der Versorgungseinrichtung leben zu können. Häufig müssen diese Anbieter höhere Preise verlangen, um ausreichend Umsatz generieren zu können, was viele mobile Kunden dazu veranlasst, woanders preisgünstiger einzukaufen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der für Genossenschaften spricht, ist die Identifikation mit dem Unternehmen. Ist man Mitglied in der Genossenschaft, ist man faktisch auch Teil dieses Unternehmens. Geht man nun bspw. zum Essen in das genossenschaftliche Dorfgasthaus, dann unterstützt man dadurch nicht

irgendeinen privatwirtschaftlichen Investor, sondern sein eigenes Unternehmen. Man fühlt sich verbundener dieser Einrichtung gegenüber und nimmt möglicherweise auch leicht erhöhte Preise in Kauf. Die höhere Identifikation, die für Genossenschaften spricht, macht sich auch beim ehrenamtlichen Engagement bemerkbar. Die Menschen sind bereit, auch ehrenamtlich Arbeiten für ihre Genossenschaft zu verrichten, solange für alle der Nutzen dieses Unternehmens sichtbar und spürbar ist. Durch die höhere Identifikation kann auch der Zusammenhalt in der Bevölkerung gestärkt werden. Zwei Experten merken jedoch an, dass Genossenschaften auch zur Spaltung der Bevölkerung in Befürworter und Gegner führen können, wie es zum Beispiel bei Energieprojekten vorkommen kann.

Des Weiteren bieten Genossenschaften die Möglichkeit der Risikostreuung. Bei einer Genossenschaft haften die Mitglieder nur mit ihrem Genossenschaftsanteil und eventuellem Nachschussbetrag. Zur Risikominimierung trägt ebenfalls der Genossenschaftsverband bei. Fünf der acht Experten aus dem Bereich des Genossenschaftswesens werten es als sehr positiv, dass regelmäßige Pflichtprüfungen erfolgen und die Genossenschaft somit eine sehr stabile Gesellschaftsform ist. Auch bei der Planung zur Realisierung der Genossenschaft wirkt der Genossenschaftsverband mit und verhindert dadurch, dass die „rosa-rote Brille“ den Beteiligten eine klare Sicht auf die Tatsachen verstellt. Abb. 4²⁹ fasst die Faktoren zusammen, die laut Meinung der Experten dazu führen können, dass sich Genossenschaften im ländlichen Raum positiv entfalten.

²⁹ Quelle: eigene Darstellung.

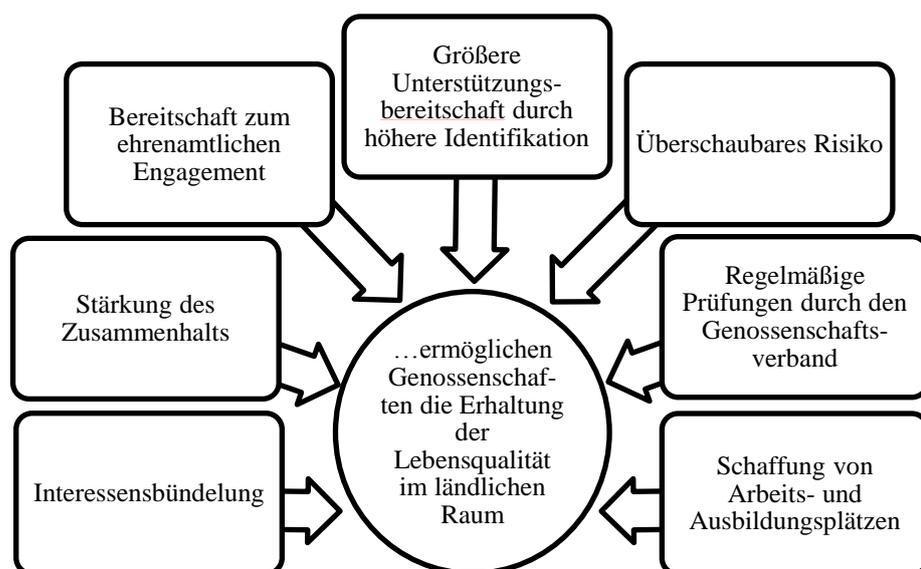


Abb. 4: Begünstigungsfaktoren von Genossenschaften im ländlichen Raum

Potenziale für Genossenschaften sehen die 16 Befragten, die den Genossenschaften Verbesserungsmöglichkeiten einräumen, in nahezu allen Bereichen, in denen Versorgungslücken bestehen oder wo man von wenigen, großen Unternehmen abhängig ist. Vor allem aber im Bereich der Nahversorgung sehen die Experten bei den Genossenschaften Potenziale, weil es ihnen überwiegend durch die höhere Identifikation gelingt, Kundschaft zu binden. Genossenschaftliche Dorfläden könnten somit ein zukunftssträchtiges Modell sein, wenn die Menschen vor Ort auch bereit sind, diese Läden zu unterstützen und dafür auch höhere Preise in Kauf nehmen. Auch Hol- und Bringdienste, die an solche Nahversorgungseinrichtungen gekoppelt sind, stellen einen interessanten (genossenschaftlichen) Lösungsansatz dar. Des Weiteren könnten sich im Bereich der Mobilität einzelne Befragte genossenschaftliche Modelle vorstellen. Ein Befragter bringt bspw. Car-Sharing-Konzepte ins Spiel. Auch auf Business-to-Business Ebene könnten durch Genossenschaften Verbesserungen erzielt werden. Mehrere Unternehmen könnten bspw. genossenschaftlich die Kinderbetreuung organisieren oder genossenschaftliche Fahrdienste einrichten. Auch mehrere Ärzte könnten über eine Verwaltungsgenossenschaft ihren Bürokratieaufwand auslagern und somit Kosten senken. Des Weiteren sehen sechs der befragten Experten im Bereich der Altersversorgung Potenziale für genossenschaftliche Modelle. Gerade im Bereich der Versorgung im Alter müsse es den Menschen doch wichtig sein, selbst mitbestimmen zu können, meint ein Experte.

4.2.4 Grenzen von Genossenschaften

Genossenschaften sehen sich auch einigen Grenzen ausgesetzt. Sicher sind sich alle Experten, dass Genossenschaften kein Allheilmittel sind, die Grenzen werden in Abb. 5³⁰ zusammengefasst.

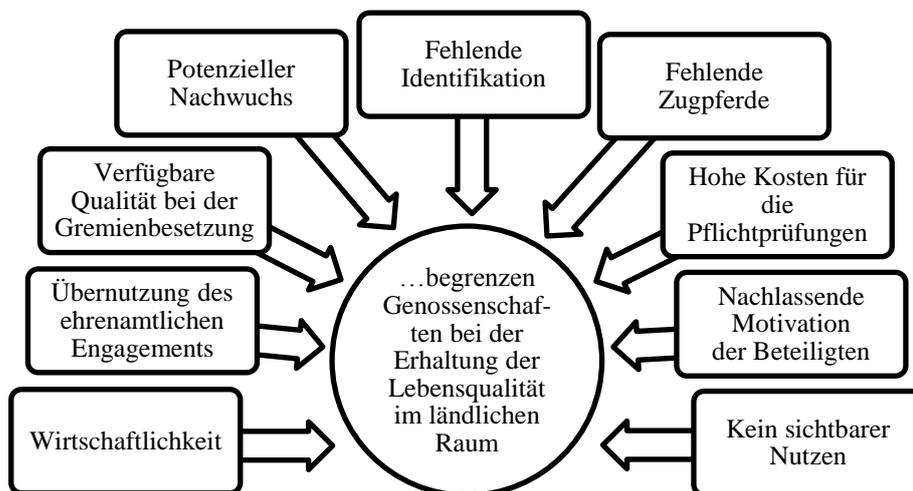


Abb. 5: Begrenzungsfaktoren von Genossenschaften im ländlichen Raum

Alle Experten geben an, dass zunächst die (begrenzte) Wirtschaftlichkeit eine entscheidende Grenze darstellt. Auch Genossenschaften können nicht dauerhaft Verluste einfahren. Dies zu vermeiden kann u. U. dann schwierig sein, wenn die Umsätze fehlen. Einrichtungen wie Schwimmbäder oder andere Freizeiteinrichtungen seien häufig hoch defizitär. Vor allem im Kulturbereich sehen die meisten Befragten (16 von 19) eher gemeinnützige Vereine als geeignete Rechtsform. Mit der Wirtschaftlichkeit einher geht meist auch das ehrenamtliche Engagement. Alle Experten sind der Auffassung, dass zu Beginn der Geschäftstätigkeit die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement hoch ist und sie auch einen wichtigen Bestandteil bei Genossenschaften darstellt. Diese Bereitschaft sollte jedoch nicht überstrapaziert werden. Gerade nach der Gründungszeit lässt häufig die Motivation der Beteiligten zur aktiven Mitwirkung nach. Es sollte generell absehbar sein, dass nicht für alle Zeiten alle Tätigkeiten im Ehrenamt zu erfolgen haben, um die Motivation der Beteiligten zu erhalten. Außerdem kann Frustration entstehen, dann nämlich, wenn ehrenamtliche Aufgaben dauerhaft asymmetrisch über die Mitglieder verteilt sind. Fehlt die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren jedoch

³⁰ Quelle: eigene Darstellung.

ganz, sind die meisten der Bürgergenossenschaften andererseits mangels Wirtschaftlichkeit nicht dauerhaft erhaltbar.

Der demographische Wandel beeinflusst auch hier einige Faktoren. So ist es wichtig, dass potenzieller Nachwuchs bereit steht, der die Genossenschaft auch in Zukunft weiter trägt und auch führt. Wenn jedoch die Mehrheit der jungen Menschen abwandert, wird es schwierig, eine Genossenschaft dauerhaft zu erhalten. Ein weiteres, zunehmend erkennbares Defizit von Genossenschaften liegt im Bereich der Besetzung der Organe mit hinreichend qualifizierten Mitgliedern. Laut Genossenschaftsgesetz müssen die Vorstände und die Aufsichtsräte aus den Reihen der Mitglieder der Genossenschaft stammen. Es kann besonders für kleinere Bürgergenossenschaften ein Problem darstellen, diese Positionen qualitativ hochwertig zu besetzen. Letztendlich ist eine Genossenschaft immer nur so gut wie die Menschen, die sie führen.

Drei Experten führen an, dass auch einfach ein gewisser gesellschaftlicher Geist vorhanden sein müsse, um die nötige Identifikation mit einer Genossenschaft zu generieren. Es gibt Gemeinden, in denen es diesen starken Zusammenhalt der Bevölkerung untereinander nicht gibt. Dort steht die Bürgerschaft sich möglicherweise misstrauisch gegenüber. Des Weiteren spielt die Zahl der Mitglieder einer Genossenschaft eine entscheidende Rolle. Je größer die Genossenschaft wird, umso geringer ist die Identifikation. Außerdem muss ein Nutzen klar erkennbar sein. Ebenfalls von großer Bedeutung sind die Zugpferde einer Genossenschaft. Wenn es keine Menschen gibt, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und auch vorneweg zu gehen, dann lahmt u. U. die komplette Genossenschaft.

Pflichtprüfungen sind wichtig für die wirtschaftliche Stabilität und Sicherheit von Genossenschaften. Drei von acht befragten Genossenschaftsmitgliedern geben jedoch an, dass die Pflichtprüfungen viel zu teuer sind, insbesondere für kleinere Genossenschaften ist der Prüfaufwand immens, teilweise würde in einzelnen Genossenschaften sogar mit dem Gedanken gespielt, die Rechtsform zu ändern, um den hohen Prüfaufwand nicht mehr tragen zu müssen.

4.3 Zukunft von Genossenschaften im ländlichen Raum

Von den befragten Experten tun sich 18 von 19 schwer, eine Einschätzung der Zukunftsfähigkeit von Genossenschaften im ländlichen Raum abzugeben. Dies hängt auch stark vom unterstellten Zukunftsszenario ab. Acht Experten sind der Meinung, dass es auch für Genossenschaften schwer wird, wenn der

demographische Wandel sich fortsetzt und immer mehr Menschen abwandern. Vor allem die Abwanderung der jungen Menschen stellt ein großes Problem dar. Hier wird es wohl in Zukunft schwieriger, vor allem bei den oft in kleinen Dörfern ansässigen neuen Bürgergenossenschaften, rechtzeitig Nachwuchs zur Übernahme von Führungsaufgaben zu verpflichten. Des Weiteren werden wohl auch die Nutznießer (Kunden und Mitglieder) dieser genossenschaftlichen Versorgungseinrichtungen immer weniger, wenn der demographische Wandel weiter voranschreitet.

Für den ländlichen Raum allgemein schätzen 13 der 19 Experten die Zukunft nicht ganz so extrem ein. Entscheidend ist dabei, dass es gelingt, Gewerbe in der Region zu halten oder sogar neue Unternehmen in der Region anzusiedeln. Dafür muss der ländliche Raum aber attraktiv sein für die Menschen, wie auch für die Unternehmen und hier können Genossenschaften einen Beitrag leisten. Generell stufen 18 Befragungsteilnehmer die Zukunftsfähigkeit von Genossenschaften bei Versorgungsaufgaben gegenüber anderen Rechtsformen höher ein.

Unter den Experten herrscht jedoch auch Einigkeit, dass Genossenschaften nicht alle Versorgungsaufgaben im ländlichen Raum übernehmen können. So sollte unbedingt die Bildung in staatlicher Hand bleiben und auch bspw. die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung von öffentlicher Seite organisiert werden, da hier ein hohes öffentliches Interesse an der Einhaltung von Mindestanforderungen besteht. Ein befragter Experte differenziert bei der Frage nach der Zukunftsfähigkeit von Genossenschaften im ländlichen Raum stark. Er sieht Potenziale im Energiebereich, wie auch im Bereich der Unternehmenskooperation im Rahmen einer Genossenschaft. Für alle anderen Formen seien große Anstrengungen von Nöten, um die Genossenschaft am Leben zu halten. 14 von 16 Experten geben den Genossenschaften im Kultur- und Freizeitbereich aufgrund fehlender Umsatzpotenziale nur wenige Zukunftschancen.

Aufgrund des hohen Prüfaufwandes sehen drei von acht Experten aus dem Bereich der Genossenschaften die Zukunft vor allem von kleineren Genossenschaften in Gefahr. Möglicherweise müssen sich viele kleine Genossenschaften zusammenschließen, um auch in Zukunft fortbestehen zu können. Damit verschärft sich andererseits die Gefahr der Mitgliederentfremdung.

5 Diskussion der Ergebnisse

Wie in Kapitel 3.1 dargestellt, sehen mehr als drei Viertel der befragten Experten den Hauptgrund für die stetig steigende Anzahl an neuen Genossenschaften in der Energiewende. Die Novellierung des EEG im Jahre 2012 macht den Bereich der erneuerbaren Energien besonders interessant für sogenannte Bürgermodelle, zu deren Umsetzung sich Genossenschaften besonders eignen. Die *DZ Bank Gruppe* bestätigt diese Experteneinschätzung in einer ihrer Veröffentlichungen. Demnach gründet sich ungefähr die Hälfte aller neuen Genossenschaften in Deutschland im Energiebereich³¹. Der Großteil der erneuerbaren Energien wird im ländlichen Raum erzeugt. Mehr als die Hälfte der in Deutschland installierten Anlagen zur regenerativen Gewinnung von Strom sind im Eigentum von Privatpersonen und Landwirten³². Dies ist für die befragten Experten wenig überraschend, da die erneuerbaren Energien meist einen hohen Flächenanspruch haben und gleichzeitig das finanzielle Risiko für einen Investor alleine zu hoch ist. REINHARDT³³ sieht in der genossenschaftlichen Energieerzeugung den Grundgedanken des Genossenschaftswesens, das gemeinsame Ziehen an einem Strang, für gegeben an. In der Tat lassen sich bezüglich der rasanten genossenschaftlichen Entwicklung im Energiesektor vergleichsweise enge Bezüge zu den genossenschaftlichen Grundprinzipien der Selbsthilfe, der Selbstverantwortung und der Selbstverwaltung, und darüber hinaus auch der Regionalität und Subsidiarität herstellen. Genossenschaftliche Strukturen werden dabei auch im Sinne der Risikostreuung und Minderung von Abhängigkeiten genutzt. Andererseits zeigt sich gerade in dieser Sparte der hohe Grad an Abhängigkeit genossenschaftlichen Gründungsgeschehens von (kurzfristigen und änderbaren) Politikvorgaben, wodurch eine an Nachhaltigkeit orientierte Entwicklung nur bedingt gegeben ist. Demgegenüber behauptet ein Experte in der durchgeführten Befragung, dass Genossenschaften im Energiebereich als Kapitalsammelstellen „missbraucht“ werden und dies nichts mit dem eigentlichen Sinn von Genossenschaften zu tun hätte. Dies mag in Einzelfällen auch zutreffen, doch dementgegen stellt KREER³⁴ fest, dass die beteiligten Bürger im Idealfall von

³¹ Vgl. DZ Bank Gruppe (Hrsg.): Bilanzpressekonferenz, Frankfurt am Main, 6.03.2013. URL: <https://www.dzbank.de/abgerufen> 23.04.2013.

³² Vgl. Heiner-Esser, U.: Ländliche Räume sind ein starker Partner im Gemeinschaftsprojekt Energiewende, in: Landentwicklung aktuell. Das Magazin des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaft, BLG, Berlin 2012, S. 9 f.

³³ Vgl. Reinhardt, H.: Agrarwirtschaft und ländlicher Raum – Schlüsselrollen bei der Energiewende. in: Landentwicklung aktuell. Das Magazin des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaft, BLG, Berlin 2012, S. 35 f.

³⁴ Vgl. Kreer, K.: Energiewende – Belastung und Chance für den ländlichen Raum. in: Landentwicklung aktuell. Das Magazin des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaft, LBG, Berlin 2012, S. 17 f.

einer kostengünstigeren Energieversorgung profitieren, aber auch die ganze Gemeinde wirtschaftliche Vorteile erfährt und gleichzeitig eine Stabilisierung der dörflichen Versorgung stattfindet. Somit wären u. a. die Grundprinzipien Selbsthilfe, u.a. durch Mitgliederförderung in Genossenschaften voll erfüllt.

In der Befragung wurde deutlich, dass Genossenschaften das Potenzial haben, die ansässige Bevölkerung aktiv in regionale Vorhaben und Entwicklungen einzubinden. Damit wird u. a. dem genossenschaftlichen Grundgedanken der Solidarität Rechnung getragen. Für viele Projekte im ländlichen Raum ist es wichtig, dass alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Außerdem fördern Genossenschaften die Identifikation mit dem Vorhaben. Die Menschen unterstützen somit „ihr“ Unternehmen und nicht das Unternehmen eines Dritten. Dies bestätigt auch REINHARDT³⁵ in einer Veröffentlichung für den Energiebereich. Er erklärt darin, dass häufig ein Konfliktpotenzial im Bereich der erneuerbaren Energien besteht. Grundsätzlich befürworten die Menschen zwar solche Technologien, jedoch sind die unmittelbar von solchen Anlagen betroffenen Menschen meist eher skeptisch. Durch die aktive Teilhabe der Menschen an Energieprojekten kann so eine Mitsprachemöglichkeit für die Bevölkerung geschaffen werden und die nötige Identifikation der Menschen mit dem Projekt wird gewährleistet³⁶, etwa bei erwartbar negativen Konsequenzen für das Landschaftsbild.

Eine wichtige Grenze genossenschaftlichen Wirkens stellen die (eingeschränkte) Wirtschaftlichkeit und eindeutige Abhängigkeit vom qualifizierten Ehrenamt dar. Unter Bezugnahme auf die neoklassische Theorie haben vor diesem Hintergrund Genossenschaften zunehmend darauf zu achten, dass nicht-monetäre Nutzen zur Kompensation fehlender monetärer Anreize gegenüber den ehrenamtlich Aktiven in hinreichendem Maße gegeben sind. Auch Mitglieder-Boni können hierzu einen Beitrag leisten. Alle befragten Experten sehen dies als das Haupthindernis von Genossenschaften in ländlichen Räumen an. Warum soll ausgerechnet eine Genossenschaft hier überleben können, fragt sich ein Experte. Eine Antwort darauf liefert der DGRV³⁷: Genossenschaften bündeln die Kräfte. Die Bereitschaft zur Eigeninitiative und zum ehrenamtlichen Engagement ist höher. Ein anderer Experte meint dazu, dass es von großer Wichtigkeit sei, dass man nicht „jeden Handstrich“ bezah-

³⁵ Vgl. Reinhardt, H. (Fn. 31), S. 35 f.

³⁶ Vgl. Reinhardt, H. (Fn. 31), S. 35 f.

³⁷ Vgl. Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V. (DGRV): Regionale Entwicklung mit Genossenschaften. Bürger, Wirtschaft und Kommunen Hand in Hand, o. O. 2012, S. 2.

len müsse. Außerdem ist ein Einzelner im Normalfall auf Gewinne angewiesen, wenn er wirtschaftlich aktiv wird. Einer Genossenschaft kann es reichen, wenn sie lediglich keine Verluste generiert. Im Vordergrund steht schließlich die Förderung der Mitglieder der Genossenschaft und nicht die Gewinnerzielung³⁸. Gleichwohl muss unter Bezugnahme auf die neoklassische Theorie ein Nutzenstreben seitens der Beteiligten befriedigt werden, wenn diese längerfristig an die Genossenschaft gebunden werden sollen.

Generell sind die Fähigkeiten des Marktes in ländlichen Räumen zur Bereitstellung von Gütern und Leistungen begrenzt. Auch zukünftig werden verstärkt Marktlücken entstehen, die durch alternative Angebote besetzt werden müssen³⁹. In diesem Punkt stimmt auch die Mehrheit der Experten zu. Allerdings ist etwa die Hälfte der Befragungsteilnehmer skeptisch, ob Genossenschaften diese Lücken füllen können, wenn der demographische Wandel und die Abwanderung der ländlichen Bevölkerung weiter voranschreiten. Hier sehen sie ab einem gewissen Punkt die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens nicht mehr gewährleistet. Außerdem muss die Nachfolge der sogenannten Zugpferde sichergestellt sein. Dies gilt in besonderer Weise bezüglich der Schaffung und Erhaltung längerfristiger bzw. dauerhaft tragfähiger genossenschaftlicher Strukturen.

³⁸ Vgl. Pollich, F. (Fn. 18), S. 5 f.

³⁹ Vgl. Ladewig, W.: Grenzen des Sozialstaats: Alternativen und Denkanstöße. in: Genossenschaften zwischen Idee und Markt – Ein Unternehmenskonzept für die Zukunft?, Frankfurt/Main 2001, S. 61 f.

2.1.4 Options and limitations of cooperatives for preserving quality of life in rural areas

Status: Angenommen

Journal: Tagung. Österreichische Gesellschaft für Agrarökonomie 2015.

Autoren: Willersinn, C.; Laven, P. und Doluschitz, R.

Dieser Beitrag ist so oder in so ähnlicher Form bei der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie für die Tagung 2015 eingereicht und angenommen.

Options and limitations of cooperatives for preserving quality of life in rural areas

Willersinn, Christian¹; Lavèn, Pamela²; Doluschitz, Reiner²

¹Agroscope, Institute of Sustainable Sciences, Research Group Socio-economics, 8356 Ettenhausen, Switzerland, christian.willersinn@agroscope.admin.ch

²University of Hohenheim, Farm Management, Computer Applications and Business Management in Agriculture (410C), 70599 Stuttgart, Germany

Abstract

High unemployment, depopulation and ageing societies are increasingly shaping rural areas. Especially in small villages consisting of a few hundreds inhabitants, potential demand for central village services as well as potential supply of labor force decrease simultaneously with the population. These trends might even accelerate due to the demographic change. To handle these changes, this qualitative empirical study aims to assess how far cooperatives can contribute to preserving quality of life in rural areas. Therefore, expert interviews have been conducted in Baden-Württemberg (Germany) in 2013 with structured, standardized questionnaires. In consideration of several perspectives, participants originated from various spheres such as rural development managers (3), scientists (2), politicians (5), managers of cooperatives (8) and one member of a cooperative association.

The majority of the interviewed experts stated that especially within energy and central village supply, cooperatives have been interesting approaches. Through the pooling of interests, people could cope with tasks collectively, which might have been difficult for a single person. A joint project may sustain the social cohesion and poses a high share of identification with the business. Contrariwise, economic feasibility and the presence of “dray-horses” are inalienable preconditions for successful cooperatives in rural areas. Voluntary engagement and visible benefits are also important. All these options and limitations determine the future prospects of cooperatives in rural areas which have been discussed diversely. Furthermore, case studies have been investigated to assess the impact of diverse cooperatives (rural tavern, energy cooperative, central village shop, swimming pool, cooperative bank, agricultural cooperative society, nursing home for the elderly) on the quality of life in rural areas. In all cases, the examined cooperatives provide a contribution to the rural population: they donate employment or accept meaningful responsibilities for the rural community, especially for those who are insufficiently mobile.

JEL CODE

Q 13; R 11

2.1.5 Nachhaltigkeit in der Landmaschinenproduktion – eine empirische Untersuchung unter Landwirten

Status: Veröffentlicht, 69(2), 2014, S. 84-89.

Journal: Landtechnik.

Autoren: Bezruk, Y.; Laven, P.; Hoffmann, C. und Doluschitz, R.

Dieser Beitrag ist so oder in so ähnlicher Form in der Zeitschrift Landtechnik 69(2), 2014, S. 84-89 veröffentlicht.

Yuliya Bezruk, Pamela Lavèn, Christa Hoffmann und Reiner Doluschitz

Nachhaltigkeit in der Landmaschinenproduktion - eine empirische Untersuchung unter Landwirten

Die Herstellung von Landmaschinen birgt Nachhaltigkeitspotenziale. Im Sinne eines schonenden Umganges mit endlichen Ressourcen lassen sich Produktionsprozesse und fertige Aggregate so gestalten, dass Nachhaltigkeitsziele erreicht und Nutzungsdauern deutlich verlängert werden. Um die Einstellungen der Landwirte hinsichtlich der Nachhaltigkeit in der Landtechnikherstellung und des Nachhaltigkeitsengagements der Landtechnik zu ermitteln, wurden im Rahmen einer empirischen Untersuchung 273 Fragebögen (39 % von 700 versandten Fragebögen) von Leitern landwirtschaftlicher Betriebe ausgewertet. Dabei handelt es sich um Kunden der Landmaschinenfabrik RAUCH GmbH und Leiter landwirtschaftlicher Ausbildungsbetriebe (z. T. Nicht-Kunden). Insgesamt wird das Engagement der Unternehmen hinsichtlich der Nachhaltigkeit von den Landwirten positiv bewertet. Insbesondere werden dabei Aspekte, die der sozialen Säule der Nachhaltigkeit zuzuordnen sind, mit Nachhaltigkeitsengagement in Verbindung gebracht, wie beispielsweise Maßnahmen zur Mitarbeiterausbildung. Darüber hinaus werden aus dem Bereich der ökonomischen Säule der Nachhaltigkeit die Zukunfts- und Innovationsorientierung besonders hervorgehoben. Bezüglich ihrer Einschätzung hinsichtlich nachhaltiger Landmaschinen stehen für die Landwirte insbesondere die Qualität der Maschine, die Nachrüstbarkeit und die Qualität der mit der Maschine getätigten Arbeiten im Vordergrund.

Schlüsselwörter

Nachhaltigkeit, Landmaschinen, Befragung, Landwirte

Keywords

Sustainability, agricultural machinery, survey, farmer

Abstract

Bezruk, Yuliya; Lavèn, Pamela; Hoffmann, Christa and Doluschitz, Reiner

Sustainability in agricultural machinery production - an empirical study among farmers

In order to establish the attitudes of farmers when it comes to sustainability in agricultural machinery and commitment to sustainability on the part of manufacturers, 273 questionnaires (39 % of 700 questionnaires sent out) completed by leaders of agricultural operations were evaluated as part of an empirical study. The respondents consisted of customers of the agricultural machinery factory RAUCH GmbH and leaders of agricultural operations that offer apprenticeships (who are not always customers). Overall, farmers gave positive feedback on the companies' commitment to sustainability. In particular, aspects attributed to the social pillar of sustainability are associated with a commitment to sustainability, such as steps taken to train staff. Moreover, special attention is given to a focus on the future and innovation when considering the economic pillar of sustainability. Regarding their assessment of sustainable agricultural machinery, farmers place particular importance on a machine's quality, whether or not it can be upgraded, and the quality of the work the machine delivers.

Landtechnik 69(2), 2014, 4 figures, 6 references

Vor dem Hintergrund der mit Blick auf das Ziel der Ernährungssicherung notwendigen weiteren Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion sowie der globalen Nachhaltigkeitsdiskussion, nimmt die Notwendigkeit der Berücksichtigung der Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in der Landwirtschaft zu. Aktuelle Entwicklungen in der Agrar- und Ernährungsbranche zeigen, dass auch für landwirtschaftliche Betriebe die einzelbetriebliche Bewertung von Nachhaltigkeit an Bedeutung gewinnt. Systeme wie RISE, KSNL oder das DLG-NHZ sind Beispiele dafür [1]. Aber auch die Betrachtung und Bewertung von Nachhaltigkeit in Wertschöpfungsketten und damit unternehmensübergreifendes Nachhaltigkeitsengagement (wie bspw. zwischen Landwirtschaft und Landtechnik) befinden sich in der Entwicklung bzw. sind partiell implementiert. Einen entscheidenden Schritt in der Agrar- und Ernährungsbranche stellen hier die von der FAO entwickelten Guidelines for Sustainability Assessment of Food and Agricultural Systems (SAFA) dar [6]. Als Vorteile eines derart überbetrieblichen Nachhaltigkeitsengagements werden von Experten u.a. Transparenz und Vergleichbarkeit gesehen [5].

Einen bedeutenden Einfluss auf einen nachhaltigen Produktionsprozess in landwirtschaftlichen Betrieben haben die zum Einsatz kommenden landwirtschaftlichen Maschinen, als dauerhafte Güter. Somit kann eine nachhaltige Landtechnik als wichtiges Instrument einer nachhaltigen Landwirtschaft gesehen werden. Die Landtechnikhersteller stehen dabei der Herausforderung gegenüber, einerseits eine nachhaltige Landtechnik zu produzieren und andererseits die Produktionsprozesse in ihren eigenen Unternehmen umweltschonend, wirtschaftlich und sozial verträglich, in Anlehnung an das 3-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit, zu gestalten [2].

Um die Bedeutung des Themas Nachhaltigkeit seitens der Landtechnikhersteller als auch deren Kunden erfassen und einordnen zu können, wurde im Rahmen eines gemeinsamen Forschungsvorhabens des Instituts für Landwirtschaftliche Betriebslehre der Universität Hohenheim und dem Landmaschinenhersteller RAUCH GmbH die Einstellungen der Landwirte hinsichtlich der Nachhaltigkeit in der Landtechnikherstellung und des Nachhaltigkeitsengagements der Landtechnikhersteller untersucht. Dabei war es Ziel, Antworten auf die folgenden Forschungsfragen zu ermitteln:

1. Welche **Wertschätzung** haben Landwirte für Landtechnikhersteller, die auf einen umweltschonenden und sozialverträglichen Herstellungsprozess achten?
2. Wie ist der **Informationsstand** der Landwirte hinsichtlich des Nachhaltigkeitsengagements der Landtechnikhersteller und wo informieren sich die Landwirte?
3. Welche **Nachhaltigkeitsmaßnahmen** charakterisieren aus der Sicht der Landwirte ein nachhaltiges Unternehmen in der Landtechnikbranche?
4. Welche **charakteristischen Kriterien** zeichnen aus der Sicht der Landwirte eine nachhaltige Landmaschine aus?

Methodik

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurde in der Untersuchung in einem zweistufigen empirischen Prozess eine leitfadengestützte Befragung zweier Experten sowie eine standardisierte schriftliche Befragung durchgeführt.

Zunächst wurden dabei zwei Expertengespräche mit dem Ziel der Validierung und Ergänzung des standardisierten Fragebogens durchgeführt. Als Leitfaden wurde hierbei eine Erstfassung des standardisierten

Fragebogens verwendet. Als Experten beteiligten sich ein Vertreter der Wissenschaft sowie ein Vertreter eines Fachverbandes der Landmaschinenbranche. Der Leitfaden wurde vorab per email versendet. Auf diese Weise waren eine inhaltliche Analyse des Fragebogens, bzw. auch der Antwortkategorien und eine Plausibilitätsprüfung möglich.

Der Schwerpunkt der Untersuchung lag auf einer umfangreichen standardisierten schriftlichen Befragung, in deren Vorfeld Pretests zur Validierung des Fragebogens durchgeführt wurden. Im Zeitraum Mai bis Juni 2013 wurden 700 Fragebögen per Post versendet. Das Sample setzte sich jeweils hälftig aus Kunden der Firma RAUCH sowie aus überregional ausgewählten landwirtschaftlichen Ausbildungsbetrieben mit dem Schwerpunkt Pflanzenbau zusammen.

Der standardisierte Fragebogen umfasst 26 Fragen, unter Zuordnung zu drei Kategorien, die sich auf Fragen über Landtechnik und ihre Herstellung, Fragen zum Informationsstand der Landwirte hinsichtlich Nachhaltigkeit sowie soziodemographische Fragen und Strukturmerkmale der landwirtschaftlichen Betriebe bezogen.

Innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens wurde ein überdurchschnittlich guter Befragungsrücklauf erzielt, die Rücklaufquote betrug 39 Prozent ($\hat{=}$ 273 auswertbaren Fragebögen absolut). Die Auswertung der Daten erfolgte mittels univariater und bivariater Analysen mit dem Statistikprogramm SPSS 21.

Ergebnisse

Soziodemographische und Strukturmerkmale der befragten Landwirte

Der Großteil der antwortenden Landwirte (94,5 %) verfügt mindestens über eine landwirtschaftliche Ausbildung und führt den landwirtschaftlichen Betrieb im Haupterwerb (95,6 %). Die Flächenausstattung der teilnehmenden Betriebe liegt bei durchschnittlich 210 ha (Median).

Bedeutung einer nachhaltigen Produktion von Landmaschinen für den Landwirt

Die Befragungsergebnisse geben auf den ersten Blick keine deutlichen Präferenzen der teilnehmenden Landwirte bezüglich der Frage, ob sie Aktivitäten der Hersteller, den Herstellungsprozess der Technik möglichst umweltschonend und sozialverträglich zu gestalten, positiv gegenüber stehen. Von etwas mehr als der Hälfte (53,1 %) wird dies als sehr wichtig oder ziemlich wichtig eingestuft, von etwas weniger als der Hälfte (46,9 %) als nicht wichtig oder wenig wichtig. Im Detail zeigt sich jedoch, wie in **Abbildung 1** dargestellt, dass bei der überwiegenden Anzahl der antwortenden Landwirte ein Bedürfnis nach umweltschonenden und sozialverträglichen Herstellungsprozessen besteht.

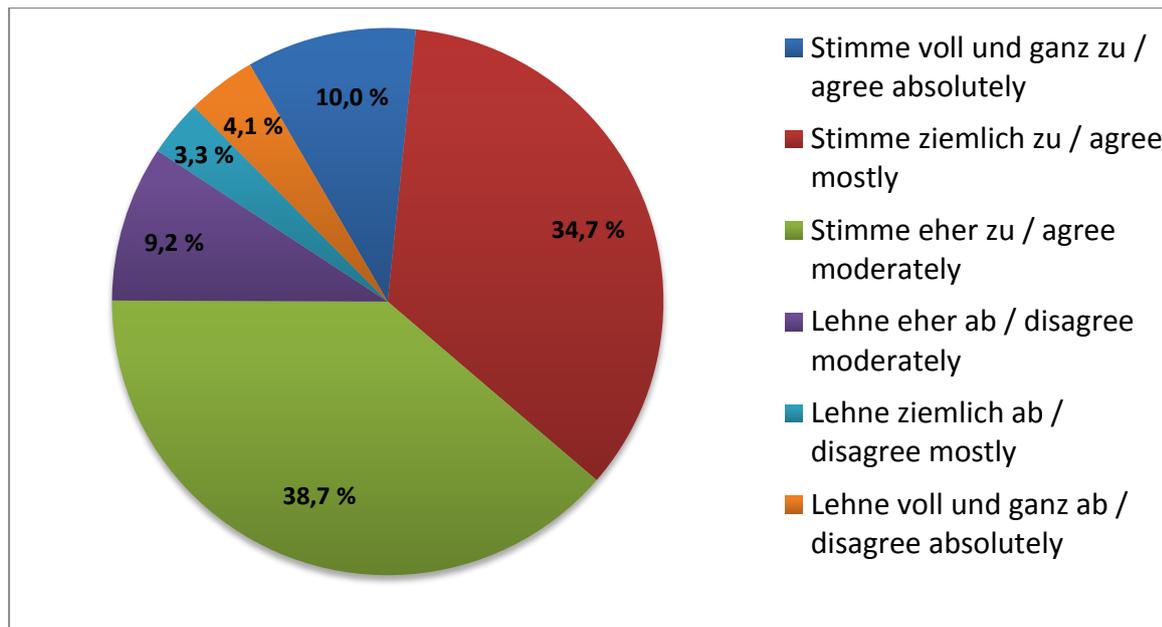


Abbildung 1: Wertschätzung der Landwirte für Hersteller die Wert auf einen umweltschonenden und sozialverträglichen Herstellungsprozess legen

Quelle: eigene Darstellung. Einfachnennung (N=271). / Fig.1: Appreciation of farmers for manufactures taking care of an environmentally friendly and socially responsible manufacturing processes. Source: own presentation. One response (N=271).

Trotz dieses bestehenden Bedürfnisses hat die Studie gezeigt, dass drei Viertel (75,3 %) der teilnehmenden Landwirte nicht weiß, ob die jeweiligen Landtechnikhersteller sich überhaupt im Bereich Nachhaltigkeit engagieren. Nur 22,1 % wussten, dass sich ihre Hersteller im Bereich der Nachhaltigkeit engagieren, während 2,6 % der Antwortenden davon ausgehen, dass sich die Hersteller ihrer Landtechnik nicht engagieren. Trotzdem möchte nur etwa ein Viertel (26,7 %) der Antwortenden überhaupt nicht über das Thema Nachhaltigkeit in der Produktion von Landtechnik informiert werden. Alle übrigen Landwirte (73,3 %) halten das Thema Nachhaltigkeitsengagement in der Landtechnikherstellung für so bedeutsam, dass sie Informationen darüber wünschen.

Die Beschaffung fachlicher Informationen erfolgt bei den teilnehmenden Landwirten am häufigsten über Fachzeitschriften (98,5 %) oder das Internet (75,1 %). Daneben spielt auch der Austausch mit Nachbarn und Berufskollegen (56,4 %) eine wichtige Rolle. Wie aus **Abbildung 2** hervorgeht, werden Apps dagegen nur von 8,8 % der Antwortenden als Quelle fachlicher Information genannt. Unter Sonstiges werden von den Antwortenden insbesondere Ausstellungen, Messen, Vorführungen, Beratungsringe und – unternehmen aufgeführt.

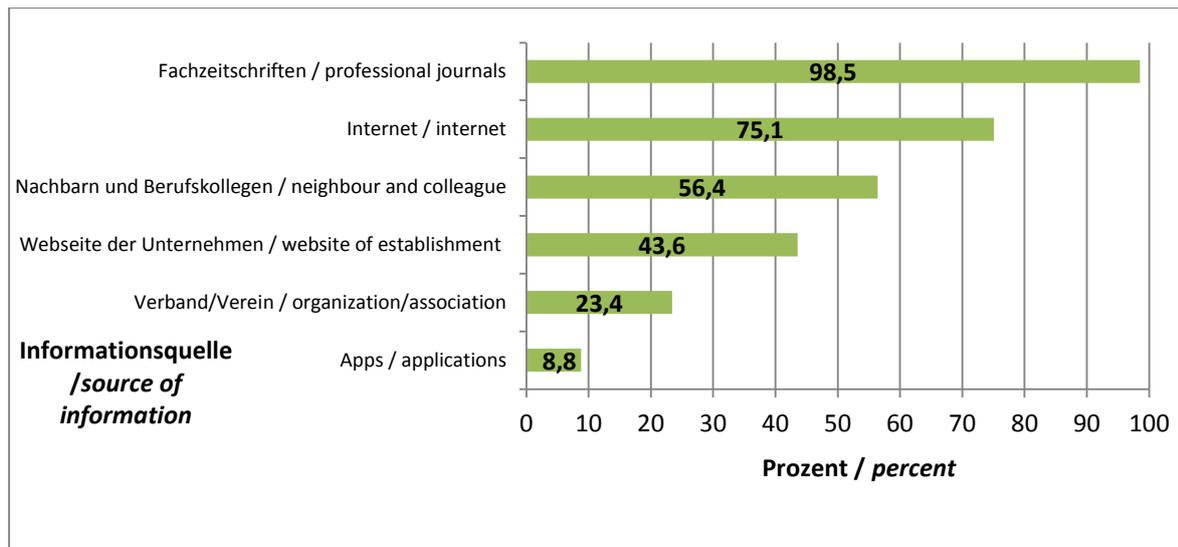


Abbildung 2: Quellen der fachlichen Information. Quelle: eigene Darstellung. Mehrfachnennungen.
 Fig. 2: Sources of technical information. Source: own presentation, multiple selections.

Nachhaltigkeitsmaßnahmen der Unternehmen

Im Rahmen der Befragung wurden den Landwirten einige Beispiele von konkreten Maßnahmen und Aktivitäten eines Unternehmens in Bezug auf Nachhaltigkeit vorgestellt. Allgemeingültige Maßnahmen, wie die Reduktion von Energieverbrauch und Emissionen, wurden in diesem Zusammenhang und im weiteren Verlauf der Studie vorausgesetzt und nicht mehr explizit abgefragt. Die Auswertung der Ergebnisse in **Abbildung 3** bringt zum Ausdruck, dass die gesellschaftlichen Aktivitäten der Unternehmen bei den Landwirten die größte Anerkennung finden. Klassische Aktivitäten aus der ökologischen Säule der Nachhaltigkeit assoziieren die Landwirte weniger mit der Nachhaltigkeit von Landtechnikunternehmen, als Aktivitäten aus der sozialen Säule. Demzufolge charakterisieren wiederverwertbare Verpackungen, Elektroautos als Geschäftswagen und papierlose Büros aus der Sicht der Landwirte ein nachhaltiges Unternehmen nur mäßig, wohingegen Aspekte wie eine stetige Mitarbeiterausbildung oder eine Zukunfts- und Innovationsorientierung eher als Nachhaltigkeitsmaßnahmen wahrgenommen werden. In der folgenden Abbildung sind die zur Beurteilung stehenden Maßnahmen und Aktivitäten der Unternehmen in Bezug auf Nachhaltigkeit grafisch mit der jeweiligen Beurteilung durch die Befragten dargestellt. Bewertungen im äußersten Ring (1) stimmen mit einer vollständigen Zustimmung zu dieser Aktivität als Nachhaltigkeitsmaßnahme in einem Unternehmen überein. Die sechsstufige Skala endet im Zentrum (6) des Netzdiagrammes. Je näher die Bewertungen ins Zentrum rücken, desto weniger haben die Aktivitäten für die Teilnehmenden überhaupt etwas mit Nachhaltigkeit zu tun. Abgebildet sind die arithmetischen Mittel der Bewertungen der Teilnehmenden hinsichtlich ihrer Einschätzung der Maßnahmen.

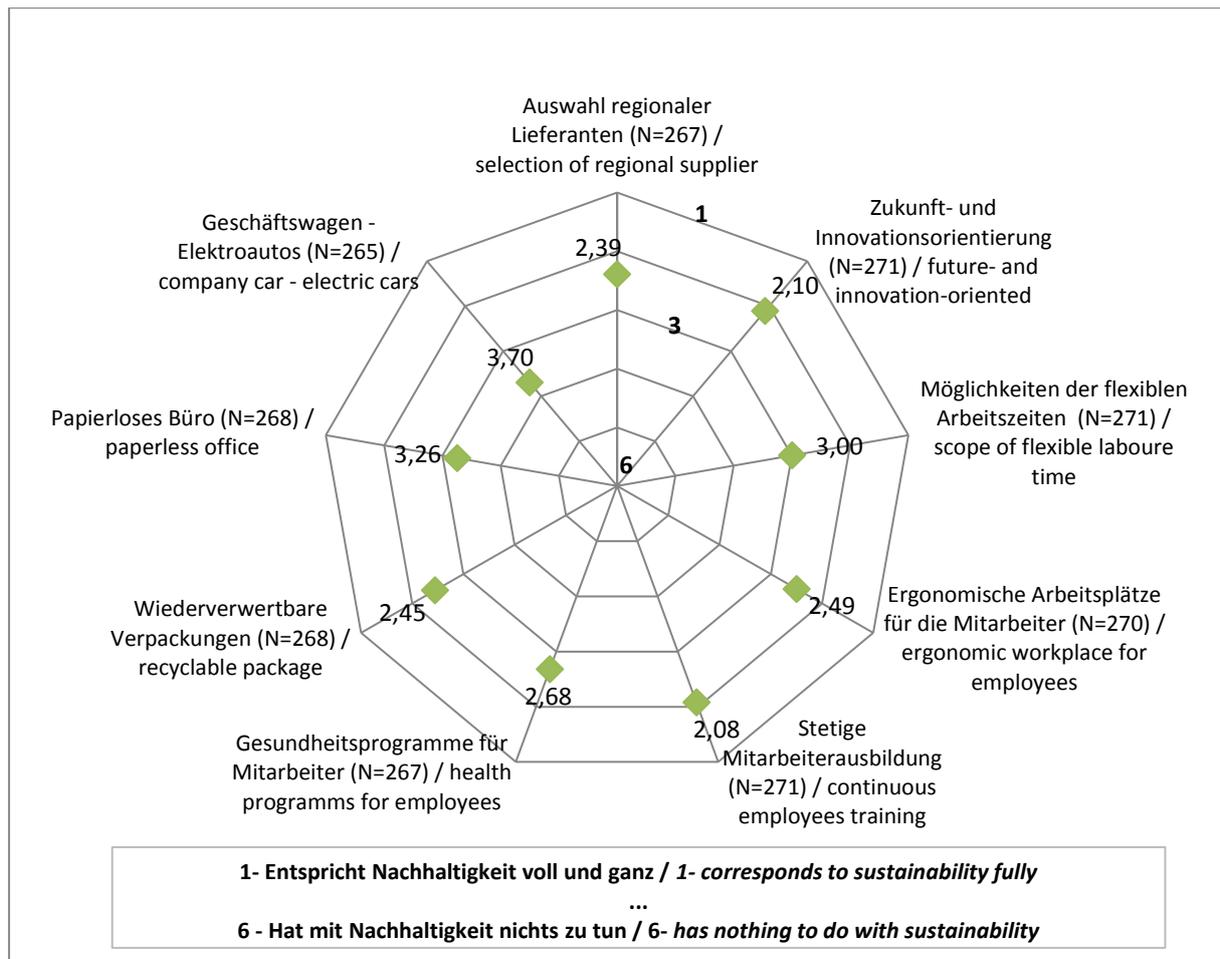


Abbildung 3: Nachhaltigkeitsmaßnahmen der Hersteller aus Sicht der Landwirte, Mittelwerte. Quelle: eigene Darstellung, Mehrfachnennungen. / Fig. 3: Sustainability measures taken by producers from the perspective of the farmers. Source: own presentation, multiple selections.

Charakteristische Kriterien einer nachhaltigen Landmaschine

Um die Relevanz verschiedener Kriterien nachhaltiger Landmaschinen analysieren zu können, wurden den befragten Landwirten Kriterien zur Beurteilung vorgegeben. Wie aus **Abbildung 4** hervorgeht, sehen Landwirte insbesondere Kriterien wie Qualität der Maschine und Qualität der mit der Maschine getätigten Arbeiten als charakteristisch für eine nachhaltige Landmaschine. Darüber hinaus werden die Nachrüstbarkeit der Zubehöerteile und Weiterentwicklungen sowie die Einfachheit der Reparatur als charakteristische Eigenschaften einer nachhaltigen Landmaschine beschrieben. Kriterien wie die Recyclebarkeit, aber auch die intuitive und ergonomische Bedienung der Maschinen sind eher nachrangig. Auch wenn alle beurteilten Kriterien in der Auswertung sehr eng beieinander liegen, zeigt sich in der Tendenz, dass aus der Sicht der Landwirte eine nachhaltige Landmaschine insbesondere durch die abgefragten ökonomischen Kriterien geprägt wird.

Die abgefragten ökologischen sowie sozialen Kriterien haben bezüglich der Nachhaltigkeit der Landmaschinen in dieser Befragung eine sekundäre Bedeutung. In der folgenden Abbildung (**Abbildung 4**) werden die Kriterien einer nachhaltigen Landmaschine aus Sicht der Landwirte dargestellt. Die Darstellung erfolgt analog zu derjenigen in **Abbildung 3**.

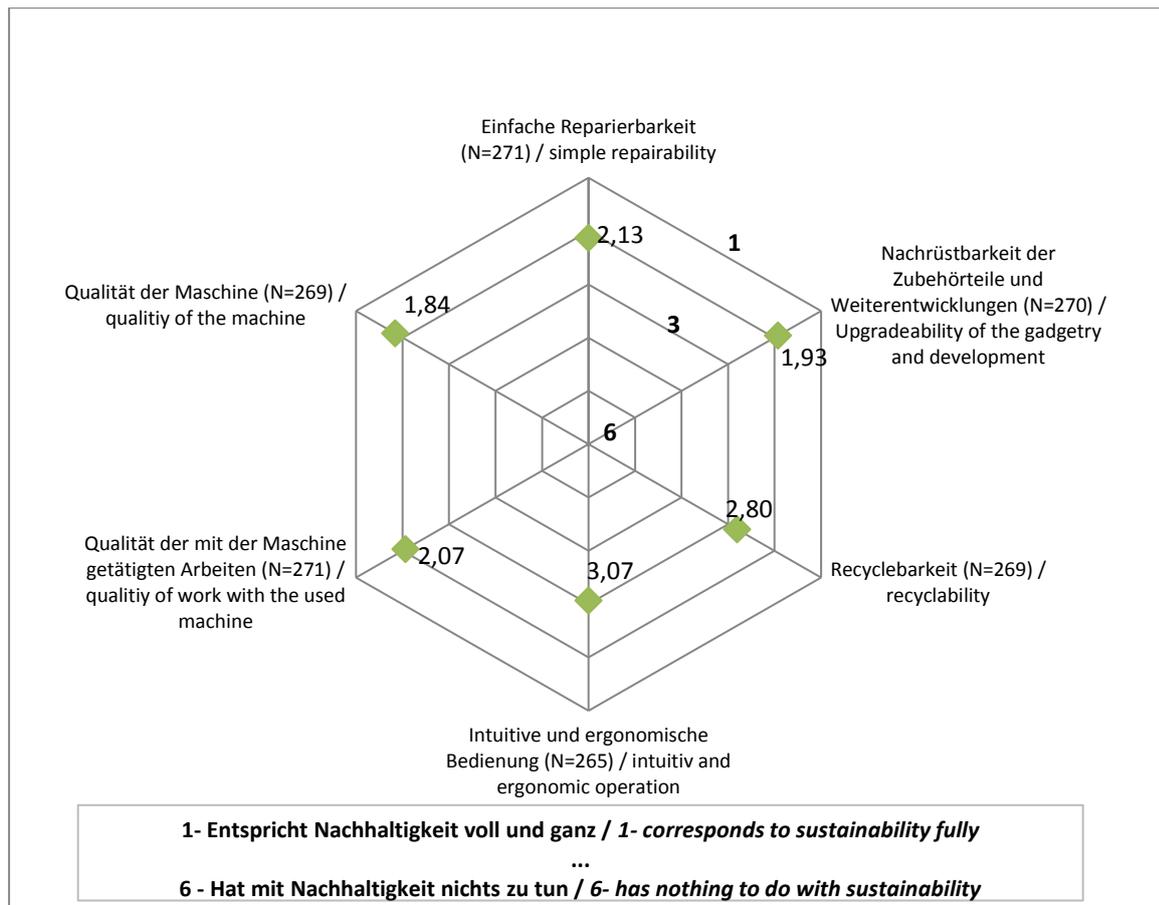


Abbildung 4: Kriterien einer nachhaltigen Landmaschine aus der Sicht der Landwirte, Mittelwerte. Quelle: eigene Darstellung, Mehrfachnennungen. / Fig. 4: Criteria for sustainable agricultural machine from the perspective of farmers, mean values. Source: own presentation, multiple selections.

Diskussion und Fazit

Im Hinblick auf die Entwicklungen einzelbetrieblicher Nachhaltigkeitsbewertungssysteme (z.B. RISE, KSNL und DLG-NHZ) [1] und dem Bedeutungszuwachs bei der Messung und Bewertung von Nachhaltigkeit in Wertschöpfungsketten (z.B. SAFA) [6], zeigt diese Untersuchung, dass das Thema Nachhaltigkeit in der Landtechnik und in der Landtechnikherstellung in der subjektiven Wahrnehmung der befragten Landwirte noch in den Anfängen steckt.

Die Ergebnisse einer entsprechenden Befragung zeigen, dass die meisten Landwirte der Initiative der Landtechnikhersteller, den Herstellungsprozess umweltschonend und sozialverträglich zu gestalten, zustimmen.

Die Ergebnisse der Befragung lassen auch erkennen, dass die fachlichen Informationen von Landwirten aus Fachzeitschriften, Internet und Webseite der Unternehmen, Beratungsunternehmen sowie Nachbarn und Berufskollegen stammen. Über diese Quellen kann man die Landwirte am besten erreichen und am effektivsten informieren. Zu vergleichbaren Ergebnissen im Informationsverhalten der Landwirte kommt auch ZIMMERMANN [3]. Vor jeglicher Investition dienen den Landwirten als Informationsquellen vor allem Händlerinformationen, Fachzeitschriften, Kollegen, Prospekte und die Berater. In diesem Zusammenhang

zeigt die Studie aber auch die bestehenden Informationsdefizite der Landwirte bezüglich des Nachhaltigkeitsengagements in der Landtechnikherstellung auf. Nicht nur eine verstärkte Kommunikation über die beschriebenen Informationswege, sondern auch die Integration dieser Inhalte in die Aus- und Weiterbildung bieten hier Möglichkeiten, diese Lücken zu schließen.

Wenn man über das Nachhaltigkeitsmanagement und die Umsetzung des Konzepts nachhaltiger Entwicklung im Unternehmen spricht, ist aus der Literatur zu entnehmen, dass alle drei Säulen der Nachhaltigkeit integriert zu berücksichtigen und in die Unternehmensstrategie und Produktionsprozesse zu implementieren sind [2]. Für die in dieser Studie teilnehmenden Landwirte hat hinsichtlich der Nachhaltigkeitsmaßnahmen im Unternehmen die soziale Säule eine herausragende Bedeutung. Den Aussagen über das gesellschaftliche Engagement der Unternehmen wird am häufigsten zugestimmt. Aus den Angaben der antwortenden Landwirte folgt, dass ein nachhaltiges Unternehmen beispielsweise mit der Sorge um die Mitarbeiter und um ihr Wohl, Gesundheit und Ausbildung assoziiert wird. Sie wünschen, dass die Unternehmen Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und zukünftigen Generationen übernehmen und den Alltag für die Mitarbeiter lebenswerter gestalten. Hinsichtlich der ökonomischen Säule der Nachhaltigkeit werden insbesondere Zukunfts- und Innovationsorientierung hervorgehoben. Charakteristische Elemente der ökologischen Säule des Nachhaltigkeitsengagements der Landtechnikhersteller assoziieren die Landwirte mit dem Begriff Nachhaltigkeit weniger, als typische Kriterien der sozialen Säule. Wiederverwertbare Verpackungen, Elektroautos als Geschäftswagen, papierloses Büro ordnen die teilnehmenden Landwirte nicht deutlich als Nachhaltigkeitsmaßnahmen ein. Andererseits geht aus einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage des BMU und des UBA hervor, dass 86 Prozent der dort Befragten anmerken, dass die Industrie nicht genug für den Klimaschutz tut [4]. Somit sind laut der Gesamtstudie des BMU und des UBA die Erwartungen der Befragten an die Unternehmen hinsichtlich des Umweltschutzes hoch. Die davon abweichenden Ergebnisse in der vorliegenden Studie könnten dadurch erklärt werden, dass klassische ökologische Aspekte wie Energieverbrauch und Emissionen in der hier ausgewerteten Fragestellung als allgemeingültig vorausgesetzt wurden und im Vergleich nicht mit abgefragt wurden. Eine weitere mögliche Begründung ist, dass Umweltschutzaktivitäten der Unternehmen nicht unbedingt mit ihrem Nachhaltigkeitsengagement in Verbindung gebracht werden. Dies könnte ein weiteres Indiz dafür sein, dass die Informationsbreite und –tiefe hinsichtlich der Kommunikation des Nachhaltigkeitsengagements von Unternehmen weiter auszubauen wäre.

Bezüglich der Nachhaltigkeitskriterien einer Landmaschine steht für die teilnehmenden Landwirte die ökonomische Säule im Vordergrund. Insbesondere die Nachrüstbarkeit sowie die Qualität der Maschine und die Qualität der mit ihr verrichteten Arbeiten haben für die antwortenden Landwirte die höchste Priorität.

Abschließend ist festzustellen, dass diese Studie nur einzelne Aspekte einer nachhaltigen Landmaschinenproduktion aufzeigen konnte. Die zunehmende Bedeutung der Thematik Nachhaltigkeit in der Landtechnik wird daraus allerdings deutlich und es lässt sich hieraus weiterer Forschungsbedarf ableiten; zu nennen wären hier beispielsweise die Informationsdefizite der Landwirte bezüglich des Nachhaltigkeitsengagements in der Landtechnikherstellung.

[1] Doluschitz, R., Zapf, R. und U. Schultheiss (2009): Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Betriebe - Einordnung und Stärken - Schwächenanalyse von Bewertungssystemen. In: Berichte über Landwirtschaft 87 (3), S. 380–401

- [2] Schaltegger, S., Herzig, C., Kleiber, O., Klinke, T., Müller, J. (2007): Nachhaltigkeitsmanagement in Unternehmen. Herausgeber: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, BMU. Referat Öffentlichkeitsarbeit. Volkswagen Service Factory, Wolfsburg.
- [3] Zimmermann, M. (2003): Das Kaufverhalten von Landwirten im Bereich landwirtschaftlicher Investitionsgüter und die Auswirkungen auf den Marketing-Mix landtechnischer Unternehmen. Göttingen, Cuvillier Verlag
- [4] Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, BMU und Umweltbundesamt, UBA (2013): Umweltbewusstsein in Deutschland 2012 – Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. http://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Umweltinformation_Bildung/4396.pdf, Zugriff am 17.12.2013.
- [5] Doluschitz, R. Hoffmann, C. (2013): Überblick und Einordnung vom Bewertungssystemen zur Nachhaltigkeitsmessung in der Landwirtschaft und Agribusiness; In: Steuerungsinstrumente für eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft - Stand und Perspektiven; KTBL Tagung, Neu Ulm, S. 34-47
- [6] FAO (2012): Sustainability Assessment of Food and Agriculture systems – Guidelines. Natural Resource Management and Environment Department, 4. Dezember, 2012. Rom, Online: http://www.fao.org/fileadmin/templates/nr/sustainability_pathways/docs/SAFA_Guidelines_Test_Version_1.1.pdf (letzter Abruf am: 14.01.2013).

Autoren

M.Sc. Yuliya Bezruk, Masterstudentin, **Dipl.-Ing. sc. agr. Pamela Lavèn**, **Dr. sc. agr. Christa Hoffmann** wissenschaftliche Mitarbeiterinnen am Fachgebiet Agrarinformatik und Unternehmensführung (Leiter: **Prof. Dr. Reiner Doluschitz**) des Instituts für Landwirtschaftliche Betriebslehre der Universität Hohenheim, Schloss-Osthof-Süd, 70599 Stuttgart, Email: reiner.doluschitz@uni-hohenheim.de

Förderungshinweis

Die durchgeführte Befragung wurde durch die finanzieller Unterstützung des Landmaschinenunternehmens RAUCH GmbH ermöglicht. Unser Dank gilt besonders Herrn Dr. hc. Norbert Rauch der darüber hinaus viel Zeit und Engagement in diese Untersuchung einbrachte.

2.1.6 Sonstige Veröffentlichungen mit Themenbezug

Drei S- Prinzipien geben den Ausschlag

Status: Veröffentlicht
Journal: Genograph, 6/2011, S. 24-26.
Autoren: Doluschitz, R.; Haug, H.; Laven, P. und Reifschneider A.

Analyse der Neugründungen von Genossenschaften vor dem Hintergrund der Novelle des Genossenschaftsgesetzes von 2006

Status: Veröffentlicht
Journal: Hohenheimer Genossenschaftsforschung 2011, S. 47-63.
Autoren: Doluschitz, R.; Laven, P.; Reifschneider, A. und Haug, H.

Future viability of rural purchasing and marketing cooperatives

Status: Angenommen
Journal: Tagung. Österreichische Gesellschaft für Agrarökonomie 2015.
Autoren: Breuning, S.; Gindele, N.; Laven, P. und Doluschitz R.

2.2 Einzelbetriebliche Entwicklungsstrategien

Im folgenden Abschnitt 2.2 der Dissertation werden ausgewählte einzelbetriebliche Entwicklungsstrategien betrachtet. Dabei wird insbesondere auf empirische Untersuchungen zu beispielsweise Kooperationen, Nebenerwerbslandwirtschaft, Qualifikation von Fremdarbeitskräften und Diversifizierung eingegangen.

In folgender Übersicht werden die im Rahmen des Unterkapitels 2.2 dargestellten Veröffentlichungen aufgeführt.

Referierte Zeitschriften und Tagungsbeiträge

In Unterkapitel 2.2 werden folgende veröffentlichte oder eingereichte Artikel in referierten Fachzeitschriften dargestellt.

2.2.1 Voraussetzungen, Vorteile und Probleme in Kooperationen zwischen landwirtschaftlichen Unternehmen – theoretische Analyse und empirische Überprüfung

Status: Veröffentlicht
Journal: Berichte über Landwirtschaft, Bd. 89(1), 2011, S. 13-36.
Autoren: Hein, K.; Laven, P. und Doluschitz, R.

2.2.2 Stand, Entwicklung und Perspektive der Nebenerwerbslandwirtschaft – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in Baden-Württemberg aus dem Jahr 2012

Status: Veröffentlicht
Journal: Berichte über Landwirtschaft, Bd. 91(3), 2013, S. 1-26.
DOI: <http://dx.doi.org/10.12767/buel.v91i3.33.g86>.
Autoren: Schmid, K.; Laven, P. und Doluschitz R.

2.2.3 Motive für Nebenerwerbslandwirtschaft in Deutschland – Fallbeispiel Baden-Württemberg

Status: Veröffentlicht
Journal: Österreichische Gesellschaft für Agrarökonomie, Tagungsband 2013, S. 131-132.
Autoren: Hoffmann, C.; Laven, P.; Schmid, K.; Kelbler, V. und Doluschitz, R.

2.2.4 Anforderungen an die Qualifikation von Fremdarbeitskräften in der deutschen Landwirtschaft

Status: Angenommen
Journal: 24. Jahrbuch der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie.
Autoren: Gindele, N.; Laven, P. und Doluschitz, R.

2.2.5 Diversifizierung in der Berglandwirtschaft

Status: Veröffentlicht
Journal: Österreichische Gesellschaft für Agrarökonomie, Tagungsband 2014, S. 23-24.
Autoren: Laven, P.; Boneberger, A.; Weinberger-Miller, P. und Doluschitz, R.

2.2.1 Voraussetzungen, Vorteile und Probleme in Kooperationen zwischen landwirtschaftlichen Unternehmen – theoretische Analyse und empirische Überprüfung

Status: Veröffentlicht
Journal: Berichte über Landwirtschaft, Bd. 89(3), 2011, S. 13-36.
Autoren: Hein, K.; Laven, P. und Doluschitz, R.

Dieser Beitrag ist so oder in so ähnlicher Form veröffentlicht in Berichte über Landwirtschaft, Band 89(3) im Jahr 2011 auf S. 13-36.

Voraussetzungen, Vorteile und Probleme in Kooperationen zwischen landwirtschaftlichen Unternehmen – theoretische Analyse und empirische Überprüfung

KARIN HEIN, PAMELA LAVÈN, REINER DOLUSCHITZ, STUTTGART

1. Einführung

1.1 Problemstellung

Die Marktbedingungen für Agrarprodukte haben sich in den letzten Jahrzehnten regional, national und global stark verändert. Die politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie verschärfte Wettbewerbsbedingungen im Agrarsektor erhöhen den Preis- und Kostendruck für die Betriebe. Die Konsequenzen sind fallende Renditen, Kapitalknappheit und ein sinkendes verfügbares Einkommen in der landwirtschaftlichen Produktion (vgl. 28, S. 9; 3, S. 100). Hinzu kommt die zunehmend beobachtbare Volatilität der Preise, die das Risiko für den Einzelbetrieb erhöht. Zudem sind immer höhere Anforderungen bezüglich Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz seitens der Landwirte zu erfüllen (vgl. 24, S. 4). Dies löst einen wachsenden Anspruch an Professionalität bei der Produktion aus, welcher in Teilen nur durch entsprechende Spezialisierung erreicht werden kann. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU wird mit größter Wahrscheinlichkeit auch in absehbarer Zukunft weiterhin deregulierend ausgerichtet werden (vgl. 30). Um den verschärften Wettbewerbsbedingungen zu begegnen und auch in Zukunft noch erfolgreich wirtschaften zu können, gilt es daher mittel- und langfristige Lösungsansätze hinsichtlich der betrieblichen Entwicklung zu finden. Dabei sind die Rahmenbedingungen durch den Einzelnen aufgrund der in Deutschland weit verbreiteten Kleinbetrieblichen Strukturen im Bereich der Primärproduktion jedoch nicht oder nur sehr bedingt zu ändern, er kann im Wesentlichen nur Einfluss auf die innerbetrieblichen Faktoren nehmen (13, S. 180). Die Agrarstruktur in Deutschland, insbesondere im Süden, weist Defizite auf (vgl. 13, S. 180), wenn es um die Ausschöpfung von Degressionseffekten geht. Die Betriebe sind i. d. R. relativ klein und werden als Familienbetrieb bewirtschaftet (vgl. 11, S. 33 ff.). Eine Möglichkeit der betrieblichen Entwicklung ist daher die Zusammenarbeit von mehreren Landwirten in Form von Kooperationen, um damit zügiger auch größere Wachstumsschritte vollziehen zu können (vgl. 13, S. 180).

1.2 Zielsetzung

Eine Möglichkeit, um der verschärften Wettbewerbsintensität auf den Weltmärkten für Agrarprodukte zu begegnen, ist die Gründung landwirtschaftlicher Kooperationen. Daher wurde im

Institut für Landwirtschaftliche Betriebslehre der Universität Hohenheim eine empirische Untersuchung durchgeführt, mit dem Ziel zu analysieren, welche Kooperationsformen bzw. Bindungsgrade in der landwirtschaftlichen Praxis relevant sind und welche Chancen Kooperationen bieten können, um sich den veränderten Rahmenbedingungen im Agrarsektor besser anpassen und Risiko verteilen zu können. Diese Untersuchung soll außerdem abklären, welche Voraussetzungen für eine erfolgreiche und nachhaltige Zusammenarbeit notwendig sind. Zudem wird ein Überblick über die potenziellen Problemfelder landwirtschaftlicher Kooperationen gegeben. Schließlich werden Handlungsempfehlungen für kooperierende und kooperationswillige Landwirte abgeleitet, die bei der Vermeidung bzw. Lösung von Konflikten wegweisend sein sollen.

1.3 Zugrunde liegende Definition von Kooperationen

Kooperationen sind eine Form der überbetrieblichen Zusammenarbeit. Sie können definiert werden als eine soziale Interaktion von mindestens zwei Personen oder Gruppen, die zur Steigerung des Zielerreichungsgrades zusammenarbeiten (vgl. 1, S. 5) und ihr Verhalten bewusst abstimmen (vgl. 25, S. 17). Eine wesentliche Eigenschaft von Kooperationen ist der Erhalt der Selbständigkeit der Partner. Im vorliegenden Beitrag werden auch Vollfusionen berücksichtigt, obgleich diese streng genommen keine Form der Kooperation darstellen, da es hier zu einer vollständigen Aufgabe der Selbständigkeit kommt (vgl. 5, S. 48). Eine sehr umfassende Definition liefert DOLUSCHITZ, wonach unter einer Kooperation im engeren Sinne folgendes zu verstehen ist:

„Die freiwillige, vertraglich (mündlich oder schriftlich) vereinbarte Zusammenarbeit selbständig wirtschaftender Unternehmen. Kooperative Unternehmensformen lassen sich dadurch von anderen Geschäfts- und Unternehmensformen abgrenzen, dass diese Zusammenarbeit nicht administrativ verordnet ist, sondern auf Eigeninitiative der Beteiligten beruht, auf längere Dauer angelegt ist und sich nicht auf einmalige oder sporadische Geschäftsabwicklungen bezieht“ (4, S. 375).

In der landwirtschaftlichen Praxis treten Kooperationen als vertikale und horizontale Kooperationen auf. Mit einer vertikalen Kooperation ist eine kooperative Beziehung eines landwirtschaftlichen Produktionsunternehmens mit Unternehmen aus vor- oder nachgelagerten Bereichen gemeint, sie dienen vor allem der Optimierung von Wertschöpfungsketten. Als horizontale Kooperation wird die Verbindung landwirtschaftlicher Betriebe derselben Stufe der Wertschöpfungskette bezeichnet (vgl. 13, S. 187). Nachfolgend sind nur horizontale Kooperationen Gegenstand der Betrachtung.

2. Methodik

In der vorliegenden Untersuchung wurde eine schriftliche Befragung unter Verwendung eines standardisierten Fragebogens durchgeführt. Befragungen gelten als das Standardinstrument in der empirischen Sozialforschung (vgl. 27, S. 321). Auf diese Weise war es etwa im Vergleich zu leitfadengestützten Tiefeninterviews möglich, eine große Zahl von Landwirten relativ kostengünstig, mit wenig Personalaufwand und innerhalb kurzer Zeit zu befragen.

Für die Befragung wurden Fragebögen an 884 Landwirte in ganz Baden-Württemberg versandt. Die Adressen wurden der Liste „Landwirtschaftliche Ausbildungsbetriebe in Baden-Württemberg“ des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg entnommen. Darunter sind sowohl kooperierende Landwirte als auch Landwirte ohne Kooperationserfahrung. Zusammen mit dem Fragebogen wurden ein Begleitschreiben sowie ein adressierter und frankierter Rückumschlag versandt, um die Rücksendung des Fragebogens zu erleichtern und die Ausfälle gering zu halten.

Der Befragungszeitraum erstreckte sich über 16 Tage von Ende Juni bis Mitte Juli 2009. Innerhalb dieser Zeit beantworteten 292 von 884 Befragten den Fragebogen; dies entspricht einer vergleichsweise hohen Rücklaufquote von 33 %.

Im Vorfeld der schriftlichen Befragung wurden qualitative Experteninterviews geführt mit dem Ziel, alle wichtigen Aspekte des Themas und denkbare Antwortkategorien zu sammeln. Als Experten wurden sowohl landwirtschaftliche Praktiker, private Berater als auch Vertreter von Behörden und öffentliche Institutionen ausgewählt. Diese mündliche Befragung fand im Zeitraum von Ende April 2009 bis Mitte Mai 2009 statt.

Der Fragebogen beinhaltete insgesamt 21 Fragen. Um den Fragebogen einfach und zügig beantworten zu können, wurden hauptsächlich geschlossene und nur eine offene Frage gestellt. Außerdem wurden drei Fragen in Form einer Matrix abgefragt, um einerseits viele Informationen zu ermitteln und andererseits eine schnelle und leichte Beantwortung zu ermöglichen. In der Matrix wurde ein Bewertungsspektrum mit fünf Stufen vorgegeben, das von „sehr wichtig“ bis „ohne Bedeutung“ reichte. Der Fragebogen war in sieben Themenblöcke strukturiert:

- a. Allgemeine Fragen (Erfahrungen, Erwartungen, Kooperationsform)
- b. Organisation (Gruppengröße, Tätigkeitsbereich, Kooperationsvertrag, Abrechnungsverfahren, Geschäftsführer, Fragen zur Rechtsform)
- c. Voraussetzungen an Kooperationen
- d. Problemfelder in Kooperationen
- e. Vorteile und Chancen in Kooperationen
- f. Zukunftsausblick und Handlungsempfehlungen
- g. Betriebsdaten (Produktionsstruktur, Betriebsgröße, Anzahl der Arbeitskräfte)

Vor dem Versand der Fragebögen an die gesamte Stichprobe wurde im Zeitraum vom 1. bis 10. Juni 2009 mit sieben Landwirten ein Pretest durchgeführt. Dieser Test diente der Überprüfung der Verständlichkeit, Vollständigkeit und Praktikabilität des Fragebogens. Mit dem konstruktiven Feedback der Pretestteilnehmer wurden die Antwortkategorien des Fragebogens vervollständigt sowie eine übersichtlichere Formatierung des Fragebogens vorgenommen. Die überarbeiteten Fragebögen wurden allen Landwirten aus der Stichprobe zugesandt.

Für die Analyse und Interpretation der erhobenen Primärdaten wurde das Statistikprogramm SPSS 17.0 verwendet. Zusätzlich wurden Auswertungen und Berechnungen sowie die Erstellung aussagekräftiger Grafiken mit Hilfe von Microsoft Excel erstellt. In den Grafiken sind zumeist Mittelwerte, teilweise auch Häufigkeitsverteilungen dargestellt. Bei der Analyse der Daten wurde angenommen, dass die kooperierenden Landwirte die gestellten Fragen auf der Grundlage ihrer Erfahrungen in Bezug auf die eigene betriebliche Situation beantworten.

In der vorliegenden Untersuchung wurden sowohl uni- als auch bivariate Analysemethoden angewandt. Als Instrumente dieser Methoden wurden Häufigkeitsauszählungen, Mittelwertberechnungen, Mittelwertvergleiche und Kreuztabellen erstellt sowie Signifikanztests (Chi-Quadrat-Tests und t-Test) durchgeführt. Es wurde mit einem Signifikanzniveau von 5 % gerechnet.

3. Ergebnisse

Maßgebliches Ziel der Untersuchung war es, die Bedeutung der Voraussetzungen von Kooperationen sowie deren Vorteile und Problemfelder zu analysieren. Darüber hinaus wurden mögliche Ursachen der genannten Problemfelder erforscht und Handlungsempfehlungen erarbeitet. Die Ergebnisse der Untersuchung werden nachfolgend entsprechend dieser Vorgaben näher erläutert.

3.1 Voraussetzungen für erfolgreiche Kooperationen

Kooperationen können nur dann langfristig erfolgreich wirtschaften, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Die Vielzahl der erforderlichen Voraussetzungen lässt sich in den wirtschaftlichen, den persönlichen und den institutionellen Bereich gliedern. Die Notwendigkeit der einzelnen Voraussetzungen variiert im Grad der erforderlichen Intensität abhängig von Kooperationsform, dem individuellen Ausgangsbetrieb sowie Ziel und Zweck der Zusammenarbeit.

Zu den **persönlichen Voraussetzungen** gehören:

- kompatible Charaktereigenschaften der Partner wie Vertrauen, Kompromissbereitschaft, Toleranz, Respekt, Großzügigkeit, Teamfähigkeit, Gemeinsinn, Konflikt- und Kommunikationsfähigkeit (vgl. 28, S. 33; 5, S. 47; 14, S. 42, vgl. 8, S. 61),

- Unterstützung durch das soziale Umfeld, bspw. Familie, Nachbarn, Dorfgemeinschaft (vgl. 28, S. 34),
- ähnliche bzw. kompatible Wert- und Zielvorstellungen der Partner (vgl. 4, S. 376; 13, S. 209),
- ähnliches Ausbildungs- und Leistungsniveau (22, S. 504; 4, S. 376) und Status der Partner, z.B. Alter und Vermögensverhältnisse (vgl. 14, S. 42; 22, S. 504).

Die persönlichen Anforderungen an die Kooperationspartner erhöhen sich mit zunehmender Gruppengröße und steigendem Bindungsgrad (vgl. 5, S. 47; 13, S. 182).

Zu den **wirtschaftlichen Voraussetzungen** zählen:

- Entwicklungsfähigkeit der Ausgangsbetriebe (vgl. 14, S. 42) sowie ausgewogenes Eigenkapital-Fremdkapital-Verhältnis, ausreichende Rentabilität und Liquidität (vgl. 4, S. 376),
- ähnliche Ausgangssituation der Betriebe, z.B. zeitgleiche Planung von Investitionen, Aussiedlung, Hofübergabe (vgl. 14, S. 42; 5, S. 47),
- ähnliche bzw. kompatible Ausstattung an Kapazitäten (vgl. 4, S. 376),
- ähnliche Produktionsstrukturen in den Partnerbetrieben, z.B. Degressions- und Spezialisierungseffekte (vgl. 5, S. 47 und S. 56),
- räumliche Nähe zur Reduzierung und Minimierung bspw. langer Wegezeiten und hoher Transportkosten (vgl. 5, S. 47),
- einkommenswirksame Verwertung eventueller Restkapazitäten (vgl. 14, S. 43),
- Spezialisierungsabsichten (vgl. 14, S. 42).

Im **institutionellen** Bereich können insbesondere folgende **Voraussetzungen** von Bedeutung sein:

- geeignete rechtliche Rahmenbedingungen, z.B. zweckdienliche Rechtsform für das Gemeinschaftsunternehmen (vgl. 4, S. 376f.),
- Unterstützung durch Berufsstand und Agrarpolitik (vgl. 4, S. 377),
- keine wesentliche Benachteiligung hinsichtlich der Umwelt- und Steuergesetzgebung sowie der Subventionspolitik (vgl. 4, S. 377).

Die genannten Voraussetzungen wurden den Landwirten im Rahmen der schriftlichen Befragung zur Bewertung vorgelegt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen, dass im persönlichen Bereich insbesondere Vertrauen und Kompromissbereitschaft eine wichtige Rolle spielen. Insgesamt 82 % der antwortenden Landwirte bewerten diesen Aspekt als „sehr wichtig“. Auch ähnliche Wert- und Zielvorstellungen sind ein bedeutender Aspekt in der Zusammenarbeit. Von den Landwirten, welche diese Frage beantworteten, erachten 35 % diesen Aspekt als „sehr

wichtig“. Das soziale Umfeld wird in der Befragung insgesamt als „wichtig“ bis „weniger wichtig“ bewertet. Das Verhalten der Personen im Familien-, Verwandten- und Freundeskreis ist den antwortenden Landwirten nicht so wichtig. In der Literatur wird dieser Aspekt allerdings als wichtiger Einflussfaktor für den Erfolg einer Kooperation beschrieben. Offensichtlich wurde dieser Aspekt bei der Partnerwahl bereits berücksichtigt oder die Landwirte müssen diese Erfahrung erst noch machen. Ob die jeweils individuelle Ausbildung einem gleichen Bildungsniveau entspricht ist den Antwortenden ebenfalls „weniger wichtig“. Dieses Ergebnis erlaubt verschiedene Interpretationen. Entweder erwarten die Landwirte von Kooperationen in erster Linie, dass dadurch andere Produktionsfaktoren, Fähigkeiten und Kompetenzen einbracht werden, die ihnen selbst fehlen, oder ein hinsichtlich der Ausbildung ebenbürtiger Partner ist nicht erwünscht, weil die Landwirte bestrebt sind, selbst eine Führungs- und Wissensposition in der Kooperation einzunehmen. Ein Vergleich der Mittelwerte ist in der nachfolgenden Abbildung dargestellt.

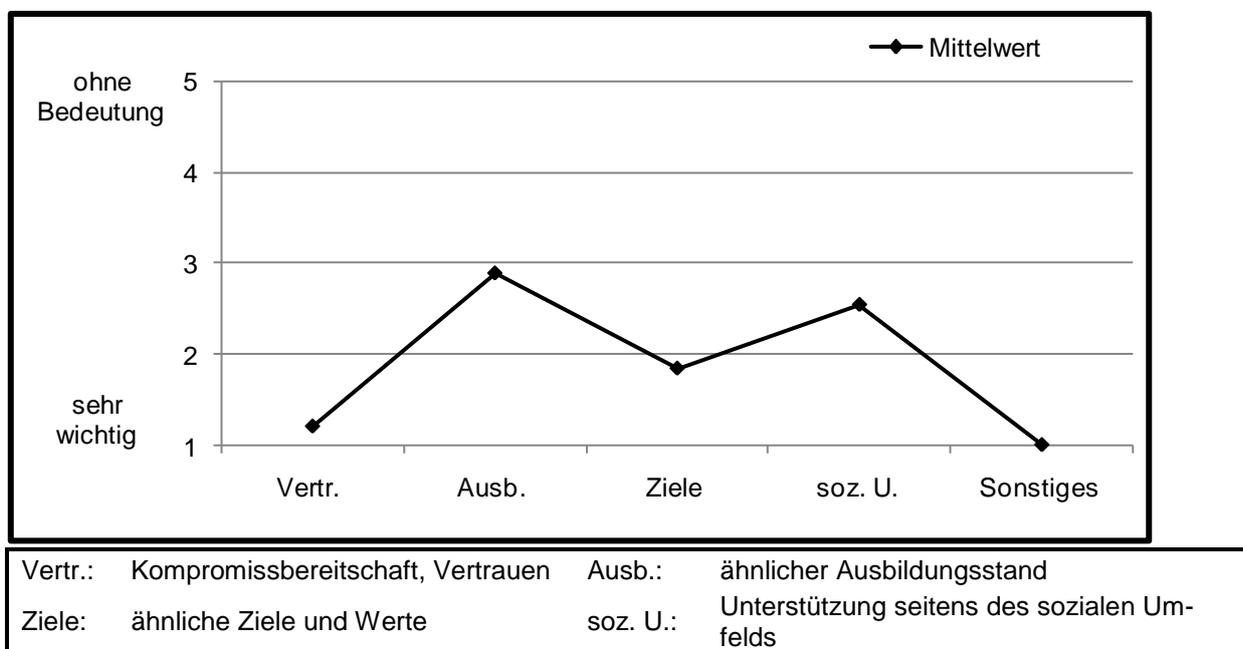


Abb. 1. Einschätzung persönlicher Voraussetzungen an Kooperationen

(N=292, Mehrfachnennung möglich)

Quelle: eigene Darstellung

Der Fragebogen war so angelegt, dass die Befragten unter „Sonstiges“ weitere für sie wichtige Voraussetzungen angeben konnten. Die zusätzlichen Anmerkungen beziehen sich zumeist auf Charaktereigenschaften wie Pünktlichkeit, Respekt, Kommunikationsfähigkeit, Ehrlichkeit, Offenheit, Sympathie, langfristiges Denken, Großzügigkeit, Sorgfalt und gegenseitiges Verständnis. Diese Ergebnisse zeigen deutlich, dass insbesondere der persönliche Bereich bzw.

Charaktereigenschaften wie Vertrauen und Kompromissbereitschaft eine elementare Bedeutung für das Funktionieren kooperativer Beziehungen haben. Eine sinnvolle Arbeitsteilung und die Übertragung von Verantwortung gelingen nur dann zufrieden stellend, wenn gegenseitiges Vertrauen besteht. Auf der anderen Seite müssen die Partner in vielerlei Hinsicht Kompromisse eingehen können und sind sich durchaus bewusst, dass sie nicht wegen jeder Kleinigkeit die Kooperation aufkündigen können.

Die Voraussetzungen im wirtschaftlichen Bereich werden von den antwortenden Landwirten insgesamt als etwas weniger bedeutend bewertet als die persönlichen und die institutionellen Voraussetzungen. Keiner der vorgegebenen Aspekte wird im Mittelwert als „sehr wichtig“ bewertet. Ein Vergleich der Mittelwerte ist in der nachfolgenden Abbildung dargestellt.

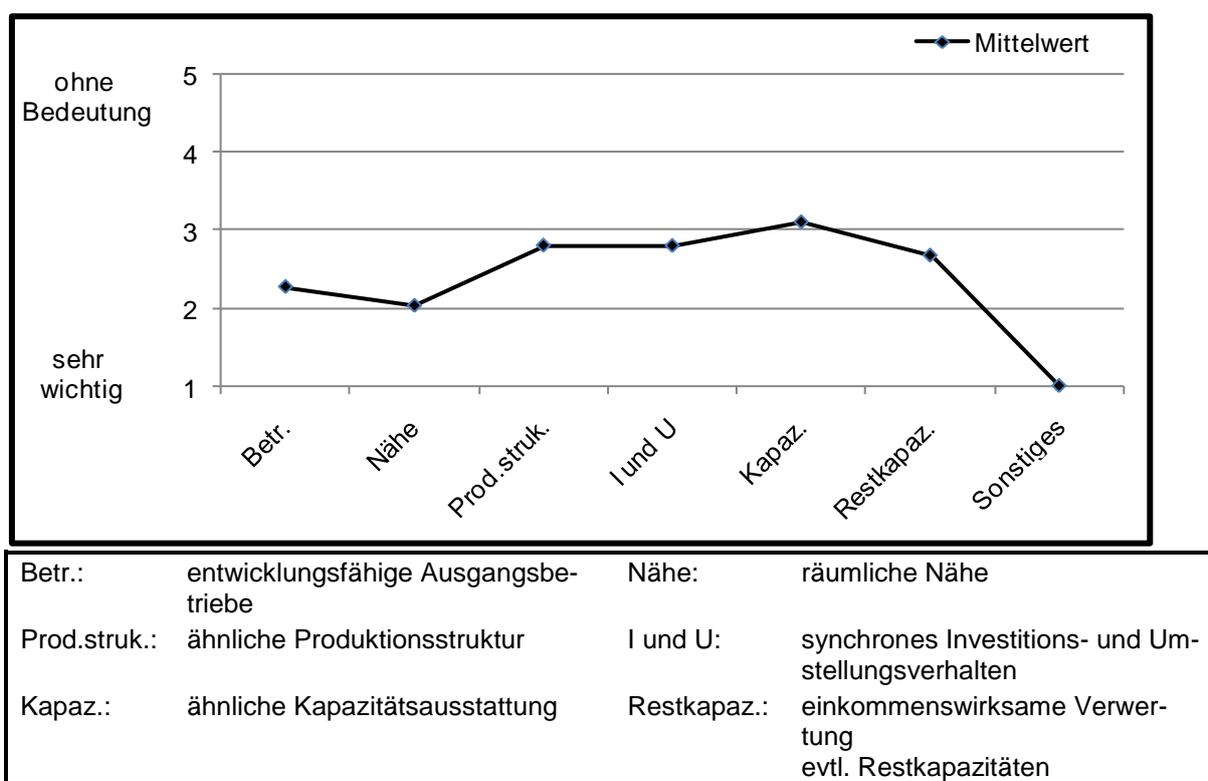


Abb. 2. Einschätzung wirtschaftlicher Voraussetzungen an Kooperationen

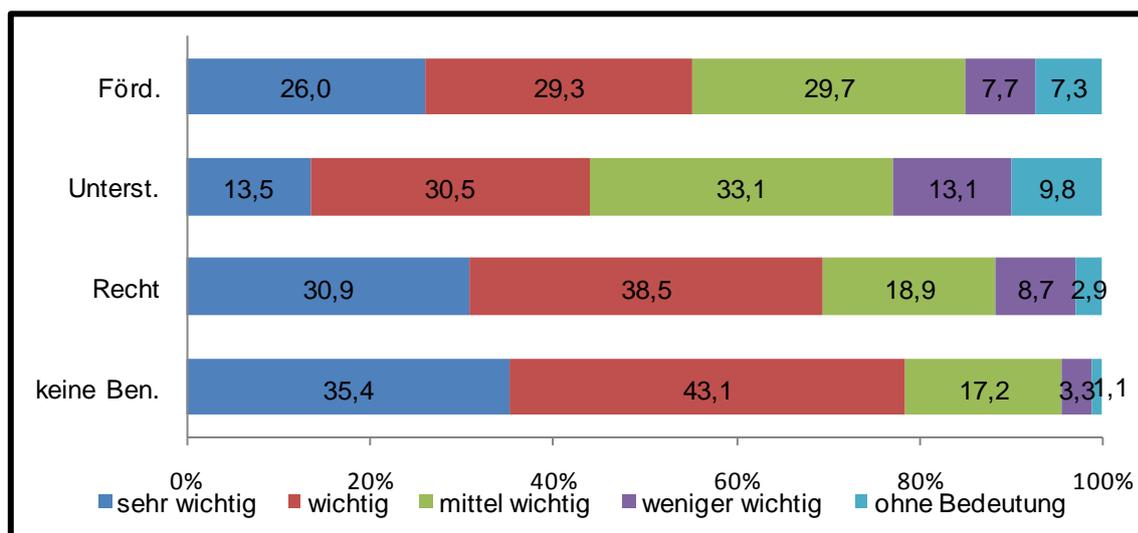
(N=292, Mehrfachnennung möglich)

Quelle: eigene Darstellung

Nach Einschätzung der antwortenden Landwirte sollten die kooperierenden Betriebe unbedingt in nächster räumlicher Nähe zueinander angesiedelt sein. Insgesamt 28 % der Antwortenden bewerten diesen Aspekt als „sehr wichtig“. Die unter Experten als grundlegend geltende Voraussetzung, dass die kooperierenden Betriebeentwicklungsfähig sein müssen, wird dagegen nur von jedem fünften Antwortenden als „sehr wichtig“ bewertet. Viele Landwirte scheinen

also der Meinung zu sein, mit einer Kooperation den eigenen Betrieb sanieren zu können. Das ist jedoch nur in Einzelfällen möglich. Die übrigen vier Aspekte (ähnliche Produktionsstruktur, ähnliche Kapazitätsausstattung, synchrones Investitions- und Umstellungsverhalten sowie einkommenswirksame Verwertung eventueller Restkapazitäten) werden von den Landwirten als „weniger wichtig“ erachtet. Vergleichbare Kapazitäten und Produktionsstrukturen vereinfachen die Gewinnverteilung erheblich und maximale Kosteneinsparungen bzw. Leistungssteigerungen können nur bei ähnlicher Produktionsstruktur realisiert werden. Gemäß einschlägiger Expertenmeinung sollte die einkommenswirksame Verwertung der Restkapazitäten eine elementar wichtige Voraussetzung für alle Kooperationen sein. Ist diese Bedingung nicht erfüllt, werden die durch die Kooperation erzielten Synergieeffekte wieder zunichte gemacht. Die antwortenden Landwirte, sowohl diejenigen mit als auch die ohne Kooperationserfahrung, schätzen diesen Aspekt jedoch nicht als besonders wichtig ein. Dies kann unter anderem auch daran liegen, dass dieser Aspekt besonders bei sehr engen Kooperationsformen (Betriebszweig- und Betriebsgemeinschaften) von besonderer Bedeutung ist und die Mehrzahl der Befragten in vergleichsweise lockerer Kooperation wirtschaftet.

Im Bereich der institutionellen Voraussetzungen ist es den Landwirten am wichtigsten, dass Kooperationen nicht durch die Steuer- und Umweltgesetzgebung oder die Agrarpolitik benachteiligt werden. Insgesamt 35 % bewerten diesen Aspekt als „sehr wichtig“ und 43 % als „wichtig“. Ungünstige steuerliche oder agrarpolitische Regelungen können einen großen Teil der realisierten Kosteneinsparungen zunichte machen und darüber hinaus einen erheblichen Verwaltungs- und Buchführungsaufwand verursachen. Nachfolgend ist die Verteilung der prozentualen Häufigkeiten aller abgefragten Aspekte auf die vorgegebenen Rubriken dargestellt.



Förd.:	Förderfähigkeit	Recht:	geeigneter rechtlicher Rahmen
Un- terst.:	Unterstützung (Berufstand, Politik)	Keine Ben.:	keine Benachteiligung (Steuer- und Umweltgesetzgebung, Agrar- politik)

Abb.3. Einschätzung institutioneller Voraussetzungen an Kooperationen

(N=292, Mehrfachnennung möglich)

Quelle: eigene Darstellung

Geeignete rechtliche Rahmenbedingungen (z.B. Rechtsform) werden im Mittelwert als „wichtig“ eingeschätzt. Insgesamt 31 % der Befragten antworteten mit „sehr wichtig“ und 39 % mit „wichtig“. Die meisten antwortenden Landwirte wissen, dass ein geeigneter rechtlicher Rahmen für den individuellen Zweck der Kooperation wichtig ist, um interne (Abstimmungsverfahren, Kompetenzen der Geschäftsführung usw.) als auch externe (Bank- und Kreditwesen, Geschäftspartner) Schwierigkeiten zu verhindern. Der Erhalt der Förderfähigkeit (z. B. Investitionsförderung) wird im Mittel als „wichtig“ bis „weniger wichtig“ bewertet. Dieser Aspekt kann sich auf die finanzielle Situation des Betriebes erheblich auswirken und große Betriebe benachteiligen. Der allgemeinen Unterstützung durch den Berufsstand wird weniger Bedeutung beigemessen. Nur 14 % der Antwortenden bewerten diesen Aspekt als „sehr wichtig“.

Insgesamt betrachtet werden die Voraussetzungen im persönlichen Bereich bedeutender als die wirtschaftlichen und institutionellen Voraussetzungen eingeordnet. Für die antwortenden Landwirte spielt insbesondere der zwischenmenschliche Bereich eine wichtige Rolle für den langfristigen Erfolg von Kooperationen. Diese hohe Bedeutung wird durch die Tatsache unterstützt, dass Landwirte mit Kooperationserfahrung im Vergleich mit kooperationsunerfahrenen Landwirten die Bedeutung dieses Bereichs etwas höher bewerten und dagegen den institutionellen Voraussetzungen eine etwas geringere Bedeutung zumessen. Daher ist bei der Vorbereitung

und Gründung von Kooperationen insbesondere dem persönlichen Bereich besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Beim Vergleich verschiedener Produktionsrichtungen können keine wesentlichen Unterschiede bezüglich der Einschätzung notwendiger Voraussetzungen festgestellt werden.

3.2 Vorteile und Chancen in Kooperationen

Die Vorteile von Kooperationen bzw. die Ziele, welche mit einer Zusammenarbeit angestrebt werden, sind sehr vielfältig. Nicht alle Betriebe profitieren im selben Maß. Wie vorteilhaft eine Kooperation tatsächlich ist, hängt sehr stark von der individuellen Betriebsstruktur und den gegebenen Rahmenbedingungen ab (vgl. 14, S. 41). Die möglichen Vorteile und Chancen von Kooperationen können unterteilt werden in eine wirtschaftliche und eine soziale Kategorie.

Der Wunsch nach einer langfristigen Einkommensverbesserung steht oft im Mittelpunkt der Kooperationsgründung (vgl. 14, S. 40). Einkommensverbesserungen können sowohl durch Kosteneinsparung als auch durch Leistungssteigerung realisiert werden. Wichtige **wirtschaftliche Vorteile**, die im Rahmen von Kooperationen realisiert werden können, finden sich in der Literatur wie folgt:

- beschleunigtes Wachstum und größere Produktionseinheiten (vgl. 5, S. 45; 14, S. 40f.),
- Degressions- und Rationalisierungseffekte (vgl. 14, S. 40), steigende Arbeitsproduktivität (vgl. 20, S. 7), höherer Auslastungsgrad, Senkung der variablen Kosten,
- verbesserte Betriebsorganisation und Spezialisierung (vgl. 4, S. 376; 6, S. 21),
- Einsatz effizienterer und arbeitserleichternder Technik wird rentabel (5, S. 46),
- Kosteneinsparungen durch effizienteren Produktionsmitteleinsatz (vgl. 4, S. 376),
- höhere Arbeitsqualität und qualitativ bessere Entscheidungsfindung (vgl. 7, S. 38; 5, S. 46),
- Kapitalbedarf- und Kapitalkostensenkung bei Maschinen, Gebäuden, Stallplätzen (vgl. 4, S. 376; 28, S. 16; 7 S. 38),
- Bezugs- und Absatzvorteile (vgl. 4, S. 376; 28, S. 15f.),
- steuerliche Vorteile durch Vermeidung der Gewerblichkeit, z.B. Tierhaltungskooperation nach § 51a BewG, § 24 UmStG, EStG.

Vorteile von Kooperationen im **sozialen Bereich** können sein:

- Arbeitsentlastung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen (vgl. 14, S. 40) durch moderne Arbeitsverfahren und Maschinen, Arbeitsteilung, Spezialisierung sowie Degressions- und Rationalisierungseffekte,

- Lockerung der persönlichen Bindung an den Betrieb durch Verteilung der Verantwortungs- und Aufgabenbereiche (vgl. 5, S. 46; 14, S. 40),
- geregelte Arbeits- und Freizeit (vgl. 5, S. 46; 16, S. 62; 18, S. 4ff.),
- Vertretungsmöglichkeit im Hinblick auf bspw. Urlaub, Wochenenden, Krankheit (vgl. 5, S. 46),
- Vermögens- und Existenzsicherung (vgl. 14, S. 40; 16, S. 62f.),
- Senkung des Unternehmerrisikos (vgl. 13, S. 181),
- Einbindung des Hofnachfolgers (vgl. 1, S. 10),
- Erhalt der Zukunftsfähigkeit des Betriebs (vgl. 6, S. 21).

Die genannten wirtschaftlichen und sozialen Vorteile lassen sich nicht in jeder Kooperation gleichermaßen realisieren. Manche Ziele stehen im gegenseitigen Konflikt, hier gilt es Kompromisse zu schließen. Dies zeigt die zentrale Bedeutung der Kompromissbereitschaft als Voraussetzung für eine langfristig erfolgreiche Kooperation (vgl. 4, S. 376). Abhängig von der Kooperationsform und von den individuellen betrieblichen Gegebenheiten haben die verschiedenen Ziele unterschiedliche Bedeutung. Während in Kooperationsformen mit geringem Bindungsgrad vermehrt wirtschaftliche Aspekte im Vordergrund stehen, gewinnen in Kooperationen mit hohem Bindungsgrad soziale Ziele an Bedeutung (14, S. 39). Dies ist insofern sehr gut nachvollziehbar, als die Intensität persönlicher Berührungspunkte und Beziehungen in aller Regel mit dem Bindungsgrad der Kooperation zunimmt.

Die oben aufgeführten Vorteile wurden den Landwirten zur Bewertung ihrer Bedeutung in der Praxis vorgelegt. Die Mittelwerte aller abgefragten Aspekte sind in der nachfolgenden Grafik (Abb. 4) dargestellt. Die Untersuchung zeigt sehr deutlich, dass die meisten der vorgegebenen Aspekte im wirtschaftlichen Bereich als „sehr wichtig“ oder „wichtig“ bewertet werden, insbesondere die Nutzung effizienterer Produktionstechnik, die Senkung von Produktionsmittelkosten, die Senkung von Kapitalkosten und Kapitalbedarf, die Verbesserung des Einkommens sowie das Betriebswachstum. Jeder zweite Antwortende hat diese Aspekte als „sehr wichtig“ bewertet. Die bessere Auslastung von Produktionsfaktoren, Wettbewerbsfähigkeit, Bezugs- und Absatzvorteile, Spezialisierungseffekte, Schaffung größerer Produktionseinheiten sowie die Vermögens- und Existenzsicherung bewertet dagegen nur jeder Dritte als „sehr wichtig“. Die Kapitalfreisetzung durch den Verkauf überflüssiger Kapazitäten wird insgesamt als „weniger wichtig“ betrachtet. Dasselbe gilt erstaunlicherweise auch für die Senkung des Unternehmerrisikos. Begründbar ist dies möglicherweise durch die durch Kooperation steigende Betriebsgröße, wodurch Produktions-, Markt- und Investitionsrisiken zunehmen, weshalb die in-

dividuelle "Risikoart" als nicht vermindert empfunden wird. Nur 13 % der Antwortenden bewerten diesen Aspekt als „sehr wichtig“. Die Vermeidung der Gewerblichkeit weist einen Mittelwert von 3,1 auf und ist somit ebenfalls von untergeordneter Bedeutung.

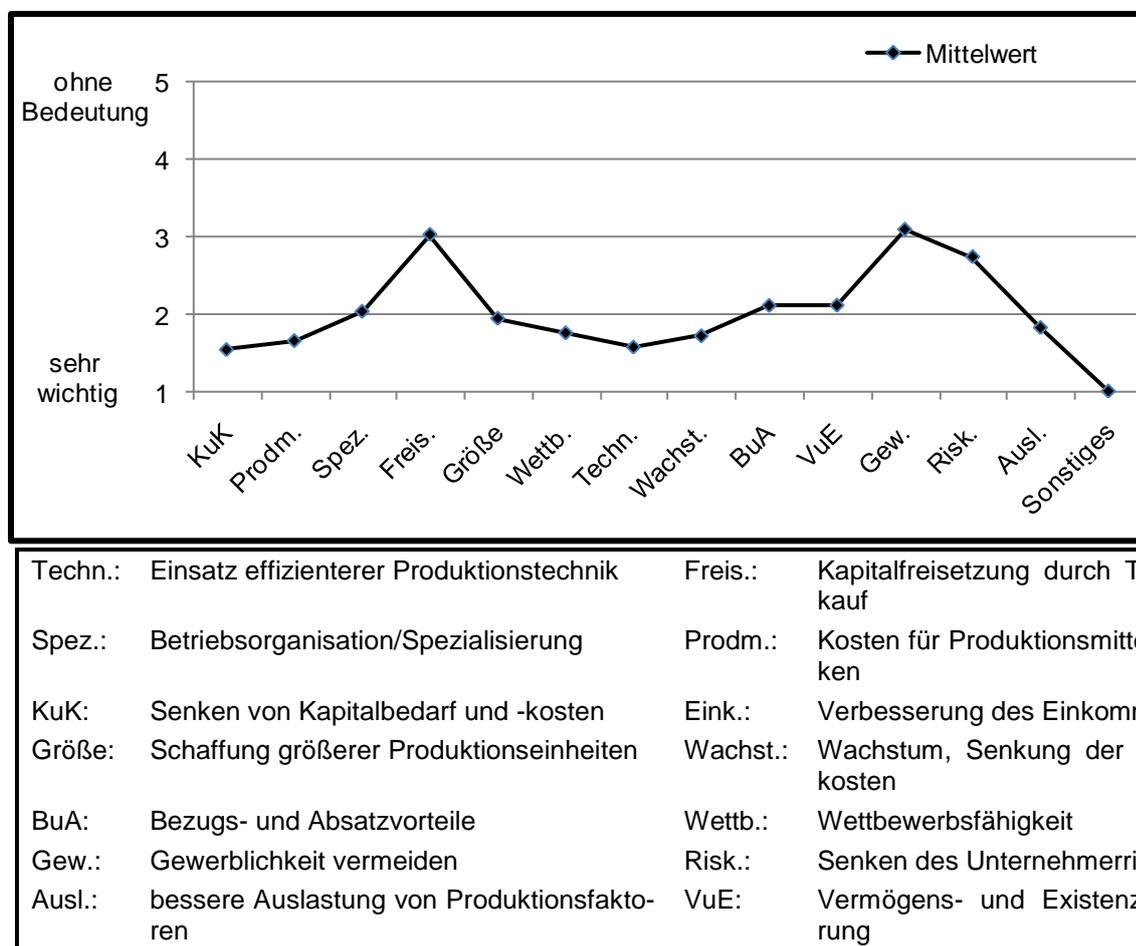


Abb. 4. Einschätzung wirtschaftlicher Vorteile von Kooperationen

(N=292, Mehrfachnennung möglich)

Quelle: eigene Darstellung

Die Ergebnisse zeigen, dass durch Kooperationen erhebliche wirtschaftliche Vorteile erzielt werden können und dass diese Vorteile deshalb wichtige Beweggründe für eine Zusammenarbeit sind. Die Landwirte wissen, dass die Addition von Kapazitäten das Wachstum beschleunigt und flächenübergreifende Bewirtschaftung die Produktionseinheiten vergrößert. Ebenso bekannt ist die Bedeutung der damit verbundenen Degressions- und Rationalisierungseffekte, der verbesserten Auslastung, der Nutzung effizienterer Technik und der Senkung von Produktionsmittelkosten.

Wachstum bzw. vergrößerte Produktionseinheiten sind für sehr viele landwirtschaftliche Betriebe erstrebenswerte Ziele im Rahmen von Kooperationen, denn sie schaffen die Voraussetzung für die Nutzung von Kosteneinsparpotenzialen. Im Einzelbetrieb sind große Wachstumschritte jedoch aufgrund häufig hoher regionaler Flächenkonkurrenz und wegen Kapitalmangels zumeist nicht realisierbar. Die Kostensenkung ist den antwortenden Landwirten besonders auch deshalb wichtig, da Landwirte Mengenanpasser sind und nur einen geringen Einfluss auf die Erzeugerpreise haben. Ihr Einkommen erhöht sich, wenn sie die erzeugte Produktmenge steigern oder/und die Produktionskosten senken. Die Preise für Betriebsmittel können mit Hilfe von Bezugsgemeinschaften gesenkt werden (z.B. günstigere Rabattstufen). Ein wesentliches Einsparpotenzial ergibt sich auch bei den Kosten für die Arbeitserledigung. Deshalb haben die antwortenden Landwirte auch die vergrößerten Produktionseinheiten, die Nutzung effizienterer Technik und die Spezialisierungseffekte als besonders wichtig eingestuft. Diese Aspekte bilden die Grundlage für die Steigerung der Arbeitsproduktivität, für die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und somit für das Erreichen des Ziels der Einkommensverbesserung.

Die Bedeutung einer Senkung von Kapitalkosten sowie des Kapitalbedarfs im Rahmen von Kooperationen wird von den antwortenden Landwirten im Durchschnitt als „sehr wichtig“ bis „wichtig“ bewertet. Große Erntemaschinen können oft nur gemeinschaftlich angeschafft werden; dafür sind die Landwirte auch bereit, mit anderen zusammenzuarbeiten.

Die relativ geringe Bedeutung der Vermeidung der Gewerblichkeit in der vorliegenden Untersuchung ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass nur einzelne Produktionsrichtungen wie bspw. die Mastschweinehaltung oder die außerlandwirtschaftliche Maschinennutzung von dieser Problematik betroffen sind. Die Senkung des Unternehmerrisikos ist im Rahmen von Kooperationen kein wichtiger Aspekt. In diesem Kontext spielen Tradition und die Verantwortung gegenüber der Familie und den Altenteilern wahrscheinlich eine wichtige Rolle. Das Unternehmen ist oft schon seit Generationen im Familieneigentum. Für diesen Betrieb trägt der Betriebsleiter die volle Verantwortung. Daher möchte er das Betriebsrisiko nicht auf eine andere Person übertragen.

Die Auswertung ergibt keine wesentlichen Unterschiede in der Bewertung der wirtschaftlichen Vorteile in Abhängigkeit von der jeweiligen Kooperationserfahrung. Lediglich die Vorteile durch den gemeinsamen Bezug und Absatz werden von kooperationserfahrenen Landwirten als signifikant unbedeutender eingestuft.

Die in Abbildung 5 dargestellten Ergebnisse zeigen, dass im sozialen Bereich die Faktoren Arbeitsentlastung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Vertretungsmöglichkeit als am wichtigsten bewertet werden. Auch die Sicherung der Zukunftsfähigkeit im Rahmen von Ko-

operationen wird als bedeutend eingeschätzt. Insgesamt 56 % der antwortenden Landwirte bewerten die Arbeitsentlastung als „sehr wichtig“. Bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind es 46 % und bei der Vertretungsmöglichkeit 48 %. Mehr als jeder Dritte bewertet die Sicherung der Zukunftsfähigkeit als „sehr wichtig“.

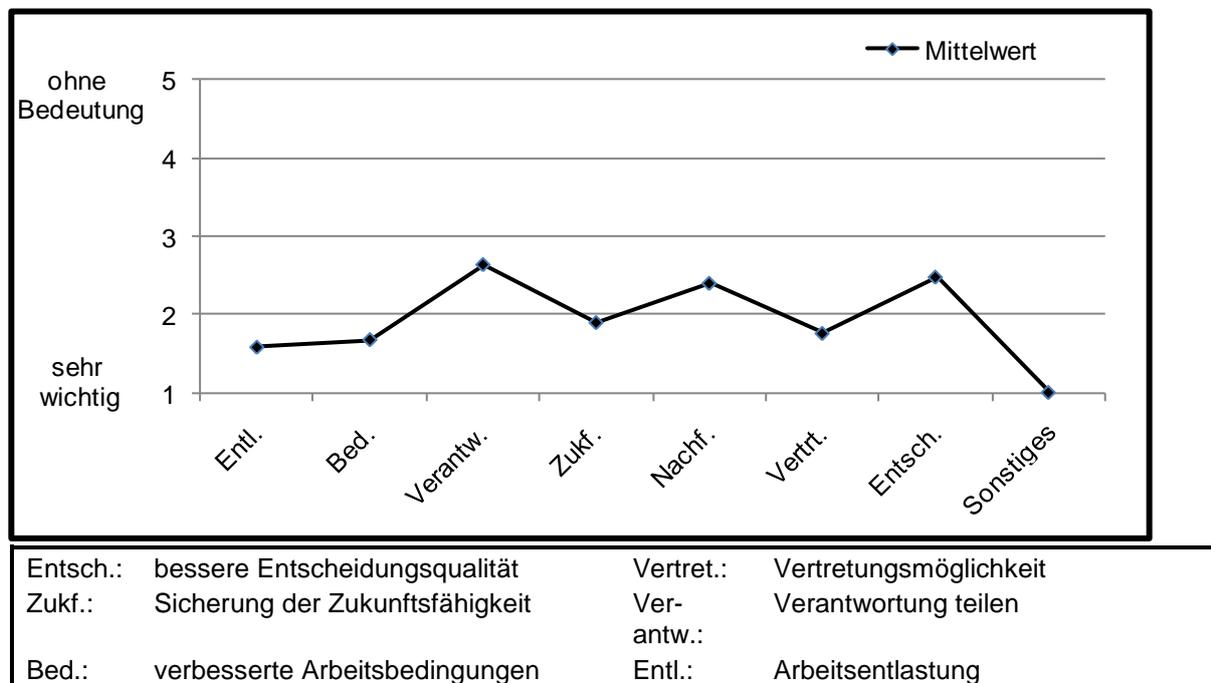


Abb. 5. Einschätzung sozialer Vorteile von Kooperationen

(N=292, Mehrfachnennung möglich)

Quelle: eigene Darstellung

Landwirte sind häufig überlastet bzw. arbeiten an der Leistungsgrenze, daher ist Arbeitsentlastung ein sehr wichtiger Aspekt bei Kooperationen. Auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen hat für die Landwirte eine große Bedeutung. Der Anteil körperlich anstrengender Tätigkeiten, insbesondere im Bereich der Nutztierhaltung, ist sehr viel größer als in anderen Branchen. Eine Teil- oder Vollautomatisierung ist im Einzelbetrieb oft nicht wirtschaftlich. Die Möglichkeit der Vertretung ist sehr wichtig, da die Bindung an den Betrieb sehr groß ist. Die Landwirte erkennen kooperative Beziehungen als eine Möglichkeit, um auch zukünftig wettbewerbsfähig zu wirtschaften und um den Strukturwandel überstehen zu können.

Die Einbindung der nächsten Generation in den Betriebsablauf und der Beitrag von Kooperation zur Sicherung der Hofnachfolge wird als „wichtig“ bis „weniger wichtig“, eingeschätzt. Insgesamt 29 % der Befragten beurteilen die Einbindung des Hofnachfolgers jedoch als „sehr wichtig“. Dieser Aspekt scheint somit sehr stark von der individuellen Betriebssituation abzuhängen. Für eine bestimmte Personengruppe, nämlich Landwirte im bzw. kurz vor dem Ren-

tenalter spielt dieses Thema eine große Rolle. Die mögliche Verbesserung der Entscheidungsqualität durch interne Fachdiskussionen wird ebenfalls als „wichtig“ bis „weniger wichtig“ eingeschätzt. Nur 17 % antworten mit „sehr wichtig“. Vielleicht ist dieses Ergebnis auf die Stichprobe zurückzuführen. Bei Ausbildungsbetrieben kann von einem relativ hohen Informationsstand ausgegangen werden. Diese Landwirte sind vermutlich der Meinung, dass ihre Entscheidungen keine Verbesserungen benötigen. Die Möglichkeit Verantwortung zu teilen wird ebenfalls als relativ unbedeutend bewertet. Die Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass die Antwortenden ein Einmischen in ihre Entscheidungen unterbinden möchten. Sie sind selbständig und somit selbst verantwortlich für den Betrieb. Dies würde das traditionell herrschende Bild von Landwirten bestätigen.

Die Untersuchung zeigt außerdem, dass Landwirte mit und ohne Kooperationserfahrung unterschiedliche Bewertungen vornehmen. Insgesamt betrachtet bewerten Landwirte, die bereits Erfahrungen mit Kooperationen gemacht haben, alle potenziellen Kooperationseffekte im sozialen Bereich als weniger bedeutend. Allerdings sind die Unterschiede minimal. Lediglich die Einbindung des Hofnachfolgers wird von erfahrenen Landwirten als signifikant unwichtiger eingestuft. Das Ergebnis lässt verschiedene Schlüsse zu. Entweder wird die Integration der nächsten Generation in der Praxis nicht erleichtert oder die traditionelle Weiterführung des Einzelbetriebs verliert in einer Kooperation an zentraler Bedeutung.

Die Auswertung ergibt, dass Landwirte entsprechend ihrer Produktionsschwerpunkte die vorgegebenen sozialen Aspekte unterschiedlich bewerten. Bei einigen Aspekten wie bspw. „Sicherung der Zukunftsfähigkeit“ oder „Verbesserung der Entscheidungsqualität“, liegen alle Antworten sehr eng zusammen. Bei anderen Aspekten wie „Verbesserung der Arbeitsbedingungen“ oder „Vertretungsmöglichkeit“ differieren die Bewertungen der Landwirte aus den verschiedenen Produktionsrichtungen, signifikante Unterschiede bestehen dabei aber nicht.

3.3 Nachteile und potenzielle Problemfelder in Kooperationen

Die Zusammenarbeit in Form von Kooperationen verläuft in den meisten Gemeinschaften nicht völlig problemlos. Die in der Literatur zu findenden bzw. von Experten genannten, bei Kooperationen häufig auftretenden Problemfelder werden in diesem Beitrag in externe und interne Problemfelder unterschieden.

Zu den potenziellen Problemen im **externen Bereich** gehören:

- ungünstige ökonomische und institutionelle Rahmenbedingungen (vgl. 5, S. 47; 32, S. 20f.),
- rechtliche und steuerliche Probleme (z.B. Erlaubniserfordernis des Verpächters bei der Flächennutzung (§ 589 Abs. 1 BGB) (vgl. 4, S. 377),

- Druck durch die öffentliche Meinung (vgl. 5, S. 48).

Das größte Problempotenzial von Kooperationen liegt im internen Bereich. Insbesondere zwischenmenschliche Probleme spielen eine sehr große Rolle (vgl. 13, S. 181). Zu den **Problemen im internen Bereich** können zählen:

- Aufgabe der Selbständigkeit und Veränderung des sozialen Status (vgl. 5, S. 48),
- inkompatible oder ungeeignete Charakter- bzw. Persönlichkeitseigenschaften der Partner, zu unterschiedliche Ziel- und Wertvorstellungen, z.B. Mitarbeiterführung, Tier- oder Naturschutz (vgl. 31, S. 6; 12, S. 103; 14, S. 47),
- schwieriges soziales Umfeld (Familie, Nachbarn, Dorfgemeinschaft) (vgl. 6, S. 23; 12, S. 89),
- Einschränkung der Entscheidungsbefugnis (vgl. 14, S. 46; 33, S. 158), Gefahr von Entscheidungsverschleppung und suboptimalen Kompromisslösungen (vgl. 6, S. 21),
- fehlende Abstimmung von Aufgaben- und Verantwortungsbereichen (vgl. 3, S. 122),
- Rechtsform der Kooperation (vgl. 32, S. 18),
- Kooperationsverträge (Unvollständigkeit, fehlende Aktualität) (vgl. 4, S. 377),
- langfristige Bindung von Produktionsfaktoren (vgl. 5, S. 47),
- sachgerechte Bewertung von Produktionsfaktoren, Produkten und Leistungen (vgl. 29, S. 54),
- nicht ausreichende Entlohnung der eingesetzten Produktionsfaktoren (vgl. 4, S. 377),
- ungerechte Verteilung von Gewinnen, Verlusten, Leistungen und Kosten (vgl. 4, S. 377),
- Verschleppung notwendiger Konfliktlösungen (vgl. 31, S. 5; 10, S. 111),
- Schwierigkeiten bei der Auflösung der Kooperation (zwischenmenschlich, organisatorisch, finanziell, steuerlich) (vgl. 15, S. 3; 31, S. 8; 33, S. 145).

Die in diesem Beitrag dargestellten Problemfelder treten nicht in jeder Kooperation auf und sind zumeist durch sorgfältige Planung, Organisation, Regelungen und die Erfüllung der in Kapitel 3.1 beschriebenen Voraussetzungen beherrschbar. In Abhängigkeit des Bindungsgrades nimmt die Bedeutung der Probleme meist zu. Um genauere Erkenntnisse über die Relevanz dieser Problemfelder in der Praxis zu erhalten, wurden den Landwirten in der Befragung die wichtigsten bzw. häufigsten Problemfelder im Fragebogen vorgegeben, mit der Bitte um Einschätzung ihrer Bedeutung.

Wie bereits die Untersuchung der notwendigen Voraussetzungen gezeigt hat, ist insbesondere der persönliche und zwischenmenschliche Bereich ein potenzielles Problemfeld in Kooperationen. Dies zeigen auch die Bewertungen der antwortenden Landwirte hinsichtlich der Probleme in der Zusammenarbeit. Der Charakter des Partners wird als wichtigster Aspekt bewertet. Insgesamt 65 % der antwortenden Landwirte bewerten dies mit „sehr wichtig“, 26 % mit „wichtig“.

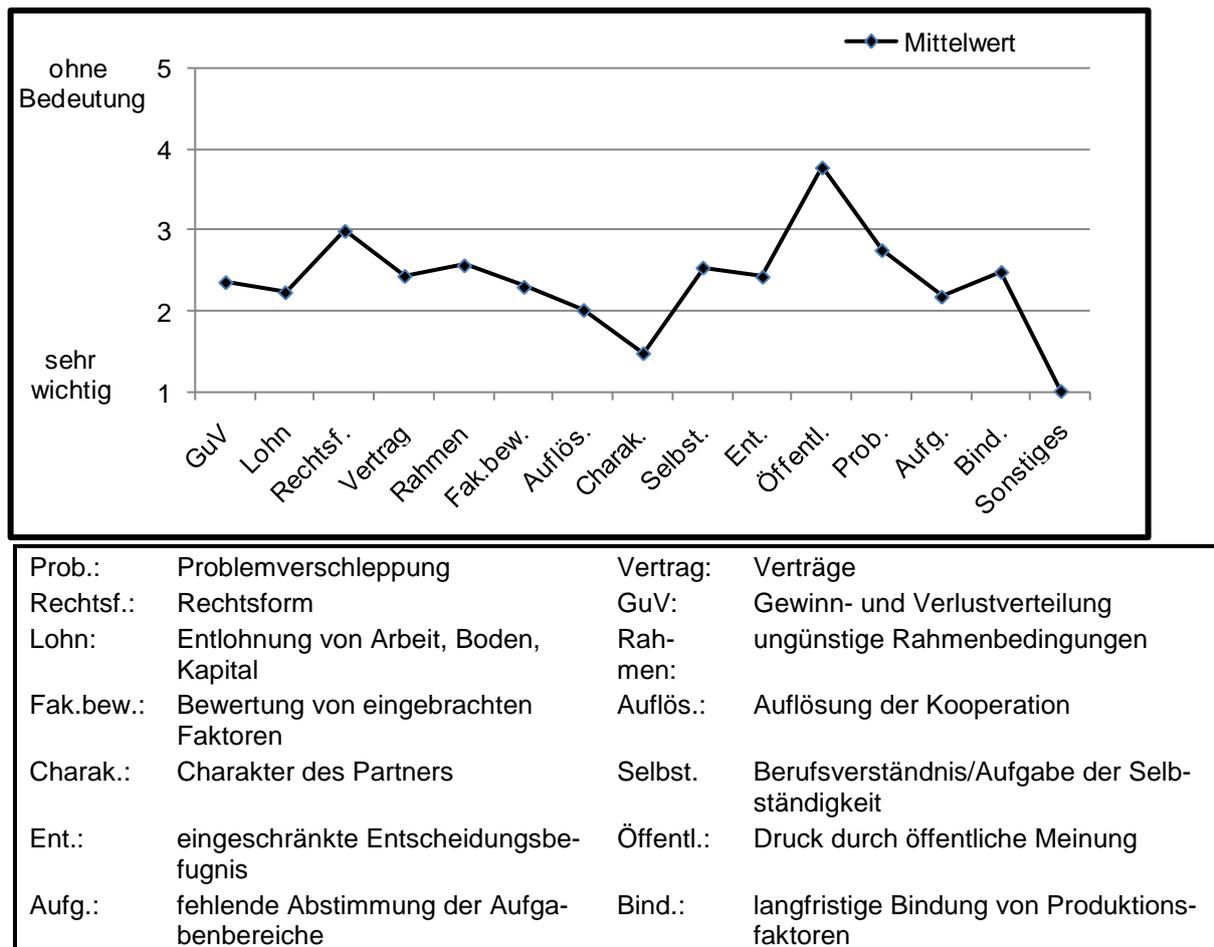


Abb. 6. Einschätzung von Problemfeldern in Kooperationen

(N=292, Mehrfachnennung möglich)

Quelle: eigene Darstellung

Die Auflösung von Kooperationen ist laut Einschätzung der Landwirte ein „wichtiges“ Problemfeld. Insgesamt 45 % der Landwirte bewerten diesen Aspekt als „sehr wichtig“. Ebenfalls wichtig ist den antwortenden Landwirten das Problemfeld „fehlende Abstimmung von Aufgabenbereichen“. Erfolgt keine Abstimmung und Festlegung, können die Vorteile der Arbeitsteilung und Spezialisierung nicht optimal genutzt werden. Die antwortenden Landwirte kennen

diese Problematik und stufen diesen Aspekt insgesamt betrachtet als „wichtig“ ein, 30 % bewerten ihn sogar als „sehr wichtig“.

Auch der finanzielle Bereich ist den Landwirten als potenzielles Problemfeld bekannt. Sie schätzen die Praxisbedeutung von Problemen bezüglich der Entlohnung, der Gewinn- und Verlustverteilung sowie der Bewertung eingebrachter Produktionsfaktoren als „wichtig“ ein. Verschlechtert sich die finanzielle Lage einzelner oder mehrerer Partner, dann können schwerwiegende Konflikte entstehen. Verschlechtert sich die ökonomische Situation des Betriebes im Rahmen der Kooperation langfristig, dann können diese Verluste i. d. R. auch nicht durch Verbesserungen im sozialen Bereich kompensiert werden.

Probleme bezüglich der Vertragsgestaltung, der langfristigen Bindung von Produktionsfaktoren und der Einschränkung der Entscheidungsbefugnis liegen im Mittelfeld der Bewertungen. Diese Aspekte werden jeweils von rund 20 % der Landwirte als „sehr wichtige“ Problemfelder in der Praxis bewertet. Die Auswertung zeigt allerdings auch, dass die Landwirte diesbezüglich keine einheitliche Auffassung haben. Landwirte ohne Kooperationserfahrung messen der Vertragsgestaltung und der Einschränkung der Entscheidungsbefugnis eine signifikant höhere Bedeutung als Problemfeld bei. Diese Unterschiede verwundern nicht, weil auch die Aufgabe der Selbständigkeit von unerfahrenen Landwirten als signifikant wichtiger beurteilt wird. Oft sind es genau diese Aspekte, die gegen eine Kooperationsgründung sprechen. Die eingeschränkte Entscheidungsbefugnis ist ein Aspekt, den es in einer Kooperation zu akzeptieren gilt. Ein vorher selbständiger Betriebsleiter muss jetzt im Team arbeiten. Allerdings wiegt dieses Problem in Abhängigkeit von der Kooperationsform unterschiedlich stark und kann außerdem durch eine geschickte interne Struktur gemindert werden.

Die langfristige Bindung von Produktionsfaktoren wird von den antwortenden Landwirten als ein „wichtiges“ bis „weniger wichtiges“ Problemfeld bewertet; vermutlich weil es die Abhängigkeitsbeziehung verdeutlicht. Wenn es zu einem ernsthaften Konflikt kommt, können sich die Partner u. U. nicht sofort trennen, insbesondere wenn gemeinsame Investitionen getätigt wurden.

Die Problematik verschleppter Konflikte wird von den antwortenden Landwirten als eher unbedeutend beurteilt. Allerdings wird dieser Aspekt von kooperationserfahrenen Landwirten wichtiger bewertet als von unerfahrenen. Nur wer schon eine Konfliktsituation in einer Kooperation erlebt hat, kann nachvollziehen wie es zur Verschleppung kommen kann und welche Folgen daraus entstehen können. Anders als in der theoretischen Vorstellung lassen sich Konflikte nicht immer sofort klären und bereinigen.

Die Bedeutung der Problemfelder „ungünstige Rahmenbedingungen“ und „Rechtsform“ wird relativ niedrig eingestuft. Auch wenn die Rahmenbedingungen in bestimmten Fällen ungünstig sein mögen, überwiegen dennoch meistens die positiven Kooperationseffekte. Die geringe Bewertung des Problemfelds „Rechtsform“ ist vermutlich dadurch zu erklären, dass die Wahl der

geeigneten Rechtsform oft nicht durch den Landwirt selbst erfolgt, sondern auf einen Steuerberater oder Rechtsanwalt übertragen wird. Die Wahrnehmung als Problemfeld ist dadurch gemindert.

Der Druck auf die Kooperation und ihre Mitglieder durch die öffentliche Meinung wird von den antwortenden Landwirten nicht als relevantes Problem von Kooperationen bewertet; weder von Landwirten mit noch von denjenigen ohne Kooperationserfahrung. Zwar ist die ältere Generation noch skeptisch, doch das Image von Kooperationen ist inzwischen positiv und wird mit Dynamik, Aufgeschlossenheit und Fortschritt assoziiert.

Die Untersuchung zeigt signifikante Differenzen zwischen den Bewertungen durch Landwirte mit und denjenigen ohne Kooperationserfahrung. Mit einer Ausnahme bewerten die Landwirte mit Erfahrung alle vorgegebenen potenziellen Problemfelder als weniger wichtig, verglichen mit unerfahrenen Landwirten. Bemerkenswert ist, dass einzig das Verschleppen von Problemen von erfahrenen Landwirten wichtiger bewertet wird. Ein Vergleich der Mittelwerte ist in der nachfolgenden Abbildung dargestellt.

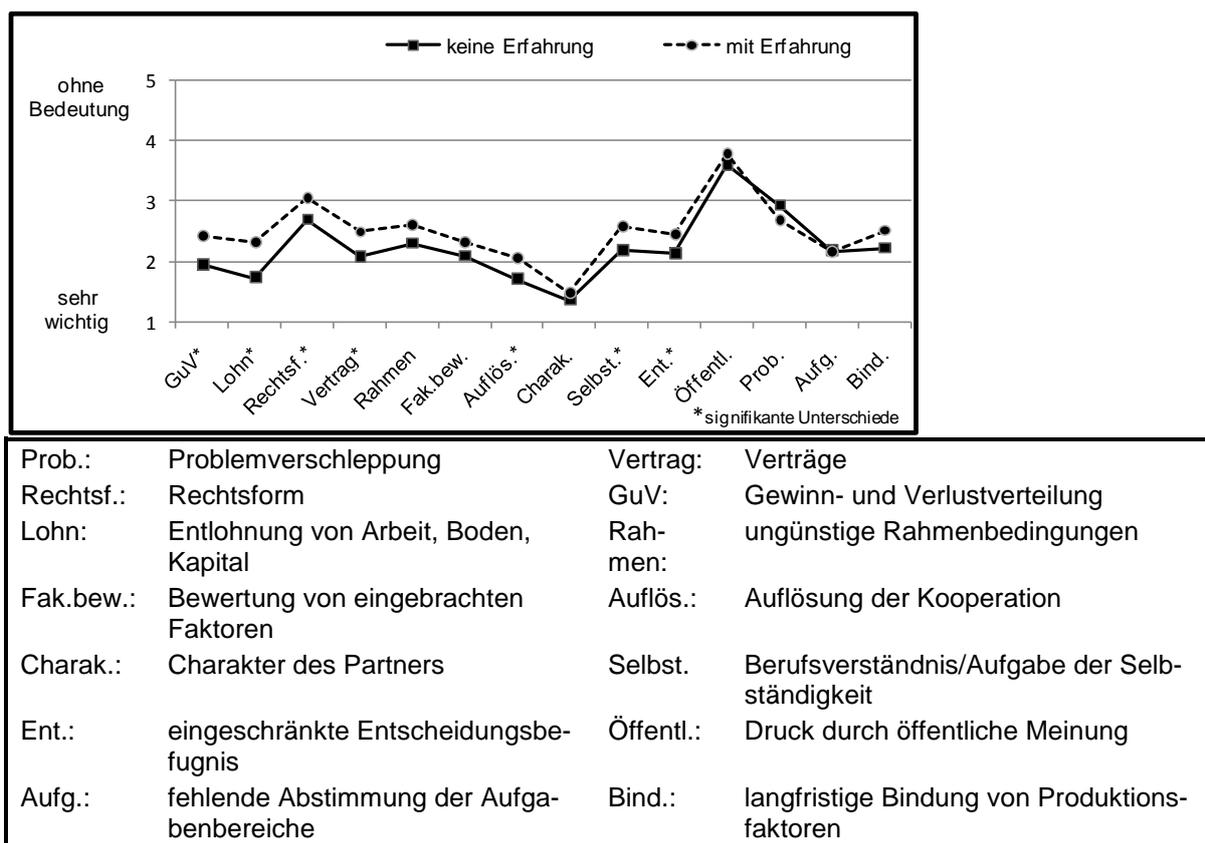


Abb. 7. Einschätzung von Problemfeldern in Kooperationen durch Landwirte mit bzw. ohne Kooperationserfahrung – Darstellung der Mittelwerte (N=292, Mehrfachnennung möglich)

Quelle: eigene Darstellung

Ein möglicher Erklärungsansatz für diese Bewertungen ist, dass Landwirte ohne Kooperationserfahrung den Problemfeldern eine größere Bedeutung zuweisen, als diese in der Kooperationspraxis tatsächlich haben. In den theoretischen Vorstellungen der Landwirte stellen sich die Probleme vermutlich zumeist gravierender dar als diese in der Praxis sind.

Die Ausnahme von der Regel ist die Verschleppung von Konflikten und Problemen. Landwirte ohne Kooperationserfahrung bewerten die Bedeutung dieses Problemfelds geringer. Außenstehende glauben oft, dass entstehende Probleme sofort aus der Welt geschafft werden können. In Kooperationen werden Konflikte jedoch häufig verschleppt und ziehen sich über Jahre hin. Diese Problematik kennen insbesondere die kooperationserfahrenen Landwirte.

Die antwortenden Landwirte haben unter der Rubrik „Sonstiges“ noch weitere ihnen wichtige Problemfelder angegeben. Hier werden Probleme durch Generationenkonflikte, durch Konflikte mit der Familie im Allgemeinen, durch die geringere Effizienz der Arbeit des Partners sowie Rechtzeitigkeitsprobleme beim Maschineneinsatz genannt. Dabei zeigt sich erneut die besondere Bedeutung der Problematik des zwischenmenschlichen Bereichs in Kooperationen. Bis auf eine Ausnahme liegen alle genannten Aspekte im persönlichen Bereich und bestätigen damit die herausragende Bedeutung des Vorhandenseins geforderter persönlicher Voraussetzungen in Kooperationen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass in Kooperationen den personenbezogenen Aspekten eine sehr große Bedeutung beigemessen wird. Vertrauen und Kompromissbereitschaft sind für die antwortenden Landwirte mit Abstand die wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Bei den Voraussetzungen im wirtschaftlichen Bereich hat die räumliche Nähe die größte Bedeutung. Im institutionellen Bereich ist es besonders wichtig, dass Kooperationen nicht wesentlich durch die Steuer- und Umweltgesetzgebung oder die Agrarpolitik benachteiligt werden. Bei den Vorteilen und Chancen von Kooperationen wird sowohl der soziale als auch der wirtschaftliche Bereich von den antwortenden Landwirten als sehr wichtig bewertet. Die größten Vorteile im sozialen Bereich werden in der Arbeitsentlastung, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Vertretungsmöglichkeit gesehen. Im wirtschaftlichen Bereich haben die Nutzung effizienterer Technik, die Senkung von Kosten und Kapitalbedarf sowie die Verbesserung des Einkommens die größte Bedeutung. Als wichtigstes Problemfeld erachten die antwortenden Landwirte den zwischenmenschlichen Bereich und insbesondere den Charakter der Partner. Auch die Auflösung der Kooperation wird als wichtiges Problemfeld erkannt, ebenso wie die gesamten finanziellen Beziehungen.

4. Handlungsempfehlungen für eine erfolgreiche Kooperation

Im Fragebogen der empirischen Erhebung wurden die Landwirte nach Handlungsempfehlungen für ihre Kollegen gefragt, falls sie bezüglich einer Kooperationsgründung um Rat gebeten würden. Die Antworten zu dieser offen gestellten Frage erstrecken sich über ein weites Spektrum. Von extremen Aussagen wie „Alleine gehst du unter“ bis zu „Lass bloß die Finger davon“ gibt es alle Zwischenstufen. Insgesamt kann jedoch mehrheitlich eine positive Einstellung der Landwirte zur Gründung einer Kooperation festgestellt werden. Nur wenige der Antwortenden raten ihren Berufskollegen von einer Kooperationsgründung ab. Die angesprochenen Themenfelder sind nachfolgend dargestellt.

4.1 Wahl des Partners

Über alle Empfehlungen hinweg betrachtet, wird persönlichen und zwischenmenschlichen Aspekten im Rahmen von Kooperationen eine sehr große Bedeutung beigemessen. Sehr viele der antwortenden Landwirte empfehlen, den Kooperationspartner sorgfältig auszuwählen. Auch FISSEL/HETZNER (6, S. 26f.) empfehlen bei der Suche nach einem geeigneten Partner für die Gründung einer Kooperation nicht vorschnell oder aus Bequemlichkeit zu handeln. Sie raten zu prüfen, ob die Charaktere der Partner grundsätzlich für eine Kooperation geeignet sind und ob die Zielsetzungen, Wertevorstellungen, Einstellungen und Denkweisen sich ähneln bzw. kompatibel sind. Außerdem gilt es die Schwächen des Partners zu erkennen und Wege zu finden, mit ihnen umzugehen. Die antwortenden Landwirte weisen in ihren Handlungsempfehlungen jedoch nicht darauf hin, dass auch die Schwächen und Probleme im eigenen Charakter bzw. Betrieb erkannt werden müssen. Die Landwirte empfehlen zudem eine Prüfung des Partners in Bezug auf die eingebrachte Leistung und die finanzielle Situation seines Betriebes. Diese Prüfung ist insbesondere dann sehr wichtig, wenn davon ausgegangen wird, dass nur entwicklungsfähige Betriebe für Kooperationen geeignet sind. Außerdem müssen die Produktionsstrukturen und die Arbeitsabläufe kompatibel sein. Allerdings raten die antwortenden Landwirte wie auch PFADLER (19, S. 48) dazu, sich bei der Gründung nicht nur auf ökonomische Überlegungen zu beschränken, sondern auch soziale Aspekte zu berücksichtigen. Wie in diesem Beitrag aufgezeigt ist, liegt das größte Problempotenzial bei Kooperationen im zwischenmenschlichen Bereich. Nach KLISCHAT UND KLISCHAT (12, S. 88) wird das „Menschliche“ umso wichtiger, je enger die Kooperation ist. Viele Landwirte weisen an dieser Stelle deshalb auf die Wichtigkeit von Vertrauen hin. Außerdem sollen die Kooperationspartner nach Empfehlung der antwortenden Landwirte kompromissbereit, uneigennützig, tolerant, ehrlich, offen, zuverlässig und teamfähig sein.

4.2 Vorbereitungsphase

Die befragten Landwirte empfehlen vor der Gründung der Kooperation alle Vor- und Nachteile der künftigen Zusammenarbeit gründlich zu überdenken und sorgfältig zu bewerten. Erst wenn bei dieser Analyse die Vorteile überwiegen, können Pläne für die künftige Zusammenarbeit entwickelt werden. Aufgrund hoher Arbeitsbelastung werden in der Planungsphase jedoch oft zu wenige Überlegungen bezüglich der Gestaltung einer Kooperation angestellt. Die antwortenden Landwirte empfehlen daher die Planungs- und Vorbereitungsphase nicht übereilt abzukürzen. Je konkreter die Partner im Vorfeld das Miteinander planen, umso einfacher wird die spätere Zusammenarbeit. Die antwortenden Landwirte empfehlen ihren Kollegen außerdem, die Kooperation zunächst nur im Teilbetrieb zu beginnen und schrittweise auszubauen. Auch Experten aus der Beratungspraxis weisen der Vorbereitungsphase eine sehr wichtige Bedeutung zu (12, S. 91). Demzufolge soll diese Phase genutzt werden, um sich intensiv mit der eigenen Situation (Stärken und Schwächen, Wert- und Zielvorstellungen), mit dem Partner sowie den künftigen Veränderungen auseinandersetzen zu können. Zudem können während dieser Phase wertvolle Kooperationserfahrungen gewonnen werden, die eine intensivere Zusammenarbeit erleichtern oder bereits früh zeigen, dass die Partner doch nicht zusammen passen.

4.3 Familien und Mitarbeiter

Familienangehörige und Ehepartner können in Kooperationen erhebliche Schwierigkeiten verursachen (vgl. 6, S. 23; 12, S. 89). Wie mit diesem Problem umzugehen ist und ob die Familie in die Kooperationsgründung eingebunden werden sollte, wird von den antwortenden Landwirten nicht einheitlich gesehen. Während die einen dazu raten, die Familie möglichst frühzeitig in die Überlegungen einzubeziehen, raten andere vehement davon ab und plädieren dafür, die Familie vollständig aus der Kooperation heraus zu halten und ihr kein Mitspracherecht zu gewähren. KLISCHAT UND KLISCHAT (12, S. 90) empfehlen die Familien der Betriebsleiter frühzeitig in das Kooperationsvorhaben einzubinden. Durch Gespräche mit der Familie werden die Emotionen und Gedanken offen ausgesprochen und es können Lösungsansätze für eventuelle Probleme gefunden werden. Damit wird der Familie eine unterstützende Grundhaltung des Vorhabens erst ermöglicht. Wegen der engen Verknüpfung von Haushalt und Betrieb in der Landwirtschaft erscheint ein kompletter Ausschluss der Familie sehr schwierig und wenig sinnvoll, zumal in der Landwirtschaft üblicherweise die gesamte Familie als Voll- oder Teilzeitarbeitskraft in den Betrieb integriert ist. Sofern die Familie das kooperative Vorhaben unterstützen soll, muss sie auch frühzeitig eingebunden werden.

Außerdem sollten nach FISEL UND HETZNER (6, S. 24) auch die im Betrieb angestellten Mitarbeiter unbedingt frühzeitig informiert werden, sonst drohen Enttäuschung und Konflikte. Diesen Aspekt berücksichtigen die antwortenden Landwirte in der vorliegenden Untersuchung jedoch nicht.

4.4 Vertrag

Hinsichtlich der Notwendigkeit und Ausgestaltung eines Kooperationsvertrags besteht unter den antwortenden Landwirten zwar keine Einigkeit, allerdings plädiert die Mehrheit für den Abschluss eines Vertrags. Dies gilt insbesondere dann, wenn gemeinsame Investitionen getätigt werden. Der Kooperationsvertrag soll auch dazu dienen, bei einer Trennung größere Schäden zu vermeiden. Die antwortenden Landwirte raten ihren Berufskollegen zu einem detaillierten Kooperationsvertrag. Dies wird von KLISCHAT UND KLISCHAT (12, S. 92) bestätigt, allerdings raten sie von Musterverträgen ab, da sie nur mit großem Aufwand an die individuelle Situation der Beteiligten angepasst werden können. Ein weiterer Vorteil besteht nach DOLUSCHITZ (4, S. 390) darin, dass durch die intensive Beschäftigung mit der Vertragsgestaltung jeder Partner über seine Rechte und Pflichten bereits in einem frühen Stadium der Kooperation Bescheid weiß.

Bezüglich der Vertragsinhalte sind die Empfehlungen der antwortenden Landwirte eher oberflächlich. Lediglich die Notwendigkeit von Regelungen zur Auflösung der Kooperation wird relativ häufig genannt. Experten empfehlen darüber hinaus, im Vertrag „Spielregeln“ für den laufenden Betrieb sowie Vereinbarungen bezüglich der Gestaltung des Innenverhältnisses (Aufgabenverteilung, Kompetenzen, Auflösung) festzulegen. Sie raten darüber hinaus dazu, finanzielle Aspekte wie bspw. die Gewinn- und Verlustverteilung zu diskutieren und im Vertrag schriftlich zu dokumentieren. Weitere wichtige Vertragsinhalte stellt DOLUSCHITZ (4, S. 390) dar. Unter anderem werden dort explizit die festen Bestandteile von Gesellschaftsverträgen aufgeführt, aber auch die Festlegung des Zeitraums der Vertragsdauer und die Beiträge der einzelnen Gesellschafter sowie die konkrete Abgrenzung des Zwecks der Gemeinschaft werden dort genannt. Die Vertragstexte sollten durch einen Anwalt oder Notar geprüft werden, damit sie später auch rechtlich wirksam sind.

4.5 Bewertung

Das Problemfeld „Bewertung“ ist sehr wichtig, weil diese bei der vollständigen oder teilweisen Zusammenlegung von Betrieben unverzichtbar ist und oft Konflikte verursacht. Dennoch sprechen nur wenige Landwirte im Rahmen ihrer Handlungsempfehlung dieses Thema an. Das ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass es ein sehr spezieller Aspekt ist, dessen Lösung oftmals

auf Sachverständige übertragen wird. Nur zwei der Landwirte empfehlen bei der Kooperationsgründung den Anfangsbestand zu bewerten. Nach WESCHE (32, S. 25ff.) sollte eine Übertragung von Individualeigentum auf die Kooperation aufgrund von steuerlichen Aspekten und Gründen der Risikominderung weitgehend vermieden und nur vorgenommen werden, wenn es für den Betriebsablauf unbedingt erforderlich ist. Durch die Eigentumsübertragung kann es zur Aufdeckung stiller Reserven kommen, welche zu steuerlichen Nachteilen führen kann. Die Eigentumsübertragung kann außerdem großen finanziellen Schaden bei der eventuellen Trennung verursachen. Besser ist es daher, Flächen und Gebäude sowie bauliche Anlagen zunächst nur zur Nutzung in die Kooperation einzubringen. Zur Bewertung von Maschinen, Vieh, Feldinventar und Zukaufsvorräten haben sich verschiedene Bewertungsregeln etabliert, die bei DOLUSCHITZ (4, S. 392), SCHWERDTLE (28, S. 38) und SPANDAU (29, S. 54) dargestellt sind. Weil die Bewertung sehr stark vom Einzelfall abhängt, sollte diese individuell und bei Schwierigkeiten in Absprache mit einem Sachverständigen erfolgen.

4.6 Auflösung der Kooperation

Einige der antwortenden Landwirte empfehlen ihren Berufskollegen, sich bereits im Vorfeld Gedanken über eine eventuelle Auflösung der Kooperation zu machen und diesbezüglich Regelungen im Vertrag zu dokumentieren. Dieser Aspekt wird allerdings häufig vergessen bzw. in der Gründungseuphorie als unwichtig eingeschätzt. Im Falle einer Auflösung sind entsprechende Regelungen jedoch sehr wichtig, um größere Verluste zu vermeiden. Schaden entsteht meistens deshalb, weil die Trennung oft zu einem ungünstigen Zeitpunkt und in einer emotional angespannten Atmosphäre erfolgt. Daher sollten nach SCHNEEMANN (26, S. 116) bereits bei der Kooperationsgründung eindeutige Regelungen in Bezug auf Übernahmevereinbarungen für Anlagegüter und Auszahlungen getroffen werden. Außerdem sollte jeder Partner individuelle Vorbereitungen treffen und Zukunftsszenarien für seinen Betrieb entwickeln. Auch der vorzeitige Ausstieg eines Partners muss sorgfältig vorbereitet werden, um Schäden für die gesamte Kooperation zu vermeiden oder zu begrenzen. Nach DOLUSCHITZ (4, S. 396) kann bei einer einvernehmlichen Trennung durch mehrjährige Planungshorizonte ein gleitender, dynamischer Prozess eingeleitet werden, zudem sollte eine rechtzeitige Investitionskarenz stattfinden.

4.7 Beratung

Wie die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zeigen, empfehlen nur wenige Landwirte die Inanspruchnahme einer externen Beratung. Wenn, dann schlagen die antwortenden Landwirte vor, insbesondere für die Zeit der Kooperationsgründung einen Berater zu konsultieren. Ein Berater kann im Rahmen der Planungen jedoch sehr sinnvoll sein, um die Organisation der

Kooperation als Ganzes im Blick zu behalten und um das Vergessen dringender Planungsschritte zu vermeiden. HERMANN (2005c, S. 44f.) empfiehlt für diese Aufgabe eine Person, die sowohl fachliche als auch soziale Kompetenz mitbringt. Sehr wenige der antwortenden Landwirte raten dazu, je nach Fragestellung verschiedene Berater zu konsultieren und insbesondere eine Rechtsberatung für die Vertragsgestaltung hinzuzuziehen. KLISCHAT UND KLISCHAT (12, S. 90) warnen jedoch davor, alle inhaltlichen Überlegungen und organisatorischen Aufgaben auf Berater zu übertragen, da diese letztendlich auch keine Verantwortung für getroffene Entscheidungen übernehmen können. Ihrer Meinung nach müssen die Kooperationspartner selbst aktiv werden. Zu einer Beratung, die primär die zwischenmenschlichen Aspekte der Kooperation zum Gegenstand hat, raten die Antwortenden jedoch trotz Kenntnis der Problematik sozialer Konflikte nicht. Aufgrund der hohen Bedeutung von Konflikten in zwischenmenschlichen Beziehungen raten Experten jedoch dringend zu einer Beratung, die sich mit den persönlichen Stärken, Schwächen, Wertvorstellungen, Zielen und dem sozialen Umfeld beschäftigt. Darüber hinaus wird auch ein sogenannter „Partnercheck“ empfohlen (vgl. 6, S. 15).

4.8 Abstimmung der Aufgaben- und Verantwortungsbereiche

Wie die vorliegende Untersuchung zeigt, führt eine fehlende Abstimmung der Aufgaben- und Verantwortungsbereiche zu einem erhöhten Konflikt- und Problempotenzial. Daher ist eine eindeutige Aufteilung dieser Bereiche sehr wichtig. In der vorliegenden Untersuchung empfehlen jedoch nur sehr wenige der antwortenden Landwirte ihren Berufskollegen die Abstimmung der Aufgaben- und Verantwortungsbereiche. KLISCHAT UND KLISCHAT (12, S. 97) empfehlen eine Verteilung entsprechend der Stärken, Schwächen und Vorlieben der Kooperationspartner. Nach Expertenmeinung muss es das Ziel sein, die Arbeit gerecht auf die Partner zu übertragen. MEISTER (17, S. 66) rät außerdem dazu, den Verantwortlichen für den jeweiligen Bereich mit den erforderlichen Entscheidungsbefugnissen auszustatten. Nach SCHWERDTLE (28, S. 17; 28, S. 32) hat die Verteilung geschäftsführender Funktionen eine Sonderstellung, weil das Management landwirtschaftlicher Betriebe einen großen Einfluss auf die Realisierung potenzieller Kooperationseffekte hat.

4.9 Kommunikation

In Kooperationen besteht aufgrund eines i. d. R. hohen Grades an Spezialisierung und Arbeitsteilung ein erhöhter Abstimmungs- und Kommunikationsbedarf. Dieser Aspekt findet bei den Handlungsempfehlungen der antwortenden Landwirte in der vorliegenden Untersuchung jedoch keine Berücksichtigung. Nach HERMANN (8, S. 61) kann eine offene, sachliche und regelmäßige Kommunikation Unstimmigkeiten vorbeugen. Außerdem sollten ihrer Meinung nach feste Besprechungstermine festgelegt werden, in denen Termine, Probleme usw. besprochen

werden. Dabei sollte die Qualität der Kommunikation und nicht deren Quantität im Vordergrund stehen. Nach Empfehlung von KLISCHAT UND KLISCHAT (12, S. 107) sollten entsprechende Treffen zu Beginn der Kooperation häufiger stattfinden. Im Laufe der Zusammenarbeit kann die Frequenz später dann reduziert werden. Außerdem raten KLISCHAT et al. (13, S. 106) dazu, mindestens einmal im Jahr Besprechungstermine für die strategische Planung einzurichten.

4.10 Rechtsform

Neben der geeigneten Kooperationsform gilt es, eine möglichst optimale Rechtsform für die individuellen Bedürfnisse der Zusammenarbeit zu finden. Dieser Aspekt wird von den antwortenden Landwirten in ihren Handlungsempfehlungen nicht berücksichtigt. Zwischenmenschliche Aspekte sind ihnen wichtiger. Nach SCHWERDTLE (28, S. 29) kann die Rechtsform den wirtschaftlichen Erfolg der Kooperation und das interne Konfliktpotenzial wesentlich beeinflussen. Er ist außerdem der Meinung, dass die Rechtsform einen großen Einfluss auf steuerliche und rechtliche Aspekte sowie förderrechtliche Entscheidungen hat und daher an die Tätigkeitsbereiche der Kooperation angepasst werden muss. Wichtige Merkmale, die bei der Wahl berücksichtigt werden sollten, wie beispielsweise Fragen der Haftung, Effizienz der Unternehmensleitung, Kapitalbeschaffung, Unabhängigkeit vom Mitgliederbestand, wie auch steuerliche Aspekte, Anteilsentlohnung, Rücklagenbildung sowie die Inanspruchnahme von Förderungsmaßnahmen und Vergünstigungen werden bei WESCHE (32, S. 17) und DOLUSCHITZ (4, S. 388) detailliert beschrieben.

4.11 Faktorentlohnung sowie Verteilung von Gewinnen und Verlusten

Finanzielle Aspekte führen immer wieder zu Konflikten in Kooperationen. Das bestätigen auch die Ergebnisse der vorliegenden Befragung. Im Rahmen der Handlungsempfehlungen wird dieses Problemfeld allerdings nur sehr selten erwähnt, vermutlich weil die antwortenden Landwirte Aspekte in Bezug auf die Partnerwahl und den zwischenmenschlichen Bereich als nahe liegender und wichtiger empfinden. SCHWERDTLE (28, S. 42) empfiehlt zur Vermeidung von Konflikten ein eindeutiges, gerechtes und transparentes Verfahren einzuführen. Die Dokumentation der diesbezüglich vereinbarten Regeln ist seiner Meinung nach der wichtigste Teil in der Vertragsgestaltung. Nach DOLUSCHITZ (4, S. 395) sollte stets die Verteilgerechtigkeit im Mittelpunkt stehen. Er empfiehlt verschiedene Entlohnungsmodelle für unterschiedliche Gewinnsituationen zu entwickeln, da bei ungünstiger Gewinnsituation nicht alle Faktoren entlohnt werden können. Beispiele für Vergütungsmodelle für die Entlohnung der eingebrachten Faktoren (Arbeit, Boden, Kapital, Gebäude sowie Lieferrechte) und für die Gewinn- bzw. Verlustverteilung sind bei DOLUSCHITZ (4, S. 393) und LINK (14, S. 78) dargestellt.

5. Fazit und Diskussion der Ergebnisse

Die vorliegende Arbeit zeigt, dass Kooperationen für viele landwirtschaftliche Betriebe eine geeignete Möglichkeit sind, um Wachstumsnotwendigkeiten im Rahmen des Strukturwandels in der Landwirtschaft zu begegnen. Im Rahmen von Kooperationen können durch Synergieeffekte vielfältige wirtschaftliche und soziale Vorteile realisiert und dadurch die Lebensqualität gesteigert werden. Allerdings sind mit Kooperationen zumeist auch Nachteile und Probleme verbunden. Aufgrund des engen Kontaktes zwischen den Partnern stehen zwischenmenschliche Probleme im Vordergrund. Für die meisten Problembereiche stehen allerdings vielfältige Lösungsansätze zur Verfügung.

Bei Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem und institutionellem Gebiet wird das vorhandene Beratungsangebot bereits intensiv von den Landwirten genutzt, während sie im sozialen Bereich oft keine Hilfe in Anspruch nehmen. Insbesondere bei der Kooperationsgründung sollten sich die Landwirte unbedingt auch bezüglich der sozialen Aspekte innerhalb der Kooperation professionell beraten lassen. Die „Kompatibilität“ der Partner ist dabei sehr wichtig. Auch im weiteren Verlauf der Zusammenarbeit ist eine Unterstützung durch Berater wichtig und sinnvoll; sie können als Mediator bzw. Moderator bei Konflikten und Diskussionen wirken. Außerdem kann ein kompetenter Berater die Kooperationspartner dabei unterstützen, Probleme rechtzeitig zu erkennen, zu analysieren und zu lösen, um ein Verschleppen von Konflikten zu verhindern.

Nachfolgend werden die Ergebnisse der Untersuchung exemplarisch im Kontext aktuell besonders relevanter Beispiele diskutiert.

Unter allen untersuchten Vorteilen im sozialen Bereich werden die Aspekte Arbeitsentlastung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Vertretungsmöglichkeit am wichtigsten eingestuft. Dieses Ergebnis deckt sich mit den Ergebnissen der Untersuchung von MANN UND MUZIOL (16, S. 96); auch hier werden die Arbeitsentlastung und die Vertretungsmöglichkeit als besonders wichtig erachtet. Auch die Untersuchung von BERG et al. (2, S. 152) bestätigt dieses Ergebnis. In dieser Befragung sind die Aspekte Arbeitsentlastung, verbesserte Lebensqualität und die Vertretungsmöglichkeit die meist genannten sozialen Beweggründe für eine Kooperation. Auch die von PULFER et al. im Rahmen der ART Studie 660 (23, S. 4) befragten Kooperationen unterstützen diese Ergebnisse. Arbeitsentlastung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen werden als sehr wichtige Vorteile in Kooperationen empfunden.

Sehr wichtige Vorteile auf wirtschaftlichem Gebiet sind die Verbesserung des Einkommens und des betrieblichen Wachstums. Der erste Aspekt wird in der Untersuchung von MANN UND MUZIOL (16, S. 88) ebenfalls als sehr bedeutend eingeschätzt. Laut PULFER bewerten in der ART Studie 692 (21, S. 3) 44 % der Befragten eine Einkommenssteigerung als wichtige Stärke

von Kooperationen und bestätigen damit ebenfalls das Ergebnis der vorliegenden Untersuchung. Wachstum sowie größere Produktionseinheiten in Verbindung mit besserer Auslastung, Stückkostensenkung und Degressionseffekte werden in der vorliegenden Befragung als „sehr wichtige“ bis „wichtige“ wirtschaftliche Vorteile erachtet. Auf diese Weise kann effizientere Technik mit relativ geringem Kapitalaufwand und Kapitalkosten eingesetzt und somit die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden. Dieses Ergebnis deckt sich mit den Untersuchungen von MANN UND MUZIOL (16, S. 81) sowie BERG et al. (2, S. 151). Zum gleichen Ergebnis kommt auch die Untersuchung von KLISCHAT et al. (13, S. 181). Die Befragten schätzen die Schaffung wettbewerbsfähiger Betriebseinheiten als einen sehr bedeutenden Vorteil von Kooperationen ein, weshalb diese insbesondere in strukturell benachteiligten Regionen verstärkt zu empfehlen sind.

Als bedeutendes Problemfeld in Kooperationen wird in der vorliegenden Befragung der Charakter der Kooperationspartner betrachtet. Auch in der Untersuchung von BERG et al. (2, S. 165) gehören die Eigenheiten der Kooperationspartner zu den wichtigsten Nachteilen in Kooperationen und haben somit eine sehr wichtige Bedeutung als Problemfeld. Dies deckt sich mit den Ergebnissen von WALTER et al. (31, S. 6ff.), woraus auch deutlich hervorgeht, dass dem Charakter der Partner und dem sozialen Umfeld eine besondere Bedeutung als Problemfeld zugeschrieben wird. Häufigster Grund für das Scheitern von Kooperationen ist demnach, dass die Partner menschlich nicht zusammen gepasst haben. Zwischenmenschliche Konflikte unter den Partnern nennen laut PULFER in der ART Studie 692 (21, S. 3ff.) insgesamt 95 % der Befragten als Schwäche von Kooperationen. Die durch WALTER et al. durchgeführte ART Studie 679 (31, S. 5f.) weist zudem nach, dass gleiche bzw. kompatible Wert- und Zielvorstellungen sehr wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit sind. Ungleiche Einstellungen zu Freizeit, Einkommen und anderen zentralen Themen können zu einem „Auseinanderleben“ und zu Unstimmigkeiten führen. Diese Ergebnisse stimmen mit denjenigen der vorliegenden Untersuchung überein. Ähnliche Wert- und Zielvorstellungen werden als die zweitwichtigste Voraussetzung im persönlichen Bereich eingestuft. Auch in der Untersuchung von KLISCHAT et al. (13, S. 200) stellen „divergierende Ziele“ bzw. „unterschiedliche Werte“ zwei der vier wesentlichen Konfliktursachen in Kooperationen dar.

Aufgrund der großen Bedeutung zwischenmenschlicher Probleme kommt der Wahl des Partners eine sehr zentrale Bedeutung zu. Sehr viele der antwortenden Landwirte empfehlen eine sorgfältige Planung der Kooperation und weisen zwischenmenschlichen Aspekten eine bedeutende Rolle in der Zusammenarbeit zu. Dieser Meinung sind auch FISEL UND HETZNER (6, S. 26). Sie raten bei der Suche nach einem geeigneten Partner für die Gründung einer Kooperation nicht vorschnell oder aus Bequemlichkeit zu handeln. Auch KLISCHAT UND KLISCHAT (12, S. 91) empfehlen allen Beteiligten, sich intensiv mit der eigenen Situation (Stärken und Schwä-

chen, Wert- und Zielvorstellungen), mit dem Partner und den künftigen Veränderungen auseinanderzusetzen. Ebenso wie die antwortenden Landwirte der vorliegenden Untersuchung empfiehlt auch PFADLER (19, S. 48), sich bei der Gründung nicht nur auf ökonomische Überlegungen zu beschränken, sondern auch soziale Bedürfnisse und Ziele zu berücksichtigen. Denn wie in dieser Untersuchung mehrfach aufgezeigt ist, spielen zwischenmenschliche Beziehungen in Kooperationen eine mindestens ebenso wichtige Rolle wie die wirtschaftliche Kompatibilität. Die meisten Kooperationen sind eine Bindung auf Zeit. Einige der antwortenden Landwirte in der vorliegenden Untersuchung empfehlen deswegen, schon bei der Gründung an die Trennung zu denken und diesbezüglich Regelungen im Vertrag zu dokumentieren. Dieses Ergebnis wird durch BERG et al. (2, S. 163) bestätigt. Ihrer Meinung nach dienen Auflösungsregeln zur Absicherung der Kooperationspartner. Auch SCHNEEMANN (26, S. 116) unterstützt die Handlungsempfehlungen der Landwirte. Er empfiehlt, dass die Partner gemeinsame Regeln für den Ablauf der Auflösung festlegen sollten und Vorbereitungen für „das Leben danach“ treffen müssen. In diesem Sinne sind Übernahmevereinbarungen für die Anlagegüter zu treffen. Nach DOLUSCHITZ (4, S. 396) kann bei einer einvernehmlichen Trennung durch mehrjährige Planungshorizonte ein gleitender, dynamischer Prozess eingeleitet werden, zudem sollte rechtzeitig eine Investitionskarenz eingeleitet werden.

7. Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund verschärfter Wettbewerbsbedingungen sowie eines steigenden Preis- und Kostendrucks für landwirtschaftliche Betriebe und den immer höheren Anforderungen bezüglich Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz, stehen landwirtschaftliche Betriebe zunehmend vor der Frage, wie sie auch in Zukunft noch erfolgreich wirtschaften können. Eine Möglichkeit, um auf die sich ändernden Rahmenbedingungen zu reagieren, kann die Zusammenarbeit mehrerer Landwirte in Form von Kooperationen sein.

Im vorliegenden Beitrag werden Voraussetzungen, Vorteile und Problemfelder landwirtschaftlicher Kooperationen behandelt. Mithilfe einer empirischen Untersuchung wird die Bedeutung dieser Aspekte in der Praxis untersucht. Es werden außerdem Lösungsansätze und Handlungsempfehlungen für kooperationswillige Landwirte erarbeitet, um Probleme in Kooperationen zu vermeiden bzw. zu lösen.

Bei der Etablierung von Kooperationen ist besonders darauf zu achten, eine Vorbereitungsphase einzuplanen und den Partner sehr sorgfältig auszuwählen. Für die Zusammenarbeit ist unbedingt ein Kooperationsvertrag abzuschließen, um im Falle einer Auflösung größere Schäden zu vermeiden. Dieser sollte auch Vereinbarungen im Hinblick auf eine mögliche Auflösung enthalten. Es ist darauf zu achten, finanzielle Aspekte wie die Faktorentlohnung, Gewinn- und Verlustverteilung und Bewertung fair und transparent zu regeln und schriftlich zu dokumentieren. Zudem sollten die Aufgaben- und Verantwortungsbereiche gegenseitig und einvernehmlich abgestimmt werden. Für die Zeit der Gründung und auch im späteren Verlauf der Zusammenarbeit sollten bei Konflikten rechtzeitig kompetente Berater konsultiert werden. Regelmäßige sowie situationsabhängige Besprechungstermine sind einzuplanen und eine hinreichend intensive Kommunikation sollte gewährleistet sein.

Literatur

1. AUGUSTIN, D., 1994: Rechtsformen für Kooperationen in der Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung steuerlicher Aspekte. Dissertation. Shaker Verlag, Aachen.
2. BERG, E., TRENKEL, H., LÜTTGENS, B., GRIENBERGER, R., MÖLLER, K., REINDERS, M., 2001: Motivation, Zielsetzung und innere Organisation von Betriebsgesellschaften in der Landwirtschaft. In: Betriebsgesellschaften in der Landwirtschaft – Chancen und Grenzen im Strukturwandel. Band 15 der Schriftenreihe der Landwirtschaftlichen Rentenbank. Frankfurt/M., S. 141-178.
3. BLÄSI, W., STRÜMPFEL, J., 2001: Betriebsgesellschaften in der Landwirtschaft – dargestellt am Beispiel ausgewählter Thüringer GbR. In: Betriebsgesellschaften in der Landwirtschaft – Chancen und Grenzen im Strukturwandel. Band 15 der Schriftenreihe der Landwirtschaftlichen Rentenbank. Frankfurt/M., S. 99-140.
4. DOLUSCHITZ, R., 2001: Kooperationen in der Landwirtschaft. In: Berichte über Landwirtschaft, Hrsg.: BMELV, Band 79, S. 375-398.
5. DOLUSCHITZ, R., 1997: Unternehmensführung in der Landwirtschaft. Ulmer Verlag, Stuttgart.
6. FISEL, T., HETZNER, E., 2005: Wichtige Schritte auf dem Weg zur Kooperation. In: Kooperationen gründen und erfolgreich führen. KTBL-Schrift Nr. 433. Darmstadt, S. 15-43.
7. HAAG, G., 2002: Erfahrungen aus der Praxis – Gemeinsame schlagübergreifende Bewirtschaftung. In: Durch Partnerschaft zum Erfolg. KTBL-Sonderveröffentlichung 040. Darmstadt, S. 36-39.
8. HERMANN, B., 2005a: Was braucht Zusammenarbeit? In: Kooperationen gründen und erfolgreich führen. KTBL-Schrift Nr. 433. Darmstadt, S. 61-65.
9. HERMANN, B., 2005b: Konflikte lösen statt vermeiden. In: Kooperationen gründen und erfolgreich führen. KTBL-Schrift Nr. 433. Darmstadt, S. 109-113.
10. HERMANN, B., 2005c: Was können Beraterinnen und Berater in der Unterstützung von Kooperationen leisten? In: Kooperationen gründen und erfolgreich führen. KTBL-Schrift Nr. 433. Darmstadt, S. 44-51.
11. INFORMATION.MEDIEN.AGRAR E.V. (I.M.A.), 2009: Agrimente 2009. Zahlen, Daten, Fakten zur deutschen Landwirtschaft. URL: [http://www.ima-agrar.de/Pressemitteilungeneinzeln.prmitteilung-einzeln.0.html?&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=18&cHash=39ec7934a5](http://www.ima-agrar.de/Pressemitteilungeneinzeln.prmitteilung-einzeln.0.html?&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=18&cHash=39ec7934a5). (Zugriff am 4. August 2009).
12. KLISCHAT, U., KLISCHAT, U., 2005: Mensch, Partner, Betrieb – Problemfelder in Kooperationen. In: Kooperationen gründen und erfolgreich führen. KTBL-Schrift Nr. 433. Darmstadt, S. 87-108.
13. KLISCHAT, U., KLISCHAT, U., HABERMANN, I., 2001: Erfolgsbestimmende Faktoren in landwirtschaftlichen Kooperationen aus der Sicht von Betroffenen. In: Betriebsgesellschaften in der Landwirtschaft – Chancen und Grenzen im Strukturwandel. Band 15 der Schriftenreihe der Landwirtschaftlichen Rentenbank. Frankfurt/M., S. 180-220.
14. LINK, H., 1995: Kooperationen in der landwirtschaftlichen Produktion. Ulmer Verlag, Stuttgart.
15. LIPS, M., PULFER, I., 2009: Kooperationsformen mit leichten Ausstiegsmöglichkeiten. Effizienzgewinn ohne Neuinvestitionen oder Eigentumsübertragung. ART-Bericht Nr. 706, Forschungsanstalt Agroscope Reckenholz-Tänikon ART, Ettenhausen (CH).
16. MANN, K. H., MUZIOL, O., 2001: Darstellung erfolgreicher Kooperationen und Analyse der Erfolgsfaktoren. In: Betriebsgesellschaften in der Landwirtschaft – Chancen und Grenzen im Strukturwandel. Band 15 der Schriftenreihe der Landwirtschaftlichen Rentenbank. Frankfurt/M., S. 55-97.
17. MEISTER, A., 2005: Was sollte geregelt sein, bevor es los geht? In: Kooperationen gründen und erfolgreich führen. KTBL-Schrift Nr. 433. Darmstadt, S. 66-73.

18. MÖHRING, A., PULFER, I., 2008: Das Image von Betriebsgemeinschaften aus der Sicht von Beratungs- und Lehrkräften. ART-Bericht Nr. 695, Forschungsanstalt Agroscope Reckenholz-Tänikon ART, Ettenhausen (CH).
19. PFADLER, W. 2002a: Gründung und Begleitung von Kooperationen für die Außenwirtschaft. In: Durch Partnerschaft zum Erfolg. KTBL-Sonderveröffentlichung 040. Darmstadt, S. 48-52.
20. PFADLER, W. 2002b: Wirtschaften wie im Großbetrieb, aber wie? In: Durch Partnerschaft zum Erfolg. KTBL-Sonderveröffentlichung 040. Darmstadt, S. 7-8.
21. PULFER, I. 2007: Das Image von Betriebsgemeinschaften. Befragung von Betriebsleiterschüler und -innen und einer repräsentativen Stichprobe von Deutschschweizer Bauern. ART-Bericht Nr. 692, Forschungsanstalt Agroscope Reckenholz-Tänikon ART, Ettenhausen (CH).
22. PULFER, I., MÖHRING, A., 2007: Was führt zur Auflösung von Betriebsgemeinschaften? In: AG-RARForschung 14 (10), S. 502-507.
23. PULFER, I., MÖHRING, A., LIPS, M., 2006: Umfrage bei Betriebsgemeinschaften. Eine erfolgreiche Kooperationsform. ART-Bericht Nr. 660, Forschungsanstalt Agroscope Reckenholz-Tänikon ART, Ettenhausen (CH).
24. Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL), 2007: Landwirtschaft, Umwelt und Gesellschaft – Blick 2020. Informationsveranstaltung Nossen, 5. September 2007. URL: http://www.smul.sachsen.de/landwirtschaft/download/agrarpolitik/Gesamtueberblick_Landwirtschaft_Umwelt_und_Gesellschaft_Blick2020.pdf. (Zugriff am 1. August 2009).
25. SCHMIDT, D. O., 1997: Unternehmenskooperationen in Deutschland – Verbreitung und Voraussetzungen. Dissertation. Wiesbaden.
26. SCHNEEMANN, R., 2005: Wenn Trennung die beste Lösung ist. In: Kooperationen gründen und erfolgreich führen. KTBL-Schrift Nr. 433. Darmstadt, S. 114-127.
27. SCHNELL, R., HILL, P., ESSER, E., 2005: Methoden der Empirischen Sozialforschung. 7. Auflage. Oldenbourg Verlag, München.
28. SCHWERDTLE, J. G., 2001: Betriebsgesellschaften in der Landwirtschaft. In: Betriebsgesellschaften in der Landwirtschaft – Chancen und Grenzen im Strukturwandel. Band 15 der Schriftenreihe der Landwirtschaftlichen Rentenbank. Frankfurt/M., S. 7-53.
29. SPANDAU, P., 2002: Gründung und Begleitung von Kooperationen in der Tierhaltung. In: Durch Partnerschaft zum Erfolg. KTBL-Sonderveröffentlichung 040. Darmstadt, S. 53-56.
30. TANGERMANN, S., 2009: Die EU-Agrarpolitik nach 2013: Vom decoupling zum targeting? Vortrag Hauptseminar der Agrarökonomie, Universität Hohenheim, 30. April 2009.
31. WALTER, D., PULFER, I., MÖHRING, A., 2007: Wie unterscheiden sich erfolgreiche, weniger erfolgreiche und aufgelöste Betriebsgemeinschaften? Ergebnisse der Befragung von 30 Betrieben. ART-Bericht Nr. 679, Forschungsanstalt Agroscope Reckenholz-Tänikon ART, Ettenhausen (CH).
32. WESCHE, R., 2002: Achten Sie auf die passende Kooperationsform. In: Durch Partnerschaft zum Erfolg. KTBL-Sonderveröffentlichung 040. Darmstadt, S. 18-28.
33. WÜST, S., 2005: Spezielle Belange von Maschinengemeinschaften. In: Kooperationen gründen und erfolgreich führen. KTBL-Schrift Nr. 433. Darmstadt, S. 132-165.

2.2.2 Stand, Entwicklung und Perspektiven der Nebenerwerbslandwirtschaft – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in Baden-Württemberg aus dem Jahr 2012

Status: Veröffentlicht, Bd. 91(3), 2013, S. 1-26.
DOI: <http://dx.doi.org/10.12767/buel.v91i3.33.g86>.

Journal: Berichte über Landwirtschaft.

Autoren: Schmid, K.; Laven, P. und Doluschitz, R.

Dieser Beitrag ist so oder in so ähnlicher Form veröffentlicht in Berichte über Landwirtschaft, Band 91(3) im Jahr 2013 auf S. 1-26. Der dazugehörige DOI lautet: <http://dx.doi.org/10.12767/buel.v91i3.33.g86>.

Stand, Entwicklung und Perspektive der Nebenerwerbslandwirtschaft

- Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in Baden-Württemberg aus dem Jahr 2012 –

VON KATHARINA SCHMID, PAMELA LAVÈN UND REINER DOLUSCHITZ, Hohenheim

1 Einleitung

1.1 Problemstellung

Die nebenberufliche Landwirtschaft hat in Deutschland eine lange Tradition. Etwa jedes zweite landwirtschaftliche Einzelunternehmen in Deutschland wird im Nebenerwerb bewirtschaftet (vgl. 1, S.36). Die Schwankungen zwischen den Bundesländern sind zum Teil erheblich, so liegt der Anteil der landwirtschaftlichen Einzelunternehmen im Nebenerwerb in Schleswig-Holstein und Niedersachsen lediglich unter 40 %, während in Baden-Württemberg, Hessen, Saarland und Sachsen über 60 % im Nebenerwerb bewirtschaftet werden (vgl. 8). Die Persistenz dieser sozioökonomischen Erwerbsform ist eng mit dem Strukturwandel in der Landwirtschaft verbunden. Der permanente strukturelle Anpassungsprozess an dynamische sich ändernde Rahmenbedingungen führt zu einem starken Rückgang der Anzahl der Betriebe. Davon sind sowohl Haupt- als auch Nebenerwerbsbetriebe betroffen (vgl. 26, S. 6).

Dessen ungeachtet findet die Nebenerwerbslandwirtschaft in der Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit wenig Beachtung (vgl. 14, S. 47). Der Begriff „Nebenerwerbslandwirtschaft“ wird gewissermaßen als „negativer Begriff [verwendet], der lediglich die Haupterwerbstätigkeit ausschließt“ (25, S. 66). Dies hat mehrere Ursachen. Für Ökonomen ist die Nebenerwerbslandwirtschaft nicht oder nur bedingt mit der gängigen mikroökonomischen Annahme der Nutzen- und Gewinnmaximierung vereinbar. Die Nebenerwerbslandwirtschaft gilt demnach oftmals als unrentabel und nicht wirtschaftlich. Sie wird daher partiell „nicht als echte Einkommensquelle, sondern als kostspieliges Hobby oder historisches Relikt“ (26, S. 6) bezeichnet. Für die Politik und Gesellschaft ist die Nebenerwerbslandwirtschaft zusätzlich zu dem bereits angeführten wirtschaftlichen Argument auch daher nicht von großem Interesse, da die Nebenerwerbsbetriebe zwar gemäß der Zahl der Betriebe dominieren, aber für die „Produktionsleistung nur eine untergeordnete Bedeutung [haben]. [...] nur knapp ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten

Fläche im Land“ (18, S. 36) wird von Nebenerwerbsbetrieben bewirtschaftet, bei den Tierbeständen sind die Anteile noch deutlich geringer.

Die Forschung hat sich in der Vergangenheit vergleichsweise selten mit der Untersuchung der Dauerhaftigkeit von Nebenerwerbsbetrieben beschäftigt. Ausschlaggebend für die Durchführung solcher Studien war die weit verbreitete Annahme, dass es sich bei dieser Erwerbsform lediglich um eine Übergangsform handelt. Sie wird daher oft als „Einstieg in den Ausstieg“ bezeichnet. Diese Hypothese konnte jedoch bereits von SCHWENNINGER (20) und STREIFFELER (24) entkräftet werden. Die Tatsache, dass die Nebenerwerbslandwirtschaft heutzutage eine dauerhafte Betriebsform darstellt – meist über Generationen hinweg – ist bestätigt und in der Wissenschaft anerkannt. Auch die Erkenntnis, dass „diese Form der Landbewirtschaftung in Betriebsgrößen hineinwächst, die früher eindeutig als Haupterwerbsbetriebe galten“ (17, S. 10) zeugt von der Entwicklungsfähigkeit und Persistenz dieser Erwerbsform.

Nebenerwerbslandwirte sind andererseits Menschen, deren Wirken Anerkennung verdient. Sie bewirtschaften ihren landwirtschaftlichen Betrieb mit einer hohen Arbeitsbelastung neben der außerlandwirtschaftlichen, hauptberuflichen Tätigkeit. Die Herausforderungen, die dabei entstehen, werden in der Regel von der ganzen Familie geschultert und bewältigt. Alle Familienmitglieder bringen sich in der Regel bei der Verrichtung der landwirtschaftlichen Arbeit mit ein und repräsentieren somit noch den klassischen Familienbetrieb. In gewisser Weise bildet diese traditionelle Erwerbsform somit einen Gegenpol zu den „zunehmend wachstumsorientierten Haupterwerbsbetrieben“ und ist, insbesondere aufgrund ihrer Beiträge für die Erhaltung unserer Kulturlandschaft, durchaus erhaltenswert. Darüber hinaus leistet die Nebenerwerbslandwirtschaft umfangreiche weitere Beiträge für die Erhaltung „lebendiger“ ländlicher Räume (vgl. 1, S. 36).

Der Vorsitzende des Fachausschusses „Nebenerwerbslandwirtschaft und Erwerbskombination“ des Deutschen Bauernverbands RÄPPEL beschreibt die Bedeutung dieser Erwerbsform wie folgt: „Nebenerwerbslandwirtschaft steht für bäuerliches Eigentum und leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft. Sie ermöglicht und sichert Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft in den Dörfern. Die Nebenerwerbslandwirtschaft ist essentieller Bestandteil der deutschen Landwirtschaft und des ländlichen Raumes“ (16).

1.2 Zielsetzung

Im Mittelpunkt dieser Forschungsarbeit aus dem Institut für landwirtschaftliche Betriebslehre der Universität Hohenheim steht die Untersuchung der Situation und der Perspektiven der Ne-

benerwerbslandwirtschaft in Baden-Württemberg. In diesem Bundesland gehört die Nebenerwerbslandwirtschaft aufgrund der früheren Realteilung, die zu kleinstrukturierten Betrieben führte, seit vielen Jahrzehnten als fester Bestandteil zur Agrarstruktur. Auch die vorliegenden externen Faktoren wirken positiv auf die Gründung bzw. Übernahme eines Nebenerwerbsbetriebs in Baden-Württemberg. Als Beispiel ist eine verbreitet überdurchschnittlich hohe außerlandwirtschaftliche Wirtschaftskraft, verbunden mit in aller Regel ausreichend verfügbaren und gut bezahlten außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen, zu nennen, welche durch die weit gefächerte gewerbliche Durchdringung des ländlichen Raumes in Baden-Württemberg gegeben ist (vgl. 22, S. 21).

Die dennoch rückläufige Entwicklung bei der Anzahl der Nebenerwerbsbetriebe gibt zudem Anlass für diese Studie. In der vorliegenden Untersuchung soll der Schwerpunkt deshalb auf folgender Fragestellung liegen: Hat die Nebenerwerbslandwirtschaft in Deutschland eine Zukunft? Dies soll am Beispiel des Bundeslandes Baden-Württemberg erforscht werden.

Mit Hilfe der folgenden Forschungsfragen soll eine Beantwortung der oben genannten Leitfrage ermöglicht werden:

- Sind die Betriebsleiter mit ihrer derzeitigen Situation bezüglich der Betriebsorganisation und den äußeren Rahmenbedingungen zufrieden?
- Welche Entwicklungs- und Zukunftsperspektiven sehen sie für ihre jeweiligen Betriebe?

2 Grundlagen

2.1 Der Begriff Nebenerwerbslandwirtschaft

Der Begriff Nebenerwerbslandwirtschaft wird je nach Einstellung, Intention und Fachwissen des Anwenders unterschiedlich interpretiert. In der wissenschaftlichen Diskussion und in der Öffentlichkeit wird dieser Fachausdruck oftmals als ein „negativer Begriff [verwendet], der lediglich die Haupterwerbstätigkeit ausschließt“ (25, S. 66). Unter Experten wird die Nebenerwerbslandwirtschaft „als eine Erwerbsform [charakterisiert], bei der die Landwirte neben dem landwirtschaftlichen Erwerb mindestens einem weiteren nicht landwirtschaftlichen Erwerb nachgehen“ (9, S. 15). Die oben angeführten Auslegungen des Begriffs Nebenerwerbslandwirtschaft verdeutlichen die voneinander abweichenden Abgrenzungen in der Literatur. Ganz allgemein bedeutet die Bewirtschaftung eines Nebenerwerbsbetriebs, dass die Nebenerwerbslandwirte neben der Bewirtschaftung ihres Betriebs eine außerlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit

haben, der sie hauptberuflich nachgehen. Demzufolge bedeutet Nebenerwerbslandwirtschaft „auf dem Hof zu leben- aber nicht vom Hof leben zu müssen“ (17, S. 3).

Bei der offiziellen Definition der Nebenerwerbslandwirtschaft wurden im Laufe der Jahre mehrmalige Veränderungen vorgenommen. Die europäische Definition wurde im Jahr 2003 eingeführt. Nach dieser Bestimmung gelten landwirtschaftliche Einzelunternehmen ab 2 Hektar (ha), mit weniger als 1 Arbeitskraft (AK) als Nebenerwerbsbetrieb. Als weiteres Merkmal ist die Höhe des Gesamtstandarddeckungsbeitrags – gemessen in europäischer Größeneinheiten (EGE) - für die Einteilung ausschlaggebend. In einem Nebenerwerbsbetrieb sollte dieser mehr als 8 EGE und weniger als 16 EGE (1 EGE entspricht 1200 €) betragen. Als Nebenerwerbsbetrieb wird seit 2007 derjenige Betrieb der Rechtsform Einzelunternehmen erfasst, „[...] in dem das Einkommen des Betriebsinhabers und (ggf. seines Ehegatten) aus außerbetrieblichen Quellen höher ist als das Einkommen aus betrieblichen Quellen“ (23).

Die oben beschriebenen Veränderungen bei der Klassifikation der Erwerbsformen haben zur Folge, dass die statistischen Zahlen von Nebenerwerbsbetrieben aufgrund der unterschiedlichen Erfassungsgrenzen nicht uneingeschränkt miteinander vergleichbar sind. PITSCH (13, S. 2) verdeutlicht diese Schwierigkeiten im Umgang mit den statistischen Daten bezüglich der variablen Erfassungsgrenzen.

2.2 Bedeutung der Nebenerwerbsbetriebe in Baden-Württemberg im Vergleich

In Baden-Württemberg ist der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe mit 62,5 Prozent deutlich höher als der Bundesdurchschnitt von 54,7 Prozent (vgl. 12, S. 30; 21, S. 38). Mit anderen Worten, die Nebenerwerbsbetriebe in Baden-Württemberg sind den Haupterwerbsbetrieben zahlenmäßig deutlich überlegen. In folgender Tabelle werden die bundeslandspezifisch unterschiedlichen Anteile der Nebenerwerbsbetriebe an den Gesamtzahlen von Einzelunternehmen sowie deren Anteil an der insgesamt bewirtschafteten Fläche deutlich.

Tabelle 1: Nebenerwerbslandwirtschaft in Deutschland – Bundeslandspezifische prozentuale Anteile der Nebenerwerbsbetriebe und durch sie bewirtschaftete Flächen

	Anteil der Nebenerwerbsbetriebe (in %) an den landw. Einzelunternehmen insg. (2010)	Anteil der durch NE bewirtschafteten LF an der gesamten LF (in %)
Baden-Württemberg	62	36
Bayern	49	29
Brandenburg	60	23
Hessen	68	41
Mecklenburg-Vorpommern	54	19
Niedersachsen	38	13
Nordrhein-Westfalen	46	25
Rheinland-Pfalz	53	30
Saarland	65	37
Sachsen	62	26
Sachsen-Anhalt	50	18
Schleswig-Holstein	35	16
Thüringen	58	15
Deutschland	50	25

Quelle: eigene Darstellung; (nach 8).

Aufgrund der vorherrschenden Realteilung und den verbreitet schwierigen Produktionsbedingungen sind die Nebenerwerbsbetriebe in Baden-Württemberg klein strukturiert. Vor allem im Produktionsschwerpunkt Ackerbau sind die Nebenerwerbsbetriebe mit einem Anteil von 80 Prozent an der Gesamtbetriebszahl sehr stark vertreten. Ähnlich verhält es sich im Futterbau mit 70 Prozent. In den Bereichen Gartenbau (80 %) sowie Dauerkulturen (70 %) sind hingegen die Haupterwerbsbetriebe dominant (vgl.18, S. 36).

Allerdings haben die Nebenerwerbsbetriebe „in Bezug auf die Produktionsleistung im Land eine vergleichsweise untergeordnete Bedeutung“ (18, S. 36), wie in folgender Tabelle dargestellt:

Tabelle 2: Produktionsleistung des Nebenerwerbs in Baden-Württemberg (anteilig)

Produktionsleistungseinheit	Bewirtschaftungs- bzw. Viehhaltungsanteil des NE am Gesamtbestand in %
Gesamte LF	35,9
Ackerland	33,8
Dauergrünland	38,5
Rinder	26,0
Milchkühe	16,3
Schweine	18,3

Quelle: eigene Darstellung; (nach 8).

3 Methodik

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurde eine empirische Erhebung zur Situation der Nebenerwerbslandwirtschaft in Baden-Württemberg durchgeführt. Im Fokus steht hierbei das Ziel, die Wirtschaftlichkeit, Persistenz, Zufriedenheit der Betriebsleiter sowie die Entwicklungs- und Zukunftsperspektiven von Nebenerwerbsbetrieben zu erfassen. Zu diesem Zweck wurde eine schriftliche Befragung von aktiven Nebenerwerbslandwirten mittels eines standardisierten Fragebogens durchgeführt.

Der Fragebogen umfasste 39 Fragen und war inhaltlich in drei Themenblöcke gegliedert:

- Fragen zum Betrieb
- Fragen zur Betriebswirtschaft
- Fragen zum Nebenerwerb

Mit dem Ziel, die Ausfallquote möglichst gering zu halten, wurde der Fragebogen als ein übersichtliches – in kurzer Zeit bearbeitbares - Faltblatt mit sechs Spalten im Din A4 Format gestaltet. Dem Fragebogen wurden zudem ein Begleitschreiben sowie ein adressierter und frankierter Rückumschlag beigelegt. Dem Zeitalter der modernen Kommunikationstechnologien angepasst und davon ausgehend, dass ein Großteil der Betriebe mit entsprechender IT-Infrastruktur ausgestattet ist, wurde auch eine online-Version des Fragebogens zur Verfügung gestellt.

3.3 Stichprobe und Durchführung der Befragung

Die schriftliche Befragung zufällig ausgewählter Nebenerwerbslandwirte in Baden-Württemberg wurde über einen Zeitraum von sechs Wochen (Anfang März bis Mitte April 2012) mit Unterstützung des Landesbauernverbandes Baden-Württemberg durchgeführt.

Der Landesbauernverband Baden-Württemberg hat Mitglieder in den Regierungsbezirken Nordbaden, Nord- und Südwestfalen. Die Untersuchung konzentrierte sich deshalb auf die Regionen der 24 Kreisbauernverbände in den oben genannten Gebieten. Als wünschenswertes Ziel für ein repräsentatives Ergebnis sind 200 beantwortete und an der Universität eingegangene Fragebögen angesetzt. Als realisierbar eingeschätzte Rücklaufquote wurden 30 % angenommen. Hierauf basierend wurden 610 Fragebögen an Nebenerwerbslandwirte versandt. Die Zustellung erfolgte am 22. Februar 2012 zunächst über den zentralen Verteiler des Landesbauernverbandes Baden-Württemberg an die jeweiligen Kreisgeschäftsstellen. Dabei wurden die Fragebögen – prozentual nach jeweiligen Mitgliederzahlen aufgeteilt – an die 24 Kreisgeschäftsstellen geschickt, mit der Bitte, die Fragebögen innerhalb einer Woche (bis zum 29. Februar 2012) an ihre aktiv im Nebenerwerb wirtschaftenden Kreisbauernverbandsmitglieder weiterzuleiten.

Bis zum Einsendeschluss am 18. März 2012 war ein Rücklauf von 26,2 Prozent an der Universität Hohenheim eingegangen. Eine Nachfassaktion verlängerte die Rücklaufzeit um weitere drei Wochen. Die endgültige Rücklaufquote war mit 33,4 Prozent (absolut 204 Fragebögen) höchst zufriedenstellend.

3.4 Auswertungsmethodik

Die Daten der eingegangenen Fragebögen wurden mit dem Statistikprogramm SPSS 20 erfasst und ausgewertet. Dabei wurden die Daten zur Vereinfachung der Auswertung teilweise klassifiziert, um sie übersichtlicher zu gestalten. Für die Auswertung wurden univariate Verfahren wie Häufigkeitsverteilungen sowie Berechnungen von Mittelwerten, Median, Spannweiten und Standardabweichungen angewandt. Darüber hinaus wurden bivariate Methoden (Kreuztabellen) zur Analyse von Zusammenhängen zwischen den Variablen verwendet.

Des Weiteren erfolgte zur Überprüfung der Zusammenhänge bei den nominal skalierten Variablen der Chi-Quadrat Test nach Pearson auf der Basis einer 5-prozentigen Irrtumswahrscheinlichkeit.

4 Ergebnisse

4.1 Aktueller Stand der untersuchten Nebenerwerbsbetriebe

Bei den erfassten Nebenerwerbsbetrieben handelt es sich um klassische Familienbetriebe, die in Baden-Württemberg aufgrund der eher kleinbäuerlichen Strukturen eine große Rolle spielen. In den Familien auf Nebenerwerbsbetrieben ist die soziale Form der „Großfamilie“ deutlich erkennbar. In den meisten Haushalten leben 4 (30,3 %) oder 5 (24,9 %) Personen zusammen. Durchschnittlich leben im Bundesdurchschnitt 3,71 Personen in einem Haushalt.

Das Alter der befragten Betriebsleiter beträgt im Durchschnitt 45 Jahre. Von den 199 Betriebsleitern, die bezüglich ihres Alters Angaben machten, sind 22 (11,1 %) der befragten Betriebsleiter jünger als 35 Jahre, 91 (45,7 %) sind zwischen 35 und 49 Jahre alt und 88 (44,2 %) Betriebsinhaber sind 50 Jahre und älter.

Den natürlichen Gegebenheiten in Baden-Württemberg angepasst, haben sich die meisten der befragten Nebenerwerbslandwirte auf die Produktionsschwerpunkte Ackerbau und Futterbau spezialisiert. Nur in den Gebieten, die den anspruchsvollen Standortbedingungen für einen Anbau von Sonder- und Dauerkulturen genügen, findet man auch diesen Produktionsschwerpunkt (siehe Abb.1).

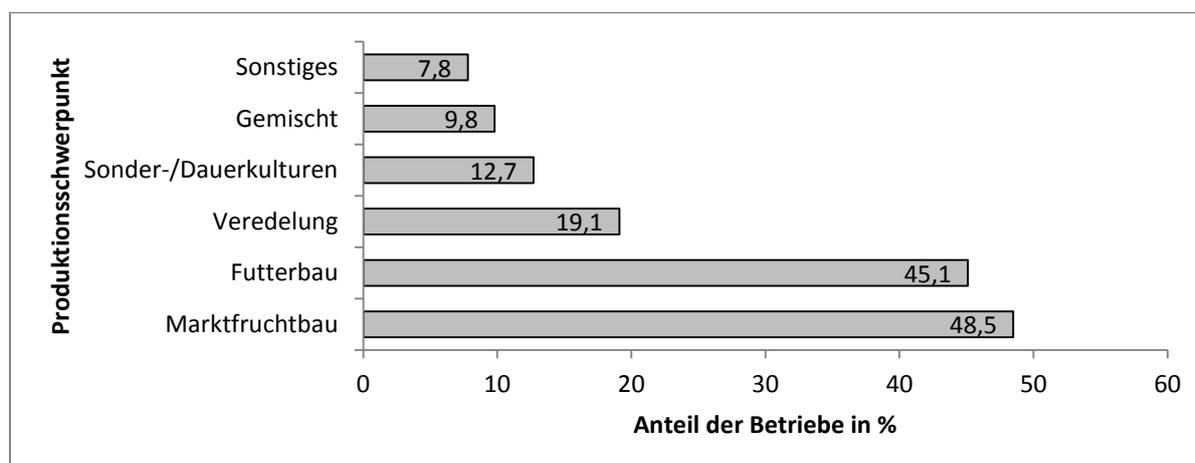


Abb. 1. Verteilung der NE-Betriebe auf die Produktionsschwerpunkte

Quelle: eigene Darstellung (N=204, Mehrfachnennung möglich).

60 Prozent der 204 untersuchten Betriebe betreiben Viehhaltung. Die Besatzdichte ist jedoch geringer als bei Haupterwerbsbetrieben. Die durchschnittlichen GVE pro Betrieb liegen bei 21 und der durchschnittliche Viehbestand bei 67,3 GVE/100 ha. In den 122 Betrieben mit klassischer Viehhaltung (Rind, Schwein) dominiert die Rinderhaltung mit 69,7 Prozent. Auf 35 Betrieben (30,3 %) werden Zucht- bzw. Mastsauen gehalten.

Bei der Untersuchung der Tierhaltungszweige war eine Mehrfachnennung seitens der Betriebsleiter möglich. Die Angaben der Betriebsleiter lieferten folgendes Ergebnis: Bei den Betrieben mit Schweinehaltung halten 16 von 35 (45,7 %) Betrieben Zuchtsauen und 29 (82,9 %) Betriebe haben sich auf die Schweinemast konzentriert. Bei den Betrieben mit Rinderhaltung setzen die Nebenerwerbslandwirte ihren Schwerpunkt auf arbeitsextensivere Viehhaltungsformen. Viele Betriebe haben sich im Zuge der Anpassung auf arbeitswirtschaftlich weniger aufwendige Betriebszweige wie Mutterkuhhaltung und Rinder- und Bullenmast spezialisiert. In 44 der 87 (50,6 %) Betrieben wird Mutterkuhhaltung, in 64 (73,6 %) Betrieben Rinder-/Bullenmast und auf 59 (67,8 %) Betrieben Kälberaufzucht durchgeführt. Lediglich in 26 (29,9 %) Betrieben ist die sehr arbeitsintensive und deutlich zeitgebundene Milchviehhaltung zu finden.

Bei der Ausstattung mit Produktionsfaktoren sind die untersuchten Nebenerwerbsbetriebe den Haupterwerbsbetrieben unterlegen. Dies führt aber nicht zwingend zu der Folgerung, dass diese Betriebe nicht wirtschaftlich handeln.

Die untersuchten Nebenerwerbsbetriebe sind in der Regel kleine Betriebe. 42 Prozent der untersuchten Betriebe bewirtschaften eine Fläche bis 20 ha. Weitere 42 Prozent verfügen über eine Flächenausstattung von 21 bis 50 ha. Die durchschnittliche Fläche der Nebenerwerbsbetriebe beträgt 33,2 ha. Die oftmals angenommene extensivere Bewirtschaftungsweise kann nur für die Produktionsschwerpunkte „Futterbau“ (52,6 %) und „Gemischt“ (70 %) bestätigt werden. In den untersuchten Nebenerwerbsbetrieben werden die bewirtschafteten Flächen hauptsächlich intensiv bis mäßig extensiv genutzt. Es ist ein Trend dahin gehend zu beobachten, dass mit zunehmender Betriebsgröße der Anteil der intensiven Bewirtschaftung steigt. Eine sehr extensive Bewirtschaftung wird dagegen kaum (2,2 %) betrieben.

Dies verstärkt die Annahme, dass die Nebenerwerbslandwirte ihre zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren in erster Linie mit dem Ziel der Einkommensgenerierung aus der Landwirtschaft einsetzen. Dieser Tatbestand widerlegt die Annahme, dass die Landwirtschaft von Betriebsleitern im Nebenerwerb mit der Einstellung geführt wird, sie sei ein „teures Hobby“.

Produktionsfaktor Maschinen

Die für die Bewirtschaftung der Flächen notwendigen Maschinen erwerben die Nebenerwerbslandwirte überlegt. Die Mehrheit der Nebenerwerbsbetriebe hat im Wesentlichen die Grundausstattung an Geräten in ihrer Maschinenausstattung im Eigentum. So sind in 132 Betrieben (64,7 %) Sämaschinen und in 134 Betrieben (65,7 %) Geräte zur Bodenbearbeitung im Anlagevermögen des Betriebes vorhanden. Die Geräte zur Bestandspflege bzw. Ernte, die in durch-

schnittlichen Nebenerwerbsbetrieben nicht ausgelastet werden können bzw. sehr kapitalaufwendig sind, werden hingegen nur von wenigen Nebenerwerbsbetrieben selbst im Eigentum geführt. Eigentum von Erntemaschinen gaben 94 Betriebsleiter (46,1 %) an. Lediglich in jedem dritten Betrieb (31,9 %) sind Geräte zur Bestandspflege vorhanden. Dafür werden die entsprechenden überbetrieblichen Dienstleistungen in Anspruch genommen. Die Grundausrüstung (Sämaschine, Geräte zur Bodenbearbeitung) ist im Schnitt wesentlich älter als die Geräte zur Bestandspflege und die Erntemaschinen. Dies lässt darauf schließen, dass die Grundausrüstung wie Sämaschinen und Bodenbearbeitungsgeräte häufig von der Elterngeneration übernommen wurden und aufgebraucht werden.

Produktionsfaktor Arbeitskraft

Der Umfang der betrieblichen Wochenarbeitszeit der befragten Nebenerwerbslandwirte ist davon abhängig, ob auf dem Betrieb Tiere zu versorgen sind. Auf die Frage, wie viele Stunden die Betriebsleiter in ihren landwirtschaftlichen Betrieben verbringen, antworteten 193 Nebenerwerbslandwirte. Von den insgesamt 52 Betriebsleitern, die bis zu 10 Stunden pro Woche in die Verrichtung landwirtschaftlicher Tätigkeiten investieren, haben 34 (65,4 %) Betriebsinhaber keine Viehhaltung. Bei einer betrieblichen Wochenarbeitszeit von 11 bis 20 Stunden haben 48 von 72 (66,7 %) Betriebsleitern Tiere in ihren Ställen. Noch deutlicher wird die höhere Arbeitszeit in viehhaltenden Betrieben bei der Betrachtung der Wochenarbeitszeit von 21 bis 40 Stunden. In diesem Arbeitszeitbereich haben 3 von 4 Betriebsleitern Viehhaltung. Die höchst genannte Arbeitszeit von mehr als 40 Stunden gaben insgesamt 6 Betriebsleiter an, wobei jeweils 3 Betriebsinhaber Viehhaltung bzw. keine Viehhaltung betreiben (siehe Abb.2).

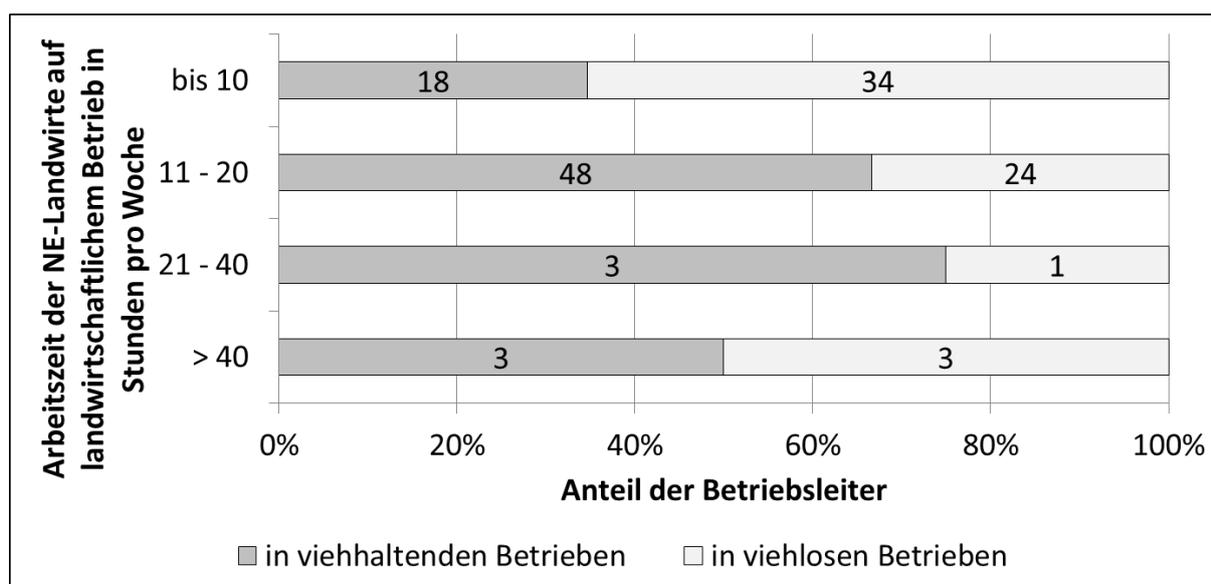


Abb. 2. Viehhaltung in Abhängigkeit von betrieblicher Wochenarbeitszeit

Quelle: eigene Darstellung (N=193).

Insgesamt machten 178 Betriebsleiter bezüglich der Frage, wie viele Personen außer ihnen im landwirtschaftlichen Betrieb arbeiten, Angaben. Dem Betriebsleiter hilft auf 84 (47,2 %) Betrieben eine weitere Familienarbeitskraft. Zwei zusätzliche Familienangehörige unterstützen den Betriebsinhaber auf 66 (67,1 %) Betrieben. Von 26 (14,6 %) Nebenerwerbslandwirten werden 3 mitarbeitende Personen genannt. Auf 2 (1,1 %) Betrieben helfen 4 Personen bei der Verrichtung der landwirtschaftlichen Aufgaben mit. Meist handelt es sich bei den mithelfenden Familienangehörigen um den Ehepartner (57,4 %), Eltern (43,6 %) oder Kinder (34,3 %). Fremdpersonal wie z.B. Saisonarbeitskräfte beschäftigen nur sehr wenige Nebenerwerbsbetriebe.

Bei der Betrachtung der wöchentlichen Arbeitszeit der zusätzlichen Arbeitskräfte bringen sich die Eltern der Betriebsleiter mit durchschnittlich 17,2 Stunden pro Woche am stärksten ein, gefolgt von den EhepartnerInnen mit 12,7 Stunden. Haben sich die Betriebsleiter für die Beschäftigung von Saisonarbeitskräften entschieden, so arbeiten diese durchschnittlich 18,5 Stunden pro Woche auf dem Nebenerwerbsbetrieb. In viehhaltenden Betrieben werden alle Familienangehörigen jeweils anteilmäßig mehrere Stunden pro Woche in der Tierhaltung beschäftigt. Besonders hoch ist die wöchentliche Arbeitszeit der Eltern in Sonder- und Dauerkulturen und in der Schweinehaltung. Die Verwandtschaft (meist der Bruder des Betriebsleiters) hilft hauptsächlich bei der Rinderhaltung mit. Der höchste Umfang an Fremdarbeitskräften wird auf Betrieben mit Sonder- und Dauerkulturen wegen der dort ausgeprägten saisonalen Arbeitsspitzen eingesetzt.

Produktionsfaktor Kapital

Durchschnittlich über alle Befragten beträgt der Anteil des Einkommens aus der Landwirtschaft am Gesamteinkommen der Betriebsleiter und ihrer Familie 27,1 Prozent (N=176). Für 52 Betriebsleiter (29,5 %) stellt das landwirtschaftliche Einkommen einen geringen Anteil von 0 bis 10 Prozent am Gesamteinkommen dar. Einen mittleren Anteil des landwirtschaftlichen Einkommens am Gesamteinkommen zwischen 11 und 30 Prozent gaben 69 Nebenerwerbslandwirte (39,2 %) an. Vor allem in den Produktionsschwerpunkten Marktfruchtbau, Futterbau, Gemischt und Sonstiges ist das landwirtschaftliche Einkommen von mittlerer Bedeutung. Für 55 Betriebsinhaber (31,3 %) – im Wesentlichen in der Veredelung - ist das landwirtschaftliche Einkommen von hoher Bedeutung. 50 Prozent der Betriebsleiter von Veredelungsbetrieben im Nebenerwerb schätzten den Anteil des Einkommens aus dem landwirtschaftlichen Betrieb höher als 30 Prozent ihres Gesamteinkommens.

Teilnahme an Förderprogrammen

Nebenerwerbslandwirte haben wie Haupterwerbslandwirte die Möglichkeit EU-Subventionen in Anspruch zu nehmen und an Förderprogrammen teilzunehmen. Oftmals erhält ein Betrieb Förderung durch mehrere Förderprogramme. Von den befragten Betriebsleitern beziehen 191 der 199 (96,0 %) Nebenerwerbslandwirte finanzielle Mittel aus mehr als einem Förderprogramm. Die Betriebsprämie nehmen 182 von 199 (91,4 %) Betriebsleiter in Anspruch. Des Weiteren werden das Agrar-Umwelt-Programm des Landes Baden-Württemberg MEKA von 167 (83,9 %), die Agrardieselvergütung von 156 (78,4 %) und die Ausgleichszulage Landwirtschaft von 137 (68,8 %) Nebenerwerbslandwirten in Anspruch genommen. Die Förderung im Rahmen des Öko-Landbaus bzw. das Agrarinvestitionsförderprogramm wird selten beansprucht (siehe Abb.3).

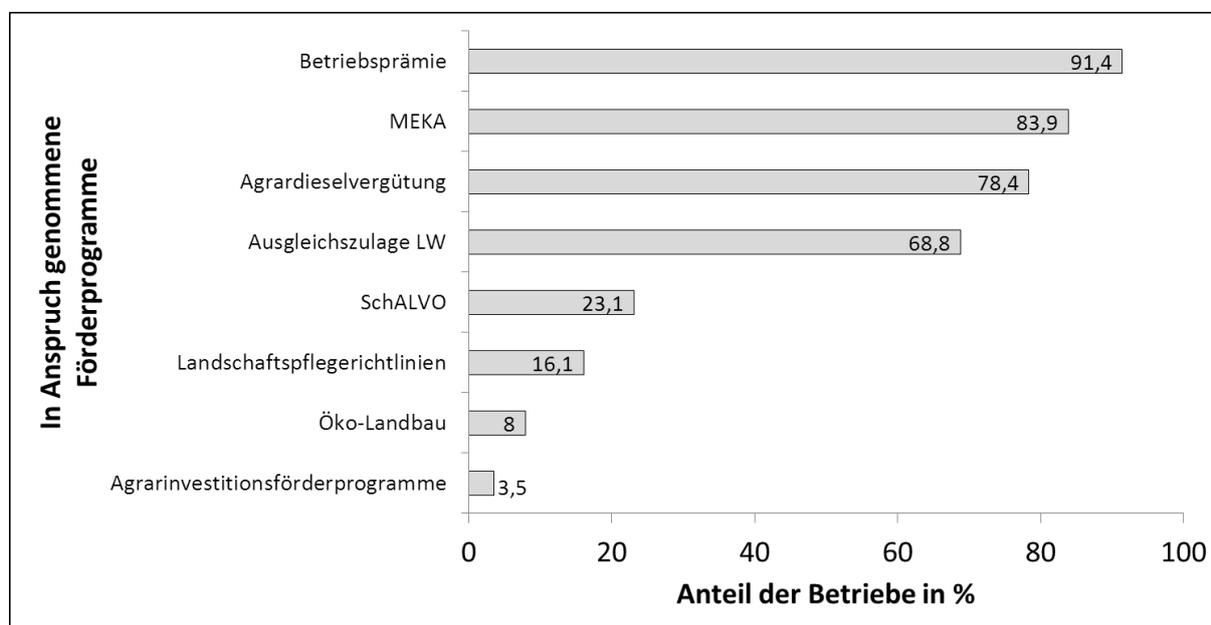


Abb.3. Inanspruchnahme der einzelnen Förderprogramme durch Nebenerwerbslandwirte
Quelle: eigene Darstellung (N=199, Mehrfachnennungen möglich).

Betrachtet man das Investitionsverhalten in Abhängigkeit von der Betriebsgröße ist festzustellen, dass vor allem in Betrieben unter 20 ha LF regelmäßig oder zumindest gelegentlich Investitionen von außerlandwirtschaftlichem Kapital erfolgen (80 % der Betriebe). Auffällig ist, dass mit zunehmender Betriebsgröße (in ha LF) die Investition von außerlandwirtschaftlichem Einkommen in den Nebenerwerbsbetrieb sukzessive abnimmt. In Betrieben über 100 ha LF investieren nur ca. 40 % der befragten Betriebsleiter gelegentlich oder regelmäßig außerlandwirtschaftliches Einkommen in den Nebenerwerbsbetrieb.

Mit ihrem Haupteinkommen können Nebenerwerbslandwirte in Krisenzeiten somit „schlechte Jahre“ auffangen, was zur Dauerhaftigkeit dieser Erwerbsform beiträgt. 63,7 Prozent der Betriebsleiter haben ihren landwirtschaftlichen Betrieb von einer früheren Generation übernommen (siehe Abb. 4).

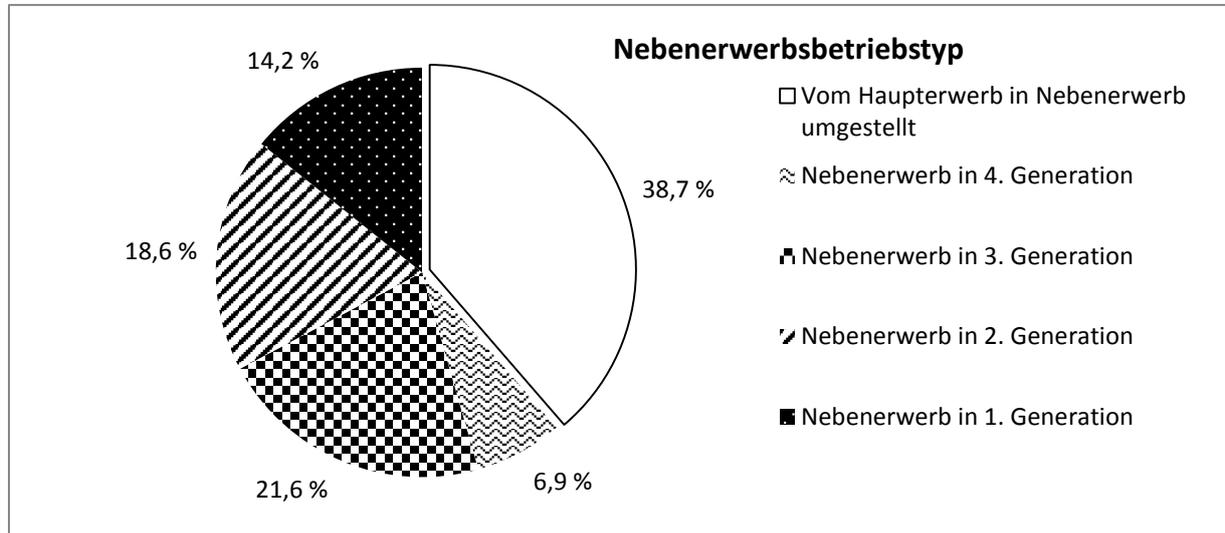


Abb. 4. Anteile Betriebstypen nach Generationsdauern

Quelle: eigene Darstellung (N=204).

Die befragten Nebenerwerbslandwirte selbst wünschen sich ebenfalls, dass der Betrieb von einer nächsten Generation weitergeführt wird. Es wird damit nicht die Absicht erkennbar, dass sie in dieser Betriebsform nur eine Übergangslösung bis zum endgültigen Ausstieg aus der Landwirtschaft sehen. Vielmehr leitet sich hier die Annahme ab, dass sie sich mit dieser Betriebsform dauerhaft arrangiert haben. Wie zufrieden sie mit ihrer Lage sind und welche Beweggründe für die Fortführung des Betriebes sprechen, wird im folgenden Kapitel 4.2 näher erläutert.

Fazit zum Themenkomplex: Wirtschaftlichkeit und Persistenz

- Das landwirtschaftliche Einkommen stellt mit durchschnittlich 27,1 Prozent einen mittleren Anteil am Gesamteinkommen der Betriebsleiter dar.
- Leiter von Nebenerwerbsbetrieben handeln rational und es ist eine Gewinnerzielungsabsicht erkennbar.
- Unterstützung des Betriebsleiters durch Familienangehörige bei der Verrichtung der landwirtschaftlichen Tätigkeit (klassischer Familienbetrieb).
- Die befragten Nebenerwerbslandwirte führen ihren Betrieb bis in die 4. Generation.
- ➔ Insgesamt ist beim Nebenerwerb in Baden-Württemberg von einer dauerhaften Betriebsform auszugehen.

4.2 Zufriedenheit mit der Situation als Nebenerwerbslandwirt

Eine Mehrheit von 117 von 194 (60 %) der antwortenden Betriebsleiter gab an, mit ihrer Situation als Nebenerwerbslandwirt zufrieden zu sein.

Vereinbarkeit von Hauptberuf und Landwirtschaft

Die Zufriedenheit der Nebenerwerbslandwirte hängt unter anderem davon ab, wie gut sich die Landwirtschaft mit einer außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit vereinbaren lässt.

Auf die Frage, welche Beschäftigungsmöglichkeiten sich den Nebenerwerbslandwirten im außerlandwirtschaftlichen Bereich bieten, stuften nur 23 der 204 (11,3 %) Betriebsleiter das Angebot als schwierig ein und 69 (33,8 %) Betriebsleiter gaben an, dass kaum Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen. Für die Einschätzung der Betriebsleiter, wie die Chancen für eine außerlandwirtschaftliche Beschäftigung in den folgenden Bereichen stehen, resultierte folgendes Ergebnis: In der Industrie sehen 35,3 Prozent der Betriebsleiter gute Möglichkeiten, im Handwerk 25,1 Prozent, im Kommunalbereich 24,2 Prozent und im Dienstleistungssektor 15,3 Prozent. In der Industrie werden demzufolge die besten Chancen gesehen.

In den untersuchten Regionen Baden-Württembergs sind außerlandwirtschaftliche Beschäftigungsmöglichkeiten durchaus gegeben. Dies wird auch aus den Angaben der Betriebsleiter bezüglich ihrer momentanen Beschäftigung ersichtlich. Der größte Anteil der befragten Personen verdient das außerlandwirtschaftliche Einkommen in Vollzeitbeschäftigung (durchschnittlich 38 Stunden pro Woche) in der Industrie (43,5 %) oder als Angestellter (27,2 %) (siehe Abb. 5).

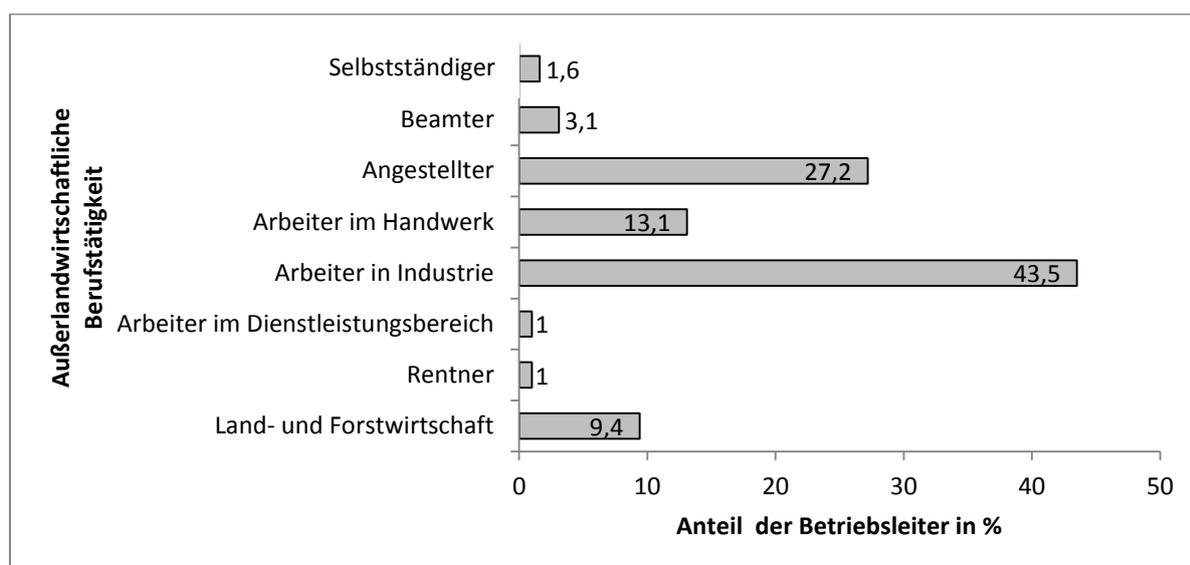


Abb. 5. Häufigkeiten ausgewählter Berufstätigkeiten von Leitern von Nebenerwerbsbetrieben
Quelle: eigene Darstellung (N=191).

Die Mehrheit der Nebenerwerbslandwirte (90,5 %) stuft ihre Arbeitsstelle außerdem als sicher ein. Daher liegt die Gewissheit vor, dass der außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit längerfristig in Kombination mit den Anforderungen des landwirtschaftlichen Betriebes nachgegangen werden kann. Die meisten (75,8 %) Betriebsleiter haben in einem Umkreis von 1-20 km von der Hofstelle eine Erwerbstätigkeit angenommen. Der durchschnittliche Anfahrtsweg zu den jeweiligen außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen beträgt 16,5 km (N=185). Diese geringe Distanz zwischen Arbeitsplatz und Hofstelle ist wichtig, um den Zeitverlust in Form von Wegezeiten zu minimieren und in dringenden Situationen möglichst schnell an der Hofstelle eintreffen zu können. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes einerseits und die sehr gute Erreichbarkeit des landwirtschaftlichen Betriebes andererseits sind maßgeblich für den Grad der Zufriedenheit der Betriebsinhaber. Diese Zufriedenheit lässt sich aus der Aussage der Nebenerwerbslandwirte ableiten, dass die meisten von ihnen (53 %) die momentane außerlandwirtschaftliche Tätigkeit so belassen möchten wie sie ist.

Wie geschildert kann eine Vollzeitanstellung außerhalb der Landwirtschaft offenbar sehr gut mit der Landwirtschaft in Einklang gebracht werden. Die dafür erforderliche Umstrukturierung und Optimierung ist eine hierfür notwendige Maßnahme, die von vielen Betriebsleitern vorgenommen wird. Im Zuge dieses Anpassungsprozesses des landwirtschaftlichen Betriebs an eine außerlandwirtschaftliche Tätigkeit haben sich viele Nebenerwerbslandwirte für die Inanspruchnahme von überbetrieblichen Dienstleistungen entschieden, die meist von Lohnunternehmen ausgeführt werden. Dabei handelt es sich vor allem um solche Arbeiten, die zum einen für die Nebenerwerbslandwirte zu einer enormen Entlastung in den Arbeitsspitzen führen. Zum anderen aber auch um Tätigkeiten, für die sich eine Anschaffung eigener Maschinen aufgrund einer zu geringeren Auslastung nicht lohnen würde. Die folgende Tabelle zeigt die Anteile überbetrieblicher Arbeitserledigung bei 149 antwortenden Betriebsleitern, Mehrfachnennungen waren möglich. (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Anteile überbetrieblicher Arbeitserledigung nach Arbeitsgängen

Arbeitsgänge	Anzahl Betriebe (absolut)	Anteil der Betriebe (in %)		Lohn-unter-nehmer	Kollege/ Nachbar	Ma-schi-nen-ring	Haupt-er-werbs-be-trieb
Mähdreschen	107	71,8	davon in % :	58,9	30,8	1,9	8,4
Pressen	60	40,3	davon in % :	68,3	25	0	6,7
Silieren	26	17,4	davon in %:	65,4	19,2	3,8	11,5
Zuckerrübenernte	13	8,7	davon in %:	53,8	7,7	38,5	0
Mais häckseln	11	7,4	davon in %:	100	0	0	0
Mais säen	10	6,7	davon in %:	60	40	0	0
Säen	10	6,7	davon in %:	60	20	10	10
Silageballen	10	6,7	davon in %:	50	30	10	10
Spritzen	8	5,4	davon in %:	25	37,5	12,5	25
Düngen	8	5,4	davon in %:	12,5	37,5	25	25
Zuckerrüben säen	5	3,4	davon in %:	20	80	0	0

Quelle: eigene Darstellung (N=149, Mehrfachnennung möglich).

Diejenigen Nebenerwerbslandwirte, die ergänzend zur Grundausrüstung Geräte (z.B. Feldspritze) besitzen, sehen daher ihre Chance darin, ebenfalls überbetriebliche Arbeiten (z.B. Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln) anzubieten.

Eine weitere Möglichkeit der Fixkostenreduzierung sehen die Nebenerwerbslandwirte in der Zusammenarbeit mit Haupterwerbsbetrieben, insbesondere solchen mit Biogasanlagen. Kooperationen werden z.B. durch Maschinengemeinschaften, Zusammenarbeit bei Ackerbau und Futterwerbung oder durch gemeinsamen Betriebsmitteleinkauf sowie Nachbarschaftshilfe eingegangen. Diese Gemeinschaftsarbeiten mit Haupterwerbsbetrieben scheinen von Nebenerwerbslandwirten als Vorteil angesehen zu werden. In der Gruppe derjenigen Nebenerwerbslandwirte, die bereits eine Kooperation eingegangen sind (21,5 %), sind hauptsächlich befragte Betriebsleiter zu finden, die mit ihrer Situation als Nebenerwerbslandwirt zufrieden sind. Diejenigen, die mit ihrer momentanen Situation unzufrieden sind, ziehen als Lösungsansatz eine Kooperation in Erwägung und gaben an, eine solche zu planen. In folgender Tabelle werden die bereits mit Haupterwerbsbetrieben kooperierenden Nebenerwerbsbetriebe hinsichtlich ihrer Zusammenarbeit aufgezeigt.

Tabelle 4: Kooperation mit Haupterwerbsbetrieben

Anteil an der Gesamtzahl der untersuchten Betriebe in %	21,5
davon in %:	
Zusammenarbeit mit Biogasbetrieb	27,3
Maschinen	22,7
Pflanzenproduktion	20,5
Futterwerbung	15,9
Betriebsmitteleinkauf	6,8
Nachbarschaftshilfe	6,8

Quelle: eigene Darstellung (N=44, Mehrfachnennung möglich).

Motive für die Bewirtschaftung eines Nebenerwerbsbetriebs

Einfluss auf die Ausprägung der Zufriedenheit haben auch die jeweiligen Beweggründe für die Bewirtschaftung des landwirtschaftlichen Betriebs. Bei der Befragung der Betriebsleiter nach deren Motiven für die Bewirtschaftung eines Nebenerwerbsbetriebs zusätzlich zu ihrer außerlandwirtschaftlichen Haupttätigkeit, gaben die Betriebsinhaber folgendes an:

Trotz der extremen Arbeitsbelastung und der hohen Fixkosten sind die befragten Nebenerwerbslandwirte sehr zufrieden mit ihrer derzeitigen Situation. Neben den zuvor genannten Anpassungsmaßnahmen haben die immateriellen Beweggründe für die Weiterführung des Nebenerwerbsbetriebes eine hohe Bedeutung. So dominiert hier vor allem die Freude an der Landwirtschaft und die Möglichkeit, auf dem Betrieb – im Gegensatz zur außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit- sein „eigener Herr“ zu sein. Ökonomische Motive wie die Sicherheit eines Zweiteinkommens spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Vielmehr begründen zahlreiche Betriebsleiter die Tätigkeit in der Landwirtschaft mit dem Argument, dass die Arbeit an der frischen Luft ein geeigneter Ausgleich zur Angestelltentätigkeit im Hauptberuf bietet. Die Selbstständigkeit ist für viele Betriebsinhaber neben dem Grund, den Betrieb aus Traditionsbewusstsein fortzuführen, ein weiteres dominierendes Motiv. Weitgehend einig waren sich die Nebenerwerbslandwirte auch in der Verneinung der weitläufig gängigen Annahme, dass sie ihren Betrieb nur als Übergang in den Ausstieg aus der Landwirtschaft führen. Des Weiteren erhoben sie Einspruch bezüglich der Vermutung, dass sie durch ihre außerlandwirtschaftliche Anstellung zeitlich nicht ausgelastet sind und diese freie Zeit in dem Betrieb nutzen wollen bzw. können. Auf eine ebenso eindeutige Ablehnung stieß auch die Annahme, dass die Betriebsleiter den Betrieb vom Nebenerwerb in den Haupterwerb umstellen wollen (siehe Abb. 6).

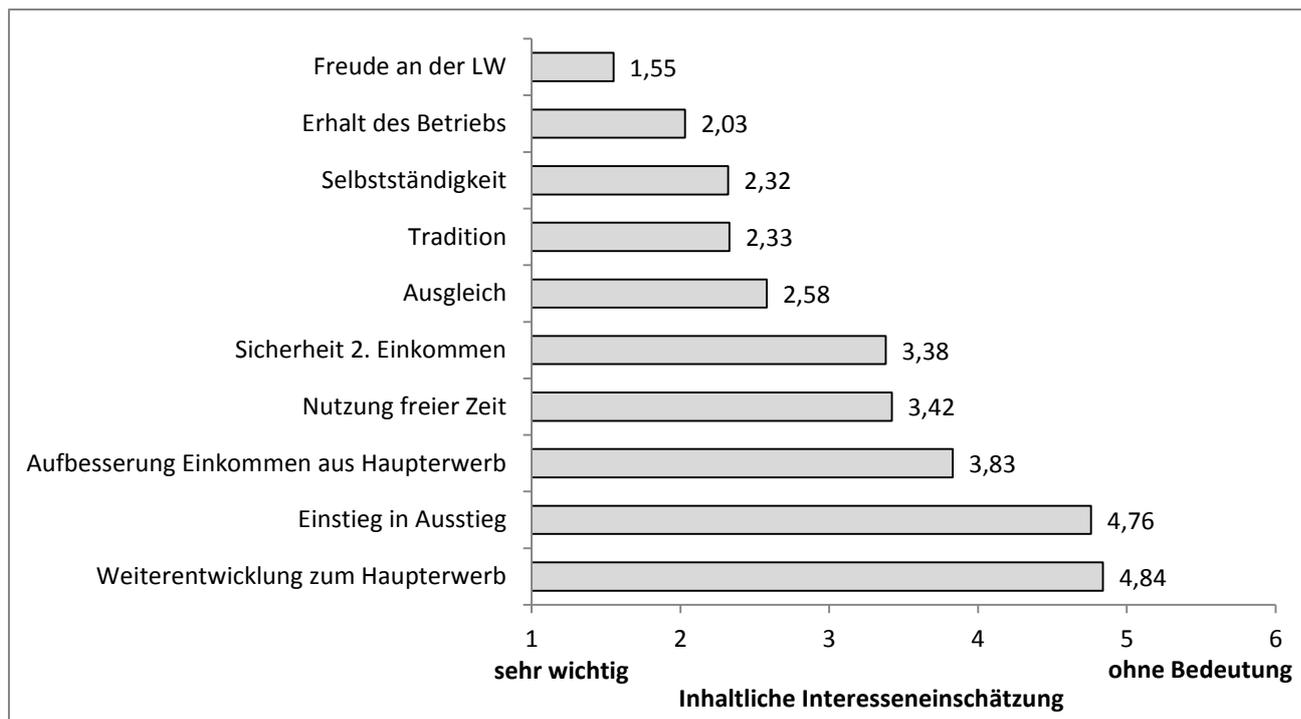


Abb. 6. Motive für die Aufrechterhaltung des Betriebs einer Nebenerwerbslandwirtschaft nach jeweiliger Bedeutung (Mittelwerte der Gesamtstichprobe)

Quelle: eigene Darstellung (N=204).

Auf die Frage, ob sie rückblickend nochmals einen Nebenerwerbsbetrieb gründen bzw. übernehmen würden, gaben 51,9 Prozent der Befragten an, dass sie nochmals so entscheiden würden. All dies lässt darauf schließen, dass die Nebenerwerbslandwirte mit ihrer Situation zufrieden sind.

Verbesserungsvorschläge für die Politik seitens der Nebenerwerbslandwirte

Dennoch hat auch die Bewirtschaftung eines landwirtschaftlichen Betriebes im Nebenerwerb eine Kehrseite. Die im Folgenden genannten Anmerkungen seitens der Nebenerwerbslandwirte unterscheiden sich vermutlich nicht bzw. wenig von denjenigen im Haupterwerb. Sie können eher als eine allgemeine Unzufriedenheit der Landwirte aufgefasst werden. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass sich Nebenerwerbslandwirte durchaus rational verhalten. So äußerten die Nebenerwerbslandwirte besonders ihren Unmut über die vielen Auflagen und Aufzeichnungspflichten, denen sie nachkommen müssen. Denn wie die Haupterwerbsbetriebe unterliegen auch die Nebenerwerbsbetriebe den gesetzlichen Vorgaben z.B. der Düngeverordnung, SchALVO oder den Vorschriften des MEKA, etc. Antworten auf offene Fragen wie z.B. „mas-

sive Reduzierung von Bürokratie“, „weniger irrsinnige Vorschriften“, „Zurückfahren staatlicher Bevormundung“, „weniger Gängelung in der Produktion“ und „mehr unternehmerischer Spielraum“ veranschaulichen dies.

Auch die als gering empfundene Wertschätzung der Landwirtschaft in der Öffentlichkeit und die allgemein unbefriedigenden Preise für Nahrungsmittel wurden oftmals erwähnt. So wünscht ein befragter Nebenerwerbslandwirt, „die Landwirtschaft in ein besseres Licht zu rücken“. Vor allem, dass für die Landwirtschaft „nicht nur Skandale für Schlagzeilen sorgen, sondern auch positive Imagepflege betrieben wird“. Ein großer Anteil der befragten Personen schließt sich dieser Forderung an und wünscht sich mehr Unterstützung, z.B. durch Öffentlichkeitsarbeit. Ziel dieser Kampagne sollten die Kommunikation und Anerkennung der Leistungen der heimischen Landwirtschaft in der Gesellschaft sein. Nebenerwerbslandwirte haben eine große Bedeutung, u.a. für die Erhaltung unserer Kulturlandschaft und den Erholungsraum, aber auch für die Herstellung regionaler Produkte. Zudem merken die befragten Nebenerwerbslandwirte an, dass sich diese Anerkennung in besseren Preisen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse ausdrücken sollte, sodass die Betriebe von ihrer Arbeit leben können und nicht von Subventionen am Leben erhalten werden müssen.

Trotz der allgemeinen Kritik vieler Betriebsleiter, dass sie auf „Subventionen“ angewiesen sind, nehmen grundsätzlich alle befragten Leiter der Nebenerwerbsbetriebe Förderprogramme in Anspruch. Sie sehen diese Gleichstellung mit ihren haupterwerblich wirtschaftenden Kollegen – denen kein zusätzliches außerlandwirtschaftliches Einkommen zur Verfügung steht – als gerechtfertigt an. Hinsichtlich der Förderpolitik haben viele Nebenerwerbslandwirte das Gefühl, gegenüber ihren haupterwerblich wirtschaftenden Kollegen benachteiligt zu werden. Vor allem die Tatsache, dass die Höhe der Direktzahlung pro Betrieb an dessen Größe gekoppelt ist, wird scharf kritisiert. Nach Meinung der Nebenerwerbslandwirte werden durch dieses Verfahren kleinere Betriebe benachteiligt. In ihrer Argumentation profitieren Haupterwerbsbetriebe dadurch, dass diese Betriebe in ihrer Betriebsgröße deutlich den Nebenerwerbsbetrieben überlegen sind und deshalb mehr „Zuschuss“ bekommen. Zum anderen haben größere Betriebe ohnehin schon den Vorteil, Degressionseffekte ausnutzen zu können. Als beispielhafte Anmerkungen der Befragten zu entsprechenden offenen Fragen, werden genannt, „den Fokus nicht nur auf Größeneinheiten zu legen“ und eine „Deckelung der Direktzahlungen an Großbetriebe“ zu erwirken.

Die oben angesprochenen Gesichtspunkte zeugen von der Tatsache, dass sich die Höhe der Direkt- und Ausgleichszahlungen zwischen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben beträchtlich unterscheiden kann. In den nun folgenden Aspekten fühlen sich die Nebenerwerbsbetriebe oftmals deshalb benachteiligt, weil sie an den dafür erforderlichen Voraussetzungen scheitern.

- **Investitionsförderung:** Qualifikationsnachweis als Zugangsvoraussetzung erforderlich. *Problem:* ungefähr jeder dritte befragte Betriebsleiter hat keine landwirtschaftliche Ausbildung.
- **Bauen im Außenbereich:** Nach §35 BauGB muss der Betrieb „von einem sachkundigen Leiter“ mit einem „spürbaren wirtschaftlichen Nutzen“ (2) geführt werden. *Problem:* s.o.
- **Landwirtschaftliche Alterskasse:** Beitrittspflicht für Ehegatten, möglicherweise übersteigt die Beitragshöhe den landwirtschaftlichen Gewinn, sodass die Beträge aus außerlandwirtschaftlichen Einkünften gezahlt werden müssen.

Ebenfalls ein großes Anliegen von Nebenerwerbslandwirten ist es, dass Planungssicherheit durch klare Rahmenbedingungen und verlässliche politische Entscheidung gewährleistet werden sollte. Die Nebenerwerbslandwirte erleben die stetig vorgenommenen Änderungen in der Agrarpolitik – nach Ablauf einer Regierungsperiode oder Förderperiode - eher als erschwerend. Die befragten Betriebsinhaber sind sich ihrer schwierigen Situation angesichts des stetigen Strukturwandels und des zunehmenden Wettbewerbsdrucks bewusst. So wurde z.B. der Vorschlag geäußert, eine gezielte Förderung bei Investitionen „fitter“ Nebenerwerbslandwirte sowie bessere Information über mögliche Förderprogramme einzuführen. Im Zentrum dieser Maßnahmen sollte die Absicht stehen, „dem Höfesterben entgegenzuwirken“ und „die kleineren Betriebe zu unterstützen, damit diese nicht noch mehr sterben“ und somit auch für die nachfolgende Generation interessant bleiben und fortgeführt werden. Die befragten Betriebsleiter sind sich aber auch der Leistungen bewusst, die sie für die Gesellschaft erbringen. So fordern sie, dass die „Arbeit bezahlt sein sollte, denn der Nebenerwerb muss lohnend bleiben“, eine „Aufwertung der Nebenerwerbslandwirte“, die unter anderem den „Erhalt von Weilern und Gehöften“ gewährleisten. Im Rahmen der Befragung kamen zudem folgende Wünsche zum Ausdruck: „Bessere Honorierung der Nebenerwerbler, da die Betriebe mit einer hohen Arbeitsbelastung geführt werden“ und dass „kleine Landwirte nicht vergessen [werden sollten], die die Flächen bewirtschaften, die für die „Großen“ nicht wirtschaftlich sind“ sowie der dringliche Wunsch als „Landwirt ernstgenommen zu werden“.

Möglichkeiten zum Entgegenwirken auf diese geäußerte Unzufriedenheit sehen Nebenerwerbslandwirte nur durch die Politik und Gesellschaft zu verwirklichen. Hier wünschen sich die Nebenerwerbslandwirte vor allem mehr Unterstützung und Wertschätzung ihrer erbrachten Leistungen, die zu oft als selbstverständlich angesehen werden. Einige Defizite können die Nebenerwerbslandwirte auch selbst beseitigen. So versuchen bspw. diejenigen Betriebsleiter, die mit ihrer momentanen Situation unzufrieden sind, durch Investitionen eine Optimierung herbeizuführen und aktiv an ihrer unbefriedigenden Lage etwas zu ändern. Grundsätzlich gilt, dass nur

Betriebsleiter, die mit ihrer Situation zufrieden sind und die Absicht haben, den landwirtschaftlichen Betrieb über eine längere Zeit weiter zu bewirtschaften, Investitionen in ihren Betrieb tätigen. In welcher Höhe und mit welchen finanziellen Mitteln sie die Investitionen durchführen, wird in den folgenden Abschnitten sowie in Tabelle 5 dargestellt.

Der Großteil der befragten Betriebsleiter verzichtet bei Investitionen auf den ausschließlichen Einsatz von Fremdkapital und die damit verbundenen Kosten. Lediglich 4 von 174 (2,3 %) Betriebsinhabern teilten mit, dass sie ihre Investition hauptsächlich durch Fremdkapital finanzieren. Bei der Finanzierung der Investitionen überwiegt die Verwendung von einer Kombination aus Eigen- und Fremdkapital, dies gaben 97 von 174 (55,7 %) Nebenerwerbslandwirte an. 73 (42 %) Nebenerwerbslandwirte investieren in dem Umfang, in dem ein hinreichender Eigenkapitalanteil zur Verfügung steht und verwenden daher ausschließlich Eigenkapital zur Finanzierung ihrer Investition.

Tabelle 5: Finanzierung der getätigten Investition

Finanzierungsart	Antworten absolut	Antworten in %
Fremdkapital	4	2,3 %
Eigen- und Fremdkapital	97	55,7 %
Eigenkapital	73	42 %

Quelle: eigene Darstellung (N=174).

Aus den Angaben der befragten Nebenerwerbslandwirte in dieser Untersuchung wird ersichtlich, dass 3 von 4 Betriebsleitern in den letzten 5 Jahren mindestens eine Investition in ihren landwirtschaftlichen Betrieb getätigt haben. 142 von 190 (74,7 %) Betriebsleitern haben in dem genannten Zeitraum durchschnittlich eine Summe von 93 264 Euro investiert. Für Maschinen werden durchschnittlich 58 915 Euro und für Wirtschaftsgebäude 97 486 Euro ausgegeben. Da bei den Angaben bezüglich der Höhe des Investitionsvolumens große Spannweiten ersichtlich wurden, ist der Median, der nicht so anfällig gegenüber Extremwerten ist, als geeignete Maßzahl anzusehen. Der Median der Investition, die über den betrachteten Zeitraum von 5 Jahren getätigt wurde, beträgt 58 000 Euro. In der Rubrik Wirtschaftsgebäude entfallen 40,5 Prozent der genannten Investitionen auf den Bau von Maschinenhallen. Bei der Investition in Maschinen überwiegt mit 45,3 Prozent der Kauf von Schleppern. Dies lässt darauf schließen, dass die Nebenerwerbslandwirte ihre übrigen vorhandenen Geräte über lange Zeit nutzen bzw. bei kapitalintensiven Anschaffungen bzw. den Geräten, die im Nebenerwerbsbetrieb nicht ausgelastet

werden, auf andere Alternativen als den Kauf zurückgreifen. Betrachtet man die zwei Bereiche „Wirtschaftsgebäude“ (57,1 %) und „Maschinen“ (82,1 %) bei den getätigten Investitionen näher (Mehrfachnennung möglich), so wird deutlich, dass im Vergleich mehr in die Anschaffung von Maschinen investiert wird.

Fazit zum Themenkomplex: **Zufriedenheit der Betriebsleiter**

- Zwei von drei Betriebsleitern sind zufrieden.
- Spezialisierung und Inanspruchnahme von überbetrieblichen Dienstleistungen ermöglichen Arbeitsentlastung und Kostenreduktion auch in Nebenerwerbsbetrieben.
- Eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Landwirtschaft durch günstige Verhältnisse bei den Rahmenbedingungen für eine außerlandwirtschaftliche Beschäftigung ist mehrheitlich gegeben.
- Immaterielle Motive sind „Hauptantrieb“ für Gründung und Erhaltung von Nebenerwerbsbetrieben.
- Gezielter Verbesserungsbedarf besteht bei den gegebenen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.
- Nebenerwerbslandwirte wünschen sich mehr Unterstützung und Anerkennung ihrer Leistung.

4.3 Entwicklungs- und Zukunftsperspektiven

Eines der bedeutendsten Ziele von Nebenerwerbslandwirten ist es, den Betrieb langfristig zu bewirtschaften. Die meisten Nebenerwerbslandwirte haben sich über die zukünftige Ausrichtung ihres Betriebes Gedanken gemacht, um auch in Zukunft weiterhin erfolgreich bestehen zu können und damit eine Perspektive zu haben. Die in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen werden im Folgenden näher erläutert:

Von den befragten Nebenerwerbslandwirten haben die meisten Betriebsleiter sich im Rahmen einer Ausbildung das nötige Fachwissen für eine erfolgreiche Betriebsführung angeeignet. Dies ist wichtig, um die Wettbewerbsfähigkeit durch hohe Erträge, gute Qualitäten und ein kostenorientiertes Management erhalten zu können. Daher haben sich viele Betriebsleiter bereits in eine gute Ausgangslage gebracht, in der sie sich für die kommenden Herausforderungen gut gerüstet sehen.

Aus Abbildung 7 wird ersichtlich, dass die Betriebsleiter, die an dieser Befragung teilgenommen haben, über ein ausreichendes Fachwissen verfügen. So kann angenommen werden, dass ihre Betriebe aufgrund der vorhandenen Kenntnisse für eine erfolgreiche Bewirtschaftung eine

Perspektive bieten. Es haben 128 der 203 (63,1 %) antwortenden Nebenerwerbslandwirte eine landwirtschaftliche Qualifikation vorzuweisen. 83 von 203 (40,9 %) haben eine landwirtschaftliche Ausbildung abgeschlossen. Über einen höheren Abschluss, wie z.B. den Wirtschaftler, verfügen 9 (4,4 %) Betriebsinhaber. Eine erfolgreiche Meisterprüfung können 15 (7,4 %) Betriebsleiter vorweisen und den Technikerabschluss haben 4 (2 %) Betriebsinhaber abgeschlossen. Für ein Agrarstudium hatten sich 17 Nebenerwerbslandwirte entschieden (siehe Abb. 7).

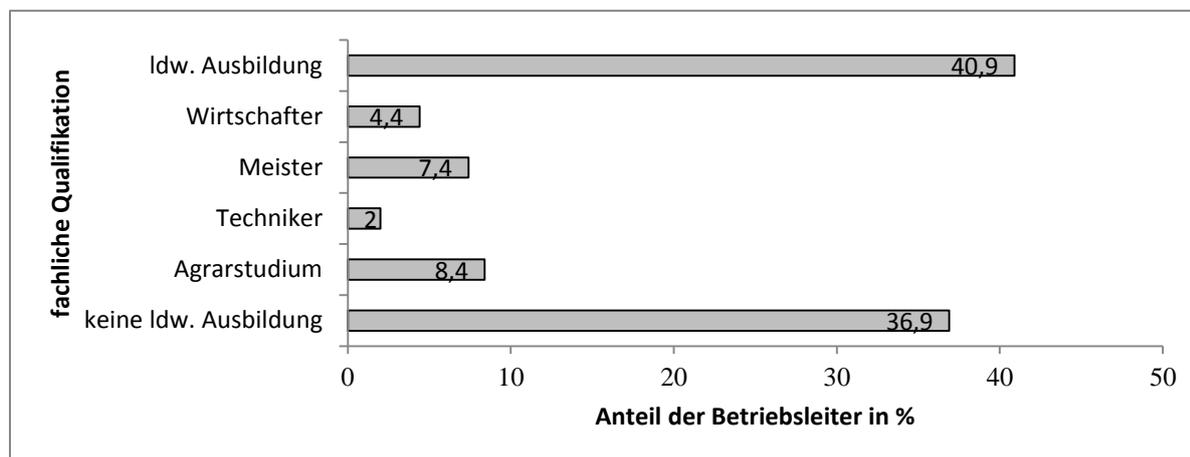


Abb. 7. Fachliche Qualifikation der Leiter von landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieben
Quelle: eigene Darstellung (N=203)

Die meisten Nebenerwerbslandwirte planen keine Veränderungen, da sie mit ihren Perspektiven sehr zufrieden sind. Diejenigen Betriebsinhaber, die einen Nachholbedarf bei sich sehen, haben sich mit der Frage beschäftigt, welche Veränderungen auf ihren Betrieben möglich sind. Ziel dabei ist es z.B., ein zweites Standbein aufzubauen. Sie sehen Möglichkeiten in der Direktvermarktung, in der Tourismusbranche mit „Ferien auf dem Bauernhof“ oder in der Pensionspferdehaltung. Um die Betriebsorganisation zu optimieren, gaben einige Nebenerwerbslandwirte an, Betriebszweige einzustellen. Besonders betroffen ist dabei die Viehhaltung. Die Betriebsleiter möchten z.B. die Milchviehhaltung oder die Mutterkuhhaltung aus Zeitgründen aufgeben. Bei der Zuchtsauenhaltung wurde als Grund genannt, dass sich die notwendigen Investitionen für die gesetzlich vorgeschriebene Gruppenhaltung für den Betrieb nicht lohnen. Deshalb soll dieser Betriebszweig aufgegeben werden.

Wie auch bei den Haupterwerbsbetrieben wird meist eine Vergrößerung des Betriebes über Flächenwachstum in Betracht gezogen, um „die vorhandenen Maschinen besser auslasten zu können“, so ein befragter Nebenerwerbslandwirt. Allerdings sehen viele Betriebsleiter darin gleichzeitig die Schwierigkeit, diese Wachstumsperspektive in die Realität umsetzen zu können. Es besteht derzeit ein großer Wettbewerb von entwicklungswilligen Betrieben um frei

werdende Pachtflächen. Das mag auch der Grund dafür sein, dass ein Teil der Nebenerwerbslandwirte ihr Verhältnis zu Haupterwerbsbetrieben eher als schwierig bezeichnen würden. Allerdings gab es auch Aussagen, die darauf schließen lassen, dass die Nebenerwerbslandwirte von ihren haupterwerblich wirtschaftenden Kollegen profitieren können. So wurden zum Beispiel Hilfen in Form von „Ratschläge einholen“ können oder gegenseitig „Nachbarschaftshilfe leisten“ genannt. Insgesamt sind 55 Prozent der befragten Betriebsleiter der Meinung, dass ein gutes Verhältnis zu Haupterwerbsbetrieben besteht. 45 der 191 (23,6 %) Nebenerwerbslandwirte gaben an, dass sie und ihre Kollegen aus dem Haupterwerb voneinander profitieren können. 60 (31,4 %) der befragten Nebenerwerbsbetriebsleiter gehen davon aus, dass ein friedliches Miteinander gelebt wird. Eine nicht unbedenkliche Anzahl von 86 (45 %) Nebenerwerbslandwirte sehen die Haupterwerbsbetriebe eher als Konkurrenten. Nimmt man die Anteile „voneinander profitieren“ und „friedliches Nebeneinanderher“ als positives Verhältnis an, so dominiert dieses deutlich die „Konkurrenzsituation“. Dieses Ergebnis bezeugt die Koexistenzfähigkeit von Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben – zumindest aus Sicht der Nebenerwerbsbetriebe –, die schon viele Jahre sehr gut funktioniert.

Doch die Perspektive der Nebenerwerbslandwirtschaft hängt nicht nur von den engagierten und qualifizierten Betriebsleitern ab, sondern auch von der Hofnachfolgesituation. Dabei resultierte aus der Befragung im Rahmen dieser Studie die Feststellung, dass häufig diese entscheidende Frage in den Betrieben bzw. Familien noch ungeklärt ist. Von den 194 antwortenden Nebenerwerbslandwirten zu der Frage, für wie sicher sie die Hofnachfolge beurteilen, haben 100 (51,5 %) Betriebsleiter angegeben, dass die Hofnachfolge sehr unsicher ist. Lediglich auf 16 (8,2 %) Betrieben ist die Fortführung des Betriebes als sehr sicher und auf 8 (4,1 %) als sicher eingestuft worden. Fasst man die detaillierte Erfassung der Hofnachfolge in die zwei Kategorien „unsicher“ und „sicher“ zusammen, ergibt sich ein noch eindeutigeres Bild. So ist ungefähr in 3 von 4 Betrieben die Weiterführung des landwirtschaftlichen Betriebes noch nicht gesichert (siehe Abb. 8).

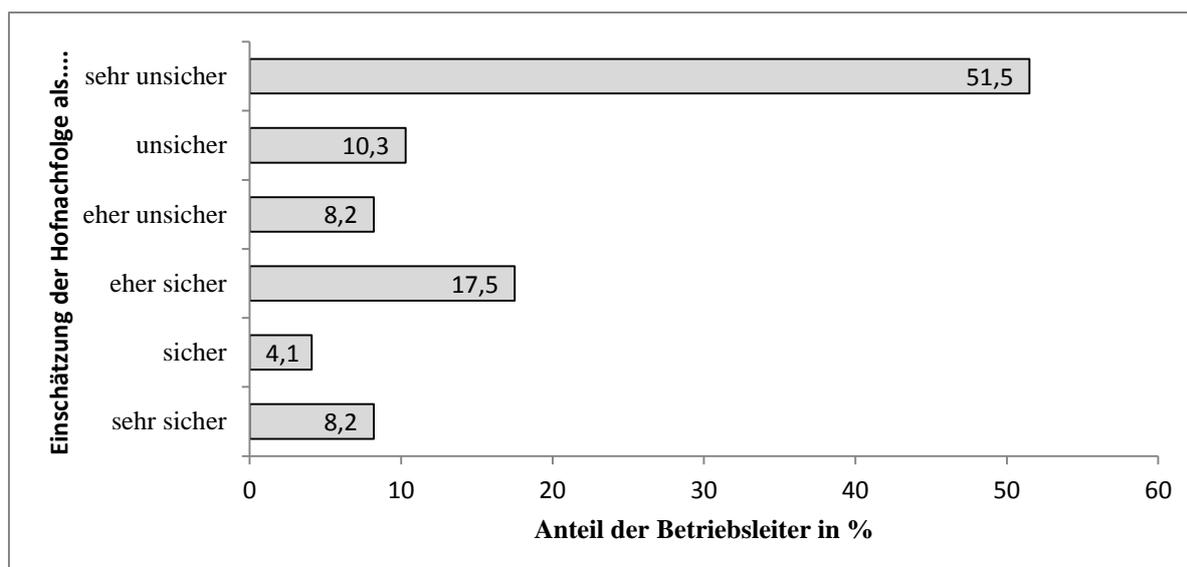


Abb. 8. Grad der Sicherheit der Hofnachfolge

Quelle: eigene Darstellung (N=194).

Ein Grund für die mangelnde Hofnachfolgesicherheit mag, in der Gruppe der unter 50 jährigen darin liegen, dass die Kinder der Betriebsleiter noch zu jung sind, um eine derartige Frage konkret beantworten zu können. Viele Betriebsinhaber haben angemerkt, dass sie ihren Kindern diese Entscheidung selbst überlassen möchten, sodass wohl erst zu dem Zeitpunkt der Ausbildung bzw. dann, wenn die Eltern sich kurz vor dem Renteneintritt befinden, die endgültige Antwort auf die oben genannte Fragestellung gefunden werden kann.

Fazit zum Themenkomplex: Entwicklungs- und Zukunftsperspektiven

- Betriebsleiter verfügen über fachliche Qualifikation, um den Betrieb erfolgreich in die Zukunft zu führen.
- Betriebe werden hierbei gezielt ausgerichtet, geplante Veränderungen dabei sind:
 - Aufgabe der Viehhaltung zur Arbeitsentlastung.
 - Aufnahme von Erwerbskombination (Direktvermarktung, Ferienwohnung, Pensionspferdehaltung).
 - Ausdehnung vorhandener Betriebszweige (Aufstockung Viehbestand, umfangreichere Produktion von Biogassubstrat).
 - Vergrößerung der landwirtschaftlichen Nutzfläche durch Flächenzupacht.
- Die zukünftige Weiterführung durch eine nächste Generation ist jedoch bei den meisten Nebenerwerbsbetrieben noch sehr unsicher.

5 Diskussion

5.1 Wirtschaftlichkeit und Persistenz

In dieser Untersuchung wurde eine Zunahme bei der Flächenausstattung als auch bei den Viehbeständen von Nebenerwerbsbetrieben festgestellt, die nun Betriebsgrößen erreicht haben, die noch vor 25 Jahren typisch für Haupterwerbsbetriebe waren (1991: durchschnittliche Flächenausstattung im Haupterwerb ca. 32 ha) (vgl. 15, S.1281). Zudem ist erstaunlich, dass sogar einige, wenn auch nur wenige, der befragten Nebenerwerbsbetriebe über 100 ha landwirtschaftliche Fläche bewirtschaften (der Hauptteil der befragten Nebenerwerbsbetriebe verfügt über eine Flächenausstattung bis 50 ha). Beispielhaft für diese Betriebe mit sehr großer Faktorausstattung sei ein Marktfruchtbetrieb mit 130 ha LF aus dem Kreis Rhein - Neckar angeführt. Angesichts der ohnehin hohen Arbeitsbelastung der Betriebsleiter und ihrer Familien wäre zu erwarten gewesen, dass diese Größe in der Erwerbsform Nebenerwerb nicht geführt werden könnte. Das oben angeführte Beispiel – als Stellvertreter für weitere größere Nebenerwerbsbetriebe - widerspricht dieser in der Literatur gängigen Annahme. So scheint es möglich zu sein, durch unter anderem technischen Fortschritt, straffe Organisation, Einbindung überbetrieblicher Arbeitserledigung und Flexibilität im Hauptberuf, diese Betriebsgröße durchaus im Nebenerwerb führen zu können. Für diese überdurchschnittliche Betriebsgröße spricht, dass die Betriebsleiter dadurch Degressionseffekte nutzen und damit höhere Gewinne erzielen können. Die befragten Nebenerwerbslandwirte, wie auch ALBRECHT (1), bestätigen, dass ihre Betriebe dank einer straffen Betriebsorganisation und der heute weit verbreiteten überbetrieblichen Arbeitserledigung das anfallende Arbeitspensum in einem vertretbaren Rahmen halten und der Betrieb erfolgreich bewirtschaftet werden kann (vgl. 1, S. 36).

Zu dieser überdurchschnittlichen Flächenausstattung können die Nebenerwerbsbetriebe, wie auch die Haupterwerbsbetriebe, durch aktive und konsequente Aufstockungsmaßnahmen ihrer Betriebe gekommen sein. Die Eingliederung landwirtschaftlicher Nutzflächen von aufgebenden Betrieben ist in diesem Fall als eine „Maßnahme zur Existenzsicherung“ (3, S. 32) zu sehen. Nach BETZHOLZ (3) und den antwortenden Nebenerwerbsbetriebsleitern wird hierbei die Flächenzupacht im Vergleich zu einem Flächenkauf immer wichtiger. Bei der Frage nach der geplanten Veränderung bezüglich der Betriebsstruktur gaben 17,5 Prozent an, Flächen zupachten zu wollen. Der Beweggrund mag in den Vorteilen variabler Kosten für den Betriebsinhaber liegen. Diese variablen Kosten ermöglichen den Betriebsleitern – im Gegensatz zu der durch einen Kauf resultierenden Festkostenbelastung – flexibel und relativ schnell auf sich ändernde Rahmenbedingungen reagieren zu können. Zudem bleibt die Höhe der zu entrichtenden Pachtkosten überschaubar und damit die finanzielle Belastung im Rahmen (vgl. 3, S. 32).

Eine andere Erklärung für die festgestellte Zunahme der Betriebsgröße könnte in dem von SCHMITT (19) erwähnten Fließgleichgewicht liegen. Der über Jahre hinweg konstant bleibende Anteil der Nebenerwerbsbetriebe von ungefähr 60 Prozent an der Gesamtbetriebszahl – bei gleichzeitig abnehmenden absoluten Zahlen - lässt darauf schließen, dass ausscheidende Nebenerwerbsbetriebe durch ehemalige Haupterwerbsbetriebe ersetzt werden. Im Rahmen dieser Studie konnte diese „Zuwanderung“ von Haupterwerbsbetrieben mit entsprechenden Betriebsstrukturen ebenfalls festgestellt werden. 38,7 Prozent der befragten Nebenerwerbslandwirte haben selbst ihren Betrieb vom Haupterwerb in den Nebenerwerb umgestellt. Sie geben an, dass vorwiegend ökonomische Gründe sie zu diesem Schritt bewogen haben, was in der Literatur – wie z.B. von STREIFFELER (24) erwähnt - durchaus bestätigt wird. Eine Paneldatenanalyse der Agrarstrukturdaten von 1999 – 2007 des Instituts für Ländliche Räume des Johann Heinrich von Thünen- Instituts konnte denselben Sachverhalt feststellen (vgl. 13, S. 2).

Aufgrund der Quellenanalyse, der Auffassung, der Nebenerwerb sei ein „Einstieg in den Ausstieg“, dem festgestellten Rückgang der absoluten Zahl von Nebenerwerbsbetrieben und der Ergebnisse der statistischen Erhebungen, wäre eine Absicht der Nebenerwerbslandwirte zur baldigen Betriebsaufgabe zu erwarten gewesen. Wie bereits oben angesprochen zeigt sich der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe in Baden-Württemberg jedoch über viele Jahre konstant bleibend bei ungefähr 60 Prozent. Als Konsequenz folgt daraus, dass auch Nebenerwerbsbetriebe aus der Landwirtschaft ausscheiden. In der durchgeführten Studie haben die befragten Betriebsleiter allerdings bei der Abfrage der Motive für ihre Betriebsgründung bzw. -übernahme nicht die Absicht geäußert, den Betrieb bewusst in den Ausstieg überführen zu wollen. 60,8 Prozent der befragten Nebenerwerbslandwirte widersprachen der Annahme, dass der Beweggrund ein „Auslaufen lassen“ ist. Dieses Ergebnis deckt sich mit dem von DOLUSCHITZ et al. (9), das zeigte, dass Nebenerwerbsbetriebsleiter nicht bei der Betriebsübernahme schon die Aufgabe planen, sondern höchstens durch äußere Umstände dazu gezwungen werden (vgl. 9, S. 37). Denn „grundsätzlich unterliegen natürlich auch die Nebenerwerbsbetriebe dem Strukturwandel“ (1, S. 36). Im Rahmen dieser Studie taten sich viele Betriebsleiter schwer dabei, eine Entwicklungs- bzw. Zukunftsperspektive für ihren Betrieb zu formulieren. Unterstellt man diesen Betriebsleitern, dass sie keine Perspektiven für ihre Betriebe sehen, kommen diese als potenzielle „Aussteiger“ in Frage. Dies würde die rückläufigen Zahlen erklären. Den hohen Einfluss von externen Faktoren auf die Perspektive der Nebenerwerbslandwirtschaft zeigt das Ergebnis eines Projektes von PITSCH bezüglich der regionalen Verbreitung, Struktur und Stabilität des landwirtschaftlichen Nebenerwerbs in Deutschland. Sie stellte fest, dass die Anzahl der Nebenerwerbsbetriebe „insbesondere in einigen Regionen Baden-Württembergs (Schwarzwald und Schwäbische Alb)“ (14, S. 25) mit einer Abnahmerate von über 40 Prozent stark rückläufig ist.

Hieraus lässt sich schlussfolgern, dass Aussagen zur Struktur und Entwicklung der Nebenerwerbslandwirtschaft differenziert getroffen werden müssen.

5.2 Zufriedenheit

Die festgestellte hohe Zufriedenheit der Betriebsleiter mit ihrer Situation als Nebenerwerbslandwirt hängt maßgeblich von der seitens der Befragten als gut eingeschätzten Vereinbarkeit von Hauptberuf und Landwirtschaft ab. Nach ALBRECHT (1) haben neben der Betriebsorganisation die äußeren Rahmenbedingungen einen wesentlichen Einfluss darauf, ob und inwieweit sich der Nebenerwerb betreiben lässt. ALBRECHT erwähnte, dass „das wirtschaftliche Umfeld in der Region und das Arbeitsplatzangebot außerhalb der Landwirtschaft“ (1, S. 36) von hoher Bedeutung für die Ausgestaltung des Nebenerwerbs ist. Die von ihm genannte negative Auswirkung der „positiven Entwicklung des Arbeitsmarkts“ (1, S. 36) auf die Existenz der Nebenerwerbsbetriebe kann mit den Ergebnissen dieser Untersuchung nicht gestützt werden. Das außerlandwirtschaftliche Angebot von Beschäftigungsmöglichkeiten in naher Umgebung zur Hofstelle ist von 88,7 Prozent der Betriebsleiter als gut befunden worden. Dennoch ist kein Abziehen von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft und die damit verbundene Aufgabe des Nebenerwerbsbetriebs aus den Antworten der befragten Personen ableitbar. Vielmehr haben 52,5 Prozent der Nebenerwerbslandwirte den Wunsch geäußert, die außerlandwirtschaftliche Tätigkeit so zu belassen wie sie ist – trotz positiver Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Auch die von ALBRECHT (1) aufgestellte These, dass die Entfernung zwischen Arbeitsplatz und landwirtschaftlichem Betrieb häufig zu groß ist, und damit „schlichtweg die Zeit für die Landwirtschaft nebenher fehlt“ (1, S. 36), lässt sich mit den Ergebnissen dieser Studie nicht decken. Mit einem durchschnittlichen Anfahrtsweg von 16,5 km haben die befragten Personen einen Arbeitsplatz in nahem Umkreis zur Hofstelle gefunden. Aus den Antworten der befragten Betriebsleiter lässt sich schließen, dass sich die Suche nach einer geeigneten Anstellung nicht sehr schwierig gestaltet haben kann. 88,7 Prozent der Betriebsleiter gaben an, dass das Angebot einer außerlandwirtschaftlichen Anstellung in vertretbarer Entfernung zum landwirtschaftlichen Betrieb vorhanden ist. Allerdings war die Lage des Arbeitsplatzangebots vor 10 Jahren, wie aus der Untersuchung von SCHWENNINGER (20) ersichtlich wird, mit 96 Prozent geringfügig besser.

Ein weiterer Grund für die hohe Zufriedenheit der befragten Betriebsleiter ist – neben günstigen äußeren Rahmenbedingungen und einer optimalen Betriebsorganisation - in der starken Gewichtung der immateriellen Motive zur Betriebsgründung bzw. -übernahme zu sehen. Wie auch bei SCHWENNINGER (20) und STREIFFELER (24) wird die Landwirtschaft von den Nebenerwerbslandwirten, die an dieser Studie teilnahmen, ebenfalls „um ihrer selbst willen“ betrieben. Nach der Einschätzung der befragten Betriebsleiter sind die ökonomischen Aspekte, bspw.

die Aufbesserung des Haupteinkommens, wie sie von STREIFFELER (24) für Brandenburg als ausschlaggebend eingestuft worden sind, im Vergleich zu der Bedeutung der nicht-ökonomischen Motive fast bedeutungslos. Die Nebenerwerbslandwirte betreiben ihren Betrieb jedoch nicht mit der Einstellung als sei es ein Hobby. Die ökonomischen Aspekte sind trotz der Freude an der Landwirtschaft und anderen immateriellen Motive in dem Maße relevant, als ein betriebliches Einkommen erwartet wird. Die Herabstufung der Wichtigkeit der ökonomischen Aspekte kann lediglich so verstanden werden, dass die Familien nicht ausschließlich auf das landwirtschaftliche Einkommen zur Deckung ihrer Lebenshaltungskosten angewiesen sind und damit der Druck, ein ausreichendes betriebliches Einkommen erwirtschaften zu müssen, entfällt.

Die Mindesterwartung der befragten Betriebsleiter ist, dass sich der landwirtschaftliche Betrieb selbst trägt. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass 97,5 Prozent der befragten Nebenerwerbslandwirte Fördermaßnahmen in Anspruch nehmen, welche in der Regel einen großen Beitrag zum landwirtschaftlichen Einkommen leisten. Die befragten Betriebsleiter sehen die Gleichstellung bei der Inanspruchnahme der Fördermittel zu 93,3 Prozent als gerechtfertigt. In der Gesellschaft ist die Zahlung von Direktzahlungen und finanziellen Ausgleichsmitteln allerdings nicht immer „als notwendig“ akzeptiert. Im Rahmen einer „Aufklärungskampagne“ veröffentlichte das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 2009 eine Broschüre zu diesem Thema. Ziel dieser Aufklärungskampagne ist es, mehr Transparenz bezüglich der Förderpolitik herzustellen und zu vermitteln, dass Fördermittel notwendig sind, um als wichtiger Einkommens- und Kostenausgleich die Betriebe wettbewerbsfähig zu halten (vgl. 5, S. 14). Auch der baden-württembergische Landwirtschaftsminister BONDE sieht die Bereitstellung finanzieller Unterstützung als gerechtfertigt und erklärt, dass auch die Förderung von Nebenerwerbsbetrieben vertretbar ist, da sich die Mindestanforderung - Erhaltung von Flächen in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand - für den Prämienbezug bewährt hat (vgl. 4, S. 4). Von vielen befragten Nebenerwerbslandwirten werden die Auflagen, die an die Teilnahme von Fördermaßnahmen geknüpft sind, kritisiert. Aus Sicht der Steuerzahler dagegen sind diese Auflagen durchaus berechtigt, da nur durch diese Maßnahmen sichergestellt werden kann, dass die Fördermittel solchen Landwirten zur Verfügung gestellt werden, die eine ernsthafte Bewirtschaftung ihres Betriebs verfolgen. Die bereits genannte hohe Anzahl der befragten Betriebsleiter, die Direkt- und Ausgleichszahlungen erhalten, bestätigen, dass Nebenerwerbslandwirte durchaus die Bedingungen erfüllen und finanzielle Unterstützung erhalten. Die geäußerte Kritik der Nebenerwerbslandwirte ist vielmehr auf die bei SCHMITT beschriebene Ansicht zurückzuführen: „[...] die vorherrschende subjektive Überzeugung, dass die staatliche Agrarpolitik mit ihren sozial- und strukturpolitischen Maßnahmen die jeweiligen Konkurrenten begünstigt, was dann als eine Diskriminierung der eigenen Wettbewerbsstellung empfunden wird“ (19, S. 114).

5.3 Entwicklungs- und Zukunftsperspektive

Die oben genannte subjektiv empfundene Benachteiligung der befragten Nebenerwerbslandwirte gegenüber ihren haupterwerblich wirtschaftenden Berufskollegen findet sich auch in der Beurteilung des Verhältnisses zwischen diesen beiden Erwerbsformen wieder. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass sich die Nebenerwerbslandwirte von ihren Haupterwerbskollegen als Landwirt nicht ernst genommen fühlen. Sie haben das Gefühl, dass von ihnen eine bereitwillige Überlassung von landwirtschaftlicher Nutzfläche erwartet wird (vgl. 11, S. 72). Wie aus den Ergebnissen dieser Untersuchung hervorgeht, sind die befragten entwicklungswilligen Nebenerwerbslandwirte ebenso am „Wachsen“ interessiert wie ihre Haupterwerbskollegen. Sie verfolgen keineswegs primär das Ziel, aus der Landwirtschaft auszuschneiden bzw. zu „weichen“. Diese gleichen Interessen sorgen für Spannungen, die bereits von DOLUSCHITZ et al. (9) für „Regionen, in welchen es viele entwicklungsfähige Haupterwerbsbetriebe neben einer hohen Zahl von Nebenerwerbsbetrieben gibt“ (9, S. 18) prognostiziert wurden. Diese Konkurrenzsituation verschärfte sich deutlich aufgrund der angespannten Lage auf dem Bodenmarkt. Hier hat sich in den letzten Jahren unter anderem durch das EEG, Spekulationen und Flächenverbrauch die Situation erheblich verschlechtert (vgl. 10, S. 9). Eine der Konsequenzen aus diesem Wettbewerb um den knappen Produktionsfaktor Boden sind hohe Pachtpreise, die sich laut PITSCH (13) mit einem negativen Einfluss auf die Stabilität von Nebenerwerbsbetrieben auswirken werden. Folgende Argumente werden dabei genannt: Zum einen droht den Betrieben, dass sie auf die geplante Flächenausdehnung aufgrund knapper Verfügbarkeit, bzw. Verfügbarkeit zu vertretbaren Kauf- und Pachtpreisen verzichten müssen. Des Weiteren besteht die Gefahr, dass die vielen zugepachteten und bereits in die Bewirtschaftung der Nebenerwerbsbetriebe eingegliederten Nutzflächen an Konkurrenten mit höherer Zahlungsbereitschaft und -fähigkeit (z.B. ein Haupterwerbsbetrieb mit Biogasanlage (vgl. 10, S. 9) fallen. Andererseits macht ein höherer Pachtpreis eine Verpachtung der eigenen Flächen von Nebenerwerbsbetrieben ökonomisch interessanter als deren Bewirtschaftung (vgl. 11, S. 25). Aus den Antworten der befragten Betriebsleiter wird dieser Aspekt sehr deutlich. So gab ein Nebenerwerbslandwirt z.B. an, dass er plant, 62,5 Prozent seiner derzeit bewirtschafteten Fläche zu verpachten. Das beschriebene Spannungsfeld bezieht sich mehr auf die subjektiv empfundene Benachteiligung, als auf die Konkurrenz zwischen den beiden Erwerbsformen. Nach DOLUSCHITZ et al. (9) entsteht der Wettbewerb vielmehr „zwischen entwicklungsfähigen, aufstockungswilligen Betrieben und den übrigen landwirtschaftlichen Unternehmen“ (9, S. 18f) – unabhängig von der Erwerbsform.

Aus den folgenden Antworten der befragten Nebenerwerbslandwirte wäre die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die Hofnachfolgesicherheit höher ausfällt:

- eine gute Vereinbarkeit von Landwirtschaft und Beruf ist gegeben,
- die Inanspruchnahme von überbetrieblicher Arbeitserledigung führt zur Arbeitsentlastung und Kostensenkung,
- die Betriebsleiter werden tatkräftig durch die Familienangehörigen unterstützt und
- es liegt eine starke Gewichtung von immateriellen Motiven vor.

Aufgrund der oben geschilderten positiven Situation erleben potenzielle Hofnachfolger bereits mit, wie gut sich die außerlandwirtschaftliche und betriebliche Arbeit kombinieren lassen. Es wäre daher zu erwarten gewesen, dass die Entscheidung der nächsten Generation, ob sie den Betrieb weiterführen wird, nicht schwer fallen dürfte. Aus der Untersuchung resultierte jedoch, dass nur in 12,4 Prozent der Betriebe die Hofnachfolge sicher ist. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam auch SCHWENNINGER (20) in ihrer Untersuchung im Jahr 2002. Die Landwirtschaftszählung 2010 bestätigt ebenfalls dieses Resultat und führt die Begründung an, dass je weniger Fläche die Betriebe haben, desto unsicherer die Übernahme durch die nächste Generation ist (vgl. 21, S. 16). Dieses Argument kann für die in dieser Untersuchung festgestellte mangelnde Nachfolgersicherheit nicht bestätigt werden. Es ist keine Zunahme der Hofnachfolgesicherheit mit zunehmender Betriebsgröße beobachtbar. So gaben 55,5 Prozent der Betriebsleiter von Betrieben mit mehr als 100 ha LF an, dass ihre Hofnachfolge sehr unsicher sei. Vielmehr ist aufgrund des Durchschnittsalters der in dieser Umfrage beteiligten Betriebsleiter von 45 Jahren darauf zu schließen, dass die Kinder noch zu jung sind, um konkrete Aussagen über ihre endgültige Berufswahl treffen zu können. Außerdem ist es für die Betriebsleiter wichtig, ihren Kindern diese Entscheidung selbst zu überlassen.

6 Fazit

Die Nebenerwerbslandwirtschaft hat in Deutschland eine lange Tradition und stellt – wie auch aus den Ergebnissen dieser Untersuchung ersichtlich wird – durchaus eine dauerhafte Betriebsform dar. Die befragten Betriebsleiter bewirtschaften ihren Nebenerwerbsbetrieb bis in die 4. Generation. Dies lässt darauf schließen, dass die befragten Nebenerwerbslandwirte trotz arbeitswirtschaftlicher, produktionsbedingter und persönlicher Herausforderungen dieser Erwerbsform sehr verbunden sind.

Die anstehenden Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 werden in Zukunft die äußeren Rahmenbedingungen verändern. Momentan sind viele Ideen dazu in der Diskussion, wie eine neue GAP 2014-2020 aussehen könnte (7). Die endgültige Ausgestaltung ist noch immer nicht abschließend festgelegt. Es ist aber im Gespräch, dass die bevorstehenden Reformen der GAP den Strukturwandel beschleunigen könnte. Eine möglicherweise vermehrt stattfindende Umstellung von einem Haupterwerbs- auf einen Nebenerwerbsbetrieb könnte den

Anteil der Nebenerwerbsbetriebe an der Gesamtbetriebszahl durchaus erhöhen. Denn mit Hilfe dieser Maßnahme lässt sich der Betrieb aufgrund eines insgesamt höheren Gesamteinkommens erhalten.

Die Nebenerwerbslandwirtschaft stellt für eine Gruppe von Landwirten eine gute Möglichkeit dar, in der Landwirtschaft zu verbleiben. Für diejenigen Betriebsleiter, die ihren Betrieb bereits von einer früheren Generation im Nebenerwerb übernommen haben, ist diese Betriebsform ein geschätzter Ausgleich zur außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit. Allen Betriebsleitern gemein – egal ob „gewordene“ oder „geborene“ Nebenerwerbslandwirte – ist die hohe Bedeutung der immateriellen Motive, vor allem die Freude an der Landwirtschaft. Somit ist diese Erwerbsform relativ unempfindlich gegenüber Veränderungen der äußeren Rahmenbedingungen. Einen größeren Einfluss hat die familiäre und persönliche Situation der Betriebsleiter. Dieser Aspekt wird dafür entscheidend sein, ob es sich um eine Übergangslösung oder um eine dauerhafte Betriebsform handelt. Einen ganz wesentlichen Einfluss auf das „Wohlbefinden“ der Nebenerwerbslandwirte hat auch die Gesellschaft. Nur wenn diese bereit ist, den Nebenerwerbslandwirten Wertschätzung und Anerkennung z.B. für deren positive Beiträge zur Erhaltung der Kulturlandschaft und Stärkung der Wirtschaftlichkeit in ländlichen Räumen entgegenzubringen, werden sich die Nebenerwerbslandwirte ernst und wichtig genommen fühlen. Aus gesellschaftlichen Signalen entsteht politischer Bedeutungsgewinn mit der Konsequenz weitergehender Wertschätzung und Unterstützung.

Zusammenfassung

Im Rahmen einer Untersuchung an dem Institut für Landwirtschaftliche Betriebslehre der Universität Hohenheim wurde eine schriftliche Befragung von aktiven Nebenerwerbslandwirten zum Thema „Stand, Entwicklung und Perspektive der Nebenerwerbslandwirtschaft“ durchgeführt. Das Untersuchungsgebiet beschränkte sich auf das Bundesland Baden-Württemberg, in dem die Nebenerwerbslandwirtschaft seit Jahren einen konstant hohen Anteil von über 60 Prozent an der Gesamtbetriebszahl ausmacht. Die standardisierte schriftliche Befragung bezog sich auf 610 aktive Nebenerwerbslandwirte, von denen sich 204 an der Befragung beteiligten (Rücklaufquote: 33,4 %). Die Daten wurden sowohl mittels univariater, wie Häufigkeitsverteilungen, Mittelwerte, Median, Spannweiten und Standardabweichungen, als auch bivariater Verfahren analysiert.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung lassen erkennen, dass die Betriebsleiter - ebenso wie ihre hauptberuflich wirtschaftenden Kollegen - an der Optimierung und zukunftsfähigen Ausrichtung ihrer landwirtschaftlichen Betriebe interessiert sind. Sie machen sich Gedanken, wie sie erfolgreich, rentabel und langfristig ihre Betriebe bewirtschaften können. Die meisten von ihnen sehen eine Chance in den Veränderungen der Betriebsstruktur und zwar auf sehr vielfältige Weisen, hauptsächlich jedoch über Flächenausdehnung. Im Laufe dieses „Entwicklungsprozesses“ sind Nebenerwerbsbetriebe entstanden, die über 100 ha bewirtschaften und damit die durchschnittliche Betriebsgröße von Haupterwerbsbetrieben übersteigen.

Entgegen der üblichen Annahmen, dass Nebenerwerbsbetriebsleiter nicht das notwendige Fachwissen und Know-how für eine erfolgreiche Produktion von qualitativ hochwertigen Produkten verfügen, konnte in dieser Untersuchung dargestellt werden, dass die Nebenerwerbslandwirte gut ausgebildet sind und durchaus rational handeln. Sie haben einen Weg gefunden, den landwirtschaftlichen Betrieb mit ihrem außerlandwirtschaftlichen Job in Einklang zu bringen und in beiden Bereichen gleichermaßen erfolgreich zu sein. Daher muss ihnen das Recht eingeräumt werden, die gleiche Behandlung hinsichtlich Förderung und Beratung zu erhalten sowie die Möglichkeit – trotz partiell übersättigter Agrarmärkte - am Markt beteiligt zu sein. Dies zu erkennen und die Erhöhung der öffentlichen Wertschätzung und der Anerkennung der Leistungen, die die Nebenerwerbslandwirte erbringen, sind Wünsche, die von vielen befragten Betriebsleitern im Rahmen dieser Studie geäußert wurden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Nebenerwerbslandwirtschaft in Baden-Württemberg weiterhin eine hohe Bedeutung zukommen wird. Es handelt sich um eine dauerhafte Betriebsform, die zwar in der Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit wenig Beachtung geschenkt wird, die oft unterschätzt wird, aber sehr zukunftsfähig ist. Wesentliche Teile der im Rahmen dieser Studie ermittelten Ergebnisse sind regional übertragbar.

Summary

In the context of an investigation carried out at the Institute of Farm Management at Universität Hohenheim, a written survey was conducted with active part-time farmers on the topic of "Status, Development and Outlook for Part-time Farming". The area of investigation was limited to the Federal state of Baden-Württemberg, in which part-time farming has made up a consistently high percentage of over 60% of total farming for some years. The standardised written

survey was based on 610 active part-time farmers, of whom 204 took part in the survey (feedback rate: 33.4 %). The data was analysed using univariate methods, such as frequency distributions, averages, medians, ranges and standard deviations, as well as bivariate methods.

The results of this investigation suggest that the managers - as well as their full-time colleagues - are interested in the optimisation and sustainable approach of their farms. They consider how they can successfully manage their businesses profitably in the long term. The majority of them view one option as being to change their operating structure, in very diverse ways, but mainly by expanding their land. Part-time farms with an area of over 100 ha have emerged in the course of this "development process", which thus exceed the average size of commercial farms.

Contrary to the general assumption that part-time farm managers do not have the necessary knowledge and expertise for the successful production of high-quality products, this investigation demonstrated that part-time farmers are well-educated and operate completely rationally. They have found a way of bringing the farm into line with their non-agricultural job and being equally successful in both areas. They should therefore be given the right to the same treatment in terms of support and advice, as well as the possibility of being involved in the market – despite the partially saturated agricultural markets. Many of the farm managers surveyed in this study expressed the wish that this factor would be recognised and that the public would have greater appreciation and recognition of the services provided by part-time farmers.

In summary, it can be stated that part-time farming in Baden-Württemberg continues to be of great importance. It is a lasting mode of operation, to which little attention has been paid by politicians, the public and the scientific community, is often underestimated but yet is extremely sustainable. Key results obtained in this study are transferable to other regions.

Résumé

Dans le cadre d'une étude de l'Institut de formation professionnelle agricole de l'Université Hohenheim, un sondage écrit sur le thème de « l'état, le développement et les perspectives de l'agriculture à temps partiel » a été réalisé auprès des agriculteurs à temps partiel en activité. La zone étudiée se limitait au land de Bade-Wurtemberg, dans lequel la proportion constamment élevée d'agriculteurs à temps partiel représente depuis des années plus de 60 % de l'ensemble des exploitations. Le sondage écrit normalisé portait sur 610 agriculteurs à temps partiel en activité, parmi lesquels 204 ont participé à l'enquête (taux de réponse : 33,4 %). Les données ont été analysées aussi bien en mode univarié (distributions de fréquences, valeurs moyennes et médianes, portées et écarts-types) que bivarié.

Les résultats de cette étude montrent que les exploitants sont intéressés par l'optimisation et l'alignement durable de leurs exploitations agricoles, tout comme leurs collègues travaillant à temps plein. Ils réfléchissent aussi à la façon dont ils peuvent réussir à gérer leurs exploitations de manière rentable sur le long terme. La plupart d'entre eux voient une opportunité dans les changements structurels des exploitations à des niveaux certes diversifiés, mais principalement par l'expansion de la surface. Dans le cadre de ce « processus de développement », des exploitations à temps partiel cultivant sur plus de 100 hectares ont fait leur apparition, dépassant ainsi la taille moyenne des exploitations à temps plein.

Contrairement aux croyances habituelles supposant que les exploitants à temps partiel n'ont pas l'expertise et le savoir-faire pour réussir des produits de haute qualité, cette étude a démontré que les agriculteurs à temps partiel disposent d'une bonne formation et agissent de manière tout à fait rationnelle. Ils ont trouvé un moyen de concilier leur exploitation agricole avec leur travail non-agricole et de réussir à égalité dans les deux domaines. Par conséquent, ils doivent aussi disposer du droit de recevoir le même traitement en matière de subventions et de conseil ainsi que de la possibilité de prendre part au marché - malgré la saturation partielle de certains marchés agricoles. De nombreux exploitants interrogés dans le cadre de cette étude ont fait part de leurs souhaits que cet état de fait soit reconnu et que l'appréciation publique et la reconnaissance des prestations fournies par les agriculteurs à temps partiel s'accroissent.

En résumé, on peut affirmer que l'agriculture à temps partiel dans le Bade-Wurtemberg va continuer à occuper une place importante. Il s'agit là d'un type d'exploitation durable sous-estimé, auquel la politique, la science et le public n'accordent que peu d'attention, mais qui se révèle très prometteur pour l'avenir. De nombreux résultats obtenus dans le cadre cette étude sont transférables sur le plan régional.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. ALBRECHT, A., 2011: Nebenerwerb- nur noch ein teures Hobby? In DLG-Mitteilungen 11/2011 S. 36- 38
2. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bamberg (AELF-BA), o. Jahr: Bauen im Außenbereich URL:
http://www.aelf-ba.bayern.de/laendlicher_raum/21601/index.php#Privilegierung%20von%20Nebenerwerbsbetrieben (30.06.2012)
3. BETZHOLZ, T., 2006: Der Grundstücksmarkt in Baden-Württemberg. In Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 11/2006, S. 32-36
4. BONDE, A., 2011: Stellungnahme zu Zu- und Nebenerwerbslandwirtschaft in Baden-Württemberg im Landtag Baden-Württemberg, Drucksache 15 / 745 URL:
http://www2.landtag-bw.de/WP15/Drucksachen/0000/15_0745_d.pdf
5. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), 2011: Agrarpolitische Bericht 2011 der Bundesregierung, Bonn URL: <http://berichte.bmelv-statistik.de/DFB-0010010-2011.pdf> (2.07.2012)
6. -, 2012: Ausgewählte Daten und Fakten der Agrarwirtschaft 2012. URL: <http://berichte.bmelv-statistik.de/DFB-0010000-2012.pdf> (Abrufdatum 20.11.2012)
7. -, 2012: Die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik. URL: <http://www.bmelv.de/Shared-Docs/Standardartikel/Landwirtschaft/Agrarpolitik/GAP-Gemeinsame-Agrarpolitik.html> (Abrufdatum: 19.11.2012)
8. Deutscher Bauernverband, 2013: Situationsbericht 2012/2013, Gr 34-4. URL: <http://www.bauernverband.de/34-betriebs-rechtsformen> (29.01.2013)

9. DOLUSCHITZ, R., SCHWENNINGER, R., 2003: Nebenerwerbslandwirtschaft, Ulmer Verlag, Stuttgart
10. HEIBENHUBER, A., 2011: Steigende Bodenpreise – mit EEG-Novelle Effizienz der Energieerzeugung verbessern In: Ländlicher Raum 02/2011, S. 9-10
11. INHETVEEN, H, FINK-KEBLER, A., 2007: Landwirtschaft im Nebenerwerb – politisch vernachlässigt – und dennoch zukunftsfähig. In: Der kritische Agrarbericht 2007, S.72-78
12. Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume (LEL), 2012: Landwirtschaftliche Betriebsverhältnisse und Buchführungsergebnisse, Wirtschaftsjahr 2010/2011, Heft 60
13. PITSCH, M., 2010: Nebenerwerbslandwirtschaft im regionalen Kontext. Eine Paneldatenanalyse der Agrarstrukturdaten von 1997-2007, URL: http://www.vti.bund.de/fileadmin/dam/uploads/Institute/LR/lr_de/lr_de_gewisola2010/lr_de_beitraege/P3_3.pdf (20.12.2011)
14. -, 2011: Einflüsse auf die Nebenerwerbslandwirtschaft sind regional unterschiedlich. In: Ländlicher Raum 4/2011 S. 24-27
15. PÖSCHL, H.; ZEPUNKE, H., 2004: Landwirtschaftliche Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe in Deutschland 1991 bis 2003. In: Wirtschaft und Statistik 11/2004; Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
16. RÄPPLÉ, W., 2011: Auch Nebenerwerbslandwirte sind aktive Landwirte. URL: [http://www.bauernverband.de/auch-nebenerwerbslandwirte-aktive-landwirte\(2.03.2012\)](http://www.bauernverband.de/auch-nebenerwerbslandwirte-aktive-landwirte(2.03.2012))
17. RIEDER, K., 1991: Grundsätze für die Organisation von Nebenerwerbsbetrieben In: Ratgeber für den Nebenerwerbslandwirt, S. 27-29
18. SCHABER, J., 2011: Wie viele landwirtschaftliche Betriebe werden tatsächlich im Haupterwerb bewirtschaftet? Struktur und Entwicklung der Haupterwerbsbetriebe im Land In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2/2011, S. 35-38 http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag11_02_09.pdf (11.06.2012)
19. SCHMITT, G., 1982: Wettbewerb oder Koexistenz zwischen Vollerwerbs- und Nebenerwerbsbetrieben in der Landwirtschaft? In: Nebenerwerbslandwirtschaft in der Diskussion, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Angewandte Wissenschaften, Heft 264, S. 109-128
20. SCHWENNINGER, R., 2002: Bedeutung und Entwicklung der Nebenerwerbslandwirtschaft – dargestellt am Beispiel Baden-Württembergs-, unveröffentlichtes Manuskript
21. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2011: Agrarstrukturen in Deutschland, Einheit in Vielfalt, Regionale Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010
22. Statistisches Bundesamt, 2011: Wer produziert unsere Nahrungsmittel- aktuelle Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010, Wiesbaden

23. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2013: Landwirtschaft – Erläuterungen – Definitionen. URL: <http://www.statistik-bw.de/landwirtschaft/Erlaeuterungen.asp#NebenErwerb>
24. STREIFFELER, F., 2002: Zusammenfassung eines Forschungsberichts über Nebenerwerbslandwirtschaft, URL: http://www.nebenerwerbslandwirte.de/fileadmin/Infomaterial/Positionspapiere/Zusammenfassung_eines_Forschungsberichtes_ueber_Nebenerwerbs_-_Juni_2002.pdf (6.12.2011)
25. -,2009: Motive und Merkmale von Nebenerwerbslandwirten in Brandenburg In: Landberichte. Sozialwissenschaftliches Journal Jahrgang XII, Heft 1/2009,Aachen (S. 66-80)
26. TRAUPE, C, 2000: Nebenerwerbslandwirtschaft - historisches Relikt oder Ergebnis rationalen Handelns? theoretische Analyse und Simulationsrechnungen, Göttinger Schriften zur Agrarökonomie: 69.

2.2.3 Motive für Nebenerwerbslandwirtschaft in Deutschland – Fallbeispiel Baden-Württemberg

Status: Veröffentlicht, 2013, S. 131-132.

Journal: Tagungsband. Österreichische Gesellschaft für Agrarökonomie, 2013.

Autoren: Hoffmann, C.; Laven, P.; Schmid, K.; Kelbler, V. und Doluschitz, R.

Dieser Beitrag ist so oder in so ähnlicher Form veröffentlicht im Tagungsband der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie im Jahr 2013 auf S. 131-132.

Motive für Nebenerwerbslandwirtschaft in Deutschland – Fallbeispiel Baden-Württemberg

C. Hoffmann¹, P. Lavèn¹, K. Schmid², V. Kelbler², R. Doluschitz¹

Abstract - Die Nebenerwerbslandwirtschaft hat in Deutschland und insbesondere in Baden-Württemberg eine lange Tradition. Sie stellt bei entsprechenden Rahmenbedingungen – wie aus den Ergebnissen dieser Untersuchung ersichtlich wird – eine dauerhafte Betriebsform dar. Die Nebenerwerbslandwirtschaft stellt für Landwirte eine gute Möglichkeit dar in der Landwirtschaft zu verbleiben. Allen Betriebsleitern – egal ob „gewordene“ oder „geborene“ Nebenerwerbslandwirte – ist die hohe Bedeutung der immateriellen Motive, vor allem die Freude an der Landwirtschaft gemein. Die Studie fasst zusammen, welche wesentlichen Motive hierbei im Fokus stehen.

EINLEITUNG

Jeder zweite landwirtschaftliche Betrieb in Deutschland wird im Nebenerwerb bewirtschaftet (Albrecht, 2011). Hierbei bestehen deutliche bundeslandspezifische Unterschiede. So beträgt der Anteil der landwirtschaftlichen Einzelunternehmen im Nebenerwerb in Schleswig-Holstein und Niedersachsen lediglich unter 40 % während in Baden-Württemberg, Hessen, Saarland und Sachsen über 60 % der Einzelunternehmen im Nebenerwerb bewirtschaftet werden (Deutscher Bauernverband, 2013). Doluschitz und Schwenninger (2003) schreiben zur Motivation, dass Landwirtschaft im Nebenerwerb vor allem „um ihrer selbst willen“ betrieben wird.

In diesem Kontext ist das Ziel der vorliegenden Analyse, die Motive der Nebenerwerbslandwirtschaft in Deutschland, am Beispiel Baden-Württembergs genauer zu untersuchen. Mit Hilfe der folgenden Forschungsfragen soll eine Beantwortung der oben genannten Zielsetzung ermöglicht werden:

- (1) Sind die Betriebsleiter der Nebenerwerbsbetriebe mit ihrer derzeitigen Situation bezüglich der Betriebsorganisation und den äußeren Rahmenbedingungen zufrieden?
- (2) Gibt es Zusammenhänge zwischen dem Anteil der nebenerwerblich landwirtschaftlich genutzten Fläche in den Landkreisen in Baden-Württemberg und der Bodenqualität oder der betrieblichen Ausrichtung?

METHODE

Da kartographische Analysen von landwirtschaftlichen Betrieben, die im Nebenerwerb bewirtschaftet

werden, kaum vorhanden sind, wurden für diesen Teil der Studie Untersuchungen mit Arc-Map von ESRI durchgeführt. Das hierfür verwendete Shapefile (Grundkarte) wurde vom Bundesamt für Kartographie und Geodäsie bezogen. Mit Hilfe der entsprechenden Daten, welche vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg stammen, konnten so Verteilungen und Zusammenhänge auf Landkreisebene visualisiert werden.

Mittels eines standardisierten Fragebogens wurde darüber hinaus im März und April 2012 eine schriftliche Befragung von aktiven Nebenerwerbslandwirten durchgeführt. Durch die Unterstützung des Landesbauernverbandes Baden-Württemberg gelang es, in den Regionen der 24 Kreisbauernverbände einen gesamt Rücklauf von 33,4 % (Stichprobe 610; Rücklauf absolut 204) zu generieren. Der Fragebogen beinhaltete als Kernthemen Fragen zum Betrieb, zur Betriebswirtschaft und zum Nebenerwerb. Die Daten wurden mit SPSS 20 erfasst. Für die Auswertung wurden zum einen univariate Verfahren wie Häufigkeitsverteilungen sowie Berechnungen von Mittelwerten, Median, Spannweiten und Standardabweichungen angewandt. Zum anderen wurden bivariate Methoden (Kreuztabellen) zur Analyse von Zusammenhängen zwischen den Variablen verwendet.

ERGEBNISSE

Die Befragung ergab, dass rund zwei Drittel der Befragten (60 %) hinsichtlich ihrer Situation als Nebenerwerbslandwirte zufrieden sind. Im Folgenden wird auf die Rahmenbedingungen und unterschiedlichen Einflussfaktoren hinsichtlich der Zufriedenheit näher eingegangen.

Rahmenbedingungen und damit mögliche Motive für den Nebenerwerb heute und in Zukunft sind die Bodenqualität und die betriebliche Ausrichtung. Die Bodenqualität kann mittels der Ertragsmesszahl (EMZ) bewertet werden. Sie kann einen Wert von 7 bis 100 annehmen, dabei ist 100 der bestmögliche Wert in Deutschland (Finanzamt Bergisch Gladbach, 2012). Wird der Anteil der nebenerwerblich genutzten landwirtschaftlichen Fläche mit der Bodenqualität verglichen, fällt in Abbildung 1 auf, dass die Nebenerwerbslandwirtschaft häufig in Landkreisen mit schlechteren

⁸⁰ Dr. Christa Hoffmann, Dipl.-Ing. sc. agr. Pamela Lavèn, und Prof. Dr. Reiner Doluschitz, Universität Hohenheim, Institut für landwirtschaftliche Betriebslehre, Stuttgart, Deutschland

(c.hoffmann@uni-hohenheim.de, Pamela.laven@uni-hohenheim.de, Reiner.doluschitz@uni-hohenheim.de)

²Karin Schmid und Viktor Kelbler sind Studierende des Master Agribusiness, Universität Hohenheim, Stuttgart, Deutschland.

Werten der Bodenqualität dominiert. Lediglich in den Landkreisen Emmendingen und dem Ortenaukreis trifft dies nicht zu. Beide Kreise haben einen hohen NE-Anteil, aber auch hohe Werte bei der Bodenqualität. Wird zudem die betriebliche Ausrichtung der Betriebe betrachtet, so zeigt sich, dass die Verteilung sich ähnlich prozentual wie im Haupterwerb verhält. Von insgesamt 25280 Nebenerwerbsbetrieben waren im Jahr 2010 8548 auf Futterbau, 5831 auf Dauerkulturen und 6592 auf Ackerbau spezialisiert (gemäß der Angaben der länderübergreifenden Anfrage, 2010). Hier zeigen sich demnach keine klaren Zusammenhänge. Es erklärt eher, dass Nebenerwerb in allen betrieblichen Ausrichtungen zu finden ist.

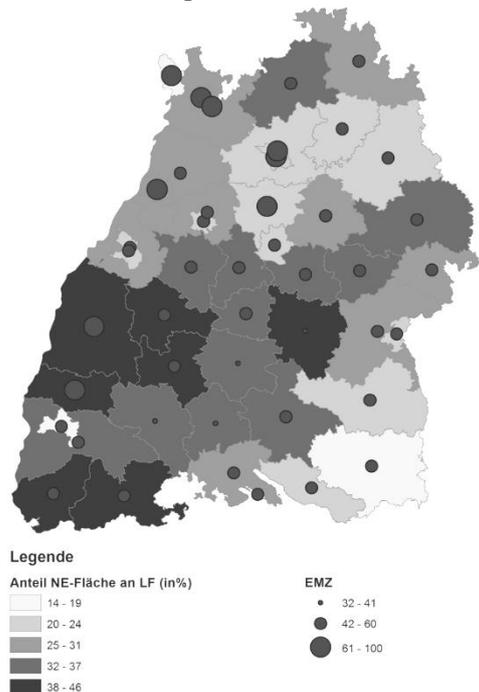


Abbildung 1: Anteil NE-Fläche an LF und EMZ
(Eigene Darstellung nach Grundkarte: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, 2010 und statistisches Landesamt; BW, 2010/11)

Für Nebenerwerbslandwirte ist eine praktikable Vereinbarkeit von landwirtschaftlicher und außerlandwirtschaftlicher Tätigkeit von großer Bedeutung. Baden-Württemberg bietet hier, durch eine verbreitet überdurchschnittlich hohe außerlandwirtschaftliche Wirtschaftskraft, verbunden mit gut bezahlten außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen, vielfältige Möglichkeiten. Unter den befragten Nebenerwerbslandwirten arbeiten über 70 % in Vollzeitbeschäftigung als Arbeiter in Industrie oder als Angestellte (absolut 135 von 191). Die Mehrheit der Nebenerwerbslandwirte (90,5 %) stuft ihre Arbeitsstelle außerdem als sicher ein. Somit besteht eine existentielle Sicherheit, dass der außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit längerfristig in Kombination mit dem landwirtschaftlichen Betrieb nachgegangen werden kann. Der durchschnittliche Anfahrtsweg zu dem außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplatz beträgt 16,5 km (N=185). Die Sicherheit des Arbeitsplatzes einerseits und die sehr gute Erreichbarkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ander-

erseits sind maßgeblich an der Zufriedenheit der Betriebsinhaber beteiligt. Bestätigt wird dieser Zusammenhang durch die Aussage gut der Hälfte der Befragten, dass sie die momentane außerlandwirtschaftliche Tätigkeit so belassen möchten wie sie ist (53 %). Als weitere Motive für die Bewirtschaftung eines Nebenerwerbsbetriebs werden durch die Befragten insbesondere die „Freude an der Landwirtschaft“ und die Möglichkeit, auf dem Betrieb sein „eigener Herr“ zu sein (Selbstständigkeit), genannt. Ökonomische Motive wie die „Sicherheit eines Zweiteinkommens“ spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Darüber hinaus ist ein hohes Traditionsbewusstsein für viele Betriebsinhaber ein weiteres dominierendes Motiv. Aussagen wie „Weiterentwicklung zum Haupterwerb“ und „Einstieg in den Ausstieg“ sind für die Befragten ohne inhaltliche Bedeutung und werden somit verneint. Die Gleichstellung mit Haupterwerbsbetrieben hinsichtlich der Direkt- und Ausgleichszahlungen ist mit 84,4 % für eine sehr deutliche Mehrheit der Nebenerwerbslandwirte gerechtfertigt (absolut 168 von 198). Die Tatsache, dass, trotz außerlandwirtschaftlichem Einkommen eine solche finanzielle Unterstützung stattfindet, trägt somit auch zur Zufriedenheit bei.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Motive für den Nebenerwerb komplex sind. 51,9 % der Befragten würden sich daher rückblickend wieder dafür entscheiden einen Nebenerwerbsbetrieb zu gründen oder zu übernehmen.

INTERPRETATION UND DISKUSSION

Die hohe Zufriedenheit der Betriebsleiter wird maßgeblich durch die als gut eingeschätzte Vereinbarkeit von Beruf und Landwirtschaft beeinflusst. Auch nach Albrecht (2011) haben neben der Betriebsorganisation die äußeren Rahmenbedingungen einen wesentlichen Einfluss darauf, ob und in wieweit sich der Nebenerwerb betreiben lässt. Dies wurde auch mit dieser Studie u.a. am Beispiel der Bodenqualität und ausserlandwirtschaftlichen Aktivität belegt. Ein weiterer Grund für die hohe Zufriedenheit der befragten Betriebsleiter liegt in der starken Gewichtung der immateriellen Motive zur Betriebsgründung bzw. -übernahme, wie sie auch bei Doluschitz und Schwenninger (2003) bereits allgemein beschrieben werden. Abschließend kann festgehalten werden, dass die Nebenerwerbslandwirtschaft in Baden-Württemberg und Deutschland auch zukünftig eine hohe Bedeutung zukommen wird und dass es sich um eine dauerhafte Betriebsform handelt, der auch Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit mehr Beachtung schenken sollten.

LITERATUR

- Albrecht, A. (2011). Nebenerwerb- nur noch ein teures Hobby? DLG-Mitteilungen 11/2011 S. 36- 38.
- Deutscher Bauernverband (2013). Situationsbericht 2012/2013, Gr 34-4. URL: <http://www.bauernverband.de/34-betriebs-rechtsformen> (29.01.2013).
- Doluschitz, R. und Schwenninger, R. (2003) *Nebenerwerbslandwirtschaft*. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart.

Finanzamt Bergisch Gladbach (2012). Merkblatt zur Bodenschätzung http://www.finanzamt-bergischgladbach.de/mein_fa/bodenschaetzung/01_was_ist_bodsch/merkblatt_bod-schaetz_html.php, (07.08.2012).

2.2.4 Anforderungen an die Qualifikation von Fremdarbeitskräften in der deutschen Landwirtschaft

Status: Angenommen

Journal: 24. Jahrbuch Österreichische Gesellschaft für Agrarökonomie 2014.

Autoren: Gindele, N.; Laven, P. und Doluschitz, R.

Dieser Beitrag ist so oder in so ähnlicher Form im 24. Jahrbuch der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie angenommen.

Anforderungen an die Qualifikation von Fremdarbeitskräften in der deutschen Landwirtschaft

Qualification requirements for non-family workers in German agriculture

Nicola GINDELE, Pamela LAVÈN und Reiner DOLUSCHITZ

Zusammenfassung

Durch zunehmende Technisierung, Spezialisierung, komplexere rechtliche und politische Rahmenbedingungen sowie das Wachstum der landwirtschaftlichen Betriebe erhöhen sich auch die Anforderungen an die fachlichen Qualifikationen der Fremdarbeitskräfte. Aufgrund des Fachkräftemangels wird es jedoch immer schwieriger geeignete Arbeitskräfte zu finden. Auf Grundlage der Auswertung einer schriftlichen Online-Befragung wurde ermittelt, welches die wichtigsten Qualifikationen sind, die eine landwirtschaftliche Arbeitskraft mitbringen soll. Es kann festgestellt werden, dass insbesondere bezüglich der fachlichen Qualifikationen deutliche betriebsindividuelle und regional typische Unterschiede bestehen.

Schlagnworte: Qualifikation von Fremdarbeitskräfte, Landwirtschaft, Deutschland, Betriebsleiterbefragung

Summary

Due to rising mechanization, specialization, more complex legal and political conditions and the steady growth of farms, requirements on the professional qualifications of non-family workers increases. Because of a shortage of professionals, it is becoming more and more difficult to find qualified workers. On the basis of a written online survey the most important qualifications for employees in agriculture were identified. Particularly in terms of operational skills, there are notable differences between the individual farms as well as the respective regions.

Keywords: Qualification of non-family workers, Agriculture, Germany, Superintendent Survey

1. Einleitung

Die deutsche Landwirtschaft ist durch einen deutlichen Strukturwandel gekennzeichnet, der sich in Form betrieblichen Wachstums niederschlägt und kontinuierlich fortsetzt. In Bezug auf den Arbeitskräftebedarf landwirtschaftlicher Betriebe ist festzustellen, dass dieser im Sektor Landwirtschaft insgesamt in den vergangenen Jahrzehnten fortwährend rückläufig ist. So ist beispielsweise in den letzten 15 Jahren die Zahl der Beschäftigten von

1,4 Mio. im Jahr 1995 auf 1,1 Mio. in 2010 gesunken (BMEL, 2014, 35). Zurückzuführen ist dies u.a. auf die kontinuierlich voranschreitenden biologisch-, mechanisch-, sowie organisatorisch-technischen Fortschritte, die zu starken Produktivitätssteigerungen, insbesondere Steigerungen der Arbeitsproduktivität, führen (KOESTER, 2010, 105). Hierbei wird der Produktionsfaktor Arbeit zunehmend durch den Produktionsfaktor Kapital ersetzt (BRINKMANN, 1922, 50). Durch steigende Technisierung und Spezialisierung der Betriebe erhöhen sich andererseits die Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte sowie der Bedarf an entsprechend ausgebildetem Personal (HEYDER et al., 2009, 269). Parallel hierzu besteht in der Landwirtschaft, wie in anderen Wirtschaftsbranchen auch ein Fachkräftemangel, der es erschwert, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden (HEYDER et al., 2009, 269; BERGES, 2006, 26; WIENER 2005, 3). Um dem Fachkräftemangel besser begegnen zu können, ist es hilfreich zu analysieren, welche Anforderungen von BetriebsleiterInnen an die Qualifikation ihrer MitarbeiterInnen gestellt werden, damit beispielsweise bereits während der Ausbildung stärker auf die Vermittlung dieser Qualifikationen eingegangen werden kann und Weiterbildungsmaßnahmen gezielt zum Schließen offensichtlicher Lücken angeboten werden können.

Im Rahmen der Studie soll daher geklärt werden, welches die wichtigsten Qualifikationen sind, die landwirtschaftliche MitarbeiterInnen bei der Einstellung mitbringen sollten und inwieweit sich die Anforderungen, die an landwirtschaftliche Arbeitskräfte gestellt werden, betriebsindividuell unterscheiden. Des Weiteren soll analysiert werden, welche Anforderungen an die Fachkräfte nach Meinung der BetriebsleiterInnen in Zukunft an Bedeutung gewinnen werden.

2. Methode und Stichprobenstruktur

Zur Klärung dieser Fragestellung wurde eine schriftliche Online-Befragung durchgeführt. Im Rahmen der Umfrage wurden 2300 landwirtschaftliche BetriebsleiterInnen, vorwiegend von Ausbildungsbetrieben und Agrargesellschaften, deren E-Mail Adressen frei zugänglich waren, befragt. Außerdem wurde als Kriterium bestimmt, dass mindestens eine Fremdarbeitskraft auf dem Betrieb beschäftigt wird. Die Grundgesamtheit der Betriebe auf die diese Eingrenzung zutrifft beträgt 75.400 landwirtschaftliche Betriebe (STATISTISCHES BUNDESAMT, 2014, 348). Die Rücklaufquote betrug 13,7%. Der geringe Rücklauf ist hauptsächlich auf den Zeitpunkt der Befragung (Juli 2013), der sich mit der Haupterntezeit überschneidet, zurückzuführen. Im Vergleich mit anderen Umfragen ist die Rücklaufquote etwas niedriger einzuschätzen. Nach TUTEN et al. (2002) liegen die Rücklaufquoten von Online-Befragungen zwischen 6 und 73%. Somit ist die Quote allerdings als noch im Rahmen anzusehen. Generell ist, verglichen mit schriftlichen postalischen Befragungen, zu beachten, dass der Rücklauf bei postalischen Umfragen allgemein höher ausfällt als bei internetbasierten Umfragen (BATINIC, 2003, 10).

Mittels einer sechsgliedrigen Likert-Skala (1=sehr wichtig bis 6=völlig unwichtig) wurden 29 unterschiedliche Aspekte, welche bei der Einstellung von Arbeitskräften eine Rolle spielen, abgefragt. Ebenfalls mit einer sechsgliedrigen Likert-Skala (1=stark steigend bis 6=stark sinkend) wurde abgefragt, wie sich die Anforderungen an die Kompetenzen der Fachkräfte in Zukunft verändern werden. Die Analyse der zukünftig steigenden Anforderungen sowie der Einstellungsaspekte erfolgte zunächst deskriptiv. Die 29 Einstellungsaspekte wurden anschließend durch eine explorative Faktorenanalyse unter Anwendung der Hauptkomponentenanalyse und Varimax-Rotation verdichtet. Danach wurde aus den Variablen, die jeweils auf einen Faktor laden, je eine neue Skala gebildet. Mit diesen neu gebildeten

Skalen wurden im weiteren Verlauf Stichprobenvergleiche durchgeführt. Hierbei wurde mittels der beiden nichtparametrischen Tests, dem U-Test nach Mann und Whitney und dem H-Test nach Kruskal und Wallis, überprüft, ob signifikante Unterschiede zwischen den Stichproben bestehen.

Die Stichprobe lässt sich wie folgt beschreiben: Rund 72% der Antwortenden hatten ihren Betriebssitz im früheren Bundesgebiet und 27% in den neuen Bundesländern. 46% der Betriebe wurden als Einzelunternehmen, 29% als Personengesellschaft und 22% als juristische Person geführt. Die Betriebsgröße lag im Durchschnitt bei 490 ha (Median=183 ha) und somit deutlich über der eines durchschnittlichen landwirtschaftlichen Betriebes in Deutschland (61 ha). Im Durchschnitt wurden 1,3 Familienarbeitskräfte und 11,6 (Median=4) Fremdarbeitskräfte auf den Betrieben beschäftigt. Bezüglich der Betriebsformen gehörten 42% der Betriebe zur Gruppe der Verbundbetriebe, 20% waren Ackerbaubetriebe, 13% zählten zu Futterbaubetrieben, 10% zu den Veredelungsbetrieben und 8% zu Sonderkulturbetrieben.

Zur Struktur der Stichprobe ist anzumerken, dass diese nicht als repräsentativ für Deutschland anzusehen ist. Insbesondere in Süd- und Westdeutschland sind deutlich kleinere Betriebe zu finden. Zur Klärung der Fragestellung war es allerdings nach Ansicht der AutorInnen notwendig, dass die befragten BetriebsleiterInnen bereits Fremdarbeitskräfte beschäftigten und damit zwangsläufig überdurchschnittlich groß sind.

3. Ergebnisse

Bei der deskriptiven Analyse der Aspekte, die bei der Einstellung von Fremdarbeitskräften eine Rolle spielen, konnte u.a. ermittelt werden, dass Aspekte wie Zuverlässigkeit (Median=1,0), Engagement/Fleiß (Median=1,0) und Verantwortungsbewusstsein (Median=1,0) sehr wichtig bei der Einstellung von Fremdarbeitskräften sind. Die Abschlussnote (Median=3,0) oder das Geschlecht (Median=4,0) waren im Vergleich deutlich unwichtiger.

Mit Hilfe der Faktorenanalyse wurden die 29 Einzelaspekte zu 7 Faktoren verdichtet. Das Kaiser-Meyer-Olkin-Maß lag bei 0,848. Die Variablen sind somit als „verdienstvoll“ anzusehen und für eine Faktorenanalyse geeignet (KAISER und RICE, 1974). Die Ergebnisse der Faktorenanalyse sind in Tabelle 1 zusammengefasst. Durch die Analyse und Interpretation der zu den einzelnen Faktoren gehörenden Variablen wurden folgende Überbegriffe gebildet. Im ersten Faktor wurden alle Aspekte, die mit den fachlichen Fähigkeiten zusammenhängen, zusammengefasst. Dieser Faktor wurde daher als *fachliche Qualifikation* bezeichnet. Im zweiten Faktor wurden die sozialen Kompetenzen zur *sozialen Qualifikation* gebündelt. Im Dritten wurden die Aspekte, die Einfluss auf den Arbeitseinsatz haben, als *unkomplizierter Arbeitseinsatz* verdichtet. Der vierte Faktor wurde als *Verlässlichkeit* bezeichnet. Der fünfte Faktor spiegelt die persönlichen Einstellungen wider und wurde daher als *persönlicher Einsatzwille/Motivation* bezeichnet. Der sechste Faktor wurde mit *Veränderungsbereitschaft* benannt. Im siebten Faktor wurden die Variablen Alter und Geschlecht zusammengefasst und dieser daher auch mit *Alter/Geschlecht* betitelt.

Tab. 1: Ergebnis der Faktorenanalyse

	Faktorladung	Cronbachs α
Faktor 1: Fachliche Qualifikation		
Praxiserfahrung	0,477	0,838
Spezielle Fachkenntnisse	0,772	
Inhaltliche Ausrichtung der Ausbildung	0,781	
Arbeitszeugnisse	0,566	
EDV-Kenntnisse	0,519	
Weiterbildungsnachweise	0,676	
Abschlussnoten	0,729	
Faktor 2: Soziale Qualifikation		
Teamfähigkeit	0,693	0,842
Konfliktfähigkeit	0,691	
Kommunikationsfähigkeit	0,784	
Hilfsbereitschaft	0,646	
Kontaktfreudigkeit	0,774	
Faktor 3: unkomplizierter Arbeitseinsatz		
Arbeitsqualität	0,424	0,708
Selbständigkeit	0,667	
Körperliche und psychische Belastbarkeit	0,722	
Vielseitig einsetzbar	0,542	
Schnelle Auffassungsgabe	0,381	
Faktor 4: Verlässlichkeit		
Zuverlässigkeit	0,761	0,683
Verantwortungsbewusstsein	0,359	
Pünktlichkeit	0,739	
Faktor 5: Persönlicher Einsatzwille/Motivation		
Engagement/Fleiß	0,713	0,573
Flexibilität	0,522	
Motive für Berufswahl	0,738	
Faktor 6: Veränderungsbereitschaft		
Weiterbildungsbereitschaft	0,323	0,587
Kritikfähigkeit	0,408	
Auftreten/Erscheinungsbild	0,715	
Verdienst/Lohn	0,531	
Faktor 7: Alter/Geschlecht		
Alter	0,784	0,598
Geschlecht	0,816	

Summe der erklärten Gesamtvarianz=59,18%; KMO=0,848; Rotationsmethode: Vari-max; Skala von 1=sehr wichtig bis 6=völlig unwichtig

Quelle: Eigene Erhebung, 2014

Bei den Stichprobenvergleichen zwischen den neu gebildeten Skalen aus den Variablen der einzelnen Faktoren als abhängige Variable mit der Rechtsform, Betriebsgröße, dem Alter der BetriebsleiterInnen, der Bundesregion und Betriebsformen wurden in erster Linie Unterschiede beim Faktor *fachliche Qualifikation* festgestellt.

Der H-Test nach Kruskal und Wallis lieferte das Ergebnis, dass zwischen den Rechtsformen und der *fachlichen Qualifikation* hoch signifikante Unterschiede bestehen ($p=0,001$). Der U-Test nach Mann und Whitney zeigt, dass für juristische Personen die *fachliche Qualifikation* signifikant wichtiger ist als für Einzelunternehmen und Personengesellschaften. Ebenfalls hoch signifikante Unterschiede konnten mit dem H-Test zwischen der Betriebsgröße und der *fachlichen Qualifikation* ermittelt werden ($p=0,001$). Mit dem U-Test wurde festgestellt, dass für die Betriebsgrößenklassen 500-1000 ha und diejenigen >1000 ha die *fachlichen Qualifikationen* von besonderer Bedeutung waren. Für Betriebe der Größenklasse 100-200 ha waren die *fachlichen Qualifikationen* hingegen hoch signifikant ($p=0,001$ bzw. $p\leq 0,001$)

weniger wichtig als bei den 500-1000 ha und >1000 ha großen Betrieben. Des Weiteren bestand ein hoch signifikanter Unterschied zwischen dem Alter der BetriebsleiterInnen und den Anforderungen an die *fachliche Qualifikation* der MitarbeiterInnen (H-Test; $p=0,002$). Festgestellt werden konnte, dass mit dem Alter der BetriebsleiterInnen die Bedeutung der *fachlichen Qualifikation* bei der Einstellung zunahm. Auch beim Vergleich verschiedener Bundesregionen konnten höchst signifikante Unterschiede (U-Test; $p=0,001$) festgestellt werden. BetriebsleiterInnen mit Betriebssitz im früheren Bundesgebiet waren die fachlichen Kenntnisse weniger wichtig als BetriebsleiterInnen mit Sitz in den neuen Bundesländern. Beim Vergleich mit den Betriebsformen konnten keine signifikanten Zusammenhänge festgestellt werden. Die Anforderungen an die MitarbeiterInnen unterschieden sich somit nicht zwischen den verschiedenen Betriebstypen.

In einem weiteren Teil der Umfrage wurden die BetriebsleiterInnen befragt, welche Anforderungen in Bezug auf die Kompetenzen von Arbeitskräften ihrer Meinung nach in Zukunft besonders wichtig sein werden. Es zeigt, dass in Zukunft insbesondere das Wissen, sowohl Fachwissen (Median=2) als auch technische Kenntnisse (Median=2), sowie Selbständigkeit (Median=2) an Bedeutung gewinnt, während Anforderungen an die Kreativität oder körperliche Belastbarkeit von MitarbeiterInnen (Median=3) beispielsweise eher sinken.

Es konnten keine signifikanten Stichprobenunterschiede zwischen den abgefragten zukünftigen Anforderungen und der Betriebsgröße, der Lage des Betriebs im Bundesgebiet, der Betriebsform und dem Alter der BetriebsleiterInnen festgestellt werden.

4. Diskussion

Die Analyse der Qualifikationen, die bei der Einstellung von Fremdarbeitskräften wichtig sind, zeigt, dass Qualifikationen wie *Verlässlichkeit* und *Engagement* für alle befragten BetriebsleiterInnen besonders hohe Relevanz haben. Bei den *fachlichen Qualifikationen* bestehen hingegen deutliche betriebsindividuelle Unterschiede. Mit zunehmender Betriebsgröße und ansteigendem Alter der BetriebsleiterInnen werden die *fachlichen Qualifikationen* wichtiger. Dieses Ergebnis deckt sich bzgl. der Betriebsgröße mit Ergebnissen der Studie von GERDS und POEHLS (2011), die die Rolle von generischen und berufsspezifischen Kompetenzen in Mecklenburg-Vorpommern untersuchten. Dass die fachlichen Qualifikationen mit zunehmender Betriebsgröße wichtiger werden, kann dadurch erklärt werden, dass mit zunehmender Betriebsgröße die Arbeitsteilung auf den Betrieben zunimmt, und deshalb für die einzelnen Arbeitsplätze speziell qualifizierte Fachkräfte gesucht werden. Auf kleineren Betrieben müssen hingegen von einer Fremdarbeitskraft viele verschiedene Aufgaben erfüllt werden, weshalb hier eher eine flexible Allroundkraft notwendig ist und das spezielle Fachwissen weniger stark im Vordergrund steht. Das Ergebnis, dass mit zunehmendem Alter der BetriebsleiterInnen die fachlichen Qualifikationen wichtiger werden, kann darauf hindeuten, dass die älteren BetriebsleiterInnen weniger gewillt sind, viel Zeit und Mühe in die Einlern- bzw. Ausbildungsphase ihrer MitarbeiterInnen zu investieren. Jüngere BetriebsleiterInnen sind hier vermutlich engagierter und motivierter.

Die hohe Bedeutung der fachlichen Kenntnisse zeigt sich auch darin, dass nach Meinung der BetriebsleiterInnen auch in Zukunft die Anforderungen in diesem Bereich steigen werden. Vor dem Hintergrund des Strukturwandels und dem damit verbundenen Wachstum der Betriebe sowie dem Fachkräftemangel, der inzwischen auch in der Landwirtschaft spürbar geworden ist, gewinnt die Erkenntnis über die Relevanz der *fachlichen Qualifikation* daher an Brisanz. Insbesondere aufgrund des Fachkräftemangels wird

es für die BetriebsleiterInnen nicht einfacher werden, passend qualifizierte MitarbeiterInnen zu finden. Bereits jetzt wird von den LandwirtInnen als Hauptproblem bei der Stellenbesetzung neben dem Mangel an Bewerbern der Mangel an Qualifikationen und Fähigkeiten angegeben (KAPS, 2014, 51). Es besteht also nicht nur ein Mangel an Fachkräften, sondern Fehlbedarf besteht auch darin, dass die vorhandenen Arbeitskräfte nicht über die notwendigen Qualifikationen verfügen. Insbesondere BetriebsleiterInnen aus den neuen Bundesländern waren die fachlichen Fähigkeiten wichtiger als BetriebsleiterInnen aus den alten Bundesländern. Erschwerend kommt hier allerdings hinzu, dass gerade in den neuen Bundesländern der Fachkräftemangel in der Landwirtschaft fortgeschrittener ist als in den alten Bundesländern (FOCK et al., 2011, 41f). Eine Möglichkeit, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, könnte die eigene betriebsinterne Ausbildung passender Fachkräfte sein. Zudem sollten die vorhandenen Arbeitskräfte gezielt und kontinuierlich fort- und weitergebildet werden, damit sie den steigenden Anforderungen an Qualifikation und Wissen entsprechend begegnen können.

Weiterer Forschungsbedarf besteht vor diesem Hintergrund darin zu analysieren, welche der bisher am Markt bestehenden Ausbildungsformen von LandwirtschaftsmeisterInnen bis zu UniversitätsabsolventInnen in Zukunft am stärksten benötigt wird.

Empirische Studien zur MitarbeiterInnenmotivation zeigen, dass die immateriellen Anreize, wie beispielsweise das Betriebsklima oder die Arbeitsplatzsicherheit, den Beschäftigten wichtiger sind als finanzielle Anreize (TANNEBERGER, 2006, 84; VON DAVIER, 2007, 139f). Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels sollten die BetriebsleiterInnen daher darauf achten, dass sie ihren MitarbeiterInnen ein attraktives und angenehmes Arbeitsumfeld bieten, um zu verhindern, dass die MitarbeiterInnen den Betrieb verlassen.

Literatur

- BATINIC, B. (2003): Internetbasierte Befragungsverfahren. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 28 (4), 6-18.
- BERGES, M. (2006): Familienbetriebe am Ende? In: *DLG-Mitteilungen*, 12, 25-27.
- BRINKMANN, T. (1922): Die Ökonomik des landwirtschaftlichen Betriebes. In: *Grundriß der Sozialökonomik*, VII. Abteilung, Land- und Forstwirtschaftliche Produktion und Versicherungswesen. Tübingen, 27-124.
- BMEL (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft) (Hrsg.) (2014): *Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 2013*. 55. Jg. Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag.
- FOCK, T., WINGE, S. und WIENER, B. (2011): Landwirtschaftliche Arbeitskräfte in Ostdeutschland – Trends in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. In: *Agrarsoziale Gesellschaft* (Hrsg.): *Ländlicher Raum*, 62, Schwerpunkttheft „Arbeit im ländlichen Raum“ 03/2011, 41-46.
- GERDS, M. und POEHLS, A. (2011): Stellenwert der Eigenschaften von Arbeitskräften aus Sicht landwirtschaftlicher Arbeitgeber – Welche Rolle spielen generische und berufsspezifische Kompetenzen? *Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e. V.* 46, 407-408.
- HEYDER, M., VON DAVIER, Z. und THEUVSEN, L. (2009): Fachkräftemangel in der Landwirtschaft - Was ist zu tun? In: *Deutsche-Landwirtschafts-Gesellschaft* (Hrsg.): *Landwirtschaft 2020 - Herausforderungen, Strategien, Verantwortung*. Frankfurt am Main: DLG-Verlag, 267-281.
- KAISER, H. F. und RICE, J. (1974): Little Jiffy, Mark IV. *Educational and Psychological Measurement*, 34, 111-117.
- KAPS, S. (2014): *Betriebliche Möglichkeiten zum Umgang mit dem Fachkräftemangel in der Landwirtschaft*. Master-Thesis, Institut (410c), Universität Hohenheim, Stuttgart.
- KOESTER, U. (2010): *Grundzüge der landwirtschaftlichen Marktlehre*. München: Vahlen Verlag.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2014): *Land- und Forstwirtschaft, Fischerei Arbeitskräfte Agrarstrukturserhebung 2013, Fachserie 3 Reihe 2.1.8*. Wiesbaden.

- TANNEBERGER, T. (2006): Untersuchungen zur Managementeffizienz von Genossenschaften und Kapitalgesellschaften in der Landwirtschaft Ostdeutschlands. Berlin: Logos Verlag.
- TUTEN, T. L., URBAN, D. J. und BOSNJAK, M. (2002): Internet Surveys and Data Quality: A review. In: BATINIC, B., REIPS, U.-D. und BOSNJAK, M. (Hrsg.). Online Social Sciences. Seattle: Hogrefe & Huber, 7-26.
- V. DAVIER, Z. (2007): Leistungsorientierte Entlohnung in der Landwirtschaft: Eine empirische Analyse. Dissertation, Georg-August-Universität. Göttingen.
- WIENER, B. (2005): Wachsender Fachkräftebedarf in der Landwirtschaft. URL: http://www.zsh-online.de/fileadmin/PDF-Dokumente/FK_Landwirtschaft.pdf (27.07.2014).

Anschrift des Verfassers/ der Verfasserin

M. Sc. Nicola Gindele
Dipl.-Ing. sc. agr. Pamela Lavèn
Prof. Dr. sc. agr. Reiner Doluschitz
Institut für Landwirtschaftliche Betriebslehre (410c)
Universität Hohenheim, 70593 Stuttgart, Deutschland
Tel.: +49 711 459 23347
E-Mail: Nicola.Gindele@uni-hohenheim.de

2.2.5 Diversifizierung in der Berglandwirtschaft – Chancen und Risiken von Einkommenskombinationen

Status: Veröffentlicht, 2014, S. 23-24.

Journal: Tagungsband. Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie, 2014.

Autoren: Laven, P.; Boneberger, A.; Doluschitz, R. und Weinberger-Miller, P.

Dieser Beitrag ist so oder in so ähnlicher Form im Tagungsband 2014 der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie auf S. 23-24 veröffentlicht..

Diversifizierung in der Berglandwirtschaft - Chancen und Risiken von Einkommenskombinationen

P. Lavèn, A. Boneberger, R. Doluschitz¹ und Weinberger-Miller, P.²

Abstract – Diversifizierung ist für die Berglandwirtschaft von entscheidender Bedeutung, um auch in Zukunft die kleinbäuerlichen landwirtschaftlichen Betriebsstrukturen unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten und ohne weitere Subventionen erhalten zu können. Landwirtschaft leistet durch ihre Landschaftsgestaltung und –pflege einen erheblichen Beitrag zur Erhaltung der Lebensqualität und der Wertschöpfung in Bergregionen und trägt somit zur Wirtschaftskraft ländlicher Regionen bei, insbesondere bezüglich der touristischen Attraktivität, die in Bergregionen einen wesentlichen Wirtschaftszweig darstellt. Ziel der Untersuchung ist es aufzuzeigen, welche Arten von Diversifizierung in der Berglandwirtschaft von Interesse sein können und welchen Beitrag diese zur Existenzsicherung der landwirtschaftlichen Betriebe leisten können. Als Untersuchungsraum wird der Landkreis (LK) Oberallgäu herangezogen. Methodisch werden Modellbetriebskalkulationen sowie eine leitfadengestützte Befragung (Zeitraum August 2013) eingesetzt.

EINLEITUNG

Der voranschreitende Strukturwandel betrifft landwirtschaftlich benachteiligte Gebiete, wie bspw. Bergregionen, in besonderem Maße. Bergbauern sind aufgrund der kleinbäuerlichen Strukturen, die infrastrukturell schwer zu erschließen sind und geringe Erträge generieren, als Grenzproduzenten zu sehen (vgl. Holzberger, 1986). Hanglagen, kleinteilige Flächen, hoher Arbeitsaufwand, sowie extreme klimatische Bedingungen verschärfen die Situation der Bergbauern. Weitere Besonderheiten dieser marginalen Standorte sind die sehr eingeschränkten Expansionspotenziale sowie geringe Möglichkeiten, Kostendegressionseffekte zu erzielen. Bundesweit werden laut BMELV (2013) 14.600 Bergbauernbetriebe mit einer landwirtschaftlichen Fläche von 300.000 ha bewirtschaftet. In der Untersuchungsregion Bayern liegen davon etwa 10.000 Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Fläche von etwa 240.000 ha (BMELV, 2013).

Diese ökologisch wertvollen Landschaftsgebiete sind einerseits Lebensraum für an diese extensiven Standorte angepassten Pflanzen und Tiere und andererseits wichtige Erholungsgebiete für Menschen. Eine deutliche bilaterale Abhängigkeit besteht somit zwischen Tourismus und Berglandwirtschaft. Attraktiv macht den Tourismus in Bergregionen vor allem die dort vorzufindende kleinbäuerliche Struktur mit kleinen Höfen und weidenden Tieren. Dieses Landschaftsbild bleibt nur erhalten, wenn die Landwirtschaft erhalten bleibt, denn die „ländliche Entwicklung ist ohne Landwirtschaft nicht denkbar“ (Schermer,

2013). Auf der anderen Seite benötigt die Landwirtschaft aber auch den Tourismus, da er sich zu einer wichtigen Einkommensquelle entwickelt hat. Touristen nehmen Übernachtungsmöglichkeiten in Anspruch, nutzen Freizeitangebote, besuchen Gastwirtschaften, kaufen regionale Produkte und sorgen somit für Wertschöpfung in den Bergregionen. Eine Diversifizierung über die landwirtschaftliche Urproduktion hinaus bietet den Betrieben eine Chance zusätzliche Einkommensquellen zu generieren. Beispiele hierfür sind die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte, Ferien auf dem Bauernhof, der Betrieb von Gaststätten oder die Landschaftspflege.

Vor diesem Hintergrund wird in dieser Untersuchung der Frage nachgegangen, welches zusätzliche Einkommen landwirtschaftliche Betriebe in der Untersuchungsregion durch verschiedene Diversifizierungsstrategien generieren können, um ihre nachhaltige Existenz zu sichern. Folgende Forschungsfragen werden dabei fokussiert:

1. Welche Einkommenskombinationen sind als Diversifizierungsstrategien für die Landwirte organisatorisch vertretbar?
2. Welche wirtschaftlichen Vorteile ergeben sich durch die gewählten Maßnahmen für die landwirtschaftlichen Betriebe?

METHODE

Um die Wirkungen verschiedener Einkommenskombinationen (EKK) ermitteln zu können, werden Modellmilchviehbetriebe generiert. Da im ausgewählten Untersuchungsgebiet Landkreis (LK) Oberallgäu, die betriebliche Wachstumsschwelle bei 50 Milchkühen liegt, werden folgende Modellbetriebe klassifiziert:

Modellbetrieb **MB 1:** 1-15 Milchkühe; **MB 2:** 16-30 Milchkühe und **MB 3:** 31-50 Milchkühe

Die Betriebsgrößenklasse über 50 Milchkühe wird in dieser Untersuchung nicht mit aufgenommen, da diese Betriebe über der Wachstumsschwelle liegen und somit davon ausgegangen werden kann, dass der Gewinn, der durch die landwirtschaftliche Urproduktion erzielt wird, zur Existenzsicherung ausreicht. Die gewählten MB repräsentieren typische Betriebsgrößen des LK Oberallgäu basierend auf den Strukturdaten der vergangenen Jahre. Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse beispielhaft für MB 3 vorgestellt, da dieser sich mit 31-50 Milchkühen direkt un-

⁸² Dipl.-Ing. sc.agr. Pamela Lavèn und Prof. Dr. Reiner Doluschitz, Universität Hohenheim, Institut für landwirtschaftliche Betriebslehre, Stuttgart, Deutschland (Pamela.Laven@uni-hohenheim.de;

Reiner.Doluschitz@uni-hohenheim.de); Anja Boneberger, Masterthesis, Universität Hohenheim, Stuttgart, Deutschland.

²Dr. Paula Weinberger-Miller, Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft, München, Deutschland.

terhalb der Wachstumsschwelle befindet. Die verwendeten Betriebsdaten, werden den Jahresabschlüssen des Wirtschaftsjahrs 2011/2012 der landwirtschaftlichen Buchstelle der bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft entnommen und in das Betriebsplanungsprogramm Einfachanalyse eingelesen. Somit kann die landwirtschaftliche Urproduktion dargestellt werden, mit welcher anschließend die EKK kombiniert werden. Die Ergebnisse der Modellkalkulationen werden durch eine empirische leitfadengestützte Befragung bei sechs ausgewählten Praxisbetrieben verifiziert und analysiert. Diese werden nach dem Kriterium Betriebsgröße passend zu den MB 1-3 gewählt und wenden eine der kalkulierten EKK im Bereich Tourismus und/oder Direktvermarktung an.

ERGEBNISSE

In der nachfolgenden Abbildung werden die Auswirkungen der EKK auf den zusätzlichen Gewinn des MB 3 verdeutlicht. Es lässt sich festhalten, dass mit allen EKK bis auf die „Bäuerliche Gastronomie“ und die Frischmilch über Automaten, der zusätzlich benötigte Gewinn überschritten wird.

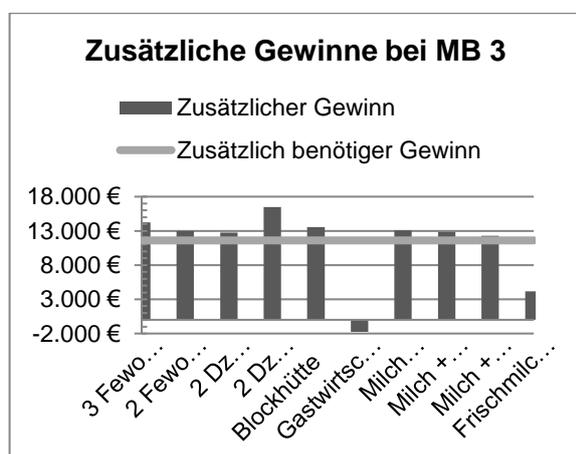


Abbildung 1. Übersicht über zusätzliche Gewinne MB 3. Quelle: eigene Ergebnisse.

Insgesamt zeigt sich, dass bei der EKK Fremdenverkehr mit Doppelzimmer die hochwertige Ausstattungsalternative attraktiver ist als die durchschnittliche Variante. Bezüglich der Direktvermarktung wird durch alle EKK (außer Frischmilch über Automat) der benötigte zusätzliche Gewinn erzielt. Im Verhältnis zu den jeweils benötigten Familien AKh ist festzustellen, dass die Variante Vermarktung von 70.000 l pasteurisierter Milch pro Jahr am lukrativsten erscheint. Die Variante "Bäuerliche Gastronomie" generiert unter dem bloßen Einsatz von Familien-AK nur begrenzten Erfolg. Wird hingegen auf Fremd-AK zurückgegriffen fällt der Gewinn sogar negativ aus.

Die Auswertung der leitfadengestützten Befragungen zeigt, dass alle befragten Betriebe aus Motivation und Interesse, sowie begründet durch die unzureichende Gewinnsituation aus der Urproduktion, eine EKK wählen. Eine spezifische Qualifikation für die EKK haben dagegen nur zwei der befragten Betriebe. Schwierigkeiten bei der Planung nennen zwei der Be-

triebe bzgl. Baugenehmigung und Kapitalbeschaffung. Bei der Umsetzung geben alle an, den Arbeitsaufwand unterschätzt zu haben.

INTERPRETATION UND DISKUSSION

Das Verwenden von Modellbetrieben gestützt auf Planungsdaten hat sich erwiesenermaßen als schwierig dargestellt, indem vor allem die Gewinne der Urproduktion von realen Betrieben abweichen. Doch ausgehend von diesen Ergebnissen können die Modellbetriebe MB 2 und MB 3 mit geringem Aufwand im Vergleich zu MB 1 mit den analysierten EKK ihr Existenzminimum sichern. Basierend auf den Ergebnissen der Modellberechnungen und den Befragungen, kann des Weiteren geschlussfolgert werden, dass der Standort für EKK im Bereich Tourismus eine wichtige Rolle spielt. Für den Untersuchungsraum Oberallgäu kann somit behauptet werden, dass dieser vor allem in den Bereichen Tourismus gegenüber anderen Bergregionen Bayerns, die touristisch weniger attraktiv sind, im Vorteil ist. Die Berglandwirtschaft kann also, obwohl sie aufgrund natürlicher Gegebenheiten in der landwirtschaftlichen Produktion benachteiligt ist, von dem Vorteil eines attraktiven Standorts für den Tourismus, profitieren. Für eine erfolgreiche Umsetzung von EKK ist allerdings eine genaue individuelle Betriebsanalyse von Bedeutung, um mögliche EKK an vorhandene betriebliche Kapazitäten anzupassen und zu ermitteln, ob und für welche EKK die Betriebsleiterfamilie bezüglich ihrer Fähigkeiten und Neigungen geeignet ist.

DANKSAGUNG

Besonderer Dank gilt Frau Dr. Weinberger-Miller² für die Bereitstellung von Daten und Kontakten sowie ihrem fachlichen Input.

LITERATUR

- BMELV (2013): *Almwirtschaft ist das Rückgrat der Bergregionen*. Pressemitteilung Nr. 227 vom 31.07.2013 (<http://www.bmelv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2013/227-AI-Hauptalmbegehung.html>); jsessionid=93C5C24A3068762A62568FF16D6A4A54.2_cid358 Abruftdatum: 04.04.2014).
- Boneberger, A (2013): *Diversifizierung in der Berglandwirtschaft – Chancen und Risiken von Einkommenskombinationen*. Masterthesis. Universität Hohenheim.
- Holzberger, R. (1986): Die Talfahrt der Bergbauern. Strukturveränderungen in der Berglandwirtschaft und dem Einfluss des Fremdenverkehrs. *Theorie und Forschung/Soziologie* (Bd. 3): 179-194. Regensburg.
- Schermer, M. (2013): *Die Stellung der Landwirtschaft in der Regionalentwicklung*. Innsbruck. (http://www.stmelf.bayern.de/mam/cms01/landwirtschaft/dateien/prof_markus_schermer.pdf, Abruftdatum 04.04.2014).

2.2.6 Sonstige Veröffentlichungen mit Themenbezug

Gemeinsam statt einsam – Voraussetzungen, Vorteile und Probleme bäuerlicher Kooperationen

Status: Veröffentlicht, Band 35, 2012, S. 40-41.

Journal: Bayrisches Landwirtschaftliches Wochenblatt

Autoren: Hein, K.; Laven, P. und Doluschitz, R.

Kooperation kann eine gute Wahl sein

Status: Veröffentlicht, Band 178, Volumen 32, 2011, S. 52-53.

Journal: BW agrar

Autoren: Hein, K.; Laven, P. und Doluschitz R.

Das Zwischenmenschliche entscheidet

Status: Veröffentlicht, 6/2011, S. 29-31.

Journal: Genograph.

Autoren: Doluschitz, R.; Hein, K. und Laven, P.

2.3 Fallbeispiel Milchviehhaltung

In Abschnitt 2.3 der vorliegenden kumulativen Dissertation werden einzelbetriebliche Entwicklungsstrategien am Fallbeispiel der Milchviehhaltung in Baden-Württemberg untersucht. Zunächst wird dabei auf eine im Jahr 2014 durchgeführte, empirische Untersuchung baden-württembergischer Milcherzeuger hinsichtlich ihrer Anpassungsstrategien auf das Auslaufen der Milchquotenregelung eingegangen. Im Folgenden werden tiefergehende Ergebnisanalysen sowie eine Vergleichsanalyse zu einer entsprechenden Untersuchung aus dem Jahr 2008 vorgestellt.

In folgender Übersicht werden die im Rahmen des Unterkapitels 2.3 dargestellten referierten Veröffentlichungen aufgeführt.

Referierte Zeitschriften und Tagungsbeiträge

Im Rahmen dieses Unterkapitels werden die dieser kumulativen Dissertation zugrunde liegenden veröffentlichten oder eingereichten Artikel in referierten Fachzeitschriften präsentiert. Diese sind:

2.3.1 Anpassungsstrategien baden-württembergischer Milchviehbetriebe auf das Auslaufen der Milchquotenregelung

Status: Angenommen

Journal: 24. Jahrbuch Österreichische Gesellschaft für Agrarökonomie.

Autoren: Laven, P.; Janas, C. und Doluschitz R.

2.3.2 Future development strategies for small scaled dairy farms in Baden-Württemberg after phasing out of the milk quota system

Status: Angenommen

Journal: Tagung. Österreichische Gesellschaft für Agrarökonomie 2015.

Autoren: Laven, P.; Schwarze, B.; Janas, C.; Gindele, N. und Doluschitz R.

2.3.3 Vergleichsanalyse der Jahre 2008 und 2014 hypothetischer und konkreter Anpassungsstrategien der Milcherzeuger in Baden-Württemberg vor dem Hintergrund des Auslaufens der Milchquotenregelung

Status: Eingereicht

Journal: Yearbook of Socioeconomics in Agriculture.

Autoren: Laven, P.; Janas, C.; Breuning, S. und Doluschitz R.

2.3.1 Anpassungsstrategien baden-württembergischer Milchviehbetriebe auf das Auslaufen der Milchquotenregelung

Status: Angenommen

Journal: 24. Jahrbuch der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie.

Autoren: Laven, P.; Janas, C. und Doluschitz, R.

Dieser Beitrag ist so oder in so ähnlicher Form im 24. Jahrbuch der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie angenommen.

Anpassungsstrategien baden-württembergischer Milchviehbetriebe auf das Auslaufen der Milchquotenregelung

Adaptation strategies in Baden-Württemberg dairy farms due to the phasing out of the milk quota system

Pamela LAVÈN, Caroline JANAS und Reiner DOLUSCHITZ

Zusammenfassung

Europäische MilcherzeugerInnen werden durch das Auslaufen der Milchquotenregelung im Jahr 2015 mit veränderten Marktgegebenheiten konfrontiert. Anpassungsstrategien der MilcherzeugerInnen werden strukturelle Veränderungen auf einzelbetrieblicher und regionaler Ebene verursachen. Um zu ermitteln, welche Anpassungsstrategien die MilcherzeugerInnen ergreifen werden und welche regionalen Unterschiede dabei eine Rolle spielen, wurden baden-württembergische MilcherzeugerInnen zu ihren Reaktionen auf das Auslaufen der Milchquotenregelung befragt. Im März 2014 wurden 1.050 Fragebögen an milcherzeugende LandwirtInnen in Baden-Württemberg (Ba-Wü) versendet. Der Rücklauf beinhaltete 372 auswertbare Fragebögen (35,4%). Insgesamt zeigt sich, dass der Ausstieg aus der Milchquotenregelung von über 60% der Antwortenden sehr skeptisch bewertet wird. Als wichtigste Anpassungsstrategie wird die Optimierung der Produktionskosten gesehen. Standortspezifische Unterschiede führen dazu, dass bspw. im Schwarzwald der Ausstieg aus der Milchviehhaltung eine wichtige Option darstellt.

Schlagworte: Auslaufen der Milchquotenregelung, Anpassungsstrategien, regionale Unterschiede, Befragung MilcherzeugerInnen

Summary

European milk producers are facing changed market conditions due to the phasing out of the milk quota system in 2015. Adaptation strategies by dairy farmers will bring about structural changes at farm and regional level. Baden-Württemberg milk producers were asked about their reactions to the phasing out of milk quotas. 1.050 questionnaires were sent out to milk-producing farmers in Baden-Württemberg (Ba-Wü) in March 2014, 372 evaluable questionnaires of which were returned (35.4%). Overall, the phasing out of milk quotas is viewed very sceptically by over 60% of respondents. Optimising production costs is regarded as the most important adaptation strategy. Site-specific differences mean that in the Black Forest, e.g., pulling out of dairy farming represents an important option.

Key words: Phasing out of the milk quota system, adaptation strategies, regional differences, survey of milk producers

1. Einleitung

Nach über dreißig Jahren kommt es in der Europäischen Union (EU) zu einer Abschaffung der Milchquotenregelung. Veränderte Rahmenbedingungen auf dem Weltmarkt sowie auf dem europäischen bzw. jeweils nationalen Markt für Milch und Milcherzeugnisse, stellen MilcherzeugerInnen vor neue Herausforderungen.

1.1 Problemstellung

Vor dem Hintergrund des Auslaufens der Milchquotenregelung in der EU im April 2015 und der damit einhergehenden Liberalisierung des Marktes für Milch und Milcherzeugnisse, werden MilcherzeugerInnen Anpassungsstrategien auf einzelbetrieblicher Ebene entwickeln müssen, um ihre Existenz sichern und im Wettbewerb bestehen zu können. Vielseitige Anpassungsstrategien, bspw. vom Ausstieg aus der Milchviehhaltung bis hin zur Ausdehnung der Milchproduktion, sind denkbar und werden je nach Standortgegebenheiten und regionalen Besonderheiten unterschiedliche Attraktivität für die MilcherzeugerInnen aufweisen.

1.2 Zielsetzung

Die vorliegende Untersuchung hat zum Ziel, mögliche Anpassungsstrategien und Reaktionen auf die Abschaffung der Milchquotenregelung der MilcherzeugerInnen in Ba-Wü zu ermitteln. Regional deutlich unterschiedliche Standortgegebenheiten in Ba-Wü finden dabei eine besondere Berücksichtigung. Der Fokus der Untersuchung liegt auf folgenden Fragestellungen:

Welche Anpassungsstrategien werden auf einzelbetrieblicher Ebene angewendet und welche differenzierten Reaktionen sind auf Gunst- bzw. Nichtgunststandorten zu erwarten?

Welchen Einfluss wird die Abschaffung der Milchquotenregelung auf den Strukturwandel in Ba-Wü haben?

2. Grundlagen

Weltweit ist eine steigende Nachfrage nach Milchprodukten zu verzeichnen (FAHLBUSCH et al., 2014, 38). In Folge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2008/09 konnten deutliche Preiseinbrüche auf dem Markt für Milch und Milcherzeugnisse beobachtet werden. Seit dem Jahr 2012 steigen sowohl der Weltmarktpreis für Milchäquivalent, als auch der EU-Milchpreis mit kurzfristigen Schwankungen an (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2012; 12). Hohe Milchanlieferungen und der momentane Einfuhrstopp Russlands, führen dazu, dass die Milcherzeugerpreise in Deutschland aktuell unter Druck stehen (MIV, 2014).

Der Strukturwandel bei den milcherzeugenden landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland hat in der letzten Dekade dazu geführt, dass die Anzahl der Betriebe von 121.524 (2003) auf 79.537 (2013) zurückging (FAHLBUSCH et al., 2014, 45f), was einem prozentualen Anteil von 34,6% entspricht (DESTATIS, 2014; Eigene Berechnung). Die Herdengröße entwickelte sich konträr dazu von durchschnittlich 36 Kühen (2003) auf knapp 54 Kühe (2013) (DESTATIS, 2014). Die Milchleistung ist dabei um 13,2% je Kuh und Jahr gestiegen (FAHLBUSCH et al., 2014, 46). Im Jahr 2012 wurden insgesamt 30,2 Mio. t Milch an Molkereien geliefert. Im Jahr 2014 wurden in Deutschland rund 32,2 Mio. t Milch produziert (MIV, 2013, 11). Ba-Wü

befindet sich dabei mit 2,2 Mio. t im Mittelfeld der jeweiligen Milchproduktion in den Bundesländern. Im Bundeslandvergleich steht Ba-Wü 2013 an fünfter Stelle bzgl. der Anzahl gehaltener Milchkühe, mit 0,34 Mio. Milchkühen (vgl. Bayern mit 1,22 Mio. Milchkühe). Betrachtet man die Anzahl der milchviehhaltenden Betriebe, liegt Ba-Wü mit 9.157 Betrieben im Jahr 2013 im Bundesvergleich auf Platz drei (DESTATIS, 2014), und mit einer durchschnittlichen Herdengröße von 37,4 Kühen bildet Ba-Wü gemeinsam mit Bayern (33,3 Kühe) das Schlusslicht im deutschlandweiten Vergleich (DESTATIS, 2014; eigene Berechnung). Begründet werden kann dies durch die kleinstrukturierten landwirtschaftlichen Gegebenheiten in Süddeutschland, bedingt durch regionale Besonderheiten, Hanglagen, kleinteilige Flächen sowie das Realteilungserbrecht.

3. Methodik und Datengrundlage

Im Rahmen einer schriftlichen Befragung von Milchviehbetrieben in Ba-Wü wurden im März 2014 1.050 Fragebögen (Betriebsgröße mind. fünf Kühe) in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg, versendet. Um regionale Unterschiede zu erfassen, wurden dabei sieben Landkreise in Ba-Wü ausgewählt, in jedem wurden 150 Fragebögen versendet. Die selektierten Landkreise sind in Abbildung 1 dargestellt. Diese bieten sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen für die Milcherzeugung und ermöglichen über Vergleichsgebiete mit „gleicher natürlicher Ertragsfähigkeit“ die unterschiedlichen Naturräume mit einzubeziehen, über die sich die Landkreise erstrecken (ROTHFUß et al., 2008, 249). Dies ermöglicht es, dass ein deutlich differenziertes Spektrum an Anpassungsstrategien und Reaktionen vergleichend analysiert werden kann.

Die für die Untersuchung gewählten Landkreise lassen sich fünf naturräumlich unterschiedlichen Regionen Baden-Württembergs zuordnen. Abbildung 1 zeigt auch die Zuordnung der Landkreise zu den untersuchten Regionen Baden- Württembergs.

Der Landkreis Ravensburg weist die höchste Konzentration an Milchproduktion auf, gefolgt vom Landkreis Biberach. Regionen mit deutlich geringerem Milchviehbesatz sind der Rhein-Neckarkreis, Ludwigsburg/Stuttgart und der Ortenaukreis. Bis Mai 2014 konnte ein Rücklauf von 372 auswertbaren Fragebögen (Rücklaufquote 35,4%) erreicht werden. Der Rücklauf verteilte sich relativ gleichmäßig auf die befragten Landkreise (Angaben beziehen sich auf die jeweiligen Anteile am Gesamtrücklauf: Ravensburg RV 15,1%, Biberach BC 13,4%, Reutlingen RT 12,9%, Ostalbkreis AA 13,7%, Ortenaukreis OG 13,4%, Breisgau-Hochschwarzwald FR 15,6% und Ludwigsburg LB/Rhein-Neckar-Kreis HN zusammengefasst zur Ackerbauregion AB 15,9%).

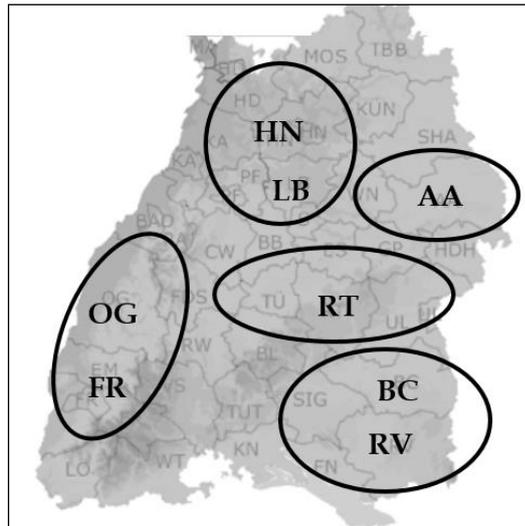


Abb. 1: Baden-Württemberg, sieben selektierte Landkreise und die fünf Befragungsregionen.

Quelle: STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG, 2014. Eigene Ergänzungen.

Die regional ausgeglichenen Rücklaufquoten sowie ein Gesamtrücklauf von über 35% weisen auf die hohe thematische Aktualität und Relevanz hin und ermöglichen aussagekräftige Ergebnisse auf einer belastbaren Datengrundlage zu generieren.

Der Fragebogen enthält Fragen aus sieben Kernkategorien, wie: 1. Marktentwicklung, 2. Regionen - strukturelle Entwicklungen, 3. Management - betriebliche Entwicklung, 4. agrarpolitische Maßnahmen, 5. Zusammenarbeit mit den Molkereien, 6. Betriebsdaten und 7. Kommentare. Die Datenanalyse erfolgt sowohl mit univariaten als auch bivariaten Methoden. Der Fokus der hier vorgestellten Ergebnisse bezieht sich auf die Kategorien: Management - betriebliche Entwicklung und auf Regionen - strukturelle Entwicklung. Befragungsaufbau sowie Befragungsregionen wurden analog einer Untersuchung aus dem Jahr 2008 gewählt, um vergleichende Analysen im zeitlichen Verlauf zu ermöglichen (ROTHFUß et al., 2008, 248ff).

4. Ergebnisse

Im Hinblick auf die Frage, wie milcherzeugende Betriebe auf Gunst- bzw. Nichtgunststandorten auf das Auslaufen der Milchquotenregelung reagieren, ergibt sich als erstes Ergebnis, dass der Großteil der antwortenden LandwirtInnen dem Auslaufen der Milchquotenregelung sehr skeptisch gegenübersteht. Wie aus Abbildung 2 hervorgeht, bewerten über 60% der antwortenden LandwirtInnen das Auslaufen der Milchquotenregelung für ihre eigenen Betriebe als negativ, bzw. eher negativ. Etwa 20% sind demgegenüber neutral eingestellt, während nur knapp 16% die Änderungen als positiv, bzw. eher positiv für den eigenen Betrieb einschätzen.

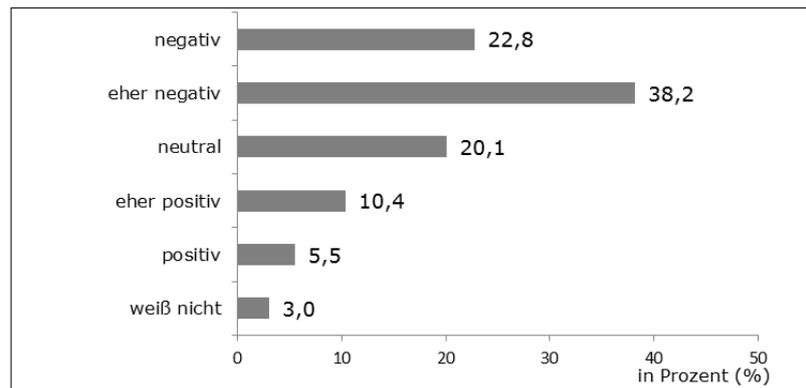


Abb. 2: Bewertung der LandwirtInnen hinsichtlich des Auslaufens der Milchquotenregelung für ihre eigenen Betriebe. Alle Regionen n=364
Quelle: Eigene Erhebung, 2014

In ersten landkreisspezifischen Analysen zeigen sich tendenzielle Unterschiede zwischen Gunst- und Nichtgunststandorten für die Milchviehhaltung. Insbesondere die Landkreise in der Region Schwarzwald (OG+FR) 72,6% und der Region Allgäu/Oberschwaben (RV+BC) 64,4% mit ihrer standorttypischen hohen Konzentration an Milchviehhaltung sowie eingeschränkter landwirtschaftlicher Einkommensalternativen, stehen dem Auslaufen der Milchquotenregelung besonders kritisch gegenüber. Auffällig ist, dass in der Region Schwarzwald auch die positiven bzw. eher positiven Bewertungen (9,4%) des Ausstiegs aus der Milchquotenregelung deutlich unter den Einschätzungen der anderen Landkreise liegen. Hieraus wird deutlich, dass insbesondere Standorte ohne einkommensstarke Alternativen zur Milchviehhaltungen den Ausstieg aus der Milchquotenregelung sehr skeptisch sehen.

Bei der Betrachtung der Anpassungsstrategien der antwortenden Milchviehbetriebe, in Abbildung 3 dargestellt, zeigt sich insgesamt, dass der Optimierung der Produktionskosten mit 49,3% die höchste Bedeutung zukommt. Darüber hinaus werden die Verbesserung der Arbeitseffizienz (46,4%) und die Ausdehnung der Milchproduktion (43,3%) als wichtige Anpassungsstrategien gesehen, gefolgt vom Ausstieg aus der Milchviehhaltung (28,9%). Das Eingehen von Kooperationen wird mit nur 7,2% der Nennungen als unattraktive Anpassungsstrategie eingeschätzt.

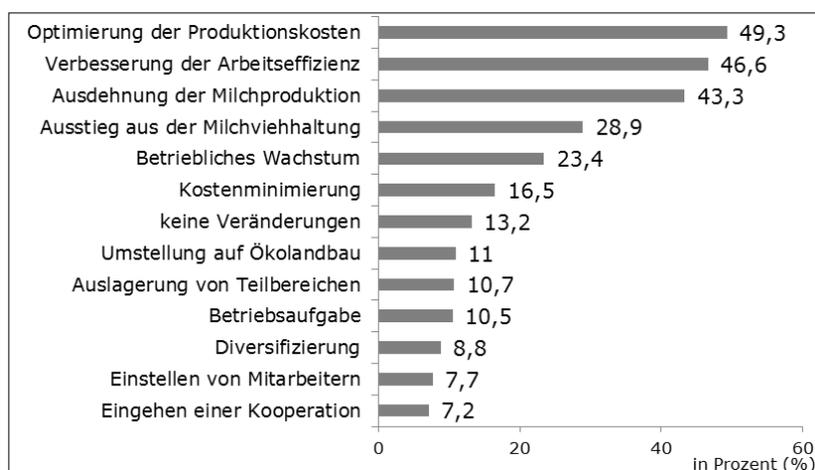


Abb. 3: Anpassungsstrategien der MilcherzeugerInnen an das Auslaufen der Milchquotenregelung. (Mehrfachn. mögl., n=363, Werte gerundet), alle Regionen
Quelle: Eigene Erhebung, 2014

Tieferegehende regionalspezifische Analysen zeigen, dass auch hier insbesondere in der Region Schwarzwald (OG 46,9% und FR 37,9%) der Ausstieg aus der Milchviehhaltung als wichtige Anpassungsstrategie bewertet wird. Während in der Region Ostalb/Schwäbischer Wald (AA) nur 10,9% der Nennungen auf den Ausstieg aus der Milchviehhaltung entfallen.

Die Anpassungsstrategie der Ausdehnung der Milchproduktion wird über alle Regionen hinweg häufig genannt (43,3%). Auffällig ist, dass nur der Landkreis OG (Region Schwarzwald) mit 18,4% der Nennungen weit unterhalb der Gesamtnennungen liegt. In der Region Ostalb/Schwäbischer Wald wird dagegen die Ausdehnung der Milchproduktion (56,5%) zusammen mit der Verbesserung der Arbeitseffizienz (56,5%) als wichtigste Anpassungsstrategie eingeschätzt.

5. Diskussion und Schlussfolgerung

Als „Chance für die Milchwirtschaft“ wird das Ende der Milchquotenregelung von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt begrüßt (AGRA-EUROPE, 2015, 36). Insbesondere wird dabei die gewonnene unternehmerische Freiheit der MilcherzeugerInnen hervorgehoben, die somit ihre Produktionsmengen selbst regulieren können (AGRA-EUROPE, 2015, 36f). Für großstrukturierte landwirtschaftliche Betriebe in Nord- und Ostdeutschland birgt das Ende der Milchquotenregelung mehr Chancen als Risiken (AGRA-EUROPE 2015a, 13f). Die Möglichkeit der Ausdehnung der Milchproduktion wird hier von den MilcherzeugerInnen positiv aufgenommen, viele befinden sich bereits in den „Startlöchern, um den Milchhahn aufzudrehen“ (SCHWÄBISCHE ZEITUNG 2015).

Dagegen wird das Auslaufen der Milchquotenregelung von etwa Zweidritteln der an der Untersuchung teilnehmenden baden-württembergischen MilcherzeugerInnen negativ eingeschätzt. Insbesondere in kleinstrukturierten und benachteiligten Gebieten wie bspw. Allgäu/Oberschwaben und im Schwarzwald wird der Ausstieg aus der Milchquotenregelung besonders negativ bewertet. „Die kleinen Betriebe auf der Schwäbischen Alb oder im Allgäu werden es schwer haben“, meint auch der Landeschef des Bundesverbands deutscher Milchviehhalter, Karl-Eugen Kühnle (DIE WELT, 2014). Bestätigt werden diese Ergebnisse durch die regionalspezifischen Datenanalysen. In der Region Schwarzwald sowie im Landkreis Biberach (Region Allgäu/Oberschwaben) stellt der Ausstieg aus der Milchviehhaltung eine wichtige Anpassungsstrategie der MilcherzeugerInnen dar. Auch das EUROPEAN MILK BOARD erwartet am Milchmarkt schwierige Zeiten (PROPLANTA, 2014). Die MilcherzeugerInnen werden durch den Ausstieg aus der Milchquotenregelung sowie die Öffnung der Märkte auf einzelbetrieblicher Ebene reagieren müssen. SCHABER mahnt, „ohne wirksam greifende Instrumente – ohne kostendeckende Preise – werden sehr viele Bauern auch in der EU sehr schnell aufgeben müssen“ (PROPLANTA, 2014). Auch SCHMID et al. kommen in einer Untersuchung aus dem Jahr 2011 (Untersuchung in Österreich) zu dem Schluss, dass Anpassungsstrategien wie bspw. Wachstum auf einzelbetrieblicher Ebene ergriffen werden müssen, um sich nach dem Auslaufen der Milchquotenregelung langfristig am Markt positionieren zu können (SCHMID et al., 2011, 19). Insgesamt findet die weit verbreitete Lehrmeinung Bestätigung, dass mengenregulierende Maßnahmen strukturkonservierende Wirkung haben und zu einem Stau des aus Wettbewerbsgründen notwendigen Strukturwandels führen.

Danksagung

Diese Forschungsarbeit wurde dankenswerterweise vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg unterstützt.

Literatur

- AGRA-EUROPE (2015): Milchquotenregelung hat Ziele verfehlt-Erleichterung über bevorstehendes Ende. 56. Jahrgang, Nr. 14, Länderberichte S. 36-38.
- AGRA-EUROPE (2015a): Milchquotenära endet ohne Wehmut. 56. Jahrgang, Nr. 15, Länderberichte S. 13-15.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2012): Die Entwicklung der Marktlage und die sich daraus ergebenden Bedingungen für ein reibungsloses allmähliches Auslaufen der Milchquotenregelung. URL: http://ec.europa.eu/agriculture/milk/quota-report/com-2012-741_de.pdf (09.04.2014).
- DESTATIS (2014): Genesis-Online-Datenbank: 41311-0001, -0002, -0003 und -0004; 2003-2013, Rinder 2 Jahre und älter, Milchkühe. URL: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (25.04.2014).
- DIE WELT (2014): Milchbauern befürchten Druck durch Wegfall der Milchquote. URL: <http://www.welt.de/regionales/baden-wuerttemberg/article131976573/Milchbauern-befuerchten-Druck-durch-Wegfall-der-Milchquote.html> (22.09.2014).
- FAHLBUSCH, M., SCHULZE, B., KÜHL, S., BUSCH, G. UND BRÜMMER, B. (2014): Der Markt für Milch und Milcherzeugnisse im Jahr 2013. GJAE, 2014, 63, 38-57.
- MIV (MILCHINDUSTRIEVERBAND) (2014): Marktbericht September 2014. URL: <http://www.milchindustrie.de/aktuelles/aktuelle-infos/miv-marktbericht-september-2014/> (25.09.2014).
- MIV (MILCHINDUSTRIEVERBAND) (2013): Milch und mehr – die deutsche Milchwirtschaft auf einen Blick. URL: <http://www.milchindustrie.de> (16.04.2014).
- PROPLANTA (2014): European Milk Board warnt vor schweren Zeiten am Milchmarkt-Nachrichten: Agrarwirtschaft / Milchwirtschaft. URL: http://www.proplanta.de/Agrar-Nachrichten/Agrarwirtschaft/European-Milk-Board-warnt-vor-schweren-Zeiten-am-Milchmarkt_article1406549181.html (30.07.2014).
- ROTHFUß, K., ZONDLER, A., ENGLER, B. UND DOLUSCHITZ, R. (2009): Entwicklung der Milcherzeugung in ausgewählten Regionen Baden-Württembergs – Prognosen und kritische Entscheidungsfaktoren. Agrarwirtschaft, 2009, 58, Heft 5/, 248-258.
- SCHMID, E., LARCHER, M., SCHÖNHART, M. UND STIGLBAUER, C. (2011): Ende der Milchquote – Perspektiven und Ziele österreichischer Molkereien und Milchproduzenten. Universität für Bodenkultur Wien (BOKU), im Auftrag des BMLFUW. URL: http://cgi.zar.at/download/Newsletter/2011/Schmid_etal_Ende_Milchquote_Zusammenfassung_final.pdf (10.09.2014).
- SCHWÄBISCHE ZEITUNG (2015): Die Kleinen trifft es zuerst. URL: http://www.schwaebische.de/wirtschaft/aktuelle-nachrichten_artikel,-Die-Kleinen-trifft-es-zuerst-_arid,10205142.html (20.04.2015).
- STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG (2014): Fläche, Bevölkerung, Struktur- und Regionaldatenbank URL: <http://www.statistik-bw.de/SRDB/home.asp?H=BevoelkGebiet&E=GE> (25.09.2014).

Anschrift des Verfassers/ der Verfasserin

Dipl.- Ing. sc. agr. Pamela Lavèn

M.Sc. Caroline Janas

Prof. Dr. Reiner Doluschitz

Institut für Landwirtschaftliche Betriebslehre (410 C)

Universität Hohenheim, 70593 Stuttgart, Deutschland

Tel.: +4971145922611

eMail: pamelalaven@uni-hohenheim.de

2.3.2 Future development strategies for small scaled dairy farms in Baden-Württemberg after phasing out of the milk quota system

Status: Angenommen

Journal: Tagung. Österreichische Gesellschaft für Agrarökonomie 2015.

Autoren: Laven, P.; Schwarze, B.; Janas, C.; Gindele, N. und Doluschitz R.

Dieser Beitrag ist so oder in so ähnlicher Form bei der Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie im Jahr 2015 angenommen.

Future development strategies for small scaled dairy farms in Baden-Württemberg after phasing out of the milk quota system

Lavèn, Pamela; Schwarze, Bernd; Janas, Caroline; Gindele, Nicola and Doluschitz, Reiner¹

¹University of Hohenheim, Farm Management, Computer Applications and Business Management in Agriculture (410C), 70599 Stuttgart, Germany
Pamela.laven@uni-hohenheim.de

Abstract

The termination of the EU milk quota system in April 2015 confronts European dairy farmers with new challenges. This research project analyzes the relative effects of the abolishment of the system on small-scale dairy farms in Baden-Württemberg (Germany), considering their different natural conditions. Relevant data were collected from a written survey conducted in Baden-Württemberg in 2014, with a response rate of 35.4% (1.050 questionnaires were sent out; 372 evaluable questionnaires returned). The high participation of the dairy farmers in the survey indicates the actuality and seriousness of the topic. In a first step, univariate evaluations were made. The survey revealed that more than 60% of the farmers are skeptical about the phasing out of the milk quota. Farmers are now forced to develop adaption strategies to this new situation in the milk market. Almost half of respondents considered optimizing the production costs, although almost a third contemplated pulling out of the dairy farming as an option to react to the phasing out of the milk quota system (Lavèn, P., Janas, C., Doluschitz, R. (ÖGA 2014)). Based on these results, the wide and representative database was analyzed by multivariate statistical methods. This includes regression analyses to model relationships between a dependent and one to more independent variables, in order to describe quantitative correlations or to forecast values of the independent variable. Aims of the research project are to analyze the influencing factors and determinates, which affect the different adaptation strategies, depending on regional circumstances as well as on operational level of single farms. Within the regression analysis the explanatory variables are e.g. socioeconomic parameters like the age of the farm manager, educational level, size of the company and number of dairy cows. It is of particular interest to consider not only the dataset as one cross-sectional sample, but to look at the local differences of strategies as well as the strategies of single dairy farms. A further aim of the investigation is to identify the various inter-relationships between the variables. The main objective of the statistical data analysis is to allow predictions on the development of dairy farming in Baden-Württemberg in the long term. The statistical analysis is ongoing and will be finished in June 2015. It can be expected, that there is a significant correlation between the positive assessment of the farmers regarding the end of the milk quota system and the size of the companies and the educational level of the farm manger. Further it can be assumed that both the number of the cows and the number of workforce are influencing the adaption strategies of the dairy farms.

JEL CODE

Q10; Q13

2.3.3 Vergleichsanalyse der Jahre 2008 und 2014 hypothetischer und konkreter Anpassungsstrategien der Milcherzeuger in Baden-Württemberg vor dem Hintergrund des Auslaufens der Milchquotenregelung

Status: Eingereicht
Journal: Yearbook of Socioeconomics in Agriculture.
Autoren: Laven, P.; Janas, C.; Breuning, S. und Doluschitz R.

Dieser Beitrag ist so oder in so ähnlicher Form bei der Schweizerischen Gesellschaft für Agrarwissenschaften und Agrarsoziologie im Yearbook of Socioeconomics in Agriculture eingereicht.

Vergleichsanalyse der Jahre 2008 und 2014 hypothetischer und konkreter Anpassungsstrategien der Milcherzeuger in Baden-Württemberg vor dem Hintergrund des Auslaufens der Milchquotenregelung

Abstract:

Das Auslaufen der Milchquotenregelung im Jahr 2015 konfrontiert europäische Rohmilcherzeuger mit verändernden Marktgegebenheiten. Die Anpassungsstrategien werden auf einzelbetrieblicher und regionaler Ebene strukturelle Veränderungen bei rohmilcherzeugenden landwirtschaftlichen Betrieben verursachen. Durch analog aufgebaute empirische Untersuchungen bei baden-württembergischen Milchviehhaltern in den Jahren 2008 und 2014 konnten Vergleichsanalysen hypothetischer und konkreter Anpassungsstrategien vor dem Hintergrund regionalspezifischer Besonderheiten herausgearbeitet werden. Jeweils 1050 milchviehhaltende Betriebe mit mindestens 5 Milchkühen wurden im Rahmen der standardisierten schriftlichen Erhebungen befragt. Hohe Rücklaufquoten, von 39% (absolut: 411) im Jahr 2008 und 35% (absolut: 372) im Jahr 2014 zeigen die hohe Aktualität und Brisanz der Thematik. Deutlich wird, dass sowohl in 2008 als auch in 2014 der Großteil der Befragten dem Ausstieg aus der Milchquotenregelung skeptisch gegenübersteht. Generell werden betriebswachstumsunterstützende Anpassungsstrategien als besonders wichtig erachtet. Allerdings wird auch der Ausstieg aus der Milchviehhaltung insbesondere in kleinstrukturierten benachteiligten Gebieten, wie beispielsweise Schwarzwald und Allgäu/Oberschwaben als wichtige Anpassungsstrategie gesehen.

Key words: Phasing out of the milk quota system, adaptation strategies, regional differences, survey of milk producers in Baden-Württemberg

JEL classification(s): Q 10, Q13, Q18

1. Einleitung

Generell gelten die Auswirkungen von politisch regulierenden Einflussmaßnahmen auf landwirtschaftlichen Märkten als strukturkonservierend, bzw. den Strukturwandel verlangsamen. Es wird davon ausgegangen, dass die Milchmengenregelung unwirtschaftlich produzierende Milcherzeuger länger in der Milcherzeugung hält und somit eine Strukturhaltung entsteht. Andererseits wird somit das mögliche Wachstum effizienterer milcherzeugender Betriebe gehemmt (Huettel und Jongeneel 2011:499). Die Milchmengenregulierung konnte trotz ihrer strukturkonservierenden Wirkung, den Strukturwandel in der Milchviehhaltung nicht aufhalten (Wendl 2013:2). Seit mehreren Jahren wird bereits der Ausstieg aus der Milchmengenregulierung in der Europäischen Union (EU) diskutiert. Ab 01. April 2015 wird dieser realisiert, so dass milcherzeugende landwirtschaftliche Betriebe einzelbetriebliche Anpassungsstrategien entwickeln und ergreifen müssen, um auf die veränderten Rahmenbedingungen zu reagieren.

1.1 Problemstellung

Global entwickelt sich auf dem Weltmarkt für Milcherzeugnisse eine steigende Nachfrage, insbesondere im Asien-Pazifik-Raum (Statista 2015), wodurch auch die weltweite Preisentwicklung für Milcherzeugnisse positiv beeinflusst wurde. Das hohe Preisniveau am Weltmarkt konnte sich allerdings im Jahr 2014 nicht stabilisieren. Dieser Trend setzt sich zu Beginn 2015 weiter fort, wenn auch sich die Intensität des Rückganges verlangsamt hat (AMI 2015).

Innerhalb der Europäischen Union (EU-27) ist Deutschland mit etwa einem Fünftel der Gesamtmilchmenge das Land mit der höchsten Milcherzeugung (DBV 2014). In der deutschen Ernährungsindustrie ist die Milchwirtschaft mit einem Umsatz von 28,3 Milliarden Euro und etwa 38'000 Beschäftigten im Jahr 2013 die zweitgrößte Branche. Dabei werden über 30% der Umsätze über den Export erwirtschaftet (DBV 2014a). Somit trägt die deutsche Milchwirtschaft auch erheblich zu einer Stärkung Ländlicher Räume bei.

Die volatilen Märkte sowie die aktuellen Veränderungen auf dem europäischen Milchmarkt, insbesondere die Abschaffung der Milchmengenregelung zum 01. April 2015, stellen milcherzeugende Betriebe vor Chancen und Risiken bis hin zur Problematik der Existenzsicherung. Die einzelbetrieblichen Anpassungsstrategien von der Ausdehnung der Milchproduktion bis zum Ausstieg aus der Milhhaltung sind von einer Vielzahl von Faktoren, insbesondere regional spezifischer Standortbedingungen abhängig.

1.2 Zielsetzung

Um Anpassungsstrategien und Reaktionen der milcherzeugenden Landwirte zu ermitteln und ihre Veränderungen im Zeitablauf darstellen und analysieren zu können, wurden analog aufgebaute Untersuchungen jeweils in den Jahren 2008 und 2014 durchgeführt. Ziel war es die Veränderungen der Anpassungsstrategien, des im Jahr 2008 noch hypothetischen Ausstiegs aus der Milchmengenregelung, den konkreten Anpassungsstrategien 2014 gegenüberzustellen, nachdem das Auslaufen der Milchmengenregelung die milcherzeugenden Landwirte ab April 2015 konkret betrifft. Im Fokus der Vergleichsuntersuchung bei baden-württembergischen Milcherzeugern standen dabei folgende Fragestellungen:

- 1) Wie haben sich die Rahmenbedingungen für milcherzeugende Landwirte zwischen 2008 und 2014 geändert?
- 2) Welche Veränderungen bezüglich der einzelbetrieblichen Anpassungsstrategien ergeben sich zwischen 2008 und 2014?
- 3) Gibt es standortspezifische, regionale Auffälligkeiten in der Veränderung der Anpassungsstrategien?
- 4) Welche Auswirkungen ergeben sich für die Ländlichen Räume in Baden-Württemberg?

2 Strukturelle Veränderungen

Die Zahl der milcherzeugenden landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland ist im Rahmen des Strukturwandels von 100'993 (2008) auf 76'469 (2014) zurückgegangen. Dies entspricht einem prozentualen Anteil von 24,3%. Im Vergleich dazu veränderte sich der Anteil milcherzeugender Betriebe in Baden-Württemberg um 27,8% von 12'018 (2008) auf 8'674 (2014) (Statistisches Bundesamt 2014).

Womit die Veränderung in Baden-Württemberg, aufgrund der kleinstrukturierten Landwirtschaft deutlicher zum Tragen kommt als im deutschen Gesamtdurchschnitt.

Dagegen steigt die Herdengröße in Deutschland von durchschnittlich 41,4 Milchkühe (2008) auf 55,5 Milchkühe (2014) um 34,1% an. In Baden-Württemberg manifestiert sich diese Entwicklung etwas weniger ausgeprägt von durchschnittlich 30,4 Milchkühe (2008) um 30,3% auf 39,6 Milchkühe (2014) je Milchkuhhaltung (Statistisches Bundesamt 2014).

Die Anzahl gehaltener Milchkühe in Deutschland entwickelte sich von 4'229'138 (2008) auf 4'295'680 (2014). Dagegen reduziert sich die Zahl gehaltener Milchkühe in Baden-Württemberg von 360'609 (2008) auf 349'144 (2014) (Statistisches Bundesamt 2014).

Eine Übersicht über die Veränderungen im Zeitablauf gibt Tabelle 1.

Tabelle 1: Strukturelle Veränderungen in Deutschland (D) und Baden-Württemberg (BW) vergleichend aus den Jahren 2008 und 2014.

	2008	2014	Veränderungen in %
Milchviehhaltende Betriebe D	100'993	76'469	-24,3
Milchviehhaltende Betriebe BW	12'018	8'674	-27,8
Herdengröße D	41,4	55,5	+34,1
Herdengröße BW	30,4	39,6	+30,3
Zahl gehaltener Milchkühe D	4'229'138	4'295'680	+1,57
Zahl gehaltener Milchkühe in BW	360'609	349'144	-3,28

(Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten des Statistischen Bundesamtes 2014, eigene Veränderungen).

3 Methodik

Im Rahmen zweier standardisierter empirischer Untersuchungen aus den Jahren 2008 und 2014 wurden schriftliche Befragungen bei jeweils 1050 milcherzeugenden landwirtschaftlichen Betrieben in Baden-Württemberg durchgeführt. Um zum einen die Vergleichbarkeit der Untersuchungen aus 2008 und 2014 zu ermöglichen und zum anderen die naturräumlich unterschiedlichen Regionen in Baden-Württemberg zu erfassen, wurden in sieben Landkreisen jeweils 150 milcherzeugende Betriebe (Betriebsgröße mind. 5 Milchkühe) untersucht. Die sieben selektierten Landkreise waren in beiden Untersuchungen identisch und werden in Abbildung 1 dargestellt.

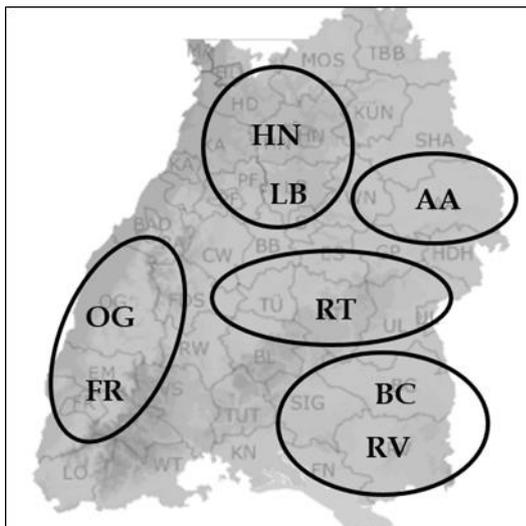


Abbildung 1: Baden-Württemberg, sieben selektierte Landkreise und die fünf Befragungsregionen.

(Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2014. Eigene Ergänzungen).

Die Beteiligung der milchviehhaltenden Betriebe in Baden-Württemberg an den Untersuchungen zum Auslaufen der Milchmengenregelung war sehr hoch. Im Jahr 2008 nahmen 411 Milcherzeuger an der Befragung teil, was einer Rücklaufquote von 39% entspricht und im Jahr 2014 konnten 372 Fragebögen in die Auswertung einbezogen werden, was eine Rücklaufquote von 35% darstellt. Die selektierten Landkreise, der dazugehörige regionale Bezug sowie die Rücklaufquoten aus 2008 und 2014 werden in Tabelle 2 aufgezeigt.

Tabelle 2: Landkreise und regionaler Bezug mit Rücklaufquoten aus den Jahren 2008 und 2014.

Rücklauf Landkreise	Region	2008 in %	2014 in %
Ludwigsburg und Rhein-Neckar-Kreis (AB)	Ackerbauregionen	15	16
Breisgau-Hochschwarzwald (FR)	Schwarzwald	14	16
Ortenaukreis (OG)	Schwarzwald	15	13
Ostalbkreis (AA)	Schwäbische Alb, Schwäbischer Wald	13	14
Reutlingen (RT)	Schwäbische Alb, Albvorland	14	13
Biberach (BC)	Allgäu, Oberschwaben	15	13
Ravensburg (RV)	Allgäu, Oberschwaben	14	15
Rücklauf gesamt		39	35

(Quelle: Eigene Darstellung, Erhebung Zondler 2008 und eigene Erhebung 2014).

Laut Diekmann (2007) werden in postalischen Befragungen nur selten Rücklaufquoten über 20% erreicht. Die deutlich höheren Rücklaufquoten beider Befragungen aus den Jahren 2008 sowie 2014, zeigen die besondere Aktualität der Thematik bei den rohmilcherzeugenden Landwirten auf. Da über die Regionen hinweg relativ ähnliche Rücklaufquoten, sowohl in den individuellen Befragungsjahren, als auch im Querschnittsvergleich über die Jahre generiert wurden, wird deutlich, dass rohmilcherzeugende Betriebe an günstigeren Standorten sowie auch an ungünstigeren Standorten von der hohen Aktualität des Themas betroffen sind.

Vor dem Hintergrund der regionaltypischen, standortspezifischen Verhältnisse werden in den Landkreisen Ravensburg (RV), Biberach (BC) und Ostalbkreis (AA) insbesondere Futterbaubetriebe, teilweise auch Verbund und Ackerbaubetriebe betrieben. Der Landkreis Ravensburg (RV) weist dabei die höchste Konzentration an Milchproduktion auf. Der Landkreis Reutlingen (RT) ist durch seine Mittelgebirgslage an bzw. auf der Schwäbischen Alb, mit allenfalls mittlerem Niveau an Futterqualität und -erträgen, geprägt. Vorzufinden sind hier Futterbau, Verbund und Ackerbau. Im Osten der Landkreise Ortenaukreis (OG) und Breisgau-Hochschwarzwald (FR) herrscht aufgrund der naturräumlichen Gegebenheiten im Schwarzwald, wie hohe Hangneigungen, hohen Niederschlagsmengen und hoher Grünlandanteil der Betriebstyp Futterbau vor. Im Gegensatz dazu zeichnen sich die zusammengefassten Landkreise Ludwigsburg und Rhein-Neckar-Kreis (AB) durch einen hohen Anteil an Ackerbaubetrieben aus.

Potenziell alternative Einkommensquellen neben der landwirtschaftlichen Urproduktion zu generieren, sind insbesondere in touristisch attraktiven Regionen, wie beispielsweise im Allgäu, gegeben. Für Regionen rund um die Ballungsräume größerer Städte, wie zum Beispiel die Region AB, ergeben sich darüber hinaus auch vielfältige außerlandwirtschaftliche Beschäftigungsmöglichkeiten. Eine hohe Verfügbarkeit an außerlandwirtschaftlichen Beschäftigungsmöglichkeiten gilt als Strukturwandel dämpfend (Zimmermann und Heckelei 2012:600), da Landwirte beispielsweise den Weg in den Nebenerwerb gehen, um in der Landwirtschaft weiter zu verbleiben. Die Kernelemente des Fragebogens wurden in beiden Befragungen schwerpunktmäßig gleich gesetzt, damit eine Vergleichbarkeit gewährleistet werden kann. Die sieben Kategorien beziehen sich auf Marktentwicklung, Regionen und strukturelle Entwicklung, Management und betriebliche Entwicklung, agrarpolitische Maßnahmen, Zusammenarbeit mit Molkereien, Betriebsdaten und Kommentare.

Um einen Quervergleich der Ergebnisse vorzunehmen, wurden zunächst die Ergebnisse des Jahres 2008 ausgewertet und analysiert, beschrieben bei Rothfuß et al. (Rothfuß et al. 2009:248 ff) und analog dazu die Ergebnisse der Untersuchung aus dem Jahr 2014 (Lavèn et al. 2014). In einem weiteren Schritt wurden die Ergebnisse beider Befragungen gegenübergestellt, um Veränderungen im Zeitablauf deutlich zu machen.

4 Ergebnis und Interpretation

Im Hinblick auf die Anpassungsstrategien und Reaktionen rohmilcherzeugender Landwirte auf das Auslaufen der Milchmengenregelung im April 2015, ist es von besonderer Bedeutung die Betriebsstrukturen der antwortenden Betriebe aus den Jahren 2008 und 2014 als Ganzes, sowie regionaltypische Veränderungen zu berücksichtigen. Im Folgenden werden deshalb die Betriebsstrukturdaten der teilnehmenden Betriebe überblickhaft dargestellt.

Während im Jahr 2008 78% der Antwortenden der Gesamtstichprobe ihren Betrieb im Haupterwerb bewirtschafteten, war im Vergleich dazu in 2014 mit 81% ein leichter Zuwachs zu sehen. Bei detaillierter Betrachtung der Veränderungen der Anteile von Haupt- und Nebenerwerb in den Landkreisen über die Jahre, zeigt sich tendenziell, dass in allen Landkreisen (außer AB) der Anteil derer, die ihre Betriebe im Haupterwerb bewirtschaften zunimmt und, dass gleichzeitig der Anteil derer, die ihre Betriebe im Nebenerwerb bewirtschaften zurückgeht, siehe Abbildung 2. Einzig die Ackerbauregion (AB), die wie in Kapitel 3 beschrieben auch vielfältige außerlandwirtschaftliche Einkommensmöglichkeiten bietet, weist einen leichten Rückgang der Haupterwerbsbetriebe und eine dementsprechende Ausdehnung des Nebenerwerbs auf.

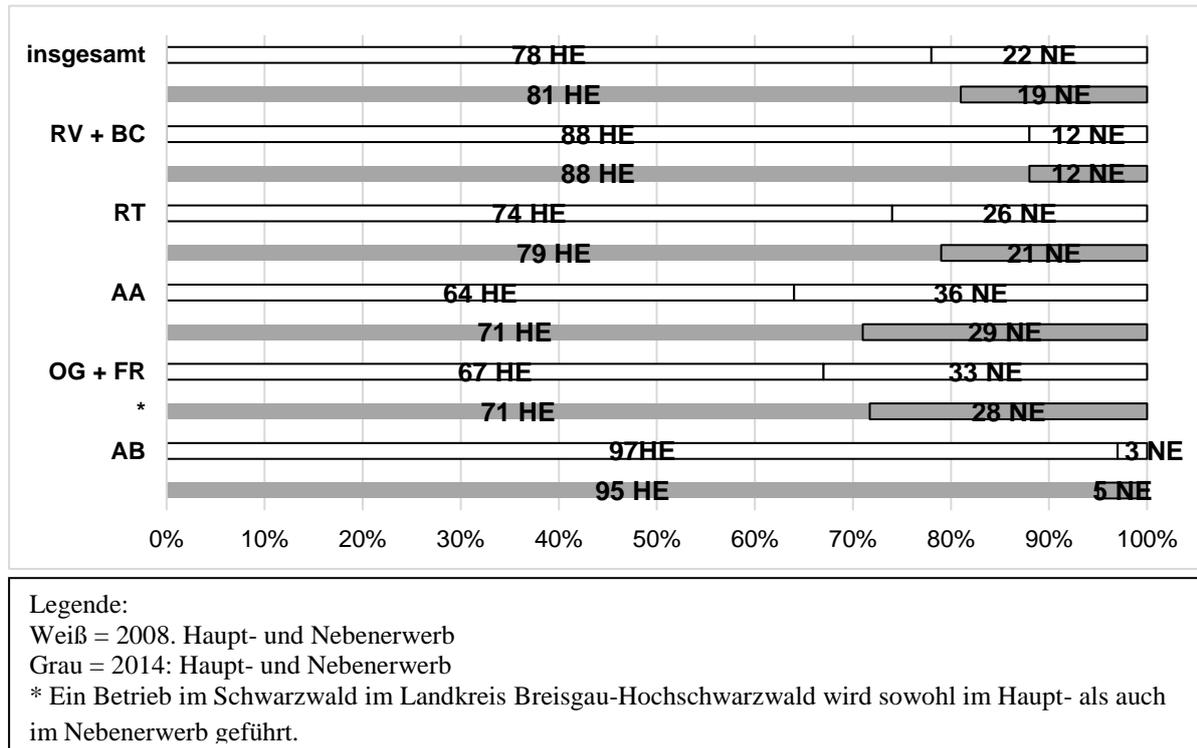


Abbildung 2: Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe in den Untersuchungsregionen über die Gesamtstichproben 2008 und 2014 sowie landkreisspezifische Darstellung.

(Quelle: Eigene Darstellung, Erhebung Zondler 2008 und eigene Erhebung 2014).

Im Jahr 2008 gaben 5% der Befragungsteilnehmer an, ihren Betrieb ökologisch zu bewirtschaften, in der aktuellen Befragung aus dem Jahr 2014 zeigte sich ein deutlicher Anstieg auf 13,7% über die Gesamtstichprobe. Auffällig ist, dass sowohl im Jahr 2008 (10%) als auch im Jahr 2014 (18,9%) der prozentuale Anteil der ökologisch wirtschaftenden Betriebe in der Region Schwarzwald (FR+OG) besonders hoch ist. Die Hofnachfolgesituation hat sich zwischen den Befragungsjahren positiv entwickelt, in 2008 war die Hofnachfolge bei durchschnittlich 42% der Antwortenden gesichert, im Jahr 2014 bei 50,5% (Antwortende über 55 Jahre; 2008 n=87 und 2014 n=99).

Ein Überblick über die durchschnittliche Betriebsausstattung der an den Befragungen teilnehmenden Milchviehhalter wird in Tabelle 3 gegeben.

Tabelle 3: Übersicht über Betriebsgrößen und Betriebsausstattung der antwortenden Milchviehbetriebe in der Jahren 2008 und 2014 über die Gesamtstichproben.

	2008			2014		
	Mittelwert	Median	N	Mittelwert	Median	N
Landwirtschaftliche Nutzfläche gesamt				61,6350	52,0000	366
Davon Pacht ha				40,1803	31,5000	320
Grünland ha	29,45	25,00	411	31,9995	25,0000	365
Marktfrucht ha	13,19	0,75	411	14,9659	4,0000	365
Ackerfrucht / Futterbau ha	9,18	5,00	411	10,4312	5,0000	365
Sonderkulturen ha	0,28	0,00	411	0,2092	0,0000	365
Wald ha	7,73	2,20	411	8,4544	2,3150	368
Milchkühe Stück	37,91	30,00	411	49,04	40,00	364
Rinder weibl. ab 6 Monaten in Plätze	26,50	20,00	411	32,53	21,50	330
Mastbullen Plätze	6,79	0,00	411	5,32	0,00	354
Milchleistung in kg MLP kg/Jahr	7.255,91	7.000,00	333	7.091,08	7.000,00	311
Milchquote kg/Jahr (für 2008) Milchanlieferung (für 2014)	236.198,50	160.000,00	397	323.806,02	225.000,00	313
Familien AK	1,77	1,70	383	1,8532	2,0000	356
Fremd AK	0,18	0,00	410	0,2364	0,0000	356
Saison AK	0,10	0,00	410	0,0935	0,0000	356

(Quelle: Eigene Darstellung, Erhebung Zondler 2008 und eigene Erhebung 2014).

Im Hinblick der Bewertung des Ausstiegs aus der Milchmengenregelung war sowohl im Jahr 2008 als auch in der Untersuchung 2014 eine deutlich negative Grundeinstellung der baden-württembergischen Milchviehalter zu beobachten, tendenziell mit etwas positiverer Orientierung im Jahr 2014 (Abbildung 3). Im Jahr 2008 standen über dreiviertel der antwortenden Landwirte dem wahrscheinlichen Ausstieg negativ bzw. eher negativ gegenüber, während sich nur 10% positiv bzw. eher positiv äußerten, 12% hatten eine neutrale Einstellung. Im Jahr 2014 äußerten sich beinahe zwei Drittel der Antwortende mit einer negativen bzw. eher negativen Einstellung zum Auslaufen der Milchmengenregelung, 15,9% stehen dem Auslaufen positiv bzw. eher positiv gegenüber und 20,1% neutral. An diesen Meinungsbildern aus den Jahren 2008 und 2014 lässt sich die starke Verunsicherung und Ungewissheit der Milcherzeuger erkennen, die teilweise in den letzten 6 Jahren abgebaut werden konnte und sich somit im Durchschnitt etwas weniger deutlich darstellt. Wobei die hohe Skepsis der baden-württembergischen Milcherzeuger durch die vorliegenden Ergebnisse noch stets eindrücklich abgebildet wird.

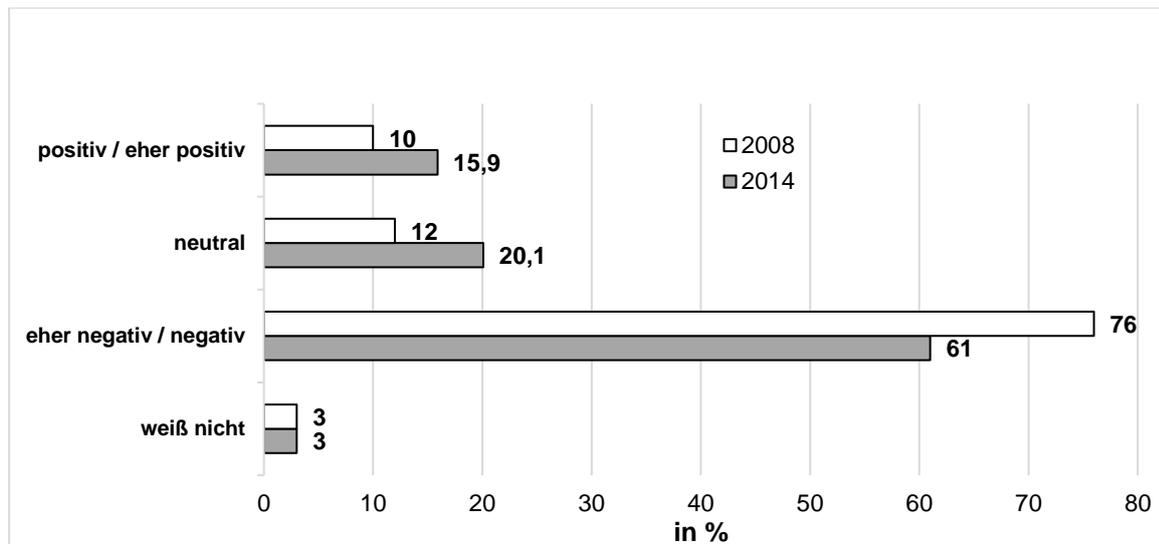


Abbildung 3: Bewertungen der Milchviehhalter hinsichtlich des Auslaufens der Milchmengenregelung (2008: wahrscheinliches Auslaufen; n=407 und 2014: konkretes Auslaufen; n=364). (Quelle: Eigene Darstellung, Erhebung Zondler 2008 und eigene Erhebung 2014).

Hinsichtlich der landkreisspezifischen Analysen ergibt sich über die Regionen und Jahre 2008 und 2014 hinweg folgendes Bild, siehe Abbildungen 4 und 5.

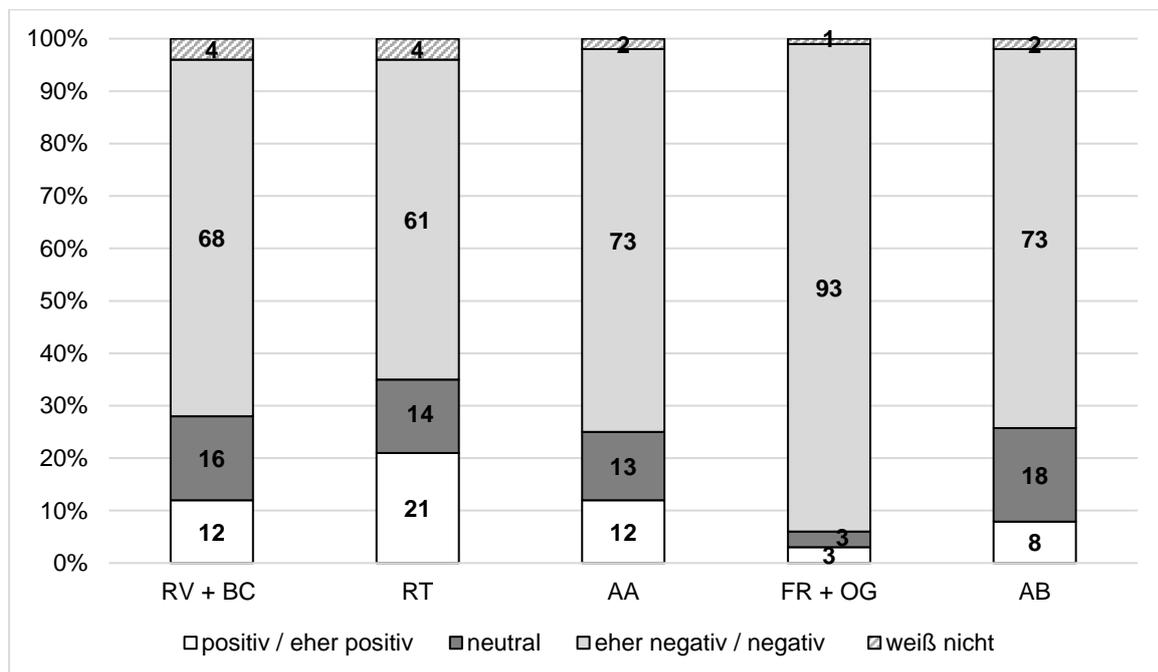


Abbildung 4: Bewertung der Milchviehhalter hinsichtlich des Auslaufens der Milchquotenregelung für ihre eigenen Betriebe - unterteilt nach Regionen, 2008; Rundungen. N=407, RV+BC n=119, RT n=57, AA n=52, OG+FR n=117, AB n=62 (Quelle: Erhebung Zondler 2008, eigene Darstellung).

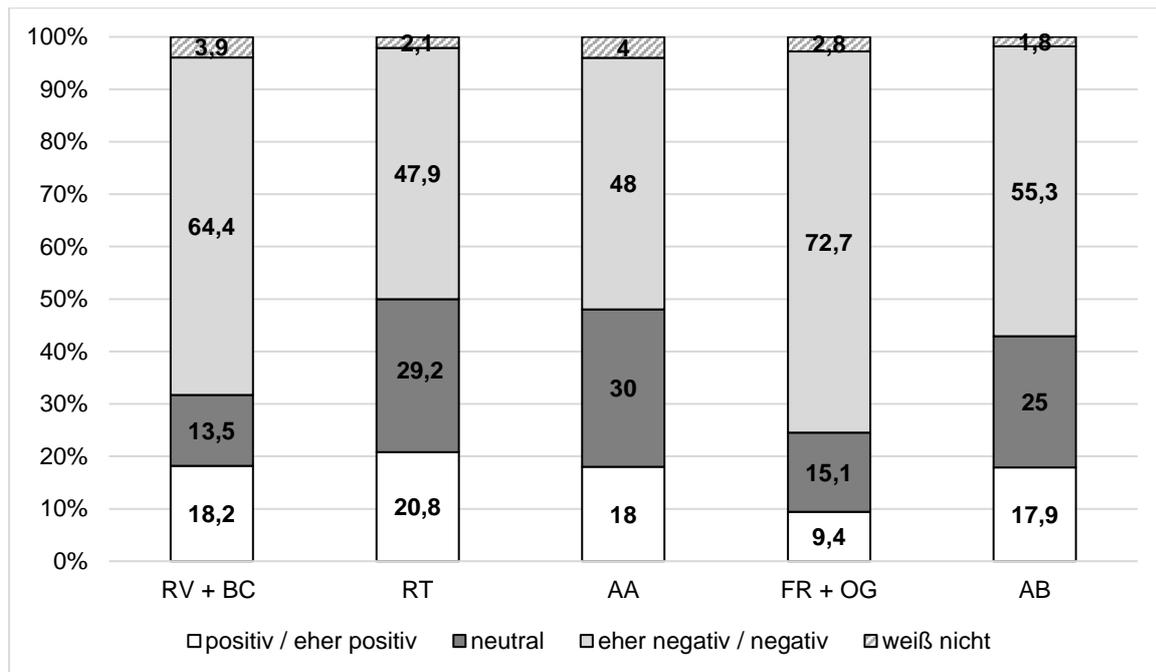


Abbildung 5: Bewertung der Milcherzeuger hinsichtlich des Auslaufens der Milchquotenregelung für ihre eigenen Betriebe - unterteilt nach Regionen, 2014; Rundungen. N=364, RV+BC n=104, RT n=48, AA n=50, OG+FR n=106, AB n=56.

(Quelle: Eigene Erhebung 2014, eigene Darstellung).

Die Grundeinstellung der Milchviehhalter hinsichtlich des Auslaufens der Milchquotenregelung für ihren eigenen Betrieb wurde im Jahr 2008 eher negativ bewertet. Vor allem im Schwarzwald (OG und FR) bewerteten rund 93% das Auslaufen der Milchquotenregelung als eher negativ, dagegen standen dem nur 3% positiv gegenüber. Die Landkreise AA und AB sahen dem hypothetischen Auslaufen der Milchquotenregelung mit 73% negativer Einstellung entgegen, wobei im Landkreis AB mit nur 8% auch ein auffallend kleiner Teil der Milchviehhalter dem Auslaufen positiv gegenüberstand. Im Landkreis AA waren dem Auslaufen 12% der Befragungsteilnehmer positiv gestimmt. Im Landkreis Reutlingen bewerteten 61% der Milchviehhalter das Auslaufen der Milchquotenregelung mit eher negativ, wogegen rund 21% dem Auslaufen eher positiv entgegen treten. Damit zeigte der Landkreis Reutlingen im Vergleich der Gesamtstichprobe aus 2008 die positivste, bzw. am wenigsten skeptische Grundeinstellung hinsichtlich des hypothetischen Auslaufens der Milchquotenregelung. Zondler begründet dies mit vielseitigere Einkommensmöglichkeiten im genannten Landkreis, wie beispielsweise Ferien auf dem Bauernhof oder Direktvermarktung ab Hof (Zondler 2008). Mit 12% positiver Bewertung treten die Betriebsleiter in der Region RV + BC, also Allgäu und Oberschwaben sowie Ostalb und Schwäbischer Wald dem Auslaufen der Milchquotenregelung entgegen.

Im Vergleich zum Jahr 2014, wie in Abbildung 5 dargestellt, wird ersichtlich, dass die Grundeinstellung weniger negativ ist, als im Jahr 2008. Vor allem der Schwarzwald (FR und OG) bewertet das Auslaufen mit 72,7% statt 93% (2008) negativ. Die positive Bewertung steigt von 3% (2008) auf 9,4% und die neutrale Bewertung liegt 2014 bei 15,1%. In den anderen Landkreisen hat sich die eher negative Bewertung ebenfalls reduziert. Deutlich wird dies im Landkreis AA, welcher 2014 das Auslaufen mit nur noch 48% eher negativ bewertete, im Vergleich zu 73%

(2008). Gegenläufig sind die positiven Bewertungen angestiegen, mit Ausnahme des Landkreises Reutlingen. Hier liegt die positive Bewertung im Jahr 2014 bei 20,8%. Zwar ist hier die negative Bewertung von 61% (2008) auf 47,9% (2014) gesunken, doch die neutralen Bewertungen sind deutlich von 14% im Jahr 2008 auf 29,9% in 2014 angestiegen. Eine weitere deutliche Erhöhung der positiven Bewertungen weisen die Landkreise Ravensburg und Biberach, also Allgäu und Oberschwaben sowie Ackerbauregionen auf. Vor allem in AB erhöht sich die positive Bewertung von 8% (2008) auf 17,9% in 2014.

Die Anpassungsstrategien und Reaktionen der Betriebsleiter in den Jahren 2008 und 2014 werden in der Tabelle 4 vergleichend dargestellt, dabei ist zu beachten, dass fünf vorgegebene Antwortkategorien in der Erhebung im Jahr 2008 nicht enthalten sind.

Tabelle 4: Reaktionen, sich auf das Auslaufen der Milchquotenregelung anzupassen - Vergleich der Ergebnisse von 2008 und 2014 der Gesamtstichproben.

Reaktionen	Ergebnisse 2008 in %	Ergebnisse 2014 in %
Optimierung der Produktionskosten	N. e.	49,6
Verbesserung der Arbeitseffizienz	N. e.	46,6
Ausdehnung der Milchproduktion	54	43,3
Ausstieg aus der Milchviehhaltung	37	28,9
betriebliches Wachstum	26	23,4
Kostenminimierung	N. e.	16,5
Keine Veränderung der Betriebsorganisation	23	13,2
Völlige Aufgabe der Landwirtschaft	17	10,5
Eingehen einer Kooperation	8	7,2
Auslagerung von Teilbereichen	7	10,7
Diversifizierung	N. e.	8,8
Einstellen von Mitarbeitern	N. e.	7,7
Umstellung auf Ökolandbau	4	11,0

(Quelle: Ergebnisse Zondler 2008 und eigene Ergebnisse 2014. 2008 N=400; 2014 N=363, Werte gerundet), Mehrfachnennungen möglich. N. e.=Nicht erhoben.

Basierend auf den Ergebnissen der Untersuchung aus dem Jahr 2008, wurden in die Erhebung im Jahr 2014 fünf weitere Antwortmöglichkeiten vorgegeben. Es zeigt sich, dass insbesondere die *Optimierung der Produktionskosten* mit knapp 50% und die *Verbesserung der Arbeitseffizienz* die im Jahr 2014 am wichtigsten eingeschätzten Anpassungsstrategien auf das Auslaufen der Milchquotenregelung darstellen. Innerhalb der vergleichbaren Antwortkategorien zeigt sich, dass besonders die *Ausdehnung der Milchproduktion* (2008:54% und 2014:43,3%) eine besondere Bedeutung zukommt. Die deutlich höheren Werte im Jahr 2008 sind unter anderem vor dem Hintergrund der dort nicht abgefragten Kategorien differenziert zu betrachten. Auffallend ist, dass noch im Jahr 2008 37% der Befragungsteilnehmer den *Ausstieg aus der Milchviehhaltung* als wichtige *Anpassungsstrategie* gewertet haben, während sich dieser Wert im Jahr 2014 auf 28,9% um knappe 10% verringert hat. Eine weitere bedeutsame, und aufgrund des fortschreitenden Strukturwandels nicht verwunderliche Reaktion der Landwirte, stellt das *betriebliche Wachstum*

mit 26% im Jahr 2008 und 23,4% in 2014 dar. Eine deutliche Reduzierung von 23% in 2008 auf 13,2% in 2014 ist bei der Anpassungsstrategie *keine Veränderung der Betriebsorganisation* ersichtlich, woraus eine Bewusstwerdung der Betriebsleiter der milchviehhaltende Betriebe in den letzten Jahren ableitbar ist, hinsichtlich der Wichtigkeit die Betriebsorganisation zu verändern, um die Betriebe langfristig am Markt erhalten zu können. Die Einschätzung, dass die *völlige Aufgabe der Landwirtschaft* eine geeignete Anpassungsstrategie sei, geht von 17% (2008) auf knapp 10% in 2014 zurück, was unter anderem darauf hindeuten kann, das vor dem Hintergrund des Strukturwandels in den letzten Jahren, weitere kleinstrukturierte, ineffiziente Betriebe bereits aus der Landwirtschaft ausgeschieden sein könnten, bzw. ein Betriebsgrößenwachstum bei den Betrieben der Stichproben stattgefunden hat, welches auch die Betriebsdaten in Tabelle 3 bestätigen.

Weitere Reaktionen waren im Jahr 2008 und 2014 nur wenig attraktiv. Hierunter fallen beispielsweise das *Eingehen von Kooperationen*, 8% in 2008 auf 7,2% in 2014 und die *Auslagerung von Teilbereichen*, wobei diese von 7% auf 10,7% leicht gestiegen ist. Des Weiteren ist die *Umstellung auf Ökolandbau* eine ebenfalls relativ unattraktive Anpassungsstrategie. Dennoch ist eine Steigerung von 4% auf 11% in den letzten sechs Jahren zu beobachten. Die *Kategorien Diversifizierung* und *Einstellen von Mitarbeitern* werden nur bei der Erhebung im Jahr 2014 berücksichtigt und stellen für die Milchviehhalter mit knapp 9% und knapp 8% über die Gesamtstichprobe keine besonders wichtigen Anpassungsstrategien dar.

In Tabelle 5 werden zwei Anpassungsstrategien, die in beiden Erhebungsjahren deutlich zum Tragen kamen herausgegriffen und hinsichtlich der selektierten Landkreise analysiert.

Tabelle 5: Strategien *Ausdehnung der Milchproduktion* und *Ausstieg aus der Milchviehhaltung* - Vergleich der Ergebnisse von 2008 und 2014 untergliedert nach Regionen.

Regionen (Landkreise)	Reaktionen			
	Ausdehnung der Milchproduktion in %		Ausstieg aus der Milchviehhaltung in %	
	2008	2014	2008	2014
Allgäu / Oberschwaben (RV+BC)	59	47,2	26	23,6
Schwäbische Alb (RT)	66	43,8	24	27,1
Ostalb / Schwäbischer Wald (AA)	73	56,5	29	10,9
Schwarzwald (OG+FR)	34	30,8	59	42,1
Ackerbauregion (AB)	53	48,2	33	30,4

(Quelle: Ergebnisse Zondler 2008 und eigene Ergebnisse 2014. 2008: N=400, 2014: N=363, Werte gerundet), Mehrfachnennungen möglich.

Die Analyse des landkreisspezifischen Vergleichs der Anpassungsstrategien *Ausdehnung der Milchproduktion* und *Ausstieg aus der Milchviehhaltung* zeigt, dass der *Ausdehnung der Milchproduktion* im Jahr 2008 eine über die Landkreise hinweg höhere Bedeutung beigemessen wird als in 2014. Diese Ergebnisse sind allerdings, wie bereits beschrieben, vor dem Hintergrund der Erweiterung der Antwortkategorien in 2014, um insbesondere die *Optimierung der Produktionskosten* und die *Verbesserung der Arbeitseffizienz*, differenziert zu betrachten und weisen darauf hin, dass Milchviehhalter im Jahr 2014 tendenziell ihre Betriebe eher durch die *Optimierung der*

Produktionskosten und die *Verbesserung der Arbeitseffizienz* an die sich verändernden Rahmenbedingungen anpassen wollen. Aus der Tabelle wird deutlich, dass die *Ausdehnung der Milchproduktion* insbesondere in der Region Ostalb und Schwäbische Wald (AA) mit 73% in 2008 und 56,5% in 2014, gefolgt von der Ackerbauregion AB sowie der Region Allgäu/Oberschwaben RV+BC eine besondere Bedeutung hat, was vor dem Hintergrund der hierfür günstigeren Standortbedingungen in diesen Landkreisen erklärt werden kann. Dagegen zeigen die Werte in der Region Schwarzwald OG+FR hinsichtlich der *Ausdehnung der Milchproduktion* mit nur 34% in 2008 und knapp 31% in 2014 die skeptische Grundeinstellung der Milchviehhalter aufgrund der unvorteilhaften Standortbedingungen auf. Bestätigt wird dieses Ergebnis bei der landkreis-spezifischen Betrachtung der Anpassungsstrategie *Ausstieg aus der Milchviehhaltung*, welche in der Region Schwarzwald OG+FR sowohl in 2008 als auch in 2014 mit jeweils 59% und 42,1% die im Vergleich deutlich höchsten Werte aufweist.

Im Landkreis Ostalb und Schwäbischer Wald (AA) haben 2008 noch 29% der Betriebsleiter den *Ausstieg aus der Milchviehhaltung* als geeignete Anpassungsstrategie auf das Auslaufen der Milchquotenregelung angesehen, diese Einschätzung hat sich im Jahr 2014 mit 10,9% beinahe um 20% reduziert. Lediglich im Landkreis Reutlingen zeigt sich ein leichter Anstieg hinsichtlich des *Ausstiegs aus der Milchviehhaltung* von 24% (2008) auf 27,1% (2014).

5 Diskussion

Bereits jetzt zeigen aktuelle Entwicklungen am europäischen Milchmarkt, wie beispielsweise die steigenden Milchlieferungen in der EU nach dem Auslaufen der Milchquotenregelung (AMI 2015a), die aus den vorliegenden Ergebnissen erwartbare und bereits von u.a. Haller prognostizierte Ausdehnung der Produktion an (Haller 2014:3). In einer Studie im Auftrag des European Milk Board untersucht Haller (2014) den bereits im Jahr 2009 erfolgten Ausstieg aus dem Milchquotensystem in der Schweiz und zieht hierauf basierend Rückschlüsse auf mögliche Entwicklungen in der EU. Insbesondere geht hieraus hervor, dass durch die Liberalisierung des Milchmarktes eine zunehmende Konkurrenz und Wettbewerb zwischen den Rohmilcherzeugenden Betrieben entsteht, was dazu führt, dass Milch zukünftig an den dafür günstigsten Standorten produziert wird (Haller 2014:41 f).

Im deutschlandweiten Vergleich, ergeben sich hieraus für die Regionen mit vorherrschend großstrukturierten landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen, wie etwa im Norden und Osten Deutschlands, deutliche Chancen durch das Ende der Milchquotenregelung (Agra-Europe 2015a:13 f). Aus den vorliegenden Ergebnissen für die Untersuchungsregion Baden-Württemberg wird deutlich, dass die Rohmilcherzeugenden Betriebe dem Wegfall der Milchquotenregelung sehr skeptisch gegenüber stehen, vor allem in den kleinstrukturierten und benachteiligten Gebieten, wie beispielsweise Allgäu/Oberschwaben und dem Schwarzwald. Der Landeschef des Bundesverbandes deutscher Milchviehhalter Kühnle bestätigt in DIE WELT, „die kleinen Betriebe auf der Schwäbischen Alb oder im Allgäu werden es schwer haben“ (DIE WELT 2014). Haller weist darauf hin, dass falls die Milchviehhaltung in bestimmten Regionen verschwindet, dies auch starke Auswirkungen auf lokales Kulturgut hat (Haller 2014: 42). Außerdem haben die bilateralen Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Tourismus insbesondere in den Bergregionen eine große Bedeutung. Schermer merkt in Bezug auf die Berglandwirtschaft an, dass dieses Landschaftsbild nur erhalten bleibt, wenn die Landwirtschaft erhalten bleibt, denn die „ländliche Entwicklung ist ohne Landwirtschaft nicht denkbar“ (Schermer 2013).

Rückschließend auf Baden-Württemberg können sich zukünftig zunehmend Zentren der Milcherzeugung an günstigen Standorten bilden, dagegen werden Standorte, mit ungünstigen natürlichen und strukturellen Rahmenbedingungen, wie beispielsweise der Schwarzwald, zunehmend vor der Frage stehen, ob und wenn wie Milchviehhaltung weiterbetrieben werden kann. Die Frage ob ein Betrieb wachsen kann oder weichen muss, hängt unter anderem vom Milchpreis, jedoch auch von den Pachtpreisen, GV-Besatzdichten, Flächenverfügbarkeit sowie alternativen Anbaumethoden und weiteren Faktoren, ab.

Abschließend kann festgehalten werden, dass nur milchviehhaltende Betriebe, die wettbewerbs- und marktfähig sind, einen positiven Effekt aus der zunehmenden Liberalisierung der Märkte ziehen können (Agra-Europe 2014:29 f). Das Ende der Milchquotenregelung kann als Chance für die Milchwirtschaft angesehen werden. Dabei werden die unternehmerischen Freiheiten sowie die damit entstandene Selbstregulierung der Produktionsmengen hervorgehoben (Agra-Europe 2015:36 ff). Dennoch sollte zwischen großstrukturierten Betrieben in Nord- und Ostdeutschland und den Kleinstrukturieren, bis hin zu benachteiligten Gebieten in Baden-Württemberg unterschieden werden.

6 Zusammenfassung

Die im Jahr 1984 eingeführte Garantiemengenregelung für Milch sollte Milchseen und Butterberge verhindern und die Preise stützen. Rund 30 Jahre später, zum 1. April 2015, ist diese Garantiemengenregelung abgeschafft worden. Rohmilcherzeugende landwirtschaftliche Betriebe haben durch das Auslaufen der Milchquotenregelung an unternehmerischer Freiheit gewonnen, die sie vor die Frage stellt, welche Reaktionen und Anpassungsstrategien auf einzelbetrieblicher Ebene ergriffen werden können, um auf die veränderten Markt- und Rahmenbedingungen zu reagieren.

In zwei standardisierten empirischen Erhebungen aus dem Jahr 2008 und 2014 sind Milchviehhalter aus Baden-Württemberg zu den Themenkomplexen Marktentwicklung, Agrarpolitik, Management, Region und Betriebsstruktur befragt worden. Hierbei sollten Präferenzen der Anpassungsstrategien in Bezug auf das hypothetische bzw. das konkrete Auslaufen der Milchquotenregelung aufgezeigt werden. Die vorliegenden Ergebnisse machen deutlich, dass die Grundeinstellung der Milchviehhalter in Baden-Württemberg hinsichtlich des Auslaufens der Milchquotenregelung sehr skeptisch ausfällt, wobei im Jahr 2014 der Anteil der negativen Bewertungen leicht zurückgegangen ist.

Alles in allem ist auf dem baden-württembergischen Markt nach dem Auslaufen der Quote eine Steigerung der Milchmenge zu erwarten. Kleinere milcherzeugende Betriebe stehen vor der Frage auf alternative Produktionszweige umzusteigen, wie beispielsweise Ackerbau, für andere stellt der Ausstieg aus der Milchviehhaltung bis hin zur völligen Aufgabe der Landwirtschaft eine bedeutsame Option dar. Dabei kommen regionalspezifische Standortbedingungen zum Tragen, die insbesondere in kleinstrukturierten und benachteiligten Gebieten in Baden-Württemberg die milchviehhaltenden Betriebe zusätzlich unter Druck setzen.

Literatur

Agra-Europe 2014. Chancen überwiegen bei der Liberalisierung des Milchmarktes. Agra-Europe 12/14, 29-30.

Agra-Europe 2015. Milchquotenregelung hat Ziele verfehlt – Erleichterung über bevorstehendes Ende. Agra-Europe 56/14, Länderberichte, 36-38.

Agra-Europe 2015a. Milchquotenära endet ohne Wehmut. Agra-Europe 56/15, Länderberichte, 13-15.

Agrarmarkt Informationsdienst-Gesellschaft mbH (AMI) 2015. Milchwert in Deutschland. URL: <http://www.ami-informiert.de/ami-themen/themen-single-ansicht/article/milcherloese-im-januar-nochmals-schwaecher.html> (06.02.2015).

Agrarmarkt Informationsdienst-Gesellschaft mbH (AMI) 2015a. Steigende Milchanlieferung in der EU nach dem Quotenende. URL: <http://www.ami-informiert.de/ami-maerkte/ami-milchwirtschaft/ami-meldungen-milchwirtschaft/meldungen-single-ansicht/article/steigende-milchanlieferung-in-der-eu-nach-dem-quotenende-1.html> (15.06.2015).

Deutscher Bauernverband (DBV) 2014. Situationsbericht 2014/2015. Agrarstruktur – Strukturen und Strukturentwicklung in der EU. URL: <http://www.bauernverband.de/37-strukturentwicklung-in-der-eu> (06.02.2015).

Deutscher Bauernverband (DBV) 2014a. Situationsbericht 2014/2015a. Landwirtschaft und Gesamtwirtschaft - Ernährungswirtschaft. URL: <http://www.bauernverband.de/14-ernaehrungswirtschaft-638268> (06.02.2015).

Diekmann, A. 2007. Empirische Sozialforschung – Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 18. Auflage, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.

Die WELT 2014. Milchbauern befürchten Druck durch Wegfall der Milchquote. URL: <http://www.welt.de/regionales/baden-wuerttemberg/article131976573/Milchbauern-befuerchten-Druck-durch-Wegfall-der-Milchquote.html> (22.09.2014).

Haller, T. 2014. Ausstieg aus dem Milchquotensystem (Kontingentierung) in der Schweiz. Eine Beurteilung des Ausstiegs und dessen Auswirkungen unter Berücksichtigung der Begleitmaßnahmen. Studie im Auftrag des Europäischen Milk Board. Berner Fachhochschule, Zollikofen.

Huettel, S. und Jongeneel, R. 2011. How has the EU milk quota affected patterns of Herd-size change? *European Review of Agricultural Economics* 38 (4), 497-527.

Lavèn, P., Janas, C. und Doluschitz, R. 2014. Anpassungsstrategien baden-württembergischer Milchviehbetriebe auf das Auslaufen der Milchquotenregelung: 24. Jahrbuch der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie (angenommen).

Rothfuß, K., Zondler, A., Engler, B. und Doluschitz, R. 2009. Entwicklung der Milcherzeugung in ausgewählten Regionen Baden-Württembergs – Prognosen und kritische Entscheidungsfaktoren. *Agrarwirtschaft* 58 (5/6), 248-258.

Schermer, M. 2013. Die Stellung der Landwirtschaft in der Regionalentwicklung. Innsbruck. URL: http://www.stmelf.bayern.de/mam/cms01/landwirtschaft/dateien/prof_markus_schermer.pdf. (04.04.2014).

Statista 2015. Nachfrage für Milch- und Molkereiprodukte weltweit nach Regionen in den Jahren 2011 und 2014. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/224753/umfrage/nachfrage-fuer-milch-und-molkeprodukte-nach-regionen-weltweit/>. (17.06.2015).

Statistisches Bundesamt 2009. Destatis. URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/ViehbestandTierischeErzeugung/RinderSchweinebestand2030410099004.pdf?__blob=publicationFile.

Statistisches Bundesamt 2014. Destatis. Genesis-Online-Datenbank: 41311-0001, -0002, -0003 und -0004; 2003-2013, Rinder 2 Jahre und älter, Milchkühe. URL: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (25.04.2014).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2014. Fläche, Bevölkerung, Struktur und Regionaldatenbank. URL: <http://www.statistik-bw.de/SRDB/home.asp?H=BevoelkGebiet&E=GE> (25.09.2014).

Wendl, G. 2013. Technik in der Rinderhaltung. In: Frechrichs, Ludger (Hrsg.). Jahrbuch Agrartechnik 2013. Institut für mobile Maschinen und Nutzfahrzeuge, Braunschweig, 1-10.

Zimmermann, A. und Heckeley, T. 2012. Structural Change of European Dairy Farms – A Cross-Regional Analysis. *Journal of Agricultural Economics* 63 (3), 576-603.

Zondler, A. 2008. Meinungsbild baden-württembergischer Milchviehhalter zu Anpassungsmaßnahmen im Zuge des Auslaufens der Garantiemengenregelung für Milch. Master-Thesis, Universität Hohenheim, Stuttgart.

3 Übergreifende Diskussion

Im Rahmen der Diskussion werden die in Kapitel 1 der vorliegenden kumulativen Dissertation dargestellten Forschungsfragen aufgegriffen und anhand der Ergebnisse der durchgeführten empirischen Untersuchungen sowie Erkenntnissen der einschlägigen Literatur diskutiert.

1. Wie entwickelt sich das Neugründungsverhalten von Genossenschaft und welche Potenziale gehen von Genossenschaften zur Erhaltung der Lebensqualität im Ländlichen Raum aus?

Die Novellierung des deutschen Genossenschaftsgesetzes von 2006 hat das Gründungsverhalten von Unternehmen der Rechtsform Genossenschaft in Baden-Württemberg positiv mitbeeinflusst. Insbesondere ökonomischen, aber auch ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen, werden in der Literatur eine hohe Bedeutung hinsichtlich ihrer Einflüsse auf genossenschaftliche Neugründungen beigemessen (vgl. VOß 2002:45, VOLZ 2010:19 f., OTT 2010:114 f. und GROS 2009:99). Genossenschaftlichen Grundprinzipien, wie Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung und darüber hinaus das Demokratieprinzip bewirken, dass die Teilnehmer der durchgeführten Studie (vgl. 2.1.1) die Rechtsform Genossenschaft sehr schätzen und Unternehmen dieser Rechtsform als seriös wirtschaftend eingestuft werden. Andererseits haftet Genossenschaften noch stets das Bild eher traditionsbewusster, unauffälliger Unternehmen mit langwierigen Entscheidungsprozessen an. Die Neugründungsaktivitäten im Genossenschaftssektor zeigen im Verlauf der letzten Jahre, dass insbesondere in neuen und innovativen Geschäftsbereichen Unternehmen der Rechtsform Genossenschaft entstehen. Im Verbandsgebiet Baden-Württemberg wurden laut Baden-Württembergischem Genossenschaftsverband zwischen den Jahren 2009 und 2011 133 Genossenschaften neu gegründet, wovon knapp 40 dem Energiesektor zuzuordnen sind (BWGV 2012:6). Zudem sind zunehmende Neugründungsaktivitäten im sozialen wie auch im kulturellen Bereich zu beobachten. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in Deutschland, der Abwanderung der ländlichen Bevölkerung, wie auch des Strukturwandels in der Landwirtschaft könnten unter anderem Genossenschaften einen vielversprechenden Lösungsansatz bieten, die Lebensqualität in Ländlichen Räumen zu erhalten (DOLUSCHITZ et al. 2013a:108 ff.). Hierbei sind die Potenziale von Genossenschaften sehr differenziert zu betrachten. Laut den Ergebnissen der vorgenommenen Expertenbefragung (vgl. 2.1.3) zeigt sich, dass Genossenschaften durchaus das Potenzial zugesprochen wird, die regionale Bevölkerung aktiv in Entwicklungsvorhaben einzubinden. Darüber hinaus weisen sie ein hohes Identifikationspotenzial auf, was insbesondere in

ländlichen Regionen vorteilhaft ist. Ein weiterer Vorteil von Genossenschaften wird in der Möglichkeit gesehen, öffentliche Aufgaben im ländlichen Raum zu übernehmen. DOLUSCHITZ et al. nennt als Beispiel Aufgabenfelder unter anderem Dorfläden und -gasthäuser, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Schulen, Einrichtungen zur Energiegewinnung, Bankdienstleistungen, medizinische Versorgung aber auch kulturelle und soziale Aufgaben (DOLUSCHITZ et al. 2013a:112). Aus der durchgeführten Untersuchung geht aber andererseits hervor, dass insbesondere die Abwanderung junger Menschen zukünftig auch Bürgergenossenschaften im ländlichen Raum vor die Problematik der langfristigen Unternehmenserhaltung stellt. Zum einen fehlt der Nachwuchs für die Führungsaufgaben in Genossenschaften und zum anderen werden gleichzeitig die Kunden und Mitglieder der genossenschaftlichen Versorgungseinrichtungen weniger, was die Problematik der Überalterung deutlich macht. Darüber hinaus sollte berücksichtigt werden, dass Genossenschaften nicht jede Form von Versorgungsaufgaben im ländlichen Raum übernehmen können. Insbesondere Bereiche der Grundversorgung verbunden mit Einhaltung von Mindestanforderungen wie Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie Bildung sollten in staatlicher Hand bleiben. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung Strukturen zu schaffen, um Gewerbe und somit Arbeitsplätze und attraktive Lebens- und Rahmenbedingungen in den Regionen zu erhalten.

2. Welche Nachhaltigkeitspotenziale können im Agribusiness, beispielhaft analysiert für die Landmaschinenherstellung, realisiert werden und wie verhält sich das Interesse landwirtschaftlicher Unternehmen am Nachhaltigkeitsaspekt?

Vor dem Hintergrund einer strategisch stabilen Positionierung und durch zunehmendes Interesse der Gesellschaft an der Nachhaltigkeitsthematik, ergibt sich eine Steigerung des latenten Drucks auf Unternehmen, sich intensiver mit ökonomischen, ökologischen und sozialen Fragestellungen zu befassen. Im Zusammenhang mit Stakeholder Management und Corporate Social Responsibility (CSR) wird die zunehmende Bedeutung nicht nur ökonomischer, sondern auch ökologischer und sozialer Aspekte des unternehmerischen Handelns bezüglich aller Stakeholder eines Unternehmens betont (FREEMAN und MOUTCHNIK 2013:6 f.). Auch SCHALTEGGER et al. zeigen die Bedeutung der gleichzeitigen Berücksichtigung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Säule der Nachhaltigkeit auf, um Nachhaltigkeitsmanagement in Unternehmen zu implementieren und zu verbessern (SCHALTEGGER et al. 2007). Die Ergebnisse der durchgeführten empirischen Untersuchung (vgl. Kap. 2.1.5) zeigen, dass die Landwirte (als Kunden der Unternehmen der Landmaschinenproduktion) eine positive Einstellung dazu haben, den Herstellungsprozess in der Landtechnikproduktion umweltschonend und sozialverträglich zu gestalten. Allerdings wird aus den

Ergebnissen ersichtlich, dass die Nachhaltigkeitsthematik, insbesondere auch vor dem Hintergrund einzelbetrieblicher Nachhaltigkeitsbewertungssysteme in der landwirtschaftlichen Primärproduktion (vgl. RISE, KSNL und DLG-NHZ; DOLUSCHITZ et al. 2009:380 ff.), aber auch wertschöpfungskettenübergreifender Systeme (SAFA; FAO 2012), bei den Landwirten hinsichtlich der subjektiven Wahrnehmung der Nachhaltigkeit in der Landtechnikherstellung noch wenig ausgeprägt ist. Auffällig ist, dass die an der Untersuchung teilnehmenden Landwirte Informationsdefizite im Hinblick auf das Nachhaltigkeitsengagement in der Landtechnikproduktion aufweisen. Diese gilt es zukünftig abzubauen, um einerseits das Nachhaltigkeitsengagement der Landtechnikhersteller voran zu bringen und andererseits eine weitere Sensibilisierung der Nachhaltigkeitsthematik bei allen Stakeholdern eines Unternehmens zu erreichen. Vor dem Hintergrund der beschriebenen Problematik, erscheint es im Sinne einer strategisch stabilen Positionierung von Unternehmen von besonderer Bedeutung, Nachhaltigkeitsaspekte in der strategischen Unternehmensführung weiter zu berücksichtigen und voranzutreiben. Allerdings können hierdurch zumindest kurz- bis mittelfristig höhere Kosten in den Unternehmen entstehen und eventuelle Verluste im Wettbewerb auftreten.

3. Welche einzelbetrieblichen Entwicklungsstrategien sind für landwirtschaftliche Unternehmen relevant?

Der fortschreitende Strukturwandel auf der Stufe der landwirtschaftlichen Primärproduktion sowie die verschärften Wettbewerbsbedingungen bewirken, dass landwirtschaftliche Betriebe auf einzelbetrieblicher Ebene zunehmend Strategien entwickeln, um sich den ändernden Rahmenbedingungen anpassen zu können. Insbesondere die Region Baden-Württemberg, die mehrheitlich für die in der vorliegenden Arbeit durchgeführten empirischen Untersuchungen ausgewählt wurde, ist aufgrund ihrer historisch und naturräumlich kleinstrukturierten Gegebenheiten besonders betroffen. Es stellen sich für die landwirtschaftlichen Primärproduzenten diverse einzelbetriebliche Entwicklungsmöglichkeiten dar. Basierend auf den Ergebnissen der durchgeführten empirischen Untersuchungen werden ausgewählte Strategien im Folgenden diskutiert.

Die Zusammenarbeit mehrerer landwirtschaftlicher Betriebe auf horizontaler Ebene und in unterschiedlichen Bindungsgraden, stellt beispielsweise eine der betrachteten Entwicklungsstrategien dar. Wie in Kapitel 2.2.1 beschrieben, zeigen die vorliegenden Ergebnisse, dass durch die Nutzung von Synergieeffekten im Rahmen von Kooperationen sowie der Möglichkeit, Degressionseffekte zu generieren, Vorteile für zusammenarbeitende Betriebe entstehen können. Auch LINK äußert sich dahingehend, dass das Streben nach langfristigen Einkommensverbesserungen häufig der

Grund für Kooperationsgründungen ist, die beispielsweise durch Kosteneinsparungen oder auch durch Leistungssteigerung realisiert werden können. Dabei beeinflussen die einzelbetrieblichen Betriebsstrukturen und die gegebenen Rahmenbedingungen die Vorteilhaftigkeit einer kooperativen Zusammenarbeit maßgeblich (LINK 1995:40 f.). Aus den vorliegenden Ergebnissen wird deutlich, dass der Möglichkeit des betrieblichen Wachstums unter den Befragungsteilnehmern eine hohe Bedeutung beigemessen wird, was sich mit den Ergebnissen von MANN und MUZIOL, sowie BERG et al. und KLISCHAT et al. deckt (MANN und MUZIOL 2001:81; BERG ET AL. 2001:151 und KLISCHAT et al. 2001:181). Vor diesem Hintergrund können Kooperationen, insbesondere in strukturell benachteiligten Regionen eine Möglichkeit bieten, positiv auf die sich verändernden Rahmen- und Marktbedingungen zu reagieren. Neben den gezeigten ökonomischen Vorteilen, können sich durch die kooperative Zusammenarbeit auch entscheidende soziale Vorzüge ergeben. In 2.2.1 wird deutlich, dass insbesondere die Aspekte Arbeitsentlastung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Vertretungsmöglichkeit bei den Teilnehmern der Untersuchung hoch eingeschätzt werden. Auch die Untersuchungen von PULFER et al., BERG et al. sowie MANN und MUZIOL zeigen diese potenziellen Vorteile von Kooperationen hinsichtlich der beschriebenen sozialen Aspekte auf (PULFER et al. 2006:4; MANN und MUZIOL 2001:96; BERG et al. 2001:152). Trotz der deutlich gewordenen wirtschaftlichen und sozialen Vorteile, die Kooperationen für beteiligte Landwirte darstellen können, wird diese einzelbetriebliche Entwicklungsstrategie von einem nur relativ kleinen Anteil landwirtschaftlicher Betriebsleiter in Erwägung gezogen bzw. umgesetzt, am Beispiel der Milchviehhalter in Baden- Württemberg wird hierauf noch in der folgenden Forschungsfrage 4 Bezug genommen. Aus den in 2.2.1 beschriebenen Ergebnissen wird ersichtlich, dass besonders der Charakter der Kooperationspartner als entscheidendes Problemfeld betrachtet wird. Generell können laut BERG et al. die Eigenheiten der Kooperationspartner als wichtigste Nachteile bei Kooperationen gesehen werden (BERG et al. 2001:165). Auch WALTER et al. bestätigt, dass der Charakter der Kooperationspartner sowie dem jeweiligen sozialen Umfeld ein deutliches Problem- und Konfliktpotenzial zuzuordnen ist (WALTER et al. 2007:6 ff.). Hierauf basierend merken die an der Untersuchung teilnehmenden Landwirte die Notwendigkeit an, eine Kooperation sehr sorgfältig zu planen sowie den zwischenmenschlichen Aspekten eine hohe Bedeutung zuzumessen. FISEL und HETZNER empfehlen bei der Kooperationspartnersuche nicht vorschnell oder aus Bequemlichkeit vorzugehen (FISEL und HETZNER 2005:26) und KLISCHAT und KLISCHAT befürworten, sich intensiv mit eigenen Stärken und Schwächen, Wert- und Zielvorstellungen sowie mit dem Partner und zukünftigen Entwicklungen zu befassen (KLISCHAT und KLISCHAT 2006:91). Es bleibt festzuhalten, dass vielseitige wirtschaftliche und soziale Argumente für eine kooperative Zusammenarbeit zwischen Landwirten sprechen. Allerdings stellen Kooperationen erhöhte Anforderungen an

persönliche Merkmale, wie beispielsweise die Kommunikationsfähigkeit und die Kompromissbereitschaft möglicher Kooperationspartner. Vor diesem Hintergrund sollten sich die potenziellen Kooperationspartner bereits vor dem Eingehen von Kooperationen nicht nur mit den beschriebenen Vorteilen sondern insbesondere auch mit den Problembereichen auseinandersetzen.

Wie Kapitel 2.2.2 zeigt, gilt auch für Nebenerwerbsbetriebe die kooperative Zusammenarbeit mit Haupterwerbsbetrieben als Möglichkeit, um Synergien zu nutzen und Kosteneinsparpotenziale zu generieren. Aus der in 2.2.2 durchgeführten empirischen Untersuchung unter Nebenerwerbslandwirten in Baden- Württemberg wird deutlich, dass bereits ein gutes Fünftel der teilnehmenden Nebenerwerbslandwirte bereits an Kooperationen beteiligt sind. Hervorgehoben wird dabei die kooperative Zusammenarbeit mit Haupterwerbsbetrieben, insbesondere bei Biogasanlagen. Weitere Kooperationen bestehen hinsichtlich gemeinsamer Maschinennutzung, aber auch der Zusammenarbeit in Pflanzenproduktion und Futterwerbung. Aus den Ergebnissen der vorliegenden Untersuchung wird ersichtlich, dass die Nebenerwerbslandwirtschaft in Baden-Württemberg, mit einem seit Jahren hohen Anteil von über 60 % der landwirtschaftlichen Betriebe (DBV 2015a), eine weitere wichtige Möglichkeit bietet, einerseits den landwirtschaftlichen Betrieb zu erhalten, aber dennoch das Haupteinkommen aus einer anderen Einkommensquelle zu beziehen und somit eine dauerhafte Betriebsform mit deutlicher Zukunftsfähigkeit darstellt. Laut ALBRECHT unterliegen auch Nebenerwerbslandwirte dem Strukturwandel in der Landwirtschaft (ALBRECHT 2011:36). Der in etwa über die Jahre gleichbleibende Anteil der Nebenerwerbslandwirte in Baden-Württemberg lässt den Rückschluss zu, dass ausscheidende Nebenerwerbsbetriebe durch auf Nebenerwerb umstellende Haupterwerbsbetriebe substituiert werden. Ergebnisse der Untersuchungsteilnehmer zeigen, dass nahezu 40 % der teilnehmenden Nebenerwerbslandwirte ihre Betriebe selbst vom Haupt- in den Nebenerwerb geführt haben, als ausschlaggebend werden ökonomische Gründe angeführt, was die sogenannte „Zuwanderung“ ehemaliger Haupterwerbsbetriebe in die Nebenerwerbslandwirtschaft zeigt. Studien von PITSCH und auch STREIFFELER bestätigen die vorliegenden Ergebnisse (PITSCH 2010:2; STREIFFELER 2002). In den Ergebnissen aus Kapitel 2.2.2 wird ersichtlich, dass die Beweggründe der Umstellung oder des Weiterbetriebs des Nebenerwerbsbetriebs nicht darin liegen, den Betrieb bewusst „Auslaufen zu lassen“. Auch laut DOLUSCHITZ und SCHWENNIGER planen Nebenerwerbslandwirte nicht bereits bei der Betriebsübernahme, bzw. Umstellung ihren Ausstieg, sondern werden im Laufe der Zeit durch externe Rahmenbedingungen mit der Problematik konfrontiert (DOLUSCHITZ und SCHWENNIGER 2003:37). Die aus den Ergebnissen deutlich werdende hohe Zufriedenheit der Nebenerwerbsbetriebsleiter mit ihrer Situation steht in

starkem Zusammenhang mit der positiven Vereinbarkeit von Hauptberuf und Landwirtschaft. Dabei werden insbesondere die Betriebsorganisation sowie die äußeren Rahmenbedingungen als entscheidende Faktoren angeführt. Die hohe außerlandwirtschaftliche Wirtschaftskraft in Verbindung mit einkommenssicheren Arbeitsplätzen, stellt in Baden-Württemberg geeignete Rahmenbedingungen für Nebenerwerbslandwirte her, wie in 2.2.3 beschrieben. Immaterielle Motive wie die Freude an der Landwirtschaft und die Möglichkeit selbstständig zu sein, haben für Nebenerwerbsbetriebsleiter eine hohe Bedeutung, was auch bei STREIFFELER ersichtlich wird (STREIFFELER 2002). Es bleibt festzuhalten, dass die an der durchgeführten Untersuchung beteiligten entwicklungswilligen Nebenerwerbslandwirte ebenso am Betriebswachstum interessiert sind, wie Haupterwerbslandwirte, woraus sich wie bei DOLUSCHITZ und SCHWENNIGER beschrieben, Spannungen generieren können (DOLUSCHITZ und SCHWENNIGER 2003:18). Abschließend lässt sich festhalten, dass der möglichen Doppelbelastung der Nebenerwerbslandwirte, der zu geringen Wertschätzung ihrer Tätigkeit (aus ihrer Sicht) sowie hinderlicher externer Faktoren, vielseitige positive Auswirkungen der Nebenerwerbslandwirtschaft gegenüberstehen. Über die oben beschriebenen ökonomischen und immateriellen Vorteile für Betriebsleiter von Nebenerwerbsbetriebe hinaus, übernimmt die Nebenerwerbslandwirtschaft wichtige Funktionen bezüglich der Erhaltung einer flächendeckenden Landwirtschaft sowie der Erhaltung der Kulturlandschaft.

Das durch den weiter fortschreitenden Strukturwandel in der Landwirtschaft nötige Betriebswachstum, gepaart mit dem auch in der Landwirtschaft zunehmenden Fachkräftemangel, erfordert auch die Thematisierung der fachlichen Qualifikation der Fremdarbeitskräfte. Der Fachkräftemangel in der Landwirtschaft - wie auch in weiteren Wirtschaftsbereichen - einerseits und die durch weiter voranschreitende Technisierung und Spezialisierung gestiegenen Qualifikationsanforderungen an Arbeitskräfte andererseits, erschweren es Betriebsleitern landwirtschaftlicher Betriebe zunehmend, geeignete Fachkräfte zu finden (HEYDER et al. 2009:269; BERGES 2006:26; WIENER 2005:3). Auch BRONSEMA et al. beschreibt, dass „...die Gewinnung insbesondere von qualifiziertem Personal eine der wichtigsten unternehmerischen Herausforderungen im Rahmen der strategischen Weiterentwicklungen (...) ist“ (BRONSEMA et al. 2013:35). Die in Kapitel 2.2.4 beschriebenen Ergebnisse einer bundesweit durchgeführten schriftlichen Online-Befragung unter landwirtschaftlichen Ausbildungsbetrieben und von Agrargenossenschaften mit mindestens einer Fremdarbeitskraft zeigen, dass neben den fachlichen Qualifikationen insbesondere Werte wie Verlässlichkeit und Engagement eine sehr hohe Bedeutung haben. Bezüglich der fachlichen Qualifikationen wird deutlich, dass mit zunehmender Betriebsgröße und zunehmendem Alter der Be-

etriebsleiter die Ansprüche an geeignete Fremdarbeitskräfte steigen. Der Einfluss bzgl. des steigenden Anspruchs an fachliche Qualifikation in Verbindung mit einer zunehmenden Betriebsgröße, wird auch bei GERDS und POEHLS beschrieben (GERDS und POEHLS 2011:407 f.). Begründet werden kann dies vor dem Hintergrund der höheren Arbeitsteilung in großen landwirtschaftlichen Betrieben, die wiederum mit Verantwortung und eigenständiger Arbeitsausführung auf hohem Niveau verbunden ist, wozu für spezifische Arbeitsplätze eine hohe fachliche Qualifikation und einschlägiges Wissen von Nöten sind. Kleinere Betriebe dagegen erwarten von einer Fremdarbeitskraft eher universelle Einsatzmöglichkeiten in unterschiedlichsten Arbeitsbereichen, für die breites Fachwissen bedeutungsvoller ist, als spezielle fachliche Qualifikationen. Deutlich wird dies auch bei differenzierter Betrachtung der Ergebnisse der Betriebsleiter in den neuen bzw. alten Bundesländern. Auch hier zeigt sich, vor dem Hintergrund der erheblichen strukturellen Unterschiede, die hohe Bedeutung der fachlichen Qualifikation bei Fremdarbeitskräften, die durch die Betriebsleiter aus den neuen Bundesländern angemerkt werden. Besonders problematisch ist, dass laut FOCK et al. insbesondere in den neuen Bundesländern der Fachkräftemangel weit fortgeschritten ist (FOCK et al. 2011:41 f.). Weitere Untersuchungen, wie die von TANNENBERGER und VON DAVIER weisen darauf hin, dass insbesondere immaterielle Anreize, wie Betriebsklima und Arbeitsplatzsicherheit für die Mitarbeiter von höherer Bedeutung sind als allein finanzielle Aspekte (TANNENBERGER 2006:84; VON DAVIER 2007:139 f.) Um dieser Entwicklung begegnen zu können und um hoch qualifizierte Arbeitskräfte in den Betrieben zu halten, können Betriebsleiter auf einzelbetrieblicher Ebene anstreben, den Mitarbeitern ein attraktives und angenehmes Arbeitsklima zu schaffen und zu erhalten, und somit die Fluktuation hoch qualifizierter Arbeitskräfte vermeiden.

Als landwirtschaftlich benachteiligte Gebiete sind Bergregionen in besonderem Ausmaß vom vorschreitenden landwirtschaftlichen Strukturwandel betroffen. Kleinstrukturierte landwirtschaftliche Flächen, schwer zu bearbeitende Hanglagen, verbunden mit hohem Arbeitsaufwand und darüber hinaus stark schwankende Wettereinflüsse sowie nur eingeschränkten Expansionspotenzialen und wenig Möglichkeiten der Realisierung von Kostendegressionseffekte, erschweren ihre Lage (BMELV 2013). Laut HOLZBERGER sind Bergbauern aufgrund der kleinbäuerlichen Strukturen gepaart mit geringen Erträgen und infrastrukturellen Problemen als Grenzproduzenten zu sehen (HOLZBERGER: 1986:179 ff.). Vor diesem Hintergrund stehen ansässige landwirtschaftliche Betriebe häufig vor der Fragestellung, welche einzelbetrieblichen Entwicklungsstrategien zur Verfügung stehen, um nachhaltig ihre Existenz sichern zu können. Die Diversifizierung bietet in touristisch erschlossenen und attraktiven Räumen die Erschließung weiterer Standbeine und Einkom-

mensquellen über die landwirtschaftlichen Diversifizierungsstrategien hinaus (RUDMANN 2008:14 f). Gleichzeitig sind die Bergbauern entscheidend wichtig für die Erhaltung des Landschaftsbildes mit kleinbäuerlichen Strukturen, welches wiederum eine hohe Bedeutung in der Abschöpfung touristischer Potenziale hat. SCHERMER äußert sich dahingehend, dass dieses Landschaftsbild nur erhalten bleibt, wenn die Landwirtschaft erhalten bleibt, denn die „ländliche Entwicklung ist ohne Landwirtschaft nicht denkbar“ (SCHERMER 2013). Hieraus ergibt sich eine bilaterale Abhängigkeit zwischen Berglandwirtschaft und Tourismus. Wie im Kapitel 2.2.5 beschrieben, werden anhand dreier Modellbetriebe im Untersuchungsgebiet Landkreis Oberallgäu, verschiedenen Einkommenskombinationen als Diversifizierungsstrategien entwickelt und entsprechende Simulationsrechnungen durchgeführt. Dabei hat sich insbesondere das Generieren der Modellbetriebe gestützt auf Planungsdaten als schwierig dargestellt, da besonders die Gewinne der landwirtschaftlichen Urproduktion von denen realer Betriebe abweichen können. Basierend auf den Ergebnissen wird deutlich, dass der Standort des landwirtschaftlichen Bergbauernbetriebs für die Einkommenskombinationen, die touristische Nutzungspotenziale beinhalten, eine entscheidende Bedeutung hat. Die Diversifizierung in der Berglandwirtschaft ist laut WEINBERGER-MILLER zunehmend von öffentlichem Interesse, da diese sowohl für den Tourismus, als auch für die Berggebiete generell, durch Aufgaben wie bspw. Landschaftspflege, -gestaltung, aber auch Gefahrenabwehr von entscheidender Bedeutung ist (WEINBERGER-MILLER 2013:350). Auch das BMLFUW hebt die besondere Bedeutung der Almwirtschaft, durch eine Kombination von Primärnutzung (Urproduktion), Sekundärnutzung (Tourismus) und Güterbereitstellung (Schutz vor Naturgefahren, Kulturlandschaft) für die Gesellschaft hervor (BMLFUW 2012:8). HALLER beschreibt bzgl. der Milchviehhaltung eine Abwanderung aus ungünstigen Regionen, bis hin zur Verwaldung an marginalen Standorten. Darüber hinaus spricht sie sich, vor dem Hintergrund der Welternährungssituation dafür aus, dass Europa Landwirtschafts- und Produktionsflächen auch an weniger günstigen Lagen erhalten sollte (HALLER 2014:42). Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass neben potentiellen einzelbetriebliche Vorteilen durch die Diversifizierung in der Berglandwirtschaft auch Vorteile für die Allgemeinheit, wie beispielsweise die Erhaltung einer flächendeckenden Landwirtschaft und attraktiven Kulturlandschaft, touristische Vorteile, aber auch positive Aspekte bzgl. der Ernährungssicherung entstehen. Dagegen sprechen insbesondere eine eingeschränkte Wirtschaftlichkeit und vorhandene Wettbewerbsdefizite. Zukünftig sollten insbesondere Weiterbildungs- und Beratungsangebote für die Berglandwirtschaft ausgeweitet werden.

4. Welche Alternativen werden von milchviehhaltenden Betrieben in Baden-Württemberg auf einzelbetrieblicher Ebene in der Praxis in Erwägung gezogen, um sich weiter zu entwickeln?

Die durch das Auslaufen der EU-Milchquotenregelung im April 2015 erlangte unternehmerische Freiheit der milcherzeugenden landwirtschaftlichen Betriebe wird als „Chance für die Milchwirtschaft“ von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt positiv eingeschätzt (AGRA-EUROPE 2015:36 f.). Vor dem Hintergrund der stark divergierenden strukturellen und regionalen Unterschiede innerhalb Deutschlands, gilt das Ende der Milchquotenregelung aber insbesondere für großstrukturierte landwirtschaftliche Betriebe in Nord- und Ostdeutschland als Chance (AGRA-EUROPE 2015a:13 f.). Wie in Kapitel 2.3.1 beschrieben, stehen die baden-württembergischen Milchviehhalter dem Ende der Milchquotenregelung eher negativ gegenüber. Besonders in Regionen wie beispielsweise Allgäu/Oberschwaben oder auch im Schwarzwald, die durch kleine Strukturen und benachteiligte Gebiete gekennzeichnet sind, wird das Auslaufen der Milchquotenregelung besonders negativ bewertet. Auch der Landeschef des Bundesverbandes deutscher Milchviehhalter, Karl-Eugen Kühnle äußert sich dahingehend, dass „die kleinen Betriebe auf der Schwäbischen Alb oder im Allgäu es schwer haben werden“ (DIE WELT 2014). Während die Gesamtergebnisse der durchgeführten Untersuchung darauf hinweisen, dass insbesondere die Optimierung der Produktionskosten, die Verbesserung der Arbeitseffizienz sowie die Ausdehnung der Milchviehhaltung von den Untersuchungsteilnehmern als wichtige Anpassungsstrategien auf das Auslaufen der Milchquotenregelung genannt werden, zeigen sich bei regionalspezifischen Analysen abweichende Ergebnisse, die die oben beschriebene Problematik verdeutlichen. So stellt der Ausstieg aus der Milchviehhaltung in den Regionen Schwarzwald und Allgäu/Oberschwaben (Landkreis Biberach), eine wichtige Anpassungsstrategie der teilnehmenden Milchviehbetriebe dar. Eine von SCHMID et al. durchgeführte Untersuchung in Österreich aus dem Jahr 2011 bestätigt, dass von den milchviehhaltenden Betrieben auf einzelbetrieblicher Ebene Strategien, wie beispielsweise Betriebswachstum ergriffen werden müssen, um die Existenz der Betriebe und ihre Marktposition nachhaltig zu sichern (SCHMID et al. 2011:19). Eine Möglichkeit, um Größenwachstum zu generieren und dabei Synergien und Degressionseffekte nutzen zu können, wäre das Eingehen von Kooperationen auf diversen Ebenen zwischen landwirtschaftlichen Betrieben. Allerdings zeigen die Ergebnisse der durchgeführten Untersuchung in Baden-Württemberg (Kap.2.3.1), dass nur knapp über sieben Prozent der an der Untersuchung teilnehmenden Betriebsleiter milchviehhaltender Betriebe das Eingehen von Kooperationen als wichtige Anpassungsstrategie einschätzt. Damit bestätigen sich die oben beschriebenen Problemfelder von Kooperationen zwischen

landwirtschaftlichen Betrieben, die insbesondere im Bereich der zwischenmenschlichen Konfliktpotenziale zu sehen sind.

Die beschriebenen einzelbetrieblichen Chancen durch das Auslaufen der Milchquotenregelung, wie insbesondere der Zugewinn unternehmerischer Freiheiten, aber auch die entstehenden Wachstumsspielräume für milchviehhaltende Betriebe, zeigen sich besonders in den Regionen mit großstrukturierten landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen, wie bspw. im Norden und Osten Deutschlands. Andererseits deuten die seit dem Auslaufen der Milchquotenregelung steigenden Milchlieferungen in der EU (AMI 2015a) bereits eine Steigerung der Rohmilcherzeugung an, womit potenzielle Absatzprobleme entstehen können. Vor diesem Hintergrund werden nur Milchviehbetriebe, die wettbewerbs- und marktfähig sind der zunehmenden Liberalisierung und Volatilität der Märkte positiv begegnen können (AGRA-EUROPE 2014:29 f). Die regionalspezifischen Standortbedingungen in Baden-Württemberg, insbesondere in kleinstrukturierten und benachteiligten Gebieten, werden die milchviehhaltenden landwirtschaftlichen Betriebe zusätzlich unter Druck setzen. Deshalb kann es mittelfristig von besonderem Interesse sein, eine vergleichbare Untersuchung mit gleichem Sample und Stichprobenzahl erneut bei baden-württembergischen Milchviehhaltungen durchzuführen. Ziel wäre dann, eine tatsächliche Überprüfung der strukturellen Veränderungen auf einzelbetrieblicher, aber auch regionaler Ebene durchführen zu können. Ergriffene individuelle Entwicklungsstrategien könnten dabei identifiziert werden und es eine Vergleichsanalyse zu den Ergebnissen der Untersuchung aus dem Jahr 2014 wäre möglich. Diese könnte Auskunft darüber geben, welchen tatsächlichen Veränderungen milchviehhaltende landwirtschaftliche Unternehmen in Baden-Württemberg ausgesetzt sind, welche Anpassungsstrategien sie bereits im Vorfeld ergriffen haben und wie sie auf weitere Veränderungen reagiert haben. Insbesondere könnten dabei auch regionalspezifische Entwicklungen, besonders in den jeweiligen Regionen, in denen der Ausstieg aus der Milchviehhaltung als wichtige Anpassungsstrategie erachtet wurde, analysiert und ausgewertet werden.

4 Zusammenfassung / Summary

In der vorliegenden kumulativen Dissertation werden über- und einzelbetriebliche Entwicklungsstrategien in der Landwirtschaft und im Agribusiness, insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen und des strukturellen Wandels thematisiert. Zunächst wird ein Abriss über die demographischen, wie auch die strukturellen Entwicklungen in der deutschen Landwirtschaft gegeben. Dabei wird insbesondere auch auf die kleinräumlich strukturierte Region Baden-Württemberg eingegangen. Ausgewählte über- und einzelbetriebliche Entwicklungsstrategien im Agrar- und Agribusinesssektor werden anhand verschiedener empirischer Erhebungen, die in der Region Baden-Württemberg, in einem Fall deutschlandweit durchgeführt wurden, untersucht.

Auf überbetrieblicher Ebene, werden Genossenschaften bzgl. ihres Neugründungsverhaltens, insbesondere vor dem Hintergrund der Novelle des Genossenschaftsgesetzes 2006 analysiert. Aus den Ergebnissen geht hervor, dass Genossenschaften als attraktive Rechtsform eingeschätzt werden und durch die Novelle des Genossenschaftsgesetzes das Neugründungsverhalten von Genossenschaften in innovativen Geschäftsfeldern ermöglicht wurde. Vor dem Hintergrund des fortschreitenden demographischen Wandels, mit hoher Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Überalterung in ländlichen Räumen, können Genossenschaften bspw. in der Energieversorgung, wie auch der dörflichen Daseinsvorsorge, innovative und interessante Lösungsansätze bieten. Das zunehmend in der Gesellschaft diskutierte Thema der Nachhaltigkeit und des sinnvollen Umgangs mit nicht-erneuerbaren Ressourcen wird als Exkurs am Beispiel der Landmaschinenproduktion untersucht. Fokussiert wird dabei die Einstellung und Zahlungsbereitschaft der Landwirte hinsichtlich der Nachhaltigkeit in der Landmaschinenproduktion und des Nachhaltigkeitsengagements der Landtechnik. Deutlich wird, dass das Nachhaltigkeitsengagement der Landmaschinenhersteller von den Landwirten positiv bewertet wird, insbesondere Aspekte, die der sozialen Säule der Nachhaltigkeit zuzuordnen sind, wie bspw. Maßnahmen zur Mitarbeiterausbildung sowie der ökonomischen Säule, wie bspw. Zukunfts- und Innovationsorientierung. Die Aspekte Qualität der Maschine, Nachrüstbarkeit und Qualität der getätigten Arbeiten sind für die beteiligten Landwirte entscheidende Faktoren, um nachhaltige Landmaschinen zu beschreiben.

Der fortschreitende Strukturwandel in der Landwirtschaft sowie die verschärften Wettbewerbsbedingungen auf den Weltmärkten für Agrarprodukte, stellen die Leiter landwirtschaftlicher Betriebe zunehmend vor die Frage, welche einzelbetrieblichen Entwicklungsstrategien im Betrieb ergriffen werden können, um dessen Existenz nachhaltig zu sichern. Zu den hier betrachteten ausgewählten

einzelbetrieblichen Entwicklungsstrategien gehören horizontale Kooperationen, Nebenerwerbslandwirtschaft, aber auch die Anforderungen an die Qualifikation von Fremdarbeitskräften sowie die Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe. Die Ergebnisse zeigen, dass Kooperationen zwischen landwirtschaftlichen Betrieben durchaus Potenzial haben, den strukturwandelbedingten Wachstumsnotwendigkeiten zu begegnen. Durch die Nutzung von Synergien und Degressionseffekten können diverse ökonomische, aber auch soziale Vorteile realisiert werden. Zwischenmenschliche Probleme zwischen den Kooperationspartnern verursachen am häufigsten Komplikationen in Kooperationen. Aus der Untersuchung der Nebenerwerbslandwirtschaft in Baden-Württemberg geht hervor, dass die Betriebsleiter von Nebenerwerbsbetrieben auch an der Optimierung und zukunftsfähigen Ausrichtung ihrer Betriebe interessiert sind und diese Erwerbsform durchaus als dauerhaft gesehen werden kann und keineswegs als „Ausstieg aus der Landwirtschaft“.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Technisierung, Spezialisierung, dem weiteren betrieblichen Wachstum, aber auch der sich verschärfenden rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, steigen die Anforderungen an die Qualifikation von Fremdarbeitskräften. Der demographische Wandel und insbesondere der entstehende Fachkräftemangel erschweren es Betriebsleitern, geeignete Fremdarbeitskräfte zu finden, dabei zeigen sich betriebsindividuelle sowie regional jeweils typische Unterschiede.

Am Beispiel der Berglandwirtschaft, die wie Landwirtschaft in anderen benachteiligten Gebiete auch, besonders vom voranschreitenden Strukturwandel betroffen ist, wird deutlich, dass für eine erfolgreiche Umsetzung der Einkommenskombinationen als Diversifizierungsstrategien detaillierte Betriebsanalysen von Bedeutung sind. Einerseits um vorhandene betriebliche Kapazitäten zu ermitteln und anzupassen und andererseits um zu überprüfen, ob die Betriebsleiterfamilie bzgl. ihrer Fähigkeiten und Neigungen potenziellen Einkommenskombinationen positiv gegenübersteht.

Beispielhaft für die Milchviehhaltung in Baden-Württemberg werden einzelbetriebliche Entwicklungs- und Anpassungsstrategien der Rohmilcherzeuger vor dem Hintergrund des Auslaufens der Milchquotenregelung untersucht. Die diesbezügliche skeptische Grundeinstellung der Milchviehalter hat sich über die Jahre nur geringfügig verbessert. Die Optimierung der Produktionskosten, die Verbesserung der Arbeitseffizienz und die Ausdehnung der Milchproduktion werden als wichtigste Anpassungsstrategien eingestuft. Nichts desto trotz werden Einflüsse des globalen Milchmarktes zunehmend als wichtig empfunden und richtungweisend die einzelbetrieblichen Entwicklungen baden-württembergischer Milchviehbetriebe mitbestimmen.

Changes to the agricultural structure - The interactions of selected inter-farm and single farm development strategies in the agricultural and agribusiness sector

This cumulative thesis examines inter-farm and single farm development strategies in agriculture and agribusiness, particularly against the background of demographic and structural change. It initially presents a summary of the demographic as well as structural developments in German agriculture. In doing so, it specifically addresses the small-scale region of Baden-Württemberg. The thesis examines selected inter-farm and single farm development strategies in the agricultural and agribusiness sector on the basis of different empirical studies conducted in the Baden-Württemberg region, and in one instance nationwide in Germany.

At an inter-farm level, it examines cooperatives with regard to their approach to establishing new companies, especially in the light of the 2006 amendment to the Cooperative Act. The findings show that cooperatives are regarded as an attractive legal form, and that the amendment to the Cooperative Act has enabled cooperatives to be established in innovative fields of business. Against the background of progressing demographic change, with ensuing high unemployment, migration and ageing in rural areas, cooperatives offer innovative and interesting solutions, such as in the power supply sector and public services in villages. The example of agricultural machinery production highlights the issues of sustainability and expedient treatment of non-renewable resources in detail, which are increasingly being discussed in society today. It focuses on the attitude and willingness of farmers to pay for sustainability in terms of the production of agricultural machinery, and on the commitment of agricultural technology to sustainability. It is clear that farmers view very positively the commitment to sustainability on the part of agricultural machinery manufacturers. They regard especially positively aspects relating to the social cornerstone that is sustainability, such as employee development measures, and to the economic cornerstone, such as a forward-looking and innovative orientation. Other aspects, such as the quality of machinery, its ability to be upgraded and quality of work performed, are critical factors for farmers when describing sustainable agricultural machinery.

The progressing structural changes in agriculture, as well as intensified competition on the world markets for agricultural products, are making farm managers increasingly question which development strategies they should adopt for their farm to safeguard its existence in the long term. Farm development strategies considered in this respect include horizontal cooperation partnerships, part-time farming, as well as the qualification requirements of external staff and the diversification of agricultural businesses. The findings show that cooperation between agricultural businesses certainly has the potential to address the need for growth brought about by structural changes. The

use of synergies and economies of scale can lead to diverse economic as well as social benefits. Interpersonal problems between cooperation partners are the most frequent cause of complications in cooperative partnerships. The study of part-time farming in Baden-Württemberg shows that the managers of part-time farms are also interested in the optimising their farms and the sustainability of their operations. Furthermore, this form of employment can most certainly be considered permanent and in no way a "withdrawal from agriculture".

The qualifications required of external workers are becoming increasingly stringent against the backdrop of advanced mechanisation, specialisation, further operational growth, and increasingly tight legal and political frameworks. Demographic change and in particular emerging skills shortages make it difficult for farm managers to find suitable external workers, although there are typical differences between individual farms and regions.

The example of mountain farming, which is also particularly affected by advancing structural change, as is the case with agriculture in other disadvantaged areas, demonstrates that detailed analysis of farm operations is crucial for income combinations and diversification strategies. It is critical, on the one hand, to identify and adapt existing operational capacities and also to verify whether the farm manager's family is positive about its abilities and inclination towards potential combined income.

The thesis also examines single farm development and adaptation strategies of raw milk producers on the basis of dairy farming in Baden-Württemberg in the light of the phasing-out of milk quotas. The sceptical fundamental attitude of dairy farmers has only slightly improved over the years in this respect. Optimisation of production costs, improved working efficiency and the expansion of milk production are considered to be crucial adaptation strategies. Nevertheless, the effects of the global dairy market are increasingly viewed as being important and point the way ahead for developments in Baden-Württemberg dairy farms.

Literaturverzeichnis

- AGRA-EUROPE (2014): Chancen überwiegen bei der Liberalisierung des Milchmarktes. Agra-Europe 12/14, S. 29-30.
- AGRA-EUROPE (2015): Milchquotenregelung hat Ziele verfehlt – Erleichterung über bevorstehendes Ende. Agra-Europe 56/14, Länderberichte, S. 36-38.
- AGRA-EUROPE (2015a): Milchquotenära endet ohne Wehmut. Agra-Europe 56/15, Länderberichte, S. 13-15.
- AGRARMARKT INFORMATIONSDIENST-GESELLSCHAFT MBH (AMI) (2015): Milchwert in Deutschland. URL: <http://www.ami-informiert.de/ami-themen/themen-single-ansicht/article/milcherloese-im-januar-nochmals-schwaecher.html>. (06.02.2015).
- AGRARMARKT INFORMATIONSDIENST-GESELLSCHAFT MBH (AMI) (2015a): Steigende Milchanlieferung in der EU nach dem Quotenende. URL:<http://www.ami-informiert.de/ami-markte/ami-milchwirtschaft/ami-meldungen-milchwirtschaft/meldungen-single-ansicht/article/steigende-milchanlieferung-in-der-eu-nach-dem-quotenende-1.html>. (15.06.2015).
- ALBRECHT, A. (2011). Nebenerwerb - nur noch ein teures Hobby? In: DLG-Mitteilungen 11/2011, S. 36-38.
- ALSCHER, M. (2006): Genossenschaften im Aufwind? In: Maecenata Aktuell, H. No. 58, S. 12-22.
- ALSCHER, M. und PRILLER, E. (2007): Zu Neugründungen von Genossenschaften in Deutschland 2000-2006–eine Analyse zu den Ressourcen und Potentialen. Berlin. URL: http://www.b-b-e.de/uploads/media/nl1707_neu_genoss_00-06.pdf. (02.06.2015).
- AMT FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN BAMBERG (AELF-BA), (o. J.): Bauen im Außenbereich. URL: [http://www.aelf-ba.bayern.de/laendlicher_raum/21601/index.php#Privilegierung% 20von% 20Nebenerwerbsbetrieben](http://www.aelf-ba.bayern.de/laendlicher_raum/21601/index.php#Privilegierung%20von%20Nebenerwerbsbetrieben). (30.06.2012).
- AUGUSTIN, D. (1994): Rechtsformen für Kooperationen in der Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung steuerlicher Aspekte. Dissertation. Shaker Verlag, Aachen.

- AXHAUSEN, K.; FRÖHLICH, P. und TSCHOPP, M. (2005): Entwicklung der Erreichbarkeit der Schweizer Gemeinden: 1950 bis 2000. In: RuR, Heft 06/2005, S. 385-399.
- BADEN-WÜRTTEMBERGISCHER GENOSSENSCHAFTSVERBAND (BWGV) (2012): Jahrbuch 2012. Genossenschaften in Baden-Württemberg. Karlsruhe/Stuttgart.
- BATINIC, B. (2003): Internetbasierte Befragungsverfahren. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 28 (4), S. 6-18.
- BERG, E.; TRENKEL, H.; LÜTTGENS, B.; GRIENBERGER, R.; MÖLLER, K. und REINDERS, M. (2001): Motivation, Zielsetzung und innere Organisation von Betriebsgesellschaften in der Landwirtschaft. In: Betriebsgesellschaften in der Landwirtschaft – Chancen und Grenzen im Strukturwandel. Band 15 der Schriftenreihe der Landwirtschaftlichen Rentenbank. Frankfurt/M., S. 141-178.
- BERGES, M. (2006): Familienbetriebe am Ende? In: DLG-Mitteilungen, 12, S. 25-27.
- BETZHOLZ, T. (2006): Der Grundstücksmarkt in Baden-Württemberg. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 11/2006, S. 32-36.
- BLÄSI, W. und STRÜMPFEL, J. (2001): Betriebsgesellschaften in der Landwirtschaft – dargestellt am Beispiel ausgewählter Thüringer GbR. In: Betriebsgesellschaften in der Landwirtschaft – Chancen und Grenzen im Strukturwandel. Band 15 der Schriftenreihe der Landwirtschaftlichen Rentenbank. Frankfurt/M., S. 99-140.
- BLOME-DREES, J. (2010): Ansatzpunkte zu einer Erhöhung der Neugründungsquote von Genossenschaften. In: Münkner, H.H. und Ringle, G. (Hrsg.): Neue Genossenschaften und innovative Aktionsfelder. Grundlagen und Fallstudien, Baden-Baden. S. 23-36.
- BOLSINGER, H. J. (2005): Plädoyer für einen normativen Forschungsansatz zur Erhöhung der Neugründungsquote von Genossenschaften. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen ZfgG Bd. 55, Lucius&Lucius, Stuttgart, S. 264-266.
- BONDE, A. (2011): Stellungnahme zu Zu- und Nebenerwerbslandwirtschaft in Baden-Württemberg im Landtag Baden-Württemberg, Drucksache 15/745. URL: http://www2.landtag-bw.de/WP15/Drucksachen/0000/15_0745_d.pdf.

- BONEBERGER, A (2013): Diversifizierung in der Berglandwirtschaft – Chancen und Risiken von Einkommenskombinationen. Masterthesis, Universität Hohenheim, Stuttgart.
- BORTZ, J. und DÖRING, N.: Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler, 4. Aufl., Heidelberg 2009.
- BÖSCHE, B. (2008): Die Zukunft der genossenschaftlichen Pflichtprüfung. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen ZfgG, Bd. 58, Heft 2, Lucius&Lucius, Stuttgart, S. 98-109.
- BRINKMANN, T. (1922): Die Ökonomik des landwirtschaftlichen Betriebes. In: Grundriß der Sozialökonomik, VII. Abteilung, Land- und Forstwirtschaftliche Produktion und Versicherungswesen. Tübingen, S. 27-124.
- BRONSEMA H., NÄTHER, M., SCHLOSSER, K. und THEUVSEN, L. (2013): Akquise von Arbeitskräften für wachsende Milchviehbetriebe. In: Jahrbuch der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie, Band 23, S. 31-40. URL:http://oega.boku.ac.at/fileadmin/user_upload/Tagung/2013/Band_23/04_24_Bronsema_et_al_OEGA_JB13.pdf. (02.06.2015).
- BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT (BMEL) (2015): Inhalte und Ziele des Bundesprogramms „Ländliche Entwicklung“. URL: http://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raume/BULE/_texte/BULE.html;jsessionid=F53C14DF481778AD0DDEDC6C50EEA643.2_cid288. (22.05.2015).
- BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT (BMEL) (Hrsg.) (2014): Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 2013. 55. Jg, Landwirtschaftsverlag, Münster-Hiltrup.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (BMELV) (2013): Almwirtschaft ist das Rückgrat der Bergregionen. Pressemitteilung Nr. 227 vom 31.07.2013. URL: http://www.bmelv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2013/227-AI-Hauptalmbegehung.html;jsessionid=93C5C24A3068762A62568FF16D6A4A54.2_cid358. (04.04.2014).
- BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (BMELV) (o.J.): Ländliche Räume. URL: http://www.bmelv.de/DE/Landwirtschaft/Laendliche-Raume/laendliche-raueme_node.html. (17.11.2012).

- BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (BMELV) (2011): Agrarpolitischer Bericht 2011 der Bundesregierung, Bonn. URL: <http://berichte.bmelv-statistik.de/DFB-0010010-2011.pdf>. (02.07.2012).
- BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (BMLFUW) (2012): Milchwirtschaft auf Österreichs Almen. Entwicklungen und wirtschaftliche Perspektiven. Wien.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT, BMU und UMWELTBUNDESAMT (UBA) (2013): Umweltbewusstsein in Deutschland 2012 – Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. URL: http://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Umweltinformation_Bildung/4396.pdf. (17.12.2013).
- DE WOLF, P. und SCHOORLEMMER, H. (2008): Exploring the significance of entrepreneurial skills in agriculture (Work package 3). In: Entrepreneurial Skills and their Role in Enhancing the Relative Independence of Farmers. Results and Recommendations from the Research Project Developing Entrepreneurial Skills of Farmers. Rudmann, C. (Hrsg.): Research Institute of Organic Agriculture FiBL. Frick, Schweiz. S. 27-34.
- DESTATIS (2014): Genesis-Online-Datenbank: 41311-0001, -0002, -0003 und -0004; 2003-2013, Rinder 2 Jahre und älter, Milchkühe. URL: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>. (25.04.2014).
- DESTATIS (2015): Landwirtschaftliche Betriebe. Betriebsgrößenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe nach Bundesländern. URL: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Wirtschaftsbereiche/LandForstwirtschaftFischerei/LandwirtschaftlicheBetriebe/Tabelle/BetriebsgroessenstrukturLandwirtschaftlicheBetriebe.html>. (25.04.2015).
- DEUTSCHE VERNETZUNGSSTELLE LÄNDLICHE RÄUME (DVS) (2012): Chance! – Demographischer Wandel vor Ort. Bonn.
- DEUTSCHER BAUERNVERBAND (DBV) (2010): Situationsbericht 2010. 20 Jahre Deutsche Einheit - Strukturentwicklung in der Landwirtschaft. Agrarstruktur – Landwirtschaftliche Betriebe nach Bundesländern. URL: <http://media.repro-mayr.de/40/558240.pdf>. (23.05.2015).

- DEUTSCHER BAUERNVERBAND (DBV) (2013). Situationsbericht 2012/2013. Agrarstruktur Betriebs- und Rechtsformen Gr34-4. URL: <http://www.bauernverband.de/34-betriebs-rechtsformen>. (29.01.2013).
- DEUTSCHER BAUERNVERBAND (DBV) (2014): Situationsbericht 2014/2015. Agrarstruktur – Strukturen und Strukturentwicklung in der EU. URL: <http://www.bauernverband.de/37-strukturentwicklung-in-der-eu>. (06.02.2015).
- DEUTSCHER BAUERNVERBAND (DBV) (2014a): Situationsbericht 2014/2015. Landwirtschaft und Gesamtwirtschaft - Ernährungswirtschaft. URL: <http://www.bauernverband.de/14-ernaehrungswirtschaft-638268>. (06.02.2015).
- DEUTSCHER BAUERNVERBAND (DBV) (2015): Situationsbericht 2014/15. Betriebe und Betriebsgrößen. Agrarstruktur. URL: <http://www.bauernverband.de/33-betriebe-und-betriebsgroessen-638276>. (23.05.2015).
- DEUTSCHER BAUERNVERBAND (DBV) (2015a): Situationsbericht 2014/2015. Agrarstruktur Betriebs- und Rechtsformen. Flächenausstattung sehr unterschiedliche. Bedeutung der Nebenerwerbslandwirtschaft. URL: <http://www.bauernverband.de/34-betriebs-und-rechtsformen-638282>. (25.05.2015).
- DEUTSCHER BAUERNVERBAND (DBV) (2015b): Situationsbericht 2014/2015. Wirtschaftliche Bedeutung des Agrarsektors. URL: <http://www.bauernverband.de/11-wirtschaftliche-bedeutung-des-agrarsektors-638269>. (26.05.2015).
- DEUTSCHER GENOSSENSCHAFTS- UND RAIFFEISENVERBAND e. V. (DGRV) (2012): Zahlen und Fakten. DG Verlag, Wiesbaden.
- DEUTSCHER GENOSSENSCHAFTS- UND RAIFFEISENVERBAND e. V. (DGRV) (2012): Regionale Entwicklung mit Genossenschaften. Bürger, Wirtschaft und Kommunen Hand in Hand. URL: [http://www.dgrv.de/webde.nsf/272e312c8017e736c1256e31005cedff/82d907f945ce876bc1257b7900423a96/\\$FILE/Pressemitteilung_2012_09_21.pdf](http://www.dgrv.de/webde.nsf/272e312c8017e736c1256e31005cedff/82d907f945ce876bc1257b7900423a96/$FILE/Pressemitteilung_2012_09_21.pdf). (10.10.2012).
- DIE WELT (2014): Milchbauern befürchten Druck durch Wegfall der Milchquote. URL: <http://www.welt.de/regionales/baden-wuerttemberg/article131976573/Milchbauern-befuerchten-Druck-durch-Wegfall-der-Milchquote.html>. (22.09.2014).

- DIEKMANN, A. (2007): Empirische Sozialforschung – Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 18. Auflage, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.
- DOLUSCHITZ, R. (1997): Unternehmensführung in der Landwirtschaft. Ulmer Verlag, Stuttgart.
- DOLUSCHITZ, R. (2001): Kooperationen in der Landwirtschaft. In: Berichte über Landwirtschaft, BMELV (Hrsg.), Band 79, S. 375-398.
- DOLUSCHITZ, R. und SCHWENNINGER, R. (2003) Nebenerwerbslandwirtschaft. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart.
- DOLUSCHITZ, R.; ZAPF, R. und SCHULTHEISS U. (2009): Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Betriebe – Einordnung und Stärken – Schwächenanalyse von Bewertungssystemen. In: Berichte über Landwirtschaft, BMELV (Hrsg.), Band 87 (3), S. 380-401.
- DOLUSCHITZ, R.; MORATH, C. und PAPE, J. (2011). Agrarmanagement. Eugen Ulmer, Stuttgart.
- DOLUSCHITZ, R.; LAVÈN, P.; HAUG, H. und REIFSCHNEIDER, A. (2012): Analyse der Neugründungen von Genossenschaften – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung im Verbandsgebiet Baden-Württemberg. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen ZfgG, Bd 62, Heft 1, Lucius&Lucius, Stuttgart, S. 19-34.
- DOLUSCHITZ, R. und HOFFMANN, C. (2013): Überblick und Einordnung von Bewertungssystemen zur Nachhaltigkeitsmessung in der Landwirtschaft und Agribusiness. In: Steuerungsinstrumente für eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft - Stand und Perspektiven; KTBL Tagung, Neu Ulm, S. 34-47.
- DOLUSCHITZ, R.; GINDELE, N.; HILL, S. und REIFSCHNEIDER, A. (2013a): Genossenschaftliche Unternehmen gestalten Zukunft. Chancen des genossenschaftlichen Engagements am Beispiel Baden-Württembergs. 150 Jahre Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband. Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V. (Hrsg.). Sonderband 2013, Stuttgart.
- DZ BANK GRUPPE (Hrsg.): Bilanzpressekonferenz, Frankfurt am Main, 06.03.2013. URL: <https://www.dzbank.de/>. (23.04.2013).
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2012): Die Entwicklung der Marktlage und die sich daraus ergebenden Bedingungen für ein reibungsloses allmähliches Auslaufen der Milchquotenregelung.

- URL: http://ec.europa.eu/agriculture/milk/quota-report/com-2012-741_de.pdf. (09.04.2014).
- FAHLBUSCH, M.; SCHULZE, B.; KÜHL, S.; BUSCH, G. und BRÜMMER, B. (2014): Der Markt für Milch und Milcherzeugnisse im Jahr 2013. In: German Journal of Agricultural Economics GJAE, 63, S. 38-57.
- FINANZAMT BERGISCH GLADBACH (2012). Merkblatt zur Bodenschätzung. URL: http://www.finanzzamt-bergischgladbach.de/mein_fa/bodenschaetzung/01_was_ist_bodsch/merkblatt_bodshaetz_html.php. (07.08.2012).
- FISEL, T. und HETZNER, E. (2005): Wichtige Schritte auf dem Weg zur Kooperation. In: Kooperationen gründen und erfolgreich führen. KTBL-Schrift Nr. 433. Darmstadt, S. 15-43.
- FOCK, T.; WINGE, S. und WIENER, B. (2011): Landwirtschaftliche Arbeitskräfte in Ostdeutschland – Trends in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. In: Agrarsoziale Gesellschaft (Hrsg.): Ländlicher Raum, 62, Schwerpunktheft „Arbeit im ländlichen Raum“ 03/2011, S. 41-46.
- FOOD AND AGRICULTURE ORGANIZATION OF THE UNITED NATIONS (FAO) (2012): Sustainability Assessment of Food and Agriculture systems – Guidelines. Natural Resource Management and Environment Department, 4. Dezember, 2012. Rom. URL: http://www.fao.org/fileadmin/templates/nr/sustainability_pathways/docs/SAFA_Guidelines_Test_Version_1.1.pdf. (14.01.2013).
- FREEMAN, E. und MOUTCHNIK, A. (2013): Stakeholder management and CSR: questions and answers. In: UmweltWirtschaftsForum uwf, Volume 21, Issue 1-2, S. 5-9, DOI 10.1007/s00550-013-0266-3.
- FRIEDRICH, C. (2010). Milchverarbeitung und -vermarktung in Deutschland – eine deskriptive Analyse der Wertschöpfungskette. In: Arbeitsberichte aus der vTI-Agrarökonomie 06/2010, Johann Heinrich Thünen-Institut, Braunschweig.
- FRIEDRICHS, J. (1973): Teilnehmende Beobachtung abweichenden Verhaltens. Stuttgart.
- FUCHS, C. (2012): Unternehmerische Herausforderungen der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern – Stand und Perspektiven. In: Tagungsband zum Workshop: Wandel des Un-

- ternehmertums in der Landwirtschaft – Neue Herausforderungen für Betriebsleiter, Verbände, vor- und nachgelagerte Partner aus der Wertschöpfungskette und für die Wissenschaft. Arbeitspapier der Forschungsstelle für Genossenschaftswesen an der Universität Hohenheim, Stuttgart.
- GAY, S., OSTERBURG, B. und SCHMIDT, T. (2004): Szenarien der Agrarpolitik – Untersuchung möglicher agrarstruktureller und ökonomischer Effekte unter Berücksichtigung umweltpolitischer Zielsetzungen. In: Materialien zur Umweltforschung. (Hrsg.): Rat von Sachverständigen für Umweltfragen. Nr. 37.
- GEORGE, W. und BONOW, M. (2009): Regionalentwicklung durch genossenschaftliche Lösungen am Beispiel der Energieversorgung. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen ZfgG, Bd. 59, Heft 2, Lucius&Lucius, Stuttgart, S. 119-133.
- GERDS, M. und POEHLS, A. (2011): Stellenwert der Eigenschaften von Arbeitskräften aus Sicht landwirtschaftlicher Arbeitgeber – Welche Rolle spielen generische und berufsspezifische Kompetenzen? Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e. V. 46, S. 407-408.
- GESCHWANDTNER, M. (2009): Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft: warum früher, warum heute? In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen ZfgG, Bd. 59, Heft 2, Lucius&Lucius, Stuttgart, S. 152-163.
- GINDELE, N. (2012): Strukturelle Veränderungen in der Landwirtschaft und absehbare Konsequenzen für den Landwirt als Unternehmer. In: Tagungsband zum Workshop: Wandel des Unternehmertums in der Landwirtschaft – Neue Herausforderungen für Betriebsleiter, Verbände, vor- und nachgelagerte Partner aus der Wertschöpfungskette und für die Wissenschaft. Arbeitspapier der Forschungsstelle für Genossenschaftswesen an der Universität Hohenheim, Stuttgart.
- GÖBBEL, T. (2013): Nach dem Quotenende: Wieviel Milch mehr? In: Milchpraxis 51, Heft 3, S. 24-28.
- GÖLER VON RAVENSBURG, N.; PINKWART, A. und SCHMIDT, R (2003): Kriterien für die Gründung mittelständischer Kooperationen in genossenschaftlicher Rechtsform. Göttingen.

- GROS, J. (2009): Die Genossenschaft der Zukunft aus Sicht des Verbandes. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen ZfgG, Bd. 59, Heft 2, Lucius&Lucius, Stuttgart, S. 95-105.
- GROSSKOPF, W.; MÜNKNER, H.-H. und RINGLE, G. (2009): Unsere Genossenschaft – Idee, Auftrag, Leistungen, Wiesbaden.
- HAAG, G (2002): Erfahrungen aus der Praxis – Gemeinsame schlagübergreifende Bewirtschaftung. In: Durch Partnerschaft zum Erfolg. KTBL-Sonderveröffentlichung 040. Darmstadt, S. 36-39.
- HALLER, T. (2014): Ausstieg aus dem Milchquotensystem (Kontingentierung) in der Schweiz. Eine Beurteilung des Ausstiegs und dessen Auswirkungen unter Berücksichtigung der Begleitmaßnahmen. Studie im Auftrag des Europäischen Milk Board. Berner Fachhochschule, Zollikofen.
- HARBRECHT, W. (2001): Die Genossenschaft als Rechtsform für junge Unternehmen. In: Vorträge und Aufsätze des Forschungsvereins für Genossenschaftswesen, Heft 25, Wien. URL: http://genos.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/genossenschaftswesen/Genos/bd25.pdf. (02.06.2015).
- HEINER-ESSER, U. (2012): Ländliche Räume sind ein starker Partner im Gemeinschaftsprojekt Energiewende. In: Landentwicklung aktuell. Das Magazin des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaft, BLG, Berlin.
- HEIBENHUBER, A. (2011): Steigende Bodenpreise – mit EEG-Novelle Effizienz der Energieerzeugung verbessern. In: Ländlicher Raum 02/2011. S. 9-10.
- HERMANN, B. (2005a): Was braucht Zusammenarbeit? In: Kooperationen gründen und erfolgreich führen. KTBL-Schrift Nr. 433. Darmstadt, S. 61-65.
- HERMANN, B. (2005b): Konflikte lösen statt vermeiden. In: Kooperationen gründen und erfolgreich führen. KTBL-Schrift Nr. 433. Darmstadt, S. 109-113.
- HERMANN, B. (2005c): Was können Beraterinnen und Berater in der Unterstützung von Kooperationen leisten? In: Kooperationen gründen und erfolgreich führen. KTBL-Schrift Nr. 433. Darmstadt, S. 44-51.

- HEYDER, M.; VON DAVIER, Z. und THEUVSEN, L. (2009): Fachkräftemangel in der Landwirtschaft - Was ist zu tun? In: Deutsche-Landwirtschafts-Gesellschaft (Hrsg.): Landwirtschaft 2020 - Herausforderungen, Strategien, Verantwortung, DLG-Verlag, Frankfurt am Main, S. 267-281.
- HOLZBERGER, R. (1986): Die Talfahrt der Bergbauern. Strukturveränderungen in der Berglandwirtschaft und dem Einfluss des Fremdenverkehrs. Theorie und Forschung/Soziologie (Bd. 3), Regensburg, S. 179-194.
- HUETTEL, S. und JONGENEEL, R. (2011): How has the EU milk quota affected patterns of herd-size change? In: European Review of Agricultural Economics Vol 38 (4), S. 497-527. DOI:10.1093/erae/jbq050.
- INFORMATION MEDIEN AGRAR E.V. (I.M.A.) (2009): Agrimente 2009. Zahlen, Daten, Fakten zur deutschen Landwirtschaft. URL: [http://www.ima-agrar.de/Pressemitteilungen/individuelle-prmitteilung-einzeln.0.html?&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=18&cHash=39ec7934a5](http://www.ima-agrar.de/Pressemitteilungen/individuelle-prmitteilung-einzeln.0.html?&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=18&cHash=39ec7934a5). (04.08.2009).
- INHETVEEN H. und FINK-KEBLER, A. (2007): Landwirtschaft im Nebenerwerb – politisch vernachlässigt – und dennoch zukunftsfähig. In: Der kritische Agrarbericht 2007, S. 72-78.
- INSTITUT FÜR MITTELSTANDSFORSCHUNG (2008): Insolvenzen von Unternehmen nach Rechtsform, Bonn. URL: http://www.ifm-bonn.org/assets/documents/Ins_RF_2000-2007.pdf. (14.01.2013).
- INSTITUT FÜR RAUMORDNUNG UND ENTWICKLUNGSPLANUNG UNIVERSITÄT STUTTGART (IREUS) (2011): Der Beitrag der ländlichen Räume Baden-Württembergs zu wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Kohäsion – Positionsbestimmung und Zukunftsszenarien. Forschungsvorhaben im Auftrag des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg, Stuttgart.
- KAISER, H. F. und RICE, J. (1974): Little Jiffy, Mark IV. Educational and Psychological Measurement, 34, S. 111-117.
- KAPS, S. (2014): Betriebliche Möglichkeiten zum Umgang mit dem Fachkräftemangel in der Landwirtschaft. Master-Thesis, Universität Hohenheim, Stuttgart.

- KLISCHAT, U. und KLISCHAT, U. (2005): Mensch, Partner, Betrieb – Problemfelder in Kooperationen. In: Kooperationen gründen und erfolgreich führen. KTBL-Schrift Nr. 433. Darmstadt, S. 87-108.
- KLISCHAT, U.; KLISCHAT, U. und HABERMANN, I. (2001): Erfolgsbestimmende Faktoren in landwirtschaftlichen Kooperationen aus der Sicht von Betroffenen. In: Betriebsgesellschaften in der Landwirtschaft – Chancen und Grenzen im Strukturwandel. Band 15 der Schriftenreihe der Landwirtschaftlichen Rentenbank. Frankfurt/M., S. 180-220.
- KOESTER, U. (2010): Grundzüge der landwirtschaftlichen Marktlehre, Vahlen Verlag, München.
- KÖSTLER, U. (2007): Seniorengenossenschaften – Selbsthilfegruppen mit Entwicklungspotential. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen ZfgG Bd. 57, Heft 4, Lucius&Lucius, Stuttgart, S. 257-269.
- KRAMER, J. W. (2009): Attraktivität der eingetragenen Genossenschaft für Existenzgründer. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen ZfgG, Bd. 59, Heft 2, Lucius&Lucius, Stuttgart, S. 106-118.
- KREER, K. (2012): Energiewende – Belastung und Chance für den ländlichen Raum. In: Landentwicklung aktuell. Das Magazin des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaft, LBG, Berlin.
- LADEWIG, W. (2001): Grenzen des Sozialstaats: Alternativen und Denkanstöße. In: Genossenschaften zwischen Idee und Markt – Ein Unternehmenskonzept für die Zukunft? Frankfurt/Main.
- LANDESANSTALT FÜR ENTWICKLUNG DER LANDWIRTSCHAFT UND DER LÄNDLICHEN RÄUME (LEL) (2012): Landwirtschaftliche Betriebsverhältnisse und Buchführungsergebnisse, Wirtschaftsjahr 2010/2011, Heft 60.
- LANDESANSTALT FÜR ENTWICKLUNG DER LANDWIRTSCHAFT UND DER LÄNDLICHEN RÄUME (LEL) (o. J.): Der ländliche Raum. Raumkategorien des Landes. URL: http://www.landwirtschaft-mlr.baden-wuerttemberg.de/servlet/PB/menu/1158374_11/index.html. (19.11.2012).

- LAVEN, P.; JANAS, C. und DOLUSCHITZ, R. (2014): Anpassungsstrategien baden-württembergischer Milchviehbetriebe auf das Auslaufen der Milchquotenregelung. In: 24. Jahrbuch der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie (angenommen).
- LINK, H. (1995): Kooperationen in der landwirtschaftlichen Produktion. Ulmer Verlag, Stuttgart.
- LIPS, M. und PULFER, I. (2009): Kooperationsformen mit leichten Ausstiegsmöglichkeiten. Effizienzgewinn ohne Neuinvestitionen oder Eigentumsübertragung. ART-Bericht Nr. 706, Forschungsanstalt Agroscope Reckenholz-Tänikon ART, Ettenhausen (CH).
- MANN, K. H. und MUZIOL, O. (2001): Darstellung erfolgreicher Kooperationen und Analyse der Erfolgsfaktoren. In: Betriebsgesellschaften in der Landwirtschaft – Chancen und Grenzen im Strukturwandel. Band 15 der Schriftenreihe der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt/M., S. 55-97.
- MAYRING, P. (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung, Weinheim/Basel.
- MEISTER, A. (2005): Was sollte geregelt sein, bevor es los geht? In: Kooperationen gründen und erfolgreich führen. KTBL-Schrift Nr. 433. Darmstadt, S. 66-73.
- MILCHINDUSTRIEVERBAND (MIV) (2013): Milch und mehr – die deutsche Milchwirtschaft auf einen Blick. URL: <http://www.milchindustrie.de>. (16.04.2014).
- MILCHINDUSTRIEVERBAND (MIV) (2014): Marktbericht September 2014. URL: <http://www.milchindustrie.de/aktuelles/aktuelle-infos/miv-marktbericht-september-2014/>. (25.09.2014).
- MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHEN RAUM (o.J.): Ländlicher Raum, URL: <http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/mlr/allgemein/Laendl%20Raum.pdf>. (23.05.2013).
- MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHEN RAUM UND VERBRAUCHERSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG (MLR) (o.J.a.): Der Ländliche Raum in Baden Württemberg. URL: http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/Laendlicher_Raum/68691.html. (17.11.2012).
- MÖHRING, A. und PULFER, I. (2008): Das Image von Betriebsgemeinschaften aus der Sicht von Beratungs- und Lehrkräften. ART-Bericht Nr. 695, Forschungsanstalt Agroscope Reckenholz-Tänikon ART, Ettenhausen (CH).

- MÜNKNER, H.H. (1992): Rechtliche Rahmenbedingungen für Genossenschaften. In: Marburg Consult für Selbsthilfeförderung eG (Hrsg.). Genossenschaftliche Selbsthilfe und struktureller Wandel, Marburg.
- MÜNKNER, H.H. (2010): Gründungsimpulse aus der Novelle zum Genossenschaftsgesetz 2006 und weiterer Reformbedarf – Zwischenbilanz und Perspektive. In: Münkner, H.H. und Ringle, G. (Hrsg.). Neue Genossenschaften und innovative Aktionsfelder. Grundlagen und Fallstudien, Baden-Baden.
- MUBHOFF, O. und HIRSCHAUER, N. 2013: Modernes Agrarmanagement. Verlag Franz Vahlen, München, 3. Auflage.
- o. V. (2009): Motive und Merkmale von Nebenerwerbslandwirten in Brandenburg. In: Landberichte. Sozialwissenschaftliches Journal Jahrgang XII, Heft 1/2009, Aachen, S. 66-80.
- o. V. (2011): Einflüsse auf die Nebenerwerbslandwirtschaft sind regional unterschiedlich. In: Ländlicher Raum 4/2011, S. 24-27.
- o. V. (2012): Ausgewählte Daten und Fakten der Agrarwirtschaft 2012. URL: <http://berichte.bmelv-statistik.de/DFB-0010000-2012.pdf>. (20.11.2012).
- o. V. (2012): Die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik. URL: <http://www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Agrarpolitik/GAP-Gemeinsame-Agrarpolitik.html>. (19.11.2012).
- OTT, E. (2010): Kooperationen in Genossenschaften - Stabilität und Perspektiven für Wirtschaft und Gesellschaft. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen ZfgG, Bd. 60, Heft 2, Lucius&Lucius, Stuttgart, S. 113-123.
- PFADLER, W. (2002a): Gründung und Begleitung von Kooperationen für die Außenwirtschaft. In: Durch Partnerschaft zum Erfolg. KTBL-Sonderveröffentlichung 040. Darmstadt, S. 48-52.
- PFADLER, W. (2002b): Wirtschaften wie im Großbetrieb, aber wie? In: Durch Partnerschaft zum Erfolg. KTBL-Sonderveröffentlichung 040, Darmstadt, S. 7-8.

- PITSCH, M. (2010): Nebenerwerbslandwirtschaft im regionalen Kontext. Eine Paneldatenanalyse der Agrarstrukturdaten von 1997-2007. URL: http://www.vti.bund.de/fileadmin/dam_uploads/Institute/LR/lr_de/lr_de_gewisola2010/lr_de_beitraege/P3_3.pdf. (20.12.2011).
- POLLICH, F. (2009): Die Auswirkungen der Genossenschaftsrechtsreform von 2006 auf die Neugründung von Genossenschaften, Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen-Nürnberg Arbeitspapiere, Bd. 36, Nürnberg.
- PÖSCHL, H. und ZEPUNKE H. (2004): Landwirtschaftliche Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe in Deutschland 1991 bis 2003. In: Wirtschaft und Statistik 11/2004. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden.
- PROPLANTA (2014): European Milk Board warnt vor schweren Zeiten am Milchmarkt – Nachrichten: Agrarwirtschaft/Milchwirtschaft. URL: http://www.proplanta.de/Agrar-Nachrichten/Agrarwirtschaft/European-Milk-Board-warnt-vor-schweren-Zeiten-am-Milchmarkt_article1406549181.html. (30.07.2014).
- PULFER, I. (2007): Das Image von Betriebsgemeinschaften. Befragung von Betriebsleiterschüler und -innen und einer repräsentativen Stichprobe von Deutschschweizer Bauern. ART-Bericht Nr. 692, Forschungsanstalt Agroscope Reckenholz-Tänikon ART, Ettenhausen (CH).
- PULFER, I. und MÖHRING, A. (2007): Was führt zur Auflösung von Betriebsgemeinschaften? In: AGRARForschung 14 (10), S. 502-507.
- PULFER, I.; MÖHRING, A. und LIPS, M. (2006): Umfrage bei Betriebsgemeinschaften. Eine erfolgreiche Kooperationsform. ART-Bericht Nr. 660, Forschungsanstalt Agroscope Reckenholz-Tänikon ART, Ettenhausen (CH).
- RÄPPLE, W. (2011): Auch Nebenerwerbslandwirte sind aktive Landwirte. URL: <http://www.bauernverband.de/auch-nebenerwerbslandwirte-aktive-landwirte>. (2.03.2012).
- REINHARDT, H. (2012): Agrarwirtschaft und ländlicher Raum – Schlüsselrollen bei der Energiewende. In: Landentwicklung aktuell. Das Magazin des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaft, BLG, Berlin.

- RIEDLER, K. (1991): Grundsätze für die Organisation von Nebenerwerbsbetrieben. In: Ratgeber für den Nebenerwerbslandwirt, S. 27-29.
- RINGLE, G. (2010): Neugründungen stärken das Image der eG-Unternehmensform. In: Münkner, H.H. und Ringle, G. (Hrsg.): Neue Genossenschaften und innovative Aktionsfelder. Grundlagen und Fallstudien, Baden-Baden, S. 11-22.
- ROTHFUß, K.; ZONDLER, A.; ENGLER, B. und DOLUSCHITZ, R. (2009): Entwicklung der Milcherzeugung in ausgewählten Regionen Baden-Württembergs – Prognosen und kritische Entscheidungsfaktoren. *Agrarwirtschaft* 58 (5/6), S. 248-258.
- RUDMANN, C. (2008): General Introduction. In: *Entrepreneurial Skills and their Role in Enhancing the Relative Independence of Farmers. Results and Recommendations from the Research Project Developing Entrepreneurial Skills of Farmers*. Rudmann, C. (Hrsg.): Research Institute of Organic Agriculture FiBL. Frick, Schweiz, S. 13-18.
- SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT (SMUL) (2007): Landwirtschaft, Umwelt und Gesellschaft – Blick 2020. URL: http://www.smul.sachsen.de/landwirtschaft/download/agrarpolitik/Gesamtueberblick_Landwirtschaf_Umwelt_und_Gesellschaft_Blick2020.pdf. (01.08.2009).
- SCHABER, J. (2011): Wie viele landwirtschaftliche Betriebe werden tatsächlich im Haupterwerb bewirtschaftet? Struktur und Entwicklung der Haupterwerbsbetriebe im Land. In: *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* 2/2011, S. 35-38. URL: http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag11_02_09.pdf. (11.06.2012).
- SCHALTEGGER, S.; HERZIG, C.; KLEIBER, O.; KLINKE, T. und MULLER J. (2007): Nachhaltigkeitsmanagement in Unternehmen. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, BMU (Hrsg.). Referat Öffentlichkeitsarbeit. Volkswagen Service Factory, Wolfsburg.
- SCHERMER, M. (2013): Die Stellung der Landwirtschaft in der Regionalentwicklung. Innsbruck. URL: http://www.stmelf.bayern.de/mam/cms01/landwirtschaft/dateien/prof_markus_schermer.pdf. (04.04.2014).

- SCHMID, E.; LARCHER, M.; SCHÖNHART, M. und STIGLBAUER, C. (2011): Ende der Milchquote – Perspektiven und Ziele österreichischer Molkereien und MilchproduzentInnen. Universität für Bodenkultur Wien (BOKU), im Auftrag des BMLFUW. URL: http://cgi.zar.at/download/Newsletter/2011/Schmid_etal_Ende_Milchquote_Zusammenfassung_final.pdf. (10.09.2014).
- SCHMIDT, D. O. (1997): Unternehmenskooperationen in Deutschland – Verbreitung und Voraussetzungen. Dissertation. Wiesbaden.
- SCHMITT, G. (1982): Wettbewerb oder Koexistenz zwischen Vollerwerbs- und Nebenerwerbsbetrieben in der Landwirtschaft? In: Nebenerwerbslandwirtschaft in der Diskussion, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Angewandte Wissenschaften, Heft 264, S. 109-128.
- SCHNEEMANN, R. (2005): Wenn Trennung die beste Lösung ist. In: Kooperationen gründen und erfolgreich führen. KTBL-Schrift Nr. 433. Darmstadt, S. 114-127.
- SCHNELL, R.; HILL, P. und ESSER, E. (2005): Methoden der Empirischen Sozialforschung, Oldenbourg Verlag, München, 7. Auflage.
- SCHULTE, G. (2009): Die Zukunft der gewerblichen Genossenschaften und der genossenschaftlichen Verbände. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen ZfgG, Bd. 59, Heft 2, Lucius&Lucius, Stuttgart, S. 164-171.
- SCHWÄBISCHE ZEITUNG (2015): Die Kleinen trifft es zuerst. URL: http://www.schwaebische.de/wirtschaft/aktuelle-nachrichten_artikel,-Die-Kleinen-trifft-es-zuerst_arid,10205142.html. (20.04.2015).
- SCHWENNINGER, R. (2002): Bedeutung und Entwicklung der Nebenerwerbslandwirtschaft – dargestellt am Beispiel Baden-Württembergs, Universität Hohenheim, Stuttgart.
- SCHWERDTLE, J. G. (2001): Betriebsgesellschaften in der Landwirtschaft. In: Betriebsgesellschaften in der Landwirtschaft – Chancen und Grenzen im Strukturwandel. Band 15 der Schriftenreihe der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt/M., S. 7-53.
- SPANDAU, P (2002): Gründung und Begleitung von Kooperationen in der Tierhaltung. In: Durch Partnerschaft zum Erfolg. KTBL-Sonderveröffentlichung 040, Darmstadt, S. 53-56.

- SPANIER, G. (2008): Anforderungen an die genossenschaftlichen Prüfungsverbände. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen ZfgG, Bd. 58, Heft 2, Lucius&Lucius, Stuttgart, S. 279-289.
- STAPPEL, M. (2010): Neugründungen von Genossenschaften in den Jahren 2000 bis 2008. In: Münkner, H.H. und Ringle, G. (Hrsg.). Neue Genossenschaften und innovative Aktionsfelder. Grundlagen und Fallstudien, Baden-Baden.
- STAPPEL, M. (2011): Die deutschen Genossenschaften 2011. Entwicklungen – Meinungen – Zahlen, Wiesbaden.
- STATISTA (2015): Nachfrage für Milch- und Molkereiprodukte weltweit nach Regionen in den Jahren 2011 und 2014. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/224753/umfrage/nachfrage-fuer-milch-und-molkeprodukte-nach-regionen-weltweit/>. (17.06.2015).
- STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER (2011): Agrarstrukturen in Deutschland, Einheit in Vielfalt, Regionale Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2009): Destatis. URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/ViehbestandTierischeErzeugung/RinderSchweinebestand2030410099004.pdf?__blob=publicationFile.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2011): Wer produziert unsere Nahrungsmittel- aktuelle Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2014): Destatis. Genesis-Online-Datenbank: 41311-0001, -0002, -0003 und -0004; 2003-2013, Rinder 2 Jahre und älter, Milchkühe. URL: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>. (25.04.2014).
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2014): Land- und Forstwirtschaft, Fischerei Arbeitskräfte Agrarstrukturerhebung 2013, Fachserie 3 Reihe 2.1.8, Wiesbaden.
- STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG (2013): Landwirtschaft – Erläuterungen - Definitionen. URL: <http://www.statistik-bw.de/landwirtschaft/Erlaeuterungen.asp#NebenErwerb>. (02.06.2015).

- STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG (2014): Fläche, Bevölkerung, Struktur und Regionaldatenbank. URL: <http://www.statistik-bw.de/SRDB/home.asp?H=BevoelkGebiet&E=GE>. (25.09.2014).
- STREIFFELER, F. (2002): Zusammenfassung eines Forschungsberichts über Nebenerwerbslandwirtschaft. URL: http://www.nebenerwerbslandwirte.de/fileadmin/Infomaterial/Positionspapiere/Zusammenfassung_eines_Forschungsberichtes_ueber_Nebenerwerbs_-_Juni_2002.pdf. (6.12.2011).
- TANGERMANN, S. (2009): Die EU-Agrarpolitik nach 2013: Vom decoupling zum targeting? Vortrag Hauptseminar der Agrarökonomie, Universität Hohenheim, 30. April 2009.
- TANNENBERGER, T. (2006): Untersuchungen zur Managementeffizienz von Genossenschaften und Kapitalgesellschaften in der Landwirtschaft Ostdeutschlands, Berlin, Logos Verlag.
- TRAUPE, C. (2000): Nebenerwerbslandwirtschaft - historisches Relikt oder Ergebnis rationalen Handelns? Theoretische Analyse und Simulationsrechnungen. Göttinger Schriften zur Agrarökonomie: 69.
- TUTEN, T. L.; URBAN, D. J. und BOSNJAK, M. (2002): Internet Surveys and Data Quality: A review. In: Batinic, B., Reips, U.-D. und Bosnjak, M. (Hrsg.). Online Social Sciences, Hogrefe&Huber, Seattle, S. 7-26.
- V. DAVIER, Z. (2007): Leistungsorientierte Entlohnung in der Landwirtschaft. Eine empirische Analyse. Dissertation, Georg-August-Universität, Göttingen.
- VOLZ, R. (2010): Stand und Entwicklungsmöglichkeiten von Bürgerenergiegenossenschaften in Deutschland. In: Doluschitz, R. (Hrsg.). Hohenheimer Genossenschaftsforschung, Stuttgart, S. 19-42.
- VOß, M. (2002): Funktionsstörungen des Wirtschaftsprozesses als Ursache für Genossenschaftsneugründungen. Eine empirische Untersuchung, Forschungsstelle für Genossenschaftswesen an der Universität Hohenheim, Stuttgart.
- WALTER, D.; PULFER, I. und MÖHRING, A. (2007): Wie unterscheiden sich erfolgreiche, weniger erfolgreiche und aufgelöste Betriebsgemeinschaften? Ergebnisse der Befragung von 30 Betrieben. ART-Bericht Nr. 679, Forschungsanstalt Agroscope Reckenholz-Tänikon ART, Ettenhausen (CH).

- WEINBERGER-MILLER, P. (2013): Einkommenssicherung und -entwicklung durch Diversifizierung in der Landwirtschaft. Bericht zum Forschungsvorhaben, Schriftenreihe ISSN 1611-4159. HerausgeberInnen (Hrsg.). Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL). Freising-Weihenstephan.
- WENDL, G. (2013): Technik in der Rinderhaltung. In: Frechrichs, Ludger (Hrsg.). Jahrbuch Agrartechnik 2013. Institut für mobile Maschinen und Nutzfahrzeuge, Braunschweig, S. 1-10.
- WESCHE, R. (2002): Achten Sie auf die passende Kooperationsform. In: Durch Partnerschaft zum Erfolg. KTBL-Sonderveröffentlichung 040, Darmstadt, S. 18-28.
- WIENER, B. (2005): Wachsender Fachkräftebedarf in der Landwirtschaft. URL: http://www.zsh-online.de/fileadmin/PDF-Dokumente/FK_Landwirtschaft.pdf. (27.07.2014).
- WINDBERG, M. (2010): Presseinformation des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V. „Genossenschaften: Im Krisenjahr 2009 gut behauptet“. URL: <http://www.scribd.com/doc/28497033/Genossenschaften-Im-Krisenjahr-2009-gut-behauptet-Nussel-sieht-Chancen-fur-stabile-Markte>. (17.03.2010).
- WOHLFARTH, M. (2013): Was kommt nach der Quote? In: Agrarmanager, Heft 12, 3, S. 13-15.
- WÜST, S. (2005): Spezielle Belange von Maschinengemeinschaften. In: Kooperationen gründen und erfolgreich führen. KTBL-Schrift Nr. 433, Darmstadt, S. 132-165.
- ZAPF, W. (1977): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Methoden der Messung und erste Ergebnisse. In: Soziale Welt. 28. Jg., H. 4, S. 413-423.
- ZIMMERMANN, A. und HECKELEI, T. (2012): Structural Change of European Dairy Farms – A Cross-Regional Analysis. In: Journal of Agricultural Economics 63 (3), S. 576-603.
- ZIMMERMANN, M. (2003): Das Kaufverhalten von Landwirten im Bereich landwirtschaftlicher Investitionsgüter und die Auswirkungen auf den Marketing-Mix landtechnischer Unternehmen, Cuvillier Verlag, Göttingen.

ZONDLER, A. (2008): Meinungsbild baden-württembergischer Milchviehhalter zu Anpassungsmaßnahmen im Zuge des Auslaufens der Garantiemengenregelung für Milch. Master-Thesis, Universität Hohenheim, Stuttgart.

Publikationsverzeichnis

Referierte Zeitschriften und Tagungsbeiträge

1. *Analyse der Neugründungen von Genossenschaften – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung im Verbandsgebiete Baden-Württemberg*
Status: Veröffentlicht
Journal: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 62, Heft 1, 2012, S. 19-34.
Autoren: Doluschitz, R.; Laven, P.; Haug, H. und Reifschneider A.
2. *Analyse des Neugründungsverhaltens von Genossenschaften in Baden-Württemberg vor dem Hintergrund der Novelle des Genossenschaftsgesetzes von 2006*
Status: Veröffentlicht
Journal: Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e. V., Bd. 48, 2013, S. 477-479.
Autoren: Doluschitz, R.; Haug, H.; Laven, P. und Reifschneider A.
3. *Möglichkeiten und Grenzen von Genossenschaften zur Erhaltung der Lebensqualität im ländlichen Raum*
Status: Veröffentlicht
Journal: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 65, Heft 1, 2015, S. 41-58.
Autoren: Willersinn, C.; Laven, P. und Doluschitz, R.
4. *Options and limitations of cooperatives for preserving quality of life in rural areas*
Status: Angenommen
Journal: Tagung. Österreichische Gesellschaft für Agrarökonomie, 2015.
Autoren: Willersinn, C.; Laven, P. und Doluschitz, R.
5. *Nachhaltigkeit in der Landmaschinenproduktion – eine empirische Untersuchung unter Landwirten*
Status: Veröffentlicht
Journal: Landtechnik 69(2), 2014, S. 84-89.
Autoren: Bezruk, Y.; Laven, P.; Hoffmann, C. und Doluschitz R.

6. *Voraussetzungen, Vorteile und Probleme in Kooperationen zwischen landwirtschaftlichen Unternehmen – theoretische Analyse und empirische Überprüfung*
Status: Veröffentlicht
Journal: Berichte über Landwirtschaft, Bd. 89(1), 2011, S. 13-36.
Autoren: Hein, K.; Laven, P. und Doluschitz, R.
7. *Stand, Entwicklung und Perspektive der Nebenerwerbslandwirtschaft – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in Baden-Württemberg aus dem Jahr 2012*
Status: Veröffentlicht
Journal: Berichte über Landwirtschaft, Bd. 91(3), 2013, S. 1-26.
DOI: <http://dx.doi.org/10.12767/buel.v91i3.33.g86>.
Autoren: Schmid, K.; Laven, P. und Doluschitz R.
8. *Motive für Nebenerwerbslandwirtschaft in Deutschland – Fallbeispiel Baden-Württemberg*
Status: Veröffentlicht
Journal: Österreichische Gesellschaft für Agrarökonomie, Tagungsband 2013, S. 131-132.
Autoren: Hoffmann, C.; Laven, P.; Schmid, K.; Kelbler, V. und Doluschitz, R.
9. *Anforderungen an die Qualifikation von Fremdarbeitskräften in der deutschen Landwirtschaft*
Status: Angenommen
Journal: 24. Jahrbuch der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie.
Autoren: Gindele, N.; Laven, P. und Doluschitz, R.
10. *Diversifizierung in der Berglandwirtschaft*
Status: Veröffentlicht
Journal: Österreichische Gesellschaft für Agrarökonomie, Tagungsband 2014, S. 23-24.
Autoren: Laven, P.; Boneberger, A.; Weinberger-Miller, P. und Doluschitz, R.
11. *Anpassungsstrategien baden-württembergischer Milchviehbetriebe auf das Auslaufen der Milchquotenregelung*
Status: Angenommen
Journal: 24. Jahrbuch Österreichische Gesellschaft für Agrarökonomie.
Autoren: Laven, P.; Janas, C. und Doluschitz R.

12. *Future development strategies for small scaled dairy farms in Baden-Württemberg after phasing out of the milk quota system*
Status: Angenommen
Journal: Tagung. Österreichische Gesellschaft für Agrarökonomie 2015.
Autoren: Laven, P.; Schwarze, B.; Janas, C.; Gindele, N. und Doluschitz R.
13. *Vergleichsanalyse der Jahre 2008 und 2014 hypothetischer und konkreter Anpassungsstrategien der Milcherzeuger in Baden-Württemberg vor dem Hintergrund des Auslaufens der Milchquotenregelung*
Status: Eingereicht
Journal: Yearbook of Socioeconomics in Agriculture.
Autoren: Laven, P.; Janas, C.; Breuning, S. und Doluschitz R.

Ergänzende Veröffentlichungen mit Themenbezug

1. *Drei S- Prinzipien geben den Ausschlag*
Status: Veröffentlicht
Journal: Genograph, 6/2011, S. 24-26.
Autoren: Doluschitz, R.; Haug, H.; Laven, P. und Reifschneider, A.
2. *Analyse der Neugründungen von Genossenschaften vor dem Hintergrund der Novelle des Genossenschaftsgesetzes von 2006*
Status: Veröffentlicht
Journal: Hohenheimer Genossenschaftsforschung 2011, S. 47-63.
Autoren: Doluschitz, R.; Laven, P.; Reifschneider, A. und Haug, H.
3. *Future viability of rural purchasing and marketing cooperatives*
Status: Angenommen
Journal: Tagung. Österreichische Gesellschaft für Agrarökonomie 2015.
Autoren: Breuning, S.; Gindele, N.; Laven, P. und Doluschitz R.
4. *Das Zwischenmenschliche entscheidet*
Status: Veröffentlicht
Journal: Genograph, 6/2011, S. 29-31.
Autoren: Doluschitz, R.; Hein, K. und Laven, P.
5. *Kooperation kann eine gute Wahl sein*
Status: Veröffentlicht
Journal: BW agrar, 178 (32), 2011, S. 52-53.
Autoren: Hein, K.; Laven, P. und Doluschitz, R.

6. *Gemeinsam statt einsam – Voraussetzungen, Vorteile und Probleme bäuerlicher Kooperationen*

Status: Veröffentlicht

Journal: Bayrisches Landwirtschaftliches Wochenblatt, Band 35, 2012, S. 40-41.

Autoren: Hein, K.; Laven, P. und Doluschitz, R.

Vorträge

1. Titel: *Analyse des Neugründungsverhaltens von Genossenschaften in Baden-Württemberg vor den Hintergrund der Novelle des Genossenschaftsgesetzes von 2006*

Anlass: 52. Jahrestagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e. V., Posterpräsentation.

Ort: 26. – 28. September 2013, Stuttgart-Hohenheim.

2. Titel: *Motive für Nebenerwerbslandwirtschaft in Deutschland – Fallbeispiel Baden-Württemberg*

Anlass: 41. Jahrestagung der Schweizer Gesellschaft für Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie und 23. Jahrestagung der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie, Posterpräsentation.

Ort: 12. – 14. September 2013, Zürich.

3. Titel: *Anforderungen an die Qualifikation von Fremdarbeitskräften in der deutschen Landwirtschaft*

Anlass: 24. Jahrestagung der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie

Ort: 25. – 26. September 2014, Wien.

4. Titel: *Diversifizierung in der Berglandwirtschaft – Chancen und Risiken von Einkommenskombinationen*

Anlass: 24. Jahrestagung der Österreichische Gesellschaft für Agrarökonomie

Ort: 25. – 26. September 2014, Wien.

5. Titel: *Anpassungsstrategien baden-württembergischer Milchviehbetriebe auf das Auslaufen der Milchquotenregelung*

Anlass: 24. Jahrestagung der Österreichische Gesellschaft für Agrarökonomie

Ort: 25. – 26. September 2014, Wien.

Lebenslauf

Persönliche Angaben

Name Pamela Laven
Geburtsdaten *15. Juli 1975 in Stuttgart
Kontaktdaten Tannenbergr. 49
70374 Stuttgart
Deutschland
E-Mail Pamela.Laven@Uni-Hohenheim.de
Familienstand verheiratet, 2 Töchter
Staatsangehörigkeit deutsch

Berufserfahrung

2002 – dato **Universität Hohenheim, Stuttgart, Deutschland**
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Institut für Landwirtschaftliche Betriebslehre
Fachgebiet Agrarinformatik und Unternehmensführung (410c)

06/2008 - 01/2010 Elternzeit (Zwillinge, geboren März 2008)

Universitäre Ausbildung

1995-2002 Diplom Agrarwissenschaften, Universität Hohenheim, Stuttgart
Vertiefungsrichtung: Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Diplomarbeit zum Thema: Beitrag freiwilliger Umweltverordnungen zur Gewährleistung einer umweltgerechten, standortangepassten und vielfältigen Landwirtschaft und Landnutzung.
Abschluss: Dipl.-Ing. sc. agr.

1994-1995 Betriebswirtschaftslehre, Universität Mannheim

Schulische Ausbildung

1985-1994 Elly-Heuss-Knapp Gymnasium, Stuttgart mit Abschluss Abitur
1981-1985 Eichendorff-Schule, Grundschule, Stuttgart.

Eidesstattliche Erklärung

Eidesstattliche Versicherung

gemäß § 8 Absatz 2 der Promotionsordnung der Universität Hohenheim zum Dr.sc.agr.

1. Bei der eingereichten Dissertation zum Thema

.....
.....

handelt es sich um meine eigenständig erbrachte Leistung.

2. Ich habe nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich keiner unzulässigen Hilfe Dritter bedient. Insbesondere habe ich wörtlich oder sinngemäß aus anderen Werken übernommene Inhalte als solche kenntlich gemacht.
3. Ich habe nicht die Hilfe einer kommerziellen Promotionsvermittlung oder -beratung in Anspruch genommen.
4. Die Bedeutung der eidesstattlichen Versicherung und der strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen eidesstattlichen Versicherung sind mir bekannt.

Die Richtigkeit der vorstehenden Erklärung bestätige ich. Ich versichere an Eides Statt, dass ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit erklärt und nichts verschwiegen habe.

Ort und Datum

Unterschrift

Eidesstattliche Versicherung

Belehrung

Die Universität Hohenheim verlangt eine Eidesstattliche Versicherung über die Eigenständigkeit der erbrachten wissenschaftlichen Leistungen, um sich glaubhaft zu versichern, dass die Promovendin bzw. der Promovend die wissenschaftlichen Leistungen eigenständig erbracht hat.

Weil der Gesetzgeber der Eidesstattlichen Versicherung eine besondere Bedeutung beimisst und sie erhebliche Folgen haben kann, hat der Gesetzgeber die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung unter Strafe gestellt. Bei vorsätzlicher (also wissentlicher) Abgabe einer falschen Erklärung droht eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe.

Eine fahrlässige Abgabe (also Abgabe, obwohl Sie hätten erkennen müssen, dass die Erklärung nicht den Tatsachen entspricht) kann eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder eine Geldstrafe nach sich ziehen.

Die entsprechenden Strafvorschriften sind in § 156 StGB (falsche Versicherung an Eides Statt) und in § 161 StGB (Fahrlässiger Falscheid, fahrlässige falsche Versicherung an Eides Statt) wiedergegeben.

§ 156 StGB: Falsche Versicherung an Eides Statt

Wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides Statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung falsch abgibt oder unter Berufung auf eine solche Versicherung falsch aussagt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 161 StGB: Fahrlässiger Falscheid, fahrlässige falsche Versicherung an Eides Statt:

Abs. 1: Wenn eine der in den §§ 154 und 156 bezeichneten Handlungen aus Fahrlässigkeit begangen worden ist, so tritt Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe ein.

Abs. 2: Straflosigkeit tritt ein, wenn der Täter die falsche Angabe rechtzeitig berichtigt. Die Vorschriften des § 158 Absätze 2 und 3 gelten entsprechend.

Ich habe die Belehrung zur Eidesstattlichen Versicherung zur Kenntnis genommen.

Ort und Datum

Unterschrift

Danksagung

Zunächst gilt mein Dank meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Reiner Doluschitz für die Überlassung des Themas und die konstruktive Begleitung. Besonders aber möchte ich Ihnen meinen herzlichen Dank für die fachliche, aber auch persönliche Unterstützung aussprechen und das Vertrauen, dass Sie mir in all den Jahren entgegengebracht haben.

Mein Dank gilt ebenfalls Herrn Prof. Dr. Ludwig Theuvsen für die bereitwillige Übernahme der Gutachtertätigkeit und Herrn Prof. Dr. Enno Bahrs für die Bereitschaft als Mitprüfer zur Verfügung zu stehen.

Ein herzliches Dankeschön geht auch an all meine Kolleginnen und Kollegen, die mich in den vergangenen Jahren begleitet haben. Besonders bedanken möchte ich mich in diesem Zusammenhang bei Frau Nicola Gindele, die mir in der Endphase der Dissertationserstellung den Rücken freigehalten hat und bei den wissenschaftlichen Hilfskräften, insbesondere Frau Senta Breuning für die gute Zu- und Zusammenarbeit.

Ganz besonderer Dank gilt meinen Töchtern und meinem Mann, für ihre Unterstützung, Ablenkung und die Geduld, die sie in der letzten Zeit aufbringen mussten.

Nicht zuletzt möchte ich mich von Herzen bei meinen Eltern bedanken, die mich auf meinem ganzen Weg uneingeschränkt unterstützt und ermutigt haben.

Euch allen ist diese Arbeit gewidmet.

Anhang

UNIVERSITÄT HOHENHEIM
 Forschungsstelle für Genossenschaftswesen (421)
 Prof. Dr. Reiner Doluschitz



Analyse des Neugründungsverhaltens von Genossenschaften in BW vor dem Hintergrund der Novelle des Genossenschaftsgesetzes von 2006

Reiner Doluschitz, Pamela Lavèn, Annika Reifschneider, Harald Haug

Problemstellung:

- Abnehmende Anzahl Neugründungen von Primärgenossenschaften in Baden-Württemberg (BW) vor 2006
- Wirtschafts- und Finanzkrise
- Zunehmender Wertewandel in Bevölkerung und Wirtschaft
- Entstehung neuer Wirtschaftsbranchen in innovativen Bereichen

Zielsetzung:

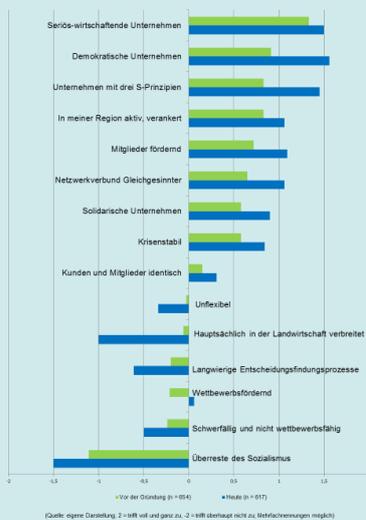
- (1) Wahrnehmung von eingetragenen Genossenschaften (eG) durch die Unternehmensgründer vor und nach der Gründung.
- (2) Auswirkungen wichtiger Einflussfaktoren und externer Rahmenbedingungen auf die Gründungstätigkeit.
- (3) Erfolgsfaktoren bei Neugründungen von Genossenschaften bzw. Erfahrungen von den Gründern seit der Gründung.

Methodik

- Schriftliche Befragung
- Adresspool des BWGV: 116 Adressaten (87 Gründer /19 pot. Gründer)
- Deskriptive Statistik

- Leitfaden-gestützte Experteninterviews
- Auswahl der Fallbeispiele basierend auf schriftlicher Befragung
- Inhaltsanalytische Auswertung

(1) Wahrnehmung der eG vor und nach der Gründung



Bewertung aus heutiger Sicht positiver, stärkere Ablehnung der Aussagen mit negativer Konnotation.

Deutlichste Veränderungen bei folgenden Aspekten:

- Hauptsächlich in der Landwirtschaft verbreitet
 - Demokratische Unternehmen
 - Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung
 - Netzwerkverbund
 - Unmodern
 - Unternehmen mit langwierigen Entscheidungsprozessen
- Chance diese Erkenntnisse für eine klar profilierte und intensivierte Informationspolitik zu nutzen.

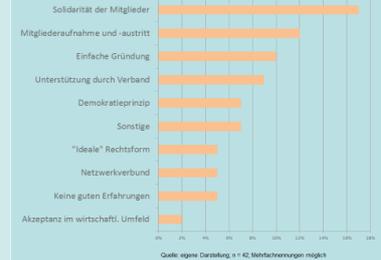
(2) Aspekte der Rechtsformwahl



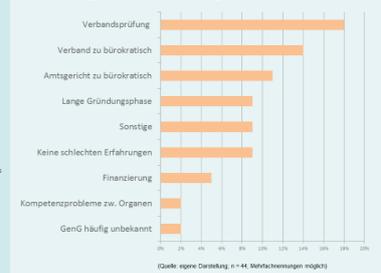
Wichtigste Merkmale für die Befragten:

- Demokratieprinzip und S-Prinzipien, Mitspracherecht in der Unternehmensführung
- Stabilität / geringes Insolvenzrisiko
- Haftungsbeschränkung
- Genossenschafts-spezifische Merkmale
- Einfache Kapitalbeschaffung und Gründung →Optimierung durch Erleichterung der Bildung von Geschäftsguthaben, Senkung der Mindestanzahl auf 3 Gründungsmitglieder
- Ausnutzen von Größenvorteilen unter Wahrung der Unabhängigkeit →wertvoller Aspekt in Krisenzeiten
- Gewinnerzielung geringfügig besser bewertet als Förderzweck →Bedeutung der Leitmaxime abgeschwächt? Nein, denn Anstieg an Neugründungen nach Erweiterung des Förderzwecks auf soziale und kulturelle Belange

(3) Pos. Erfahrungen +



(3) Neg. Erfahrungen -



Besonders positiv werden bewertet:

- Solidarität größter Vorteil für die Mitglieder der eG
- Mitgliederpolitik und einfache Gründung, d.h. Aspekte die bei Rechtsformwahl wichtig, erweisen sich als pos. Erfahrungen →Vorteilhaftigkeit der aktuellen Entwicklung wird deutlich
- Negative Erfahrungen mit:
 - Pflichtprüfung durch den Verband
 - Bürokratie des Verbands
- Verbesserung durch Reduktion des Prüfungsumfangs und Neuregelungen für sog. Kleingenossenschaften

Schlussfolgerung:

Die Gesetzesnovelle und die Bemühungen des BWGV sowie des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg haben die Attraktivität der Rechtsform gesteigert und zu einem Anstieg der Neugründungsrate beigetragen. Wichtig ist es nun an diese Erfolge anzuknüpfen, indem weiter am Bürokratieabbau gearbeitet und die erzielten Fortschritte als Kern einer gezielten Informationskampagne im Sinne einer „Imagepflege“ in die Öffentlichkeit getragen werden.

Kontakt: a.reifschneider@uni-hohenheim.de

UNIVERSITÄT HOHENHEIM

INSTITUT FÜR LANDWIRTSCHAFTLICHE BETRIEBSLEHRE (410)

Fg. Agrarinformatik und Unternehmensführung (410c)

C. Hoffmann, P. Lavèn, K. Schmid, V. Kelbler, R. Doluschitz



Motive für Nebenerwerbslandwirtschaft in Deutschland – Fallbeispiel Baden-Württemberg

Problemstellung und Zielsetzung

- Jeder zweite landwirtschaftliche Betrieb in Deutschland wird im Nebenerwerb (NE) bewirtschaftet
- Deutliche bundeslandspezifische Unterschiede (SH und NI: < 40 % NE; BW, HE, SL und SN > 60 % NE)
- Kaum kartographische Daten

Ziel: Motive der NE-Landwirtschaft in Deutschland am Beispiel Baden-Württembergs (BW)

Forschungsfragen:

- ? Sind die Betriebsleiter der NE-Betriebe mit ihrer derzeitigen Situation bezüglich der Betriebsorganisation und den äußeren Rahmenbedingungen zufrieden?
- ? Gibt es Zusammenhänge zwischen dem Anteil der NE landwirtschaftlich genutzten Fläche in den Landkreisen in BW und der Bodenqualität oder der betrieblichen Ausrichtung?

Methode

- Räumliche Analyse mit Arc-Map (ESRI)
- Die Grundkarte (Shapefile) wurde mit Daten des statistischen Landesamt Baden-Württemberg gefüllt
- Visualisierung der Verteilung von NE und Zusammenhängen mit der Bodenqualität auf Landkreisebene
- Schriftliche Befragung mittels eines standardisierten Fragebogens im Zeitraum März – April 2012
- Anzahl der Befragten: 610 NE-Betriebe in BW
- Rücklauf: 33,4 %
- Auswertung mit SPSS 20. Sowohl univariate als auch bivariate Methoden

Ergebnisse

- Betriebliche Ausrichtung verteilt sich ähnlich prozentual wie im Haupterwerb
- Bodenqualität kann mittels der Ertragsmesszahl (EMZ) bewertet werden. Nimmt Werte zwischen 7 (schlecht) und 100 (sehr gut) an
- Landkreise mit schlechten Bodenwerten → eher mehr NE-Betriebe

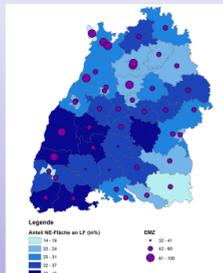


Abbildung 1: Anteil an NE-Fläche an landwirtschaftlich genutzter Fläche und Ertragsmesszahl (Quelle: eigene Darstellung)

Ergebnisse

- Rund zwei Drittel der Befragten sind zufriedene NE-Landwirte
- In BW überdurchschnittlich hohe außerlandwirtschaftliche Wirtschaftskraft
- Praktikable Vereinbarkeit mit außerlandwirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Tätigkeiten
- Weitere Motive: „Freude an der Landwirtschaft“, der „eigene Herr“ sein, sowie „Sicherheit eines Zweiteinkommens“
- ↓
- Motive für NE sind komplex
- 51,9 % würden sich wieder für NE entscheiden

Interpretation und Diskussion

Hohe Zufriedenheit wird durch die als gut eingeschätzte Vereinbarkeit von Beruf und Landwirtschaft beeinflusst. Neben der Betriebsorganisation und den äußeren Rahmenbedingungen haben auch **immaterielle Motive** Einfluss.

- **NE-Landwirtschaft** wird in BW und Deutschland auch **zukünftig** eine **hohe Bedeutung** zukommen
- **Dauerhafte Betriebsform**, der auch Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit mehr Beachtung schenken sollten

Schlussfolgerung

Die NE-Landwirtschaft hat, insbesondere in BW, eine lange Tradition. Sie stellt bei entsprechenden Rahmenbedingungen - wie aus den Ergebnissen dieser Untersuchung ersichtlich wird - eine dauerhafte Betriebsform dar. Die NE-Landwirtschaft stellt für die Landwirte eine gute Möglichkeit dar in der Landwirtschaft zu verbleiben. Allen Betriebsleitern, egal ob „gewordene“ oder „geborene“ NE-Landwirte, ist eine hohe Bedeutung der immateriellen Motive, vor allem die Freude an der Landwirtschaft gemein.

Kontakt: Christa Hoffmann C.Hoffmann@uni-hohenheim.de

Literaturangabe: ALBRECHT, A. (2011). Nebenerwerb- nur noch ein teures Hobby? DLG-MITTEILUNGEN 11/2011 S. 36- 38.; DEUTSCHER BAUERNVERBAND (2013). Situationsbericht 2012/2013, Gr 34-4.; DOLUSCHITZ, R. UND SCHWENNINGER, R. (2003). Nebenerwerbslandwirtschaft VERLAG EUGEN ULMER, Stuttgart. FINANZAMT BERGISCH GLADBACH (2012). Merkblatt zur Bodenschätzung